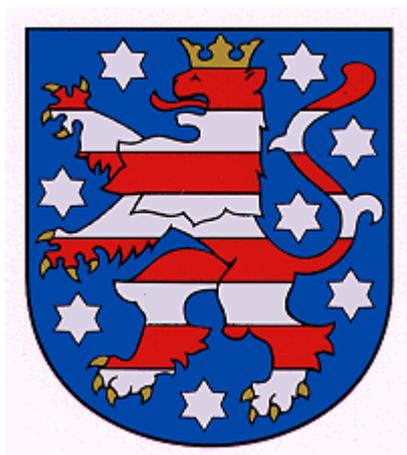


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



**Soziale Marktwirtschaft in Thüringen:
Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger**

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2008

Michael Edinger • Andreas Hallermann • Karl Schmitt

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorwort	6
I. Einleitung	7
II. Leben in Thüringen	11
III. Wirtschaft und Soziales im Urteil der Thüringer	17
1. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Thüringens seit 1990 – ein Überblick	17
2. Allgemeine und individuelle wirtschaftliche Lage	28
3. Wirtschaft zwischen Markt und Staat: Einstellungen zu Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft	34
4. Einstellungen zu konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen	41
4.1. Problemhaushalt: Wahrnehmung politischer Herausforderungen	41
4.2. Lösungsansätze: Wirtschaftspolitische Präferenzen	45
IV. Kontinuität und Wandel politischer Einstellungen der Thüringer	52
1. Zwischen Kritik und Kompetenzzuschreibung: Die öffentliche Wahrnehmung der Parteien	52
2. Demokratieunterstützung: Festes Wurzelwerk, aber keine Herzensangelegenheit	63
2.1. Institutionenvertrauen	64
2.2. Bewertung der Demokratie	67
2.3. Politische Partizipation in der Demokratie	74
3. Demokratiekritik: Rechtsextremismus	77
V. Fazit	83
Literatur	87
Anhang: Tabellarische Übersichten	90

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Erwartete Abwanderung aus Thüringen nach Alter und Bildung	13
Abb. 2:	Bewertung einer Zusammenlegung der Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt nach Altersgruppen und Identität	15
Abb. 3:	Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland insgesamt 1992 bis 2007 (in Prozent)	18
Abb. 4:	Wert der Exporte der Thüringer Wirtschaft und Exportquote der Thüringer Wirtschaft 1991 bis 2007	19
Abb. 5:	Verschuldung Thüringens 1991 bis 2007	21
Abb. 6:	Verfügbares Jahresnettoeinkommen privater Haushalte in Thüringen je Einwohner und Realeinkommensentwicklung (1991=100) 1991 bis 2006	22
Abb. 7:	Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 1991 bis 2007	23
Abb. 8:	Entwicklung der Altersrenten bei Männern und Frauen 1992 bis 2007	25
Abb. 9:	Energieverbrauch in Thüringen und Anteil regenerativer Energien am Primärenergieverbrauch 1991 bis 2005	26
Abb. 10:	Schadstoffbelastete Wälder und Fließgewässer 1991 bis 2006	27
Abb. 11:	Positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens und der eigenen finanziellen Situation 2000 bis 2008	29
Abb. 12:	Positive Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Thüringens nach eigener finanzieller Lage	30
Abb. 13:	Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens und des eigenen Lebensstandards im Vergleich zu 1990	31
Abb. 14:	Einheitsbilanz nach eigener finanzieller Lage	32
Abb. 15:	Einheit hat mehr Nachteile als Vorteile gebracht – nach Einstellungen zu DDR und Ostdeutschland	33
Abb. 16:	Einstellung zu Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nach Parteinäigung	36
Abb. 17:	Bewertung der aktuellen Funktions- und der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems in Deutschland: Typenbildung	38
Abb. 18:	Typologie der Bewertung des Wirtschaftssystems nach eigener finanzieller Lage, wirtschaftlicher Lage in Thüringen und Parteinäigung	40
Abb. 19:	Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme 2008	42
Abb. 20:	Differenz der Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme aktuell und in zehn Jahren	44
Abb. 21:	Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme in zehn Jahren	45

Abb. 22:	Akzeptierte Ausgabenkürzungen des Staates nach Bereichen	46
Abb. 23:	Für den Abbau der Staatsverschuldung	47
Abb. 24:	Gewünschter Anteil einzelner Energieträger in Deutschland für die Stromgewinnung	48
Abb. 25:	Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme nach Einschätzung des Wirtschaftssystems in Deutschland	49
Abb. 26:	Private Altersvorsorge nach eigener finanzieller Lage	50
Abb. 27:	Politische Eigenkompetenz und wahrgenommener Einfluss nach politischem Interesse	53
Abb. 28:	Bereitschaft zu politischer Partizipation 2001 bis 2008	54
Abb. 29:	Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000 bis 2008	56
Abb. 30:	Parteineigung nach Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala 2008	57
Abb. 31:	Bewertung der Parteien auf einer Sympathieskala von -5 bis +5	58
Abb. 32:	Sehr sympathische Parteien nach Parteineigung	59
Abb. 33:	Beste Bewertung einer etablierten Partei im Zeitvergleich	60
Abb. 34:	Häufigkeit der Nennung als kompetenteste Partei auf acht Politikfeldern summiert	63
Abb. 35:	Vertrauen in Institutionen 2000 bis 2008	65
Abb. 36:	Vertrauen in einzelne Institutionen nach Parteineigung	66
Abb. 37:	Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis 2000 bis 2008	69
Abb. 38:	Bewertung der Demokratie als Staatsidee und Demokratiezufriedenheit nach Bewertung des Wirtschaftssystems und Einstellung zur Eigenverantwortung	70
Abb. 39:	Typen demokratiebezogener Einstellungen nach Bewertung des Wirtschaftssystems	71
Abb. 40:	Determinanten der Demokratiezufriedenheit	73
Abb. 41:	Determinanten der Unterstützung der Demokratie als Staatsidee	73
Abb. 42:	Politische Aktivitäten im Zeitverlauf (2001-2008)	75
Abb. 43:	Politische Aktivitäten nach Typen demokratiebezogener Einstellungen	76
Abb. 44:	Rechtsextreme Einstellungen (2001-2008): Harter Kern und Befragte mit teilweise verfestigten Überzeugungen	80
Abb. 45:	Ausländerfeindliche Einstellungen (2001-2008): Befragte mit hochgradig verfestigten und teilweise verfestigten Überzeugungen	80
Abb. 46:	Determinanten rechtsextremer Einstellungen	81

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Auf Thüringen bezogene Einstellungen nach Lebenszufriedenheit	12
Tab. 2:	Wirtschaftliche Grundorientierungen	35
Tab. 3:	Organisationsgrad der Parteien im Bund und in Thüringen 2006	53
Tab. 4:	Parteineigung und ihre Stärke 2008	55
Tab. 5:	Sympathiewerte der etablierten Parteien im Zeitvergleich	61
Tab. 6:	Kompetenteste Partei zur Lösung politischer Probleme nach Politikfeldern	62
Tab. 7:	Konzept der Demokratieunterstützung und Messung im THÜRINGEN-MONITOR	68
Tab. 8:	Rechtsextremismus – Bewertung der einzelnen Statements 2008 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2007	78

Vorwort

Zum neunten Mal dokumentiert der THÜRINGEN-MONITOR Kontinuität und Wandel zentraler Aspekte der politischen Kultur im Freistaat. In der Geschichte der deutschen Länder und der regionalen politischen Kulturforschung nimmt er damit eine Sonderstellung ein. Wie in den vorausgegangenen Jahren wird auch 2008 ein doppeltes Anliegen verfolgt: einerseits die Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer zu einem ausgewählten Schwerpunktthema zu analysieren, andererseits die Dauerbeobachtung der politischen Orientierungen und speziell der Demokratieunterstützung fortzusetzen. Die Autoren hoffen, den politischen Entscheidungsträgern damit wichtige Informationen und Anregungen für ihre Arbeit im Dienste des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger geben zu können.

Mit der „Soziale(n) Marktwirtschaft in Thüringen“ widmet sich der THÜRINGEN-MONITOR 2008 erstmals explizit einem wirtschaftspolitischen Gegenstand, wiewohl Einstellungen zu Fragen der Wirtschaft auch in früheren Jahren immer wieder gestellt worden sind. Das 60-jährige Jubiläum der Währungsreform, das Vielen zugleich als Geburtsstunde der Sozialen Marktwirtschaft gilt, bietet dafür einen geeigneten Anlass. Thematisch wird damit an den Schwerpunkt „Reform des Sozialstaats“ des THÜRINGEN-MONITORS 2004 angeknüpft, aus dessen Frageprogramm einzelne Fragen repliziert wurden. In früheren Jahren sind bereits andere Politikfelder (Familienpolitik, 2002; Bildungspolitik, 2007) untersucht worden. Die übrigen Schwerpunktthemen waren besonderen gesellschaftlichen Problemlagen (Rechts-Extremismus, 2000; demografischer Wandel, 2006), Jugend und Politik (2001) bzw. den Einstellungen zur Demokratie (2003) und zur deutschen Einheit (2005) gewidmet.

Wie in den vergangenen Jahren liegt der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung eine repräsentative Befragung zugrunde – mit den folgenden Eckdaten:

- Meinungsforschungsinstitut: Infratest dimap
- Befragungszeitraum: 26. Juni bis 10. Juli 2008
- Stichprobenziehung: Zufallsauswahl unter deutschen Bewohnern Thüringens ab 18 Jahre (Wahlberechtigte)
- Erhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Fehlertoleranz: etwa 1,5 Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 5)
etwa 3 Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50)

Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen für die Befragten nach Geschlecht, Bildung, Alters- und Erwerbsgruppen sowie Konfession sind in dem der Studie angehängten Tabellenteil dokumentiert. Für Prozentangaben im Text selbst gilt, dass es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente handelt.

Die Autoren danken „Infratest dimap“ und namentlich den Herren Reinhard Schlinkert und Dr. Klaus Gotto für die wie immer freundliche und konstruktive Zusammenarbeit. Der Dank geht ferner an Herrn Thomas Bauer, M.A. für die Erstellung des Tabellenanhangs sowie an Frau Katja Salomo für die Datenaufbereitung und für die Kontrolle der Auswertungen.

Jena, im Oktober 2008

Michael Edinger

Andreas Hallermann

Karl Schmitt

I. Einleitung

Es mutet wie eine Ironie der Geschichte an, dass ein Programm, das in seinen Anfängen heftig umstritten war, dann aber einen ungeahnten Siegeszug in der praktischen Politik, der politischen Publizistik und nicht zuletzt im öffentlichen Bewusstsein antrat, ausgerechnet 60 Jahre nach seiner Begründung in eine Akzeptanzkrise zu geraten scheint. Diesen Eindruck jedenfalls legt eine Umfrage von Mitte 2008 nahe, derzufolge die Skepsis gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland drastisch gestiegen ist (Bertelsmann Stiftung 2008: 9 f.; Köcher 2008). Wie immer plakativ und verkürzt derartige Einschätzungen sein mögen, so verweisen sie doch auf eine verstärkte Reflexion über Inhalte, Ausgestaltung und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, die nicht zuletzt durch die Infragestellung sozialstaatlicher Arrangements (u. a. infolge von Massenarbeitslosigkeit und demografischer Entwicklung) und neue Weichenstellungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ausgelöst worden ist. Im Zuge der jüngsten weltweiten Finanzkrise wird die Debatte um die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft zweifellos noch intensiviert werden.

Was aber bedeutet Soziale Marktwirtschaft und welche Vorstellungen von Gesellschaft, Wirtschaft und dem Zusammenwirken beider verbinden sich damit? Es kann im Rahmen der vorliegenden empirischen Untersuchung lediglich um eine grobe Skizze des Konzepts oder der Konzepte Sozialer Marktwirtschaft gehen. Dabei soll die Annäherung aus drei unterschiedlichen Perspektiven erfolgen: zunächst vom Begrifflichen und von den im Begrifflichen angelegten Spannungsfeldern her, dann mit Blick auf die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft im jungen Nachkriegsdeutschland und ihre weitere Entwicklung bis hin zum (zwischenzeitlichen) Erfolgs- und Exportmodell, schließlich unter dem Gesichtspunkt konkurrierender Lesarten.

Begrifflich verbindet die Soziale Marktwirtschaft ein marktförmig organisiertes und insoweit durch Angebot und Nachfrage bestimmtes Wirtschaftssystem mit einer wie auch immer ausgestalteten sozialen Abfederung von durch den Markt produzierten Risiken. Diese begriffliche Annäherung gibt noch kaum Auskunft über die Struktur der Marktwirtschaft, sie verweist aber auf ihre inhärenten Spannungslinien (positiv formuliert: auf das, was miteinander vereinbart werden soll) und bringt deutlich zum Ausdruck, wovon sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft abgrenzt, was also Soziale Marktwirtschaft *nicht* ist. Da das Soziale dem Markt attributiv zugeordnet ist, stehen – dem Begriff nach – der Markt und seine Struktur und Verfahren im Vordergrund. Mit anderen Worten: Es handelt sich letztlich um eine der verschiedenen Varianten oder Spielarten des Kapitalismus (grundlegend mit Blick auf postkommunistische Staaten Lane / Myant 2007). Freilich ist nicht das freie Spiel der Marktkräfte gemeint und gerade kein liberaler „Nachtwächterstaat“ angedacht. Vielmehr bedarf der Markt wegen der ihm eigenen Schwächen und der Gefahr des Marktversagens einer Regulierung und sozialen Verpflichtung, die nur durch staatliches Handeln zu leisten sind. Damit ist zugleich das erste Spannungsfeld umrissen: Es wird durch die Pole des marktbestimmten und des staatlich (mit-)gesteuerten Wirtschaftens aufgespannt.

Damit eng verknüpft sind die anthropologischen Grundlagen des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft. Sie speist sich aus einem Verständnis des Menschen als freies, selbst bestimmtes Wesen, das sich auch durch sein wirtschaftliches Handeln zu entfalten und zu verwirklichen vermag. Zugleich wird jedoch von einer sozialen Verpflichtung des Individuums als eines sozial eingebundenen Wesens ausgegangen. Das Prinzip der Eigenverant-

wortung wird mit dem Ethos gemeinschaftlicher und staatlicher Fürsorge für die dem Wettbewerb auf den Märkten nicht gewachsenen Individuen und Gruppen verknüpft. Eine dritte Spannungslinie, die mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft überwunden werden soll, ist die zwischen dem Leistungs- und Solidaritätsprinzip. Beide sollen nicht länger als gegensätzlich, sondern quasi als zwei Seiten einer Medaille miteinander verbunden werden.

Ein historischer Rückblick auf die Genese und weitere Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft setzt meist 1948 mit der als Weichenstellung für das bundesdeutsche „Wirtschaftswunder“ geltenden Währungsreform als so genannter Geburtsstunde ein. In einem gesellschaftlichen Klima, das durch eine große Skepsis gegenüber einer liberalen Wirtschaftsordnung geprägt war, und in einer Zeit grundlegend verschiedener Ordnungsvorstellungen fungierte das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als eine wirtschafts- und sozialpolitische Integrations- und Kompromissformel. Die relative Vagheit des Konzepts und seine Dehnbarkeit waren eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die politischen Lager von den Sozialdemokraten bis hin zu Konservativen und Liberalen unter dem breiten Dach der Sozialen Marktwirtschaft zusammenfinden konnten.¹ Ideengeschichtlich auf unterschiedliche Quellen zurückgehend – darunter der Ordoliberalismus, die katholische Soziallehre sowie sozialetische und freiheitliche sozialistische Ordnungsideen (Clapham 2007: 9-13; Klump 2001: 25-40) –, gelang ihr letztlich die angestrebte Befriedung der hochgradig kontroversen wirtschaftspolitischen Vorstellungen der politischen Akteure.

Im Zuge des Wirtschaftsauf- und -ausbaus in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft entwickelte sich die Soziale Marktwirtschaft zu einem ungeahnten Erfolgsmodell. Die Verbindung von Wachstum und einer immer umfassenderen sozialen Absicherung wurde ihr als zentrale Leistung angerechnet und machte sie gar zu einem Exportprodukt und zu einer auch im Kontext der europäischen Integration bemühten Leitidee (Paraskewopoulos 2008). Ausgebaut wurden in dieser Phase und erneut nach der deutschen Vereinigung vor allem die sozialen Sicherungssysteme mit der Folge eines eng gestrickten sozialen Netzes, aber auch einer steigenden Staatsquote und einer hohen Belastung des Faktors Arbeit.² Auch wenn zumal in Zeiten wirtschaftlicher Krisen die Soziale Marktwirtschaft verschiedentlich in die Kritik geriet und sich die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit abzuzeichnen begannen, stand ihre Tauglichkeit als Leitvorstellung für die ostdeutsche Transformation kaum ernstlich in Frage. Die Tatsache, dass das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft zum parteiübergreifenden Konsens des vereinigten Deutschlands gehört und mittlerweile sogar – bei starker Akzentuierung der sozialen Gerechtigkeit – von Teilen der Linken akzeptiert scheint, verdankt sich nicht zuletzt der Offenheit des Konzepts. Soziale Marktwirtschaft ist mit unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Regimes verträglich, von den „Three Worlds of Welfare Capitalism“ (Esping-Andersen 1990) am wenigsten wohl noch mit dem liberalen Modell, wie es in den USA oder Australien besteht.

Schließlich können in einem dritten Versuch der Annäherung analytisch drei unterschiedliche Konzepte oder Lesarten der Sozialen Marktwirtschaft unterschieden werden. Eine erste betont wirtschaftsfreundliche Lesart verweist auf die bloße soziale Attributierung der Marktwirtschaft, die mitunter eher als Camouflage betrachtet wird. Ihr geht es um eine Belebung und Stärkung der Marktkräfte bei gleichzeitiger Zurückdrängung der als ausufernd und lähmend

1 Zur Genese und Diskussion der Sozialen Marktwirtschaft vgl. aus der umfangreichen Literatur beispielhaft Andersen 2007; Cassel 1998; Schlecht / Stoltenberg 2001 sowie die programmatischen Schriften Müller-Armacks (Müller-Armack 1947, 1974).

2 Vor allem Ende der 1960er und während der 1970er Jahre war die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft mit korporatistischen Arrangements verbunden.

charakterisierten wohlfahrtsstaatlichen Arrangements (Schlecht 2001). Nach einer mit dieser kaum zu vereinbarenden zweiten Lesart sind soziale Sicherung und staatliche Mitsteuerung des Wirtschaftslebens dem marktbasieren Wirtschaften gleichrangig. Zur Verringerung der wachsenden sozialen Ungleichheit wird eine stärkere Kontrolle der als entfesselt geltenden Marktkräfte verlangt. Die aktuelle Krise an den Finanzmärkten hat diese Position über alle politischen Lager hinweg populärer werden lassen. Eine vermittelnde Position charakterisiert die dritte Lesart, wonach die Vorteile des im Grunde zu begrüßenden Marktmechanismus mit einer tragfähigen sozialen Absicherung gegen die als drängend betrachteten Gefahren eines Marktversagens verknüpft werden sollen.

Erst mit dem wachsenden Bewusstsein für die Notwendigkeit eines schonenden Umgangs mit den natürlichen Ressourcen ist beginnend mit den 1980er Jahren das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft um das ökologische Attribut ergänzt worden. Fortan sollten die Marktmechanismen nicht nur korrigiert oder partiell außer Kraft gesetzt werden können, um einen stärkeren sozialen Ausgleich zu erreichen (soziales Korrektiv), sondern auch dann, wenn größere Umweltschäden zu befürchten wären (ökologisches Korrektiv). Es ging damit um die Eindämmung des Raubbaus am kollektiven Gut Umwelt und darum, der Externalisierung entsprechender Kosten privaten Wirtschaftens Grenzen zu setzen. Mit der umweltpolitischen Erweiterung des Begriffs hat die Soziale Marktwirtschaft zugleich eine Verknüpfung mit der Leitidee der Nachhaltigkeit erfahren (vgl. grundlegend Grundwald / Kopfmüller 2006). Vereinfacht formuliert sollte Entwicklung durch ein auf langfristige Ziele orientiertes, ressourcenschonendes und die Interessen und Lebenschancen zukünftiger Generationen berücksichtigendes Wirtschaften erreicht werden. Faktisch ist damit den bereits skizzierten Spannungslinien im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft eine längere Zeit wenig beachtete Konfliktlinie hinzugefügt worden: die zwischen Ökonomie und Ökologie. Das Kernanliegen einer ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft stellt denn auch die Versöhnung von wirtschaftlichen und umweltpolitischen Zielen und somit die Überwindung eines allein auf hohe Wachstumsraten bezogenen Wirtschaftsverständnisses dar.

Der THÜRINGEN-MONITOR strebt weder eine Rekonstruktion der ökonomischen Diskurse entlang der erwähnten Spannungslinien noch die Erörterung realwirtschaftlicher Vorgänge seit der Neugründung des Landes Thüringen an. Insoweit die ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklungen im Freistaat nachgezeichnet werden (Kap. III.1), dient diese Skizze als unverzichtbare Folie zum besseren Verständnis der ökonomischen Einstellungen der Thüringer. Bekanntlich müssen die subjektiven Wahrnehmungen und Erwartungen der Bürger nicht mit der in amtlichen makroökonomischen Statistiken dokumentierten objektiven Wirtschaftsentwicklung korrespondieren. Schon aus diesem Grund ist es wichtig, die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage sowie weitere damit verknüpfte Perzeptionen wie etwa die Bewertung der deutschen Einheit (auch) als mögliche Determinanten ökonomischer Präferenzen zu berücksichtigen (Kap. III.2).

Im Zentrum des diesjährigen wirtschaftlichen Schwerpunktteils des THÜRINGEN-MONITORS stehen jedoch die Haltungen zu ökonomischen Fragen. Dabei ist zwischen wirtschaftlichen Grundorientierungen und den Urteilen über konkrete wirtschaftspolitische Handlungsoptionen zu unterscheiden. Die Einstellungen der Thüringer zu Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gilt es, mit Blick auf die oben skizzierten Spannungsfelder zu entwickeln (Kap. III.3). Das besondere Augenmerk richtet sich einerseits auf die Zusammenhänge zwischen den diversen grundlegenden Einstellungen und andererseits auf die Bedeutung, die diesen für die Herausbildung wirtschaftspolitischer Präferenzen zukommt (Kap. III.4.2). Von Letzteren kann angenommen werden, dass sie zusätzlich davon abhängig sind, welche Relevanz die Befragten verschiedenen politischen Problemen beimessen. Daher ist auch der

Problemdruck bzw. Problemhaushalt der Thüringer bei der Analyse gebührend zu berücksichtigen (Kap. III.4.1).

Neben der Analyse der wirtschaftsbezogenen Einstellungen setzt der THÜRINGEN-MONITOR 2008 die Dauerbeobachtung zentraler Aspekte der politischen Kultur in Thüringen fort. Sie ist geleitet von der Frage, ob, wie sehr und in welcher Weise das demokratische System, seine Institutionen und Akteure fast 20 Jahre nach dem Mauerfall im Freistaat verankert sind. Die mittlerweile acht bzw. neun Jahre umfassende Zeitreihe ermöglicht dabei sehr zuverlässige Aussagen über Konstanz und Wandel demokratiebezogener Einstellungen. Im Zentrum steht wie in den vorausgegangenen Jahren die Bewertung der demokratischen Idee, Verfassungsordnung und Praxis sowie das Vertrauen, das wichtigen Institutionen in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland entgegengebracht wird (Kap. IV.2). Gewissermaßen spiegelbildlich werden auch solche Einstellungen untersucht, die gegen die Demokratie gerichtet sind und aktuell als besonders gravierende Herausforderung derselben gelten müssen: rechtsextreme Orientierungen (Kap. IV.3). Im einen wie im anderen Fall geht es über die Verbreitung der jeweiligen Einstellungen hinaus um die Analyse ihrer Struktur und Ursachen.

Stärker als im Vorjahr wird im vorliegenden Bericht etwaigen Verknüpfungen zwischen der Dauerbeobachtung und dem Schwerpunktteil, also den Zusammenhängen zwischen der Demokratiebewertung und ökonomischen Einstellungen nachgespürt. Dabei interessiert vorwiegend, ob die ökonomischen Grundorientierungen und wirtschaftspolitischen Präferenzen Auswirkungen darauf haben, wie sich die Thüringer zur (demokratischen) Politik stellen, wie sehr folglich die *politische* Kultur von der Wahrnehmung ökonomischer Prozesse und ihrer Bewertung abhängig ist. Entsprechende Effekte sind eher bei der Bewertung von Politikern und Parteien sowie konkreter politischer Maßnahmen zu erwarten als etwa bei der Unterstützung der demokratischen Idee. Dies ist auch der wesentliche Grund, weshalb die Auseinandersetzung mit den politischen Parteien bzw. deren Einschätzung durch die Befragten in diesem Jahr ausführlicher ist als zuvor (Kap. IV.1). Die den politischen Parteien zugeschriebenen Kompetenzen in den Bereichen der Wirtschaftspolitik und der Arbeitsmarktpolitik, aber auch in weiteren Politikfeldern erfüllen dabei die Funktion, den wirtschaftsbezogenen Schwerpunktteil mit dem politikbezogenen „Standbein“ zu verknüpfen.

Diesen beiden zentralen Teilen des THÜRINGEN-MONITORS ist einmal mehr ein knappes Kapitel vorangestellt, das den Wahrnehmungen Thüringens durch seine Bürger gewidmet ist (Kap. II). Es geht neben der Identifikation mit Thüringen und der erwarteten Abwanderung um die vergleichende Bewertung des Freistaats und seine Perspektiven als eines eigenständigen Landes im deutschen Föderalismus. Nicht zuletzt darin kommt der ausgewiesene Landesbezug des THÜRINGEN-MONITORS zum Ausdruck, der ihn von den immer zahlreicheren Repräsentativbefragungen in Gesamtdeutschland abhebt.

II. Leben in Thüringen

Die knapp zwei Jahrzehnte, die seit dem Fall der Mauer ins Land gegangen sind, haben für die Menschen in Thüringen wie in Ostdeutschland allgemein einen grundlegenden Wandel in ihrem gesellschaftlichen Umfeld und oftmals erhebliche berufliche und private Veränderungen mit sich gebracht. Entsprechend groß sind die Herausforderungen gewesen, denen sie sich im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesse ausgesetzt fanden, die oftmals tief in den privaten Lebensbereich hineinwirkten. Wie fühlen sich die Thüringer 18 Jahre nach der Neubegründung ihres Landes? Wie zufrieden sind sie mit ihrem Leben und dem Leben in Thüringen? Wie sehr fühlen sie sich dem Freistaat verbunden und wie beurteilen sie Thüringen im gesamtdeutschen Vergleich?

Einen ganz allgemeinen Eindruck von der subjektiv empfundenen Lebenssituation vermittelt die Lebenszufriedenheit. Gefragt danach, wie zufrieden sie mit ihrem jetzigen Leben sind, geben die Thüringer im Schnitt einen Wert von etwa 6,4 auf einer von 0 (völlig unzufrieden) bis 10 (in höchstem Maße zufrieden) reichenden Skala an. Eine deutliche Mehrheit der Befragten zeigt sich hoch zufrieden (Werte ab 7); immerhin fast jeder Zehnte ist sogar sehr zufrieden mit seinem Leben (Werte 9 und 10). Dem recht großen Kreis der Zufriedenen steht eine Minderheit von etwa 13 Prozent der Thüringer gegenüber, die nur eine geringe Lebenszufriedenheit angeben (Werte 0 bis 4). Insgesamt zeigen sich die Thüringer damit ähnlich zufrieden wie bei einer früheren bundesweiten Repräsentativbefragung die Ostdeutschen insgesamt. Deutlich zufriedener allerdings sind die Westdeutschen, was nicht zuletzt darin begründet liegen mag, dass sie den Verwerfungen der Transformation weit weniger ausgesetzt gewesen sind als die Menschen in den neuen Ländern.

Zwar zeigen sich die Jüngsten (18-24 Jahre) am zufriedensten, aber die Lebenszufriedenheit steht in keiner linearen Beziehung mit dem Alter. So finden sich etwa zwischen den Altersgruppen der 25- bis 44-Jährigen und der Rentnergeneration im Schnitt keine nennenswerten Abweichungen, auch wenn sich die Quellen der Zufriedenheit vermutlich zum Teil unterscheiden. Einen deutlichen Effekt haben die Bildung und das – mit dem formalen Bildungsstand verknüpfte – Haushaltseinkommen: Unter den Befragten mit Abitur finden sich weit mehr Zufriedene als in der Kontrastgruppe. Noch stärker ist der Zusammenhang mit dem Einkommen: Eine materiell angespannte Lage erhöht erwartungsgemäß die Unzufriedenheit. Eine auffallend geringe Lebenszufriedenheit bekunden Arbeitslose, bei denen oftmals geringe Bildungsqualifikation und ein niedriges Einkommen zusammenfallen. Damit bestätigt sich auch für Thüringen der aus der einschlägigen Forschung bekannte Sachverhalt, dass Arbeitslosigkeit über die materiellen Einbußen hinaus – plastisch formuliert – unglücklich macht (zusammenfassend Rackow 2007: 140-142; speziell für Ostdeutschland nach dem Regimewechsel Kallabis 1995: 35-46; der Sache nach schon früh bei Jahoda / Lazarsfeld / Zeisel 1975 [1933]).

Hier interessiert jedoch vor allem, welche Wirkung die allgemeine Lebenszufriedenheit darauf hat, wie die Thüringer ihr eigenes Land einschätzen und wie stark ihre diesbezüglichen Bindungen sind. Erwartet werden kann, dass mit steigender Lebenszufriedenheit auch die Bewertungen Thüringens freundlicher ausfallen. Diese Annahme findet sich zunächst für die Einschätzung des Lebens in Thüringen bestätigt. Ähnlich wie schon im Vorjahr (TM 2007: 11) meinen mehr als 60 Prozent der Befragten, dass man in Thüringen gut oder sehr gut leben kann; nur ein knappes Zehntel äußert die gegenteilige Auffassung. Die positiven Urteile nehmen umso mehr zu, je zufriedener sich die Befragten über das eigene Leben äußern. Von den

sehr Zufriedenen betrachten fast 90 Prozent Thüringen als einen (sehr) guten Ort zum Leben, von den Befragten mit niedriger Lebenszufriedenheit gerade jeder Vierte (Tab. 1).

Tab. 1: *Auf Thüringen bezogene Einstellungen nach Lebenszufriedenheit (Zustimmung in Prozent)*

	Lebenszufriedenheit			
	sehr hoch	hoch	mittel	niedrig
In Thüringen kann man alles in allem gesehen (sehr) gut leben.	86	74	55	26
Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.	79	60	58	42
Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.	63	37	36	32

Das vorrangige Selbstverständnis als Thüringer – in Abgrenzung zu einer Identität in erster Linie als Ostdeutscher, Deutscher oder Europäer – wird durch die Lebenszufriedenheit hingegen kaum tangiert. Auch wenn es um die Bewertung Thüringens im Vergleich zu anderen Ländern geht, ist der Zusammenhang mit der Zufriedenheit gering. Immerhin treten aber im Vergleich der Kontrastgruppen von Befragten mit sehr hoher und denjenigen mit niedriger Lebenszufriedenheit Unterschiede zutage: Wie Tabelle 1 ausweist, beurteilt die erste Gruppe Thüringen bzw. die wirtschaftliche Lage im Freistaat im Vergleich zu anderen Ländern überproportional positiv. Damit korrespondiert, dass die Erwartung und wohl auch die Bereitschaft, Thüringen zu verlassen, unter den Thüringern mit niedriger Lebenszufriedenheit deutlicher ausgeprägt sind. Insgesamt zeigt sich jedoch eher ein moderater (positiver) Effekt der Lebenszufriedenheit auf die Verbundenheit mit Thüringen.

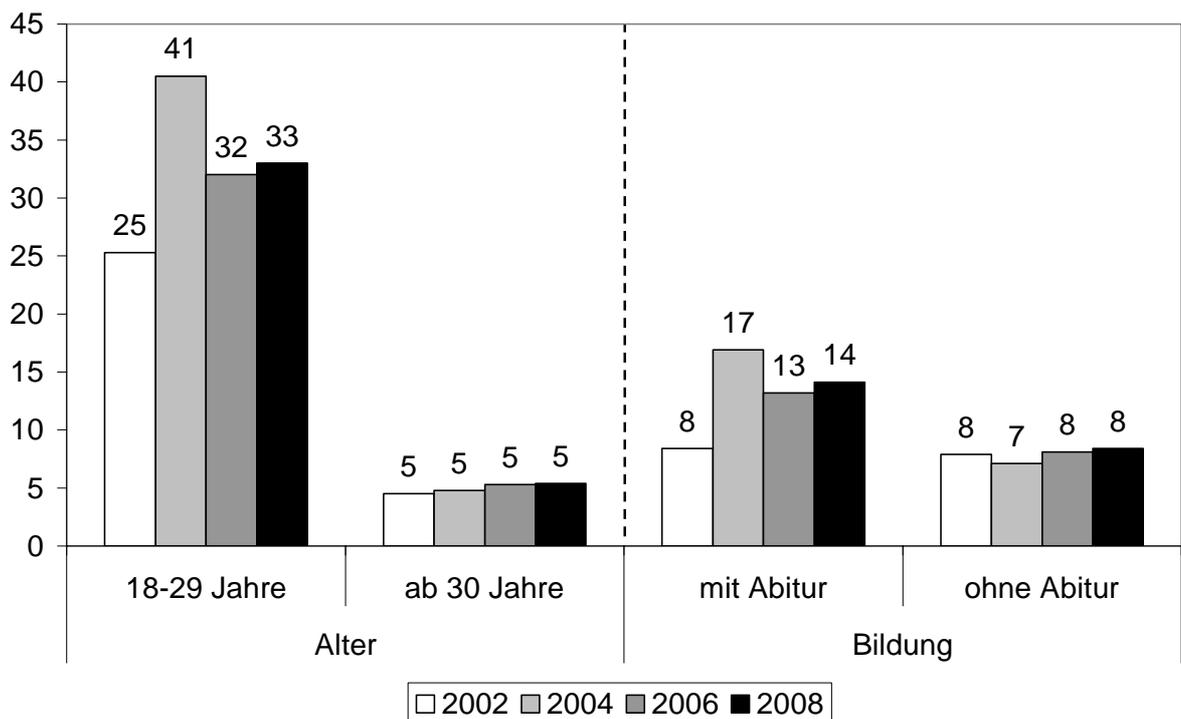
Maßgeblich beeinflusst wird die Lebenszufriedenheit von dem Vergleich, den die Befragten mit dem Status quo ante vornehmen, konkret mit ihrer eigenen und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation in Thüringen zum Beginn des Transformationsprozesses 1990. Für den eigenen Lebensstandard konstatiert eine knappe Mehrheit der Befragten ab 35 Jahre³ (51 %) eine Verbesserung gegenüber DDR-Zeiten, ein gutes Viertel bekundet, er habe sich verschlechtert; die Übrigen sehen keine Veränderung. Noch positiver wird die allgemeine wirtschaftliche Lage in Thüringen im Vergleich zu 1990 bewertet: Knapp zwei Drittel der Thüringer der entsprechenden Altersgruppe schätzen die heutige Lage besser ein. Je positiver die Entwicklung des eigenen Lebensstandards und die wirtschaftliche Entwicklung Thüringens gesehen werden, desto größer fällt jeweils die Lebenszufriedenheit aus. Besonders eindrucksvoll nimmt sich die Wirkung der wahrgenommenen Entwicklung des persönlichen Lebensstandards aus: Befragte, die ihn 2008 viel besser einschätzen im Vergleich zu 1990, erreichen auf der Skala der Lebenszufriedenheit mit 7,8 Punkten einen mehr als doppelt so hohen Wert

3 Bei den Jüngeren, die zum Zeitpunkt der deutschen Einheit noch minderjährig waren, erscheint der Vergleich nicht sinnvoll.

wie diejenigen, die eine deutliche Verschlechterung berichten. Der Effekt der Bewertung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung fällt schwächer aus.

Die ökonomische Lage Thüringens wird nicht nur im Vergleich zu 1990 positiv beurteilt, sondern auch im Vergleich zu anderen Ländern. Sie gilt 2008 sogar 38 Prozent der Befragten als besser denn in den übrigen neuen Ländern (im Vergleich zu nur 25-35 % in den vorausgegangenen Jahren); nur ein gutes Fünftel betrachtet sie als schlechter. Dass Thüringen den Vergleich mit Westdeutschland nicht zu scheuen braucht – dieser Auffassung sind über die Jahre hinweg knapp 60 Prozent der Befragten. Die Beurteilungen Thüringens im west- und ostdeutschen Vergleich stehen in einem allenfalls schwachen Zusammenhang mit einer etwaigen Abwanderung aus Thüringen. Ob die Befragten eine Abwanderung erwarten oder nicht, ist auch unabhängig von ihrer Lebenszufriedenheit. Insgesamt rechnen, ähnlich wie schon in früheren Befragungsjahren, etwa 70 Prozent der Thüringer sicher und weitere 20 Prozent wahrscheinlich damit, in Thüringen zu bleiben. Demnach geht erwartungsgemäß nur eine recht kleine Gruppe davon aus, den Freistaat zu verlassen.

Abb. 1: *Erwartete Abwanderung aus Thüringen nach Alter und Bildung (in Prozent)*



Werte für „werde sicher fortziehen“ und „werde wahrscheinlich fortziehen“ zusammengefasst.

Ein genauerer Blick auf die soziale Zusammensetzung dieser Gruppe zeigt jedoch, wie brisant eine etwaige Abwanderung für Thüringen weiterhin ist⁴: Wie schon in früheren Jahren sind es

4 Nach Daten des Statistischen Landesamts weist Thüringen seit 1997 – nach einem kurzzeitig schwach positiven Saldo – wieder eine negative Wanderungsbilanz auf, d. h. es ziehen mehr Menschen aus Thüringen fort als zuziehen; vgl. auch TM 2005:15.

vorwiegend die Jüngeren und die gut Gebildeten, die davon ausgehen, dem Land den Rücken zu kehren (Abb. 1). In der Altersgruppe unter 30 Jahren betrifft dies etwa jeden Dritten, in der jüngsten Alterskohorte der 18-24-Jährigen sogar mehr als 40 Prozent. Eine Mehrheit dieser jungen Thüringer verfügt über das Abitur, ein Teil bereits über einen Hochschulabschluss. Gegenüber 2006 hat sich die Abwanderungserwartung kaum verändert, im Vergleich zu 2004 sogar leicht abgenommen. Der sehr schwache Zusammenhang mit der Bewertung des Lebens in Thüringen zeigt, dass der erwartete Wegzug aus Thüringen in aller Regel nicht aufgrund einer generellen Unzufriedenheit mit der Region erfolgt, sondern der Aussicht auf (bessere) Arbeits- und Ausbildungsplätze insbesondere in Westdeutschland geschuldet ist.

Die Erwartung des Fortziehens aus Thüringen, die in aller Regel mit einer entsprechenden Mobilitätsbereitschaft einhergeht, spiegelt sich teilweise auf der Einstellungsebene: Wer seine Zukunft außerhalb Thüringens sieht, hat ein sehr viel positiveres Verhältnis etwa zu Auslandsaufenthalten, die Ausbildungszwecken dienen. Eine deutliche Mehrheit in dieser Gruppe meint, dass Jugendliche einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland verbringen sollten; unter denjenigen, die sicher in Thüringen bleiben, gilt dies jedoch gerade einmal für ein Viertel. Zudem finden sich unter den Mobilitätsorientierten überproportional viele Befragte, die sich selbst in erster Linie als „Europäer“ verstehen. Das Fortziehen aus Thüringen scheint für viele in dieser Gruppe mit besseren Karrierechancen assoziiert zu sein. Vor diesem Hintergrund dürfte es ohne eine rapide Verbesserung der regionalen wirtschaftlichen und Arbeitsmarktsituation schwierig bleiben, diese Gruppe in Thüringen zu halten bzw. sie nach dem Berufseinstieg für eine Rückkehr in den Freistaat zu gewinnen.

In der Bevölkerung insgesamt ist die starke Bindung an Thüringen ungebrochen. Dies ist nicht nur an der positiven Bewertung des Lebens im Freistaat abzulesen, sondern auch anhand der Angaben zur Identität. Eine deutliche relative Mehrheit der Befragten von gut 42 Prozent versteht sich wie schon in fast allen Vorjahren in erster Linie als „Thüringer“. Vornehmlich als „Deutsche“ fühlen sich nur noch 29 Prozent, was illustriert, dass es im Zuge der Fußball-Europameisterschaft zu keiner ähnlichen Wirkung wie zwei Jahre zuvor gekommen ist. Damals war der Anteil der Befragten, die sich vorrangig als Deutsche identifizierten, schlagartig angestiegen – offenkundig aus Begeisterung über die Erfolge der deutschen Nationalelf bei der Fußball-WM. Weitgehend konstant geblieben sind die Anteile der „Ostdeutschen“ mit 17 Prozent und – wie schon seit Jahren – die der „Europäer“ mit zehn Prozent.

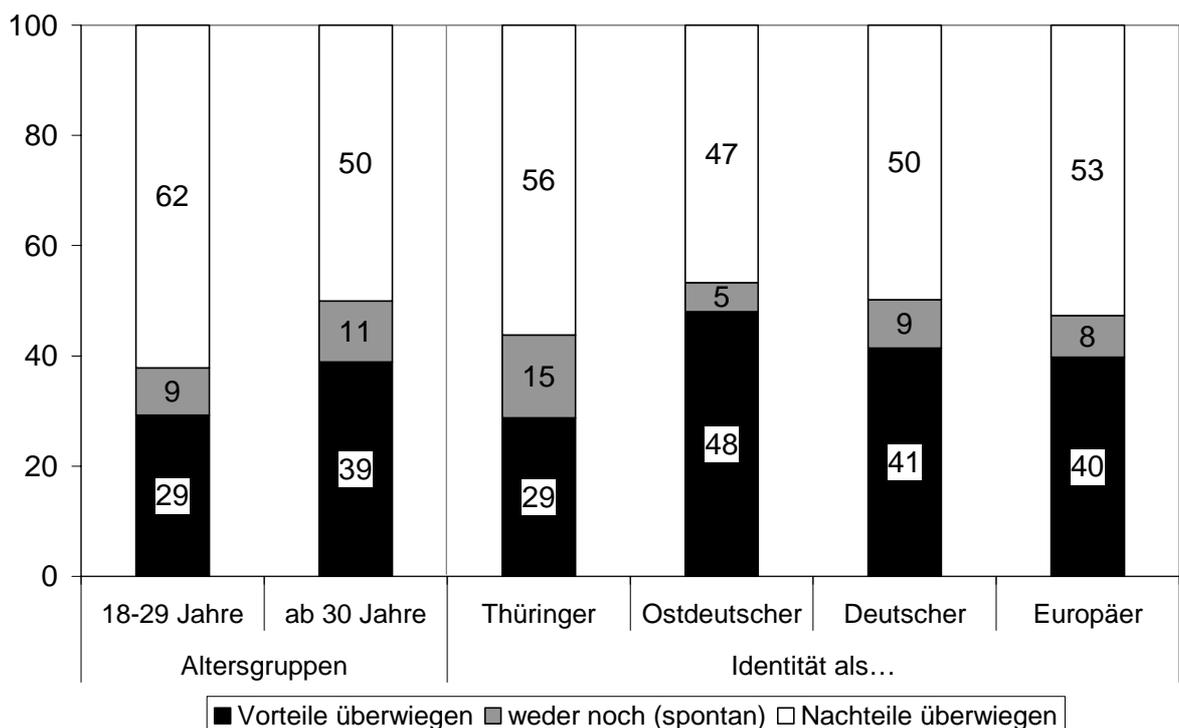
Massive Unterschiede treten beim Selbstverständnis zwischen Frauen und Männern zu Tage. Zwar neigten auch in früheren Jahren die Frauen weit stärker zu einer regionalen Identität, identifizierten sich also überdurchschnittlich stark mit ihrer relativ näheren Umgebung, doch waren die Unterschiede seit 2000, dem Jahr des ersten THÜRINGEN-MONITORS, noch nie so ausgeprägt. Während sich 2008 eine knappe Mehrheit der Frauen zuerst als „Thüringer(-in)“ versteht, ist es unter den Männern nicht mehr als ein Drittel. Dafür sehen sich die Männer viel häufiger als „Deutsche“ (34 % im Vergleich zu 24 % der weiblichen Befragten) und auch unter den „Ostdeutschen“ und „Europäern“ sind sie zumindest schwach überrepräsentiert. Die Unterschiede nach dem Bildungsstand sind demgegenüber schwächer ausgeprägt. Dabei bezeichnen sich die Befragten mit niedrigerem formalen Bildungsniveau überproportional häufiger als „Thüringer“. Die Befragten mit Abitur ordnen sich vergleichsweise oft den „Europäern“ zu, während die Hochschulabsolventen unter den „Ostdeutschen“ überrepräsentiert sind.

Das Zugehörigkeitsgefühl, welches Befragte entwickeln, ist somit zwar von sozialstrukturellen Faktoren wie Geschlecht und Bildung abhängig, es wirkt sich aber auch auf andere Einstellungen aus. Dies lässt sich hier am Beispiel der Positionen zu einem etwaigen neuen Bundesland Mitteldeutschland belegen. Wie bereits in den beiden Vorjahren wurden die Befrag-

ten 2008 gefragt, ob eine Zusammenlegung der Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt mehr Vor- oder mehr Nachteile habe. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich für die Befragten insgesamt ein nahezu identisches Bild: Einer knappen Mehrheit, die mehr Nachteile sieht, stehen etwa 37 Prozent Befürworter gegenüber; die übrigen zehn Prozent gewichten Vor- und Nachteile gleich stark.

In den Gruppen der „Deutschen“ und „Europäer“ findet sich in etwa die gleiche Gesamtverteilung (Abb. 2). Deutlicher als im Durchschnitt fällt hingegen die Ablehnung einer Länderfusion bei den „Thüringern“ aus: Unter ihnen ist der Anteil derjenigen, für die die Nachteile einer Zusammenlegung überwiegen, doppelt so hoch wie in der Kontrastgruppe. Angesichts der starken Orientierung auf Thüringen in dieser Gruppe muss überraschen, dass eine Länderfusion nicht noch deutlicher abgelehnt wird. Am stärksten für die Zusammenlegung von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt plädieren die „Ostdeutschen“. Unter ihnen ist der Anteil der Befürworter sogar minimal größer als der Anteil derjenigen, die mehr Nachteile sehen.

Abb. 2: *Bewertung einer Zusammenlegung der Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt nach Altersgruppen und Identität (in Prozent)*



Neben der vorrangigen Zugehörigkeit / Identität hängt die Positionierung zur Länderfusion aber auch von einer Reihe weiterer Faktoren ab. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich wird, zeigen sich etwa die jüngeren Altersgruppen sehr viel stärker am Fortbestand Thüringens interessiert als die älteren. Die Bewohner der an Sachsen und Sachsen-Anhalt angrenzenden Kreise beurteilen 2008 wie schon zwei Jahre zuvor (TM 2006: 14) die Länderfusion sehr viel positiver als die aller übrigen Kreise und der kreisfreien Städte. Unter den Anhängern und auch unter den potenziellen Wählern der im Landtag vertretenen Parteien überwiegt jeweils die Skepsis, besonders deutlich aber allein bei der CDU. Auch der Bildungsstand ist von Rele-

vanz: Bei den Thüringern mit Abitur finden sich mehr Befragte, die die Vorteile betonen, als Gegner einer Länderfusion. Unter ihnen nivellieren sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Zugehörigkeitsgruppen weitgehend. Unter den Befragten ohne Abitur hingegen bestehen gravierende Unterschiede vor allem zwischen den fusions skeptischen „Thüringern“ und den fusionsbereiten „Ostdeutschen“.

Insgesamt findet sich derzeit und wohl auch in naher Zukunft keine Mehrheit in der Bevölkerung für eine Zusammenlegung Thüringens mit seinen Nachbarländern Sachsen und Sachsen-Anhalt. Angesichts der verbreiteten Skepsis in der Anhänger- und Wählerschaft aller drei Landtagsparteien ist eine Thematisierung der Fusion im Thüringer Landtagswahlkampf 2009 – anders als noch vor zwei Jahren in Sachsen-Anhalt – nicht zu erwarten. Dies muss auf mittlere Sicht gerade vor dem Hintergrund der Debatten um die Zukunft des deutschen Föderalismus ein Wiederaufleben entsprechender Überlegungen freilich nicht ausschließen.

III. Wirtschaft und Soziales im Urteil der Thüringer

1. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Thüringens seit 1990 – ein Überblick

Zwar sind die in der Bevölkerung verbreiteten Meinungen zur Sozialen Marktwirtschaft sowie die Präferenzen hinsichtlich ihrer politischen Ausgestaltung kein bloßer Reflex der bestehenden ökonomischen und sozialen Verhältnisse; wäre dem so, bedürfte es keiner Bevölkerungsbefragungen zur Ermittlung des Einstellungsprofils. Gleichwohl entwickeln sich diese Orientierungen durchweg in Auseinandersetzung mit den jeweiligen sozioökonomischen Gegebenheiten und Entwicklungen. Wie unbestritten selektiv die jeweiligen Wahrnehmungen auch sein mögen und ungeachtet der mitunter großen Unkenntnis, die mit ihnen einhergehen mag: Wer sie verstehen möchte, muss auch die „realen“ ökonomischen und sozialen Entwicklungen in den Blick nehmen, in deren Zusammenhang sie entstehen. So dürfte beispielsweise bei dauerhaft hohen Erwerbslosenquoten die Sensibilität gegenüber Arbeitslosigkeit stark ausgeprägt sein; auch dürften Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung kaum Popularität erlangen, wenn die Preise nicht steigen und ein Preisanstieg nicht zu erwarten ist.

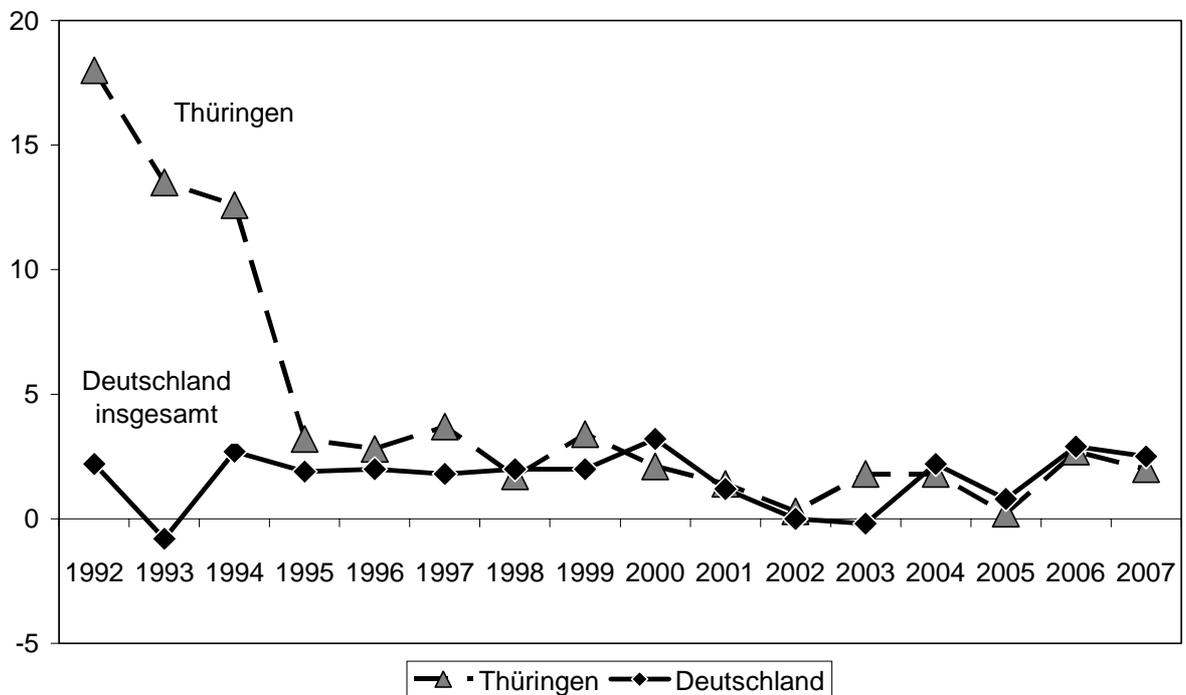
Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, der Darstellung und Deutung dessen, wie die Thüringer sich zu unterschiedlichen Facetten der Sozialen Marktwirtschaft positionieren, eine knappe Skizze der wirtschaftlichen, sozialen und ansatzweise auch ökologischen Entwicklungen in Thüringen seit den frühen 1990er Jahren voranzustellen. Ein solcher Überblick vermag einerseits, die Herausbildung bestimmter wirtschafts- und sozialpolitischer Orientierungen verständlich und nachvollziehbar zu machen. Andererseits kann er auf eine Diskrepanz zwischen individuellen Wahrnehmungen und Einschätzungen und den tatsächlichen sozioökonomischen Entwicklungen aufmerksam machen. Dabei kann es hier nur um einen Aufriss, nicht aber um eine empirisch gesättigte Gesamtdarstellung des Transformationsprozesses gehen. Skizziert werden sollen einige wesentliche Trends in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt.

Die wirtschaftliche Transformation in Thüringen wie in Ostdeutschland insgesamt war zunächst durch einen – bezogen auf die alten Länder – gewaltigen Angleichungs- und Aufholprozess charakterisiert. Im Zuge der Umwandlung einer staatlich gelenkten Zentralverwaltungswirtschaft in eine Soziale (und ökologische) Marktwirtschaft, die faktisch weitgehend an bundesrepublikanischen Mustern orientiert war, kam es zu einer grundlegenden Neuorganisation des Wirtschaftslebens. Zentrale Merkmale dieser Umgestaltung waren der Übergang vormals „volkseigener“ Betriebe in Privatbesitz (oder ihre Schließung), die rasante Veränderung der Wirtschaftsstruktur von der Industrieproduktion hin zu einer Dominanz des Dienstleistungssektors sowie eine völlige Neuausrichtung der Handelsströme.

Die grundlegende Umgestaltung führte unmittelbar nach dem Regimewechsel in Ostdeutschland zu einem Einbruch der Produktion und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, dann ab 1992 zu einem eindrucksvollen, wenngleich kurzen „Mega-Wachstum“. Zu einer Zeit, als sich weite Teile Osteuropas noch in einer Depressionsphase befanden, stieg das thüringische (preisbereinigte) Bruttoinlandsprodukt dreimal in Folge um zweistellige Werte (1992: 18 %,

1993: 14 %, 1994: 13 %).⁵ Wie Abbildung 3 illustriert, lagen die Steigerungsraten damit weit über den gesamtdeutschen. Sie übertrafen aber auch die durchschnittliche Wachstumssteigerung in den neuen Ländern. Der Aufholprozess gegenüber Westdeutschland wurde jedoch Mitte der 1990er Jahre erheblich abgebremst und bereits 1998 lagen die Wachstumsraten in Thüringen erstmalig niedriger als deutschlandweit. Im neuen Jahrhundert schwankten die Werte in einer auch für die Bundesrepublik insgesamt gültigen Marge zwischen Nullwachstum und zwei Prozent. Erst 2006 wurde im Zuge eines kurzzeitigen konjunkturellen Aufschwungs wieder die Marke von zwei Prozent übertroffen. Nimmt man 2000 als Referenzjahr, so ist das Bruttoinlandsprodukt in Thüringen seitdem geringfügig stärker gewachsen als in Deutschland insgesamt.

Abb. 3: *Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland insgesamt 1992 bis 2007 (in Prozent)*



Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik (für Thüringer Werte); Statistisches Bundesamt (für Vergleichswerte).

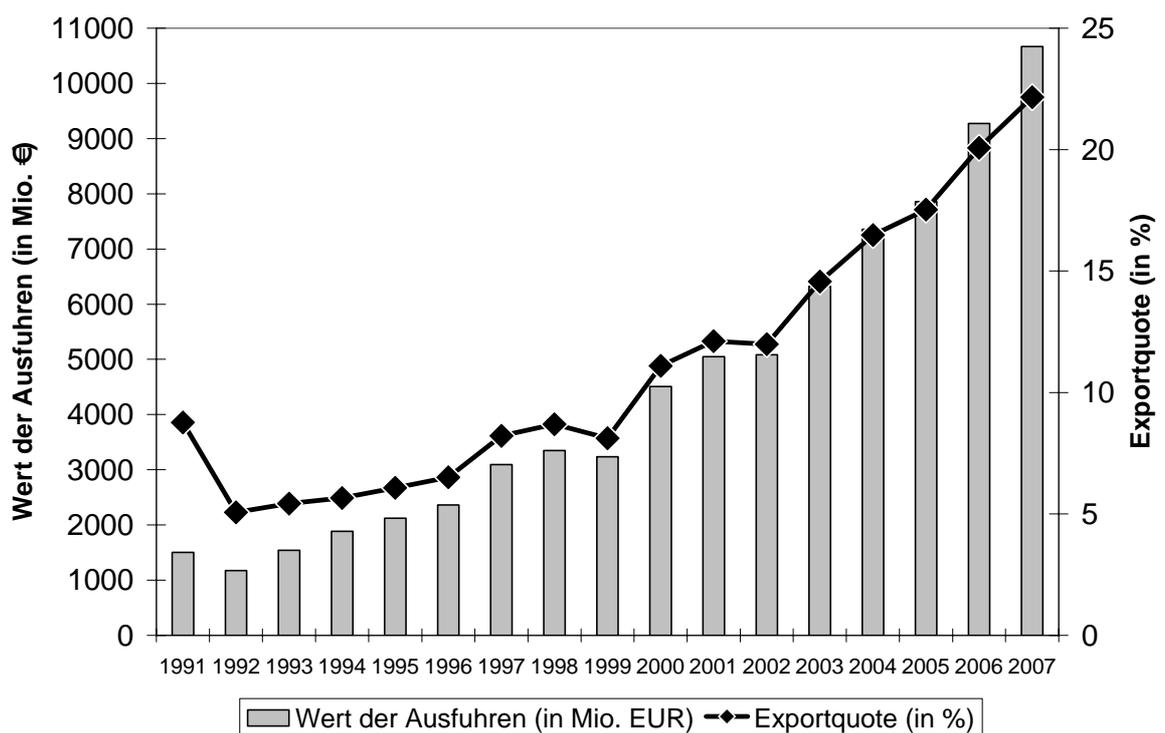
Fungierte während der Boomphase von 1992 bis 1994 vor allem das Baugewerbe – nachgeordnet auch der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr – als Zugpferd der galoppierenden Konjunktur, so hat sich nach dessen rapidem Niedergang ab Mitte der 1990er Jahre vornehmlich das sonstige Produzierende Gewerbe und hier speziell das Verarbeitende Gewerbe zum Wachstumsmotor entwickelt. Die Wachstumsraten in diesem Bereich fallen seit Jahren überdurchschnittlich hoch aus. Entsprechend trägt das Verarbeitende Gewerbe nach den öffentli-

5 Sämtliche (Zahlen-)Angaben im Text sind den Publikationen / Online-Ressourcen des Thüringer Landesamts für Statistik oder des Statistischen Bundesamts entnommen. Die Prozentangaben zur Haushaltsausstattung in der DDR folgen den Einträgen im Statistischen Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1989.

chen und privaten Dienstleistern am stärksten zur Wertschöpfung bei. Das anfängliche Gefälle in der Leistungskraft von Landkreisen und kreisfreien Städten zugunsten letzterer besteht mittlerweile nicht mehr. Im Vergleich der Kreise sticht seit Jahren Sömmerda mit einem weit überdurchschnittlichen Bruttoinlandsprodukt hervor; auch im Wartburgkreis und in Jena sind die Werte kontinuierlich über dem Landesschnitt. Eine stark schwankende Entwicklung ist seit Mitte der 1990er Jahre für die (Bruttoanlage-)Investitionen zu verzeichnen; insgesamt überwiegen hier die Jahre mit teils deutlich rückläufigen Investitionen. Die Investitionen beliefen sich 2005 auf gut 20 Prozent des Gesamtvolumens des Bruttoinlandsprodukts.

Durch die Integration in den Weltmarkt hat für Thüringen wie für die übrigen ostdeutschen Länder der Außenhandel deutlich an Bedeutung gewonnen. Wachsenden Exportquoten ging jedoch zunächst 1992 ein drastischer Rückgang der Ausfuhren voraus, der in Einbrüchen auf den osteuropäischen Märkten begründet lag. Erst mit der Jahrtausendwende konnte in Thüringen wieder die Exportquote des Jahres 1991 erreicht werden. In den 1990er Jahren vollzog sich vor allem eine mühevoll Neustrukturierung des Außenhandels mit der Erschließung neuer Absatzmärkte vorwiegend in den EU-Staaten und den USA.

Abb. 4: *Wert der Exporte der Thüringer Wirtschaft (in Mio. €) und Exportquote der Thüringer Wirtschaft 1991 bis 2007 (Anteil der Warenexporte am gesamten Bruttoinlandsprodukt in Prozent)*



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik; für 2007 (vorläufige Werte): Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Statistikportal).

Seit 2002 hat sich die Exportquote der Thüringer Wirtschaft rasant erhöht; sie lag 2006 erstmals über 20 Prozent (Kurve in Abb. 4). Dieser Trend entspricht der Entwicklung in ganz Deutschland, wo die Exportquote mit über 40 Prozent noch deutlich höher liegt. Gleichwohl ist über den gesamten Zeitraum hinweg das Wachstum des Außenhandels bemerkenswert und

zweifelloos eine wichtige Konjunkturstütze. Der Wert der Ausfuhren etwa hat sich zwischen 1991 und 2006 auf nunmehr gut 10,6 Mrd. € versiebenfacht (Säulen in Abb. 4). Seit Jahren weist der Freistaat ein sehr positives Außenhandelsaldo auf, d. h. es wird deutlich mehr exportiert als importiert. Die erheblich verstärkte Exportorientierung dürfte ein wichtiger Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft sein, macht deren Entwicklung aber umgekehrt auch zusehends von der Weltkonjunktur abhängig.

In den mehr als anderthalb Jahrzehnten seit der Neugründung Thüringens ist die Entwicklung der regionalen Wirtschaft mit ihren Höhen und Tiefen einer Vielzahl von Faktoren geschuldet, die zu einem erheblichen Teil außerhalb des Einflussbereichs der Thüringer Wirtschaft (und Politik) gelegen haben.⁶ Dazu gehören neben der globalen Konjunktorentwicklung vor allem die Erblasten der Zentralverwaltungswirtschaft (wie oftmals wenig produktive Großbetriebe, die Konzentration auf die industrielle Produktion, usw.) und ordnungspolitische Grundentscheidungen auf Bundesebene im Vorfeld oder zu Beginn des Einigungsprozesses, darunter die Modalitäten der Währungsunion und die Privatisierungspolitik unter der Regie der Treuhandanstalt. Die Neuordnung der Thüringer Wirtschaft, die sich zumal in ihrer Anfangsphase als ein Prozess „schöpferischer Zerstörung“ charakterisieren lässt, ist durch die Bevölkerungsentwicklung vor zusätzliche Herausforderungen gestellt worden. Durch den dramatischen Geburtenrückgang und die massive Abwanderung 1990/1991, eine seitdem durchgängig niedrige Geburtenrate und eine seit Ende der 1990er Jahre (wieder) negative Wanderungsbilanz hat Thüringen im Vergleich zu 1989 im Saldo etwa 15 Prozent seiner Einwohner verloren – bei einer gleichzeitigen Alterung der verbliebenen Bevölkerung. Dies bedeutete nicht nur für die Wirtschaft (u. a. Mangel an Fachkräften in manchen Branchen) und die sozialen Sicherungssysteme (z. B. zunehmend ungünstigeres Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsbeziehern) erhebliche Belastungen, sondern auch für den Staat (u. a. sinkendes Steueraufkommen).

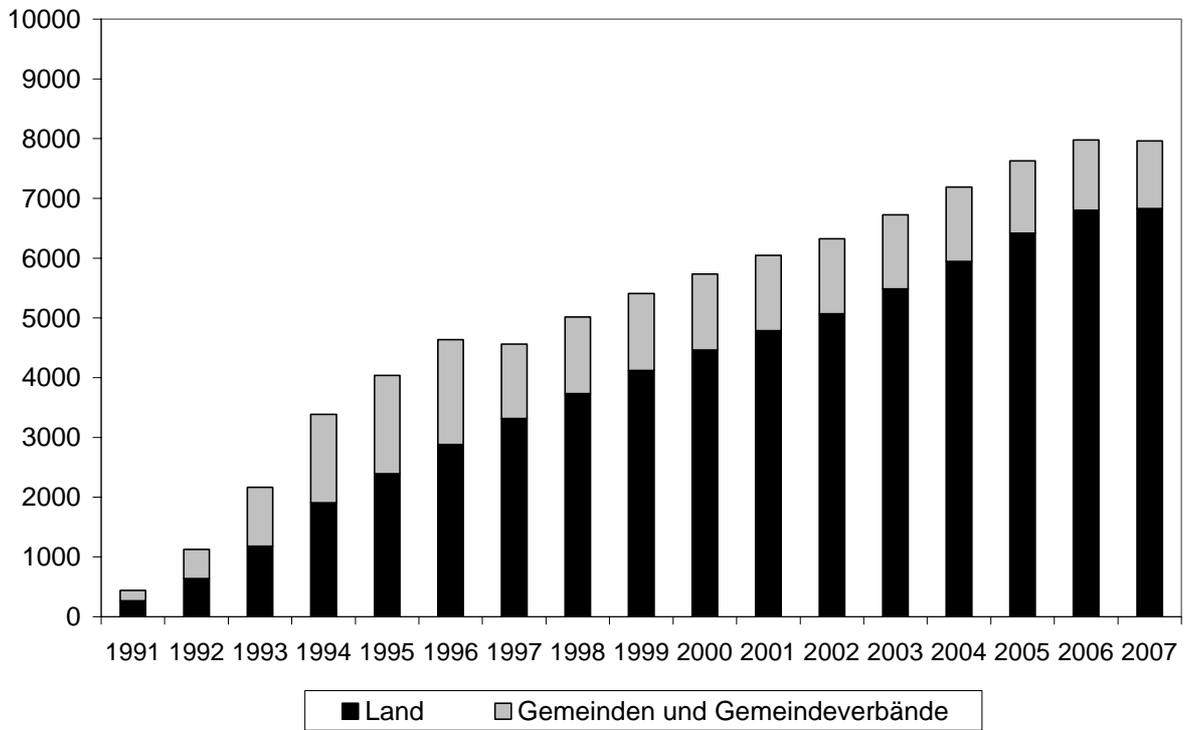
Strukturell befand sich der Freistaat wie die übrigen ostdeutschen Länder in der schwierigen Situation, den Transformationsprozess einerseits steuern und unterstützen, andererseits die unerwünschten Begleiterscheinungen wie die Massenarbeitslosigkeit (siehe dazu weiter unten) eindämmen zu müssen. In der Folge entfaltete das Land Thüringen umfangreiche Aktivitäten vor allem auf den Feldern der Infrastrukturbildung, der Wirtschaftsförderung und der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Trotz beträchtlicher Mittelzuweisungen aus dem Fonds Deutsche Einheit und der so genannten Solidarpakte I und II ist das Engagement des Freistaats zusätzlich durch Kreditaufnahme finanziert worden. Dabei ist die Pro-Kopf-Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Thüringen während der 1990er Jahre geradezu explosionsartig angestiegen und erreicht mittlerweile das Volumen von etwa 8.000 € (Abb. 5a). Die wachsende Verschuldung ist vorwiegend durch das Land verursacht, während die Kommunen ihren Schuldenstand seit Ende der 1990er Jahre etwas verringert haben.

Aus Abbildung 5b ist ersichtlich, dass Thüringen wie auch alle anderen neuen Länder bereits zehn Jahre nach seiner Neugründung den Verschuldungsstand der alten Länder (berechnet auf der Basis der Pro-Kopf-Verschuldung) fast erreicht hat. Seit dem Jahr 2000 ist es allerdings zu keiner weiteren Angleichung an die westdeutschen Verhältnisse gekommen; die Kurven Thüringens und der alten Länder verlaufen in der Abbildung in etwa parallel. Im innerostdeutschen Vergleich weist Thüringen seit der Jahrtausendwende eine überdurchschnittlich hohe Pro-Kopf-Verschuldung auf.

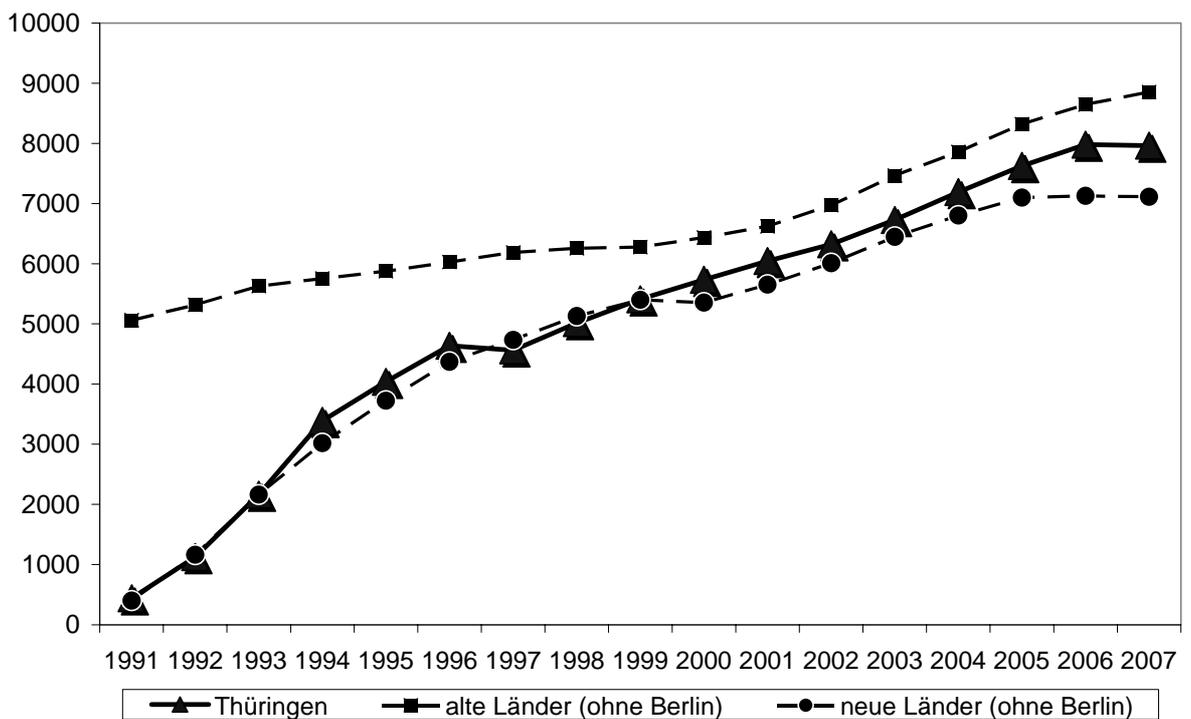
6 Selbst für die alten Länder kommt eine neuere Studie zu dem Ergebnis, dass die landespolitischen Entscheidungen nur einen vergleichsweise geringen Effekt auf die makroökonomische Performanz eines Landes haben; vgl. Döring / Blume / Türck 2008.

Abb. 5: *Verschuldung Thüringens 1991 bis 2007*
(Kreditmarktschulden pro Einwohner in €)

a) Land und Kommunen



b) Gesamtdeutscher Vergleich

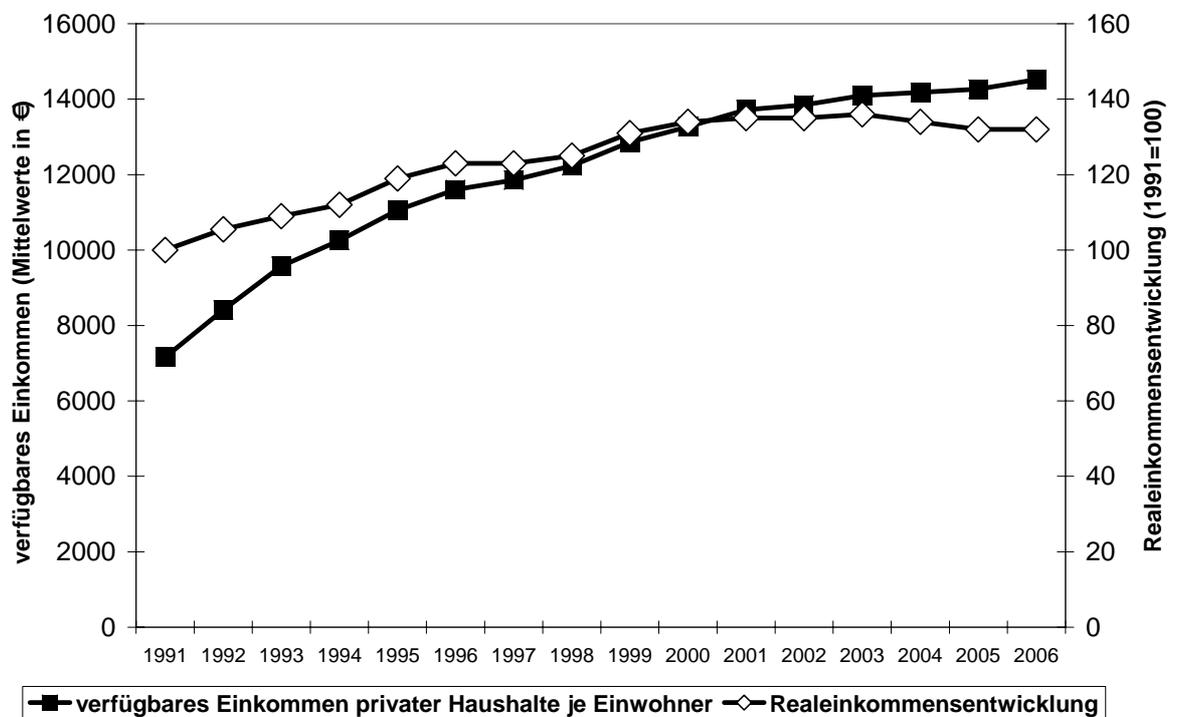


Quelle: Statistisches Bundesamt.

2007 belief sich die Differenz zum ostdeutschen Durchschnitt auf annähernd 1.000 € pro Einwohner. Allerdings ist es dem Land 2007 erstmalig gelungen, eine weitere Erhöhung des Schuldenstands zu vermeiden. Die Folgen der hohen Verschuldung sind für den Bürger in aller Regel nicht unmittelbar zu spüren, gleichwohl wird dadurch bekanntermaßen die ökonomische Handlungsfreiheit des Staates nachdrücklich – zu Lasten kommender Generationen – beschränkt.

Direkt spürbar sind für die Privathaushalte hingegen die Veränderungen beim verfügbaren Einkommen. Dieses hat sich in Thüringen zwischen 1991 und 2006 nominell von etwa 18.500 € auf 33.700 € erhöht. Wegen der sich über die Jahre verändernden durchschnittlichen Haushaltsgröße ist eine Umrechnung auf die Einzelnen (Pro-Kopf-Einkommen) hier aussagekräftiger. Auf der Basis des Pro-Kopf-Einkommens ist sogar eine Verdopplung des verfügbaren Jahresnettoeinkommens auf gut 14.000 € im Jahr 2006 zu verzeichnen (schwarze Kurve in Abb. 6). Die besonders deutlichen Zuwächse in den frühen 1990er Jahren spiegeln dabei die positive konjunkturelle Entwicklung in dieser Zeit. Aussagekräftiger als die absoluten Euro-Beträge ist allerdings die Realeinkommensentwicklung, die auch die Preissteigerungen berücksichtigt. Die Zuwachsraten der Realeinkommen nehmen sich denn auch, wie Abbildung 6 (weiße Kurve) verdeutlicht, sehr viel moderater aus. Faktisch ist es bis zur Jahrhundertwende zu einem gerade in den Anfangsjahren deutlichen Anstieg der Realeinkommen gekommen. Der durchschnittliche Thüringer hat demnach zehn Jahre nach der Verwirklichung der deutschen Einheit sein Einkommen *real* um mehr als ein Drittel gesteigert.

Abb. 6: *Verfügbares Jahresnettoeinkommen privater Haushalte in Thüringen je Einwohner (Mittelwerte in €) und Realeinkommensentwicklung (1991=100) 1991 bis 2006*

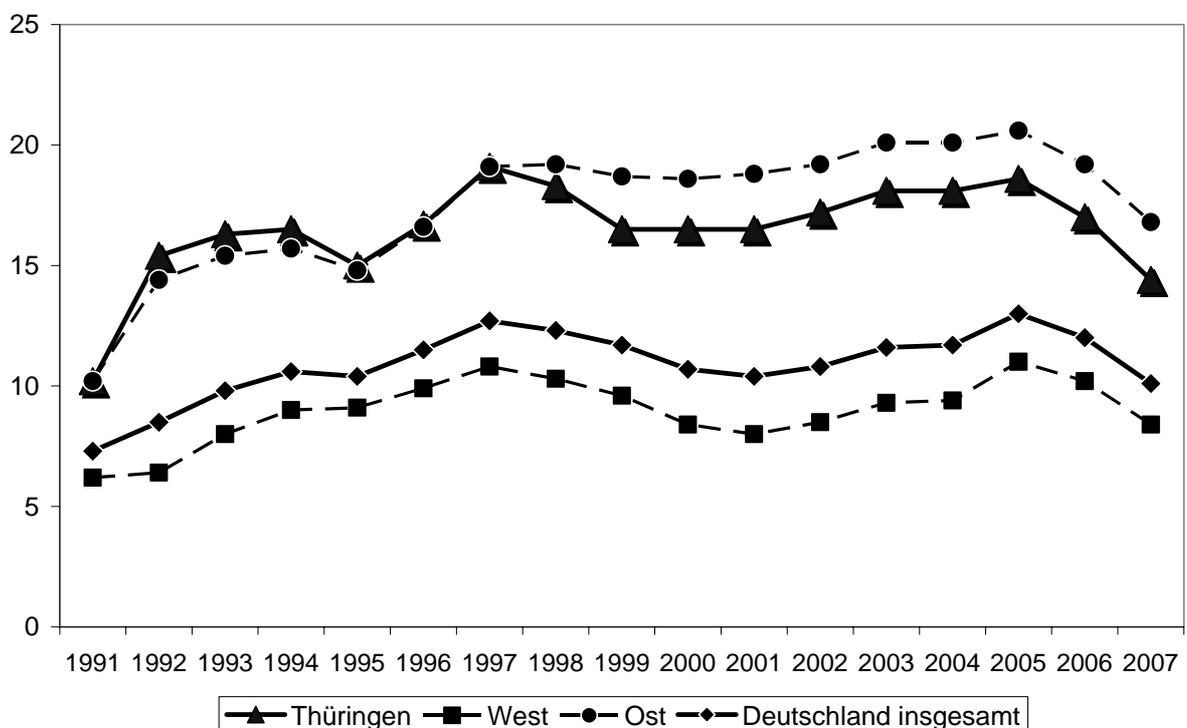


Quelle: Statistisches Landesamt.

Diese Wohlstandsgewinne spiegeln sich auch in der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern, wie sie der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu entnehmen sind. Im Jahr 2000 waren die privaten Haushalte in Thüringen quasi flächendeckend mit Fernsehgerät, Kühlschrank, Waschmaschine sowie zusätzlich mit einem stationären Telefon ausgestattet. In der DDR verfügte hingegen nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung über Telefonanschlüsse. Sieben von zehn Thüringer Haushalten besaßen 2000 einen Pkw (DDR 1988: 52 %), ein nennenswerter Anteil sogar zwei; bei etwa zwei Drittel der Haushalte gehörten Videorecorder und Gefrierschrank/Gefriertruhe (DDR 1988: 43 %) zur Ausstattung und mindestens in jedem zweiten Haushalt gab es ein Mikrowellengerät und eine oder mehrere Hi-Fi-Anlagen.

Im neuen Jahrtausend ist die Konsumfreude der Thüringer, wie sie sich in der gravierend verbesserten Haushaltsausstattung niederschlägt, allerdings vor allem infolge einer anhaltend schwachen Konjunktur deutlich gebremst worden. Nimmt man 2000 als Referenzjahr, so sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte bis 2006 um mehr als fünf Prozentpunkte gesunken. Ausschlaggebend dafür dürften die stagnierenden oder sogar leicht sinkenden Realeinkommen gewesen sein. Auf zehn in dieser Hinsicht „fette Jahre“ folgten ab 2000 sechs „magere Jahre“, wie aus der entsprechenden Kurve in Abbildung 6 ablesbar ist. 2006 lagen die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte pro Einwohner sogar etwas niedriger als im Jahr 2000. Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich freilich auf der Individualebene massive Realeinkommenssteigerungen für manche und massive Einbußen für andere.

Abb. 7: *Arbeitslosenquoten im Jahresdurchschnitt 1991 bis 2007*
(in Prozent aller abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen)



Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik (für Thüringer Daten); Statistisches Bundesamt (für Vergleichsdaten).

Von Letzteren dürften vor allem diejenigen betroffen gewesen sein, die ihren Arbeitsplatz verloren haben. Während zu DDR-Zeiten Vollbeschäftigung bestand, wenn auch um den Preis geringer wirtschaftlicher Effizienz, wurde Arbeitslosigkeit in der ostdeutschen Arbeitsgesellschaft (Engler 2005) nach 1990 zu einem Massenphänomen, das bei den Einzelnen wie auch gesellschaftlich tiefe Spuren hinterlassen hat. Thüringen macht dabei keine Ausnahme: Wie im gesamten Osten Deutschlands war auch zwischen Sonneberg und Nordhausen schon 1991 im Schnitt jeder Zehnte arbeitslos. Danach stieg die Arbeitslosenquote im Gleichschritt mit den ostdeutschen Werten bis 1997 auf 19 Prozent an (Abb. 7). Nach einem Rückgang Ende der 1990er Jahre hat sich der Anteil Arbeitsloser auf hohem Niveau stabilisiert und ist erst im Zuge der Konjunkturbelebung der letzten beiden Jahre wieder auf unter 15 Prozent gefallen. Von 1999 an hat sich dabei der Arbeitsmarkt in Thüringen in dieser Hinsicht positiver entwickelt als im Schnitt der neuen Länder: Die Arbeitslosenquote im Freistaat liegt seitdem um kontinuierlich zwei Prozentpunkte niedriger.

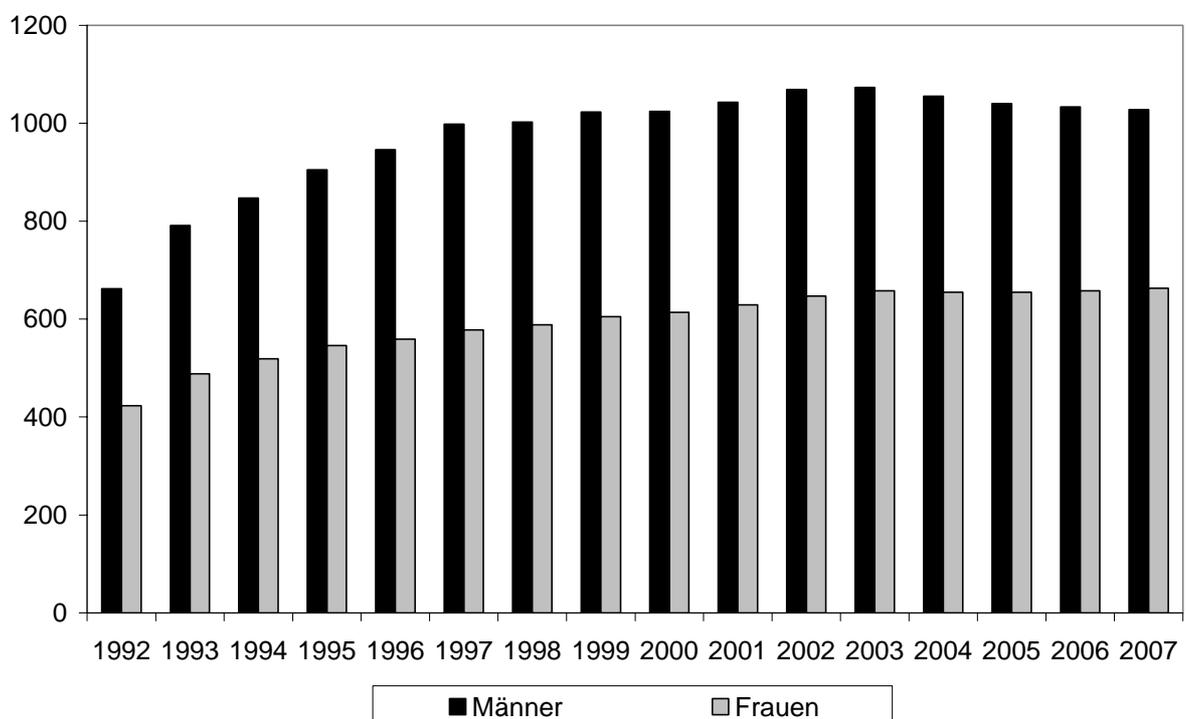
Damit lag die Arbeitslosenquote in Thüringen allerdings immer noch um sechs Punkte über den Durchschnittswerten für Westdeutschland; über Jahre hinweg hatte der Abstand sogar sieben bis neun Punkte betragen. Zu beachten ist bei den in Abbildung 7 ausgewiesenen Quoten, dass sie die „versteckte Arbeitslosigkeit“ in Gestalt von Frühpensionierungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, wie sie vor allem während der 1990er Jahre gängige Praxis waren, nicht berücksichtigen. Zudem ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit Jahren rückläufig. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Thüringen tendenziell niedriger als die der Gesamtbevölkerung. Deutliche Unterschiede finden sich im Geschlechter- und im regionalen Vergleich. So lag der Arbeitslosenanteil unter den Frauen über Jahre hinweg höher als bei den Männern. Der Grund dürfte vor allem in der im Vergleich zu Westdeutschland sehr hohen Frauenerwerbsquote zu DDR-Zeiten sowie in der gleichzeitig schwächeren beruflichen Stellung von Frauen zu suchen sein, wodurch sie oftmals als erste von Entlassungen betroffen waren. Allerdings haben sich die Unterschiede in der Arbeitslosenquote von Frauen und Männern im Vergleich zu den späten 1990er Jahren inzwischen deutlich verringert. Im regionalen Vergleich sind traditionell die strukturschwachen Kreise in Nord- und Ostthüringen besonders von Arbeitslosigkeit betroffen.

Selbst nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sein konnten die Rentner. Als „Ruheständler“, die in aller Regel auf mehrere Jahrzehnte ununterbrochener Berufstätigkeit zurückblicken, profitieren sie von der für den deutschen Wohlfahrtsstaat charakteristischen engen Kopplung der Rentenzahlungen an die Erwerbsbiografie. Die hohe Frauenerwerbsquote in der DDR und das Fehlen von Episoden der Arbeitslosigkeit haben in Thüringen wie in Ostdeutschland allgemein zu relativ günstigen Bedingungen auch für Rentnerinnen geführt. Seit Jahren fallen die Versichertenrenten und zumal die Regelaltersrenten in Thüringen und den übrigen neuen Ländern gerade für Frauen weit höher aus als in Westdeutschland. Perspektivisch bleibt diese begünstigte Stellung aber bei beiden Geschlechtern nicht bestehen, da zusehends Kohorten ins Rentenalter kommen, deren Erwerbsverläufe wegen der vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeit in Thüringen Diskontinuitäten aufweisen. Damit steigt zukünftig auch die Gefahr von Altersarmut, die bislang in Thüringen noch kein verbreitetes Phänomen darstellt.⁷

7 Entsprechend gering ist die Zahl der Rentner, die auf öffentliche Sozialleistungen (Grundsicherung im Alter) angewiesen sind. Die vergleichsweise günstige materielle Situation der (meisten) Thüringer Rentner spiegelt sich auch in der Selbstwahrnehmung der Betroffenen, wie eine neuere Repräsentativbefragung belegt (Edinger / Hallermann 2007).

Insgesamt belief sich die durchschnittliche Höhe der monatlichen Regelaltersrenten in Thüringen 2006 auf 811 € und lag damit um mehr als 300 € höher als noch 1992.⁸ Gravierende Unterschiede in der Rentenhöhe bestehen in Thüringen wie auch bundesweit zwischen den Geschlechtern. Wie Abbildung 8 veranschaulicht, haben die Männer bereits 1992 um ein gutes Drittel höhere Altersrenten bezogen als die Frauen. Die Schere hat sich seitdem noch weiter geöffnet, sodass 2007 die Männer mehr als das Anderthalbfache dessen erhielten, was den Frauen ausbezahlt wurde. Maßgeblich für diese Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sind die höheren Einkommen der Männer während der Erwerbsphase und ihre im Schnitt höhere berufliche Stellung.

Abb. 8: *Entwicklung der Altersrenten bei Männern und Frauen 1992 bis 2007*
(durchschnittlich pro Monat ausbezahlte Beträge in €)



Quelle: Deutsche Rentenversicherung.

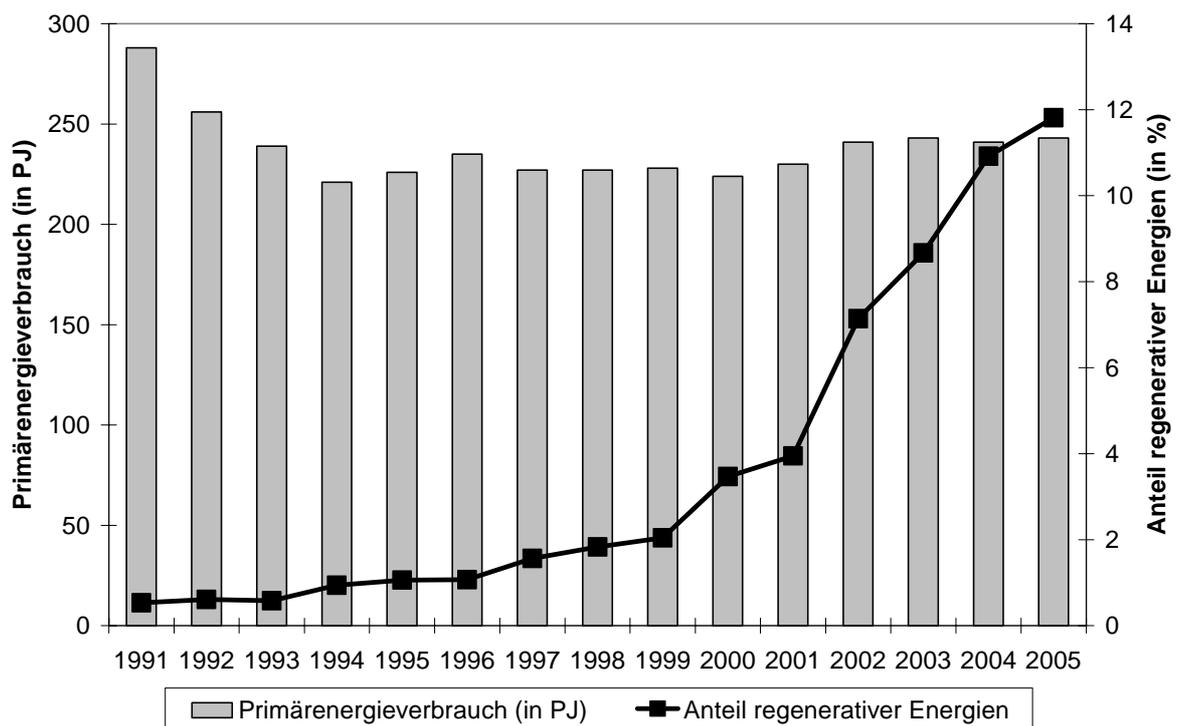
Abschließend soll hier noch eine kurze Bilanz für einen oftmals vernachlässigten, für die gesellschaftliche Entwicklung Thüringens in den vergangenen 18 Jahren gleichwohl wichtigen Sektor versucht werden: die Umwelt bzw. den Umweltschutz. Damit trägt dieser Überblick der politisch wie gesellschaftlich mittlerweile weithin konsensfähigen Trias von Ökonomie, Sozialem und Ökologie Rechnung, wie sie in der Formel von der Sozialen (und ökologischen) Marktwirtschaft zum Ausdruck kommt. In der DDR ist beim Bemühen um die Erfüllung der parteilich vorgegebenen Planziele auf ein ressourcenschonendes, nachhaltiges Wirtschaften kaum geachtet worden. Der Umweltschutz steckte zudem sowohl programmatisch wie auch in der praktischen Umsetzung noch in den Kinderschuhen, sieht man von einigen Ausnahmen (z.B. SERO) ab (für eine verschiedene Phasen unterscheidende Überblicks-

⁸ Die pro Rentner ausgezahlten Beträge können durch zusätzliche Hinterbliebenenrenten durchaus höher ausfallen. Niedriger als die Regelaltersrenten liegen die Renten wegen verminderter Erwerbstätigkeit.

stellung s. Roesler 2006).⁹ Entsprechend fiel die ökologische Bilanz zum Ende der DDR überwiegend düster aus.¹⁰

Die Schließung umweltverschmutzender Großbetriebe, die Anwendung neuer Technologien in Industrie und Privathaushalten, der allmähliche Austausch des Kraftfahrzeugbestands, neue Emissionsrichtlinien u. v. m. haben nach dem Regimewechsel in allen neuen Ländern dazu geführt, dass sich in vielen Bereichen die Umweltbelastung erkennbar verringert hat. Dies gilt zunächst für die CO₂-Emissionen, die in Thüringen von 1991 bis 2005 annähernd halbiert werden konnten. Eine genauere Untersuchung zeigt, dass die Emissionsreduktion vor allem durch eine Umstellung der Energieversorgung erreicht worden ist, d. h. durch die Ersetzung insbesondere von Braunkohle durch umweltschonendere Energieträger. Die Emissionen im Straßenverkehr sind hingegen gestiegen, vornehmlich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Zudem hat der Ausbau der (Verkehrs-)Infrastruktur zusammen mit einer verstärkten Bautätigkeit zu einem zunehmenden Flächenverbrauch in Thüringen geführt. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen an der gesamten Landesfläche ist zwischen 1992 und 2007 von 7,9 auf 9,1 Prozent gestiegen, liegt damit aber noch unter den Werten aller westdeutschen Flächenländer.

Abb. 9: *Energieverbrauch in Thüringen (in Petajoule) und Anteil regenerativer Energien am Primärenergieverbrauch (in Prozent) 1991 bis 2005*



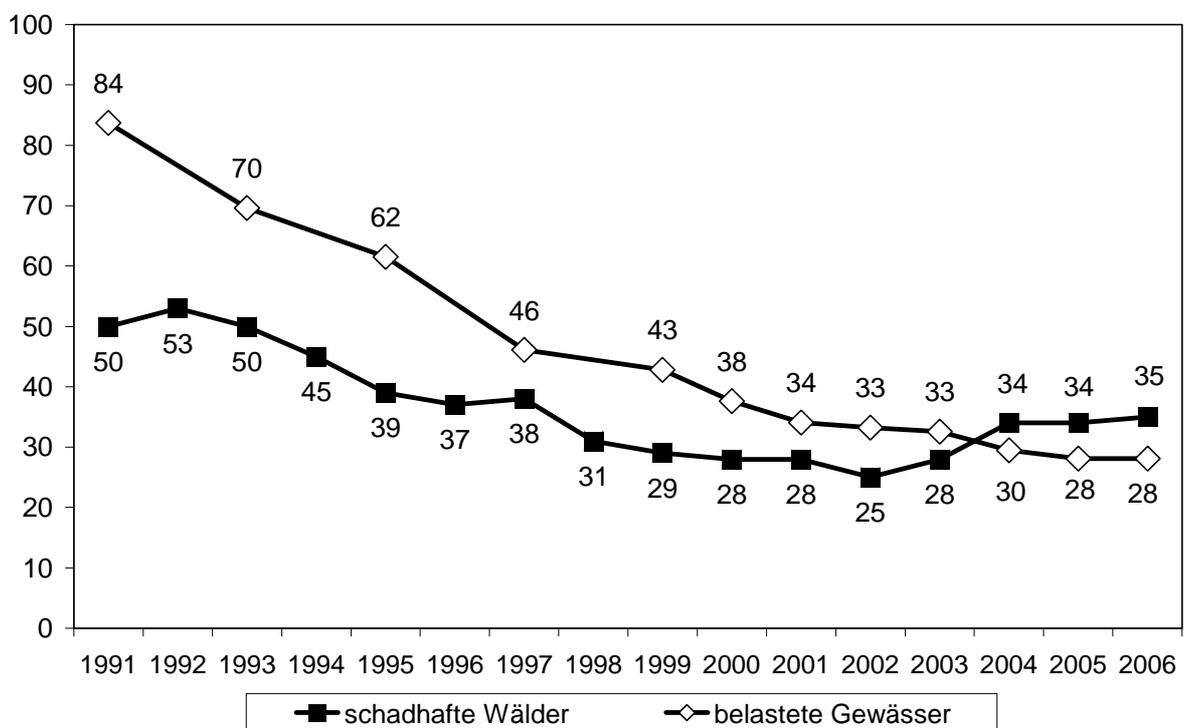
Quelle: Thüringer Landesamt für Umwelt und Geologie.

9 Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Umweltschutz auch in Westdeutschland zu dieser Zeit weder im öffentlichen Bewusstsein noch in der politischen Praxis annähernd den Stellenwert gehabt hat, der ihm aktuell zukommt.

10 Buck (1999: 479) konstatiert für den Bereich der Müllentsorgung und der Industrieabfälle, dass sich „die DDR in ein ökologisches Minenfeld voller Altlasthalden, Schadstoffgruben, verschlammten Reststofflöchern aus der Chemieproduktion und verseuchten Flächen verwandelt hatte“.

Im Energiebereich konnte zunächst Anfang der 1990er Jahre der Primärenergieverbrauch gesenkt werden und ist seitdem relativ stabil geblieben (Abb. 9). Bei der Energieversorgung haben regenerative Energien wie Solar- und Windenergie, Wasserkraft oder Biomasse bis etwa zur Jahrhundertwende nur ein Schattendasein geführt. Seitdem hat sich der Anteil dieser Energieträger am Energieverbrauch jedoch deutlich erhöht. Abbildung 9 weist aus, dass 2005 ein Anteil von 12 Prozent erreicht worden ist, womit Thüringen das Bundesland mit der relativ stärksten Nutzung regenerativer Energien darstellt (Anteil regenerativer Energien am Energieverbrauch deutschlandweit: knapp 5 %). Der Löwenanteil entfällt dabei auf die Nutzung von Biomasse, aber auch die Windkraft hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen.

Abb. 10: *Schadstoffbelastete Wälder und Fließgewässer 1991 bis 2006*
(in Prozent)



Schadhafte Wälder: Schadstufen 2 („mittelstark geschädigt“), 3 („stark geschädigt“) und 4 („abgestorben“) zusammengefasst.

Belastete Gewässer: Güteklassen II-III („kritisch belastet“), III („stark verschmutzt“), III-IV („sehr stark verschmutzt“) und IV (übermäßig verschmutzt“) zusammengefasst; fehlende Werte für die 1990er Jahre sind dem bis dahin üblichen zweijährlichen Erhebungsturnus geschuldet.

Quellen: Thüringer Landesamt für Statistik (für geschädigte Wälder); Thüringer Landesamt für Umwelt und Geologie (für Gewässergüte).

Infolge ressourcenintensiven Wirtschaftens zu DDR-Zeiten waren bei der Neugründung Thüringens erhebliche Teile der Wälder geschädigt und die überwiegende Mehrzahl der Gewässer verschmutzt. Seitdem hat die (arbeitsmarktpolitisch problematische) teilweise Deindustrialisierung Thüringens hier in Verbindung mit verschiedenen Umweltschutzmaßnahmen zu deutlichen ökologischen Entlastungen geführt. So hat sich der Anteil der geschädigten Wälder

der Schadstufen 2 bis 4 innerhalb von 15 Jahren von der Hälfte (1991) auf ein gutes Drittel (2006) reduziert (schwarze Kurve in Abb. 10). Bei den Fließgewässern ist die Verbesserung noch deutlicher. 1991 waren mehr als acht von zehn Gewässern mindestens in einem kritischen Maße von Schadstoffen belastet, oftmals sogar (sehr) stark verschmutzt, wie Abbildung 10 erkennen lässt. Dieser Anteil konnte bereits bis 1997 auf weniger als die Hälfte gesenkt werden. 2006 waren schließlich mehr als 70 Prozent der Fließgewässer höchstens noch mäßig belastet.

Die bisherigen Ausführungen haben die Entwicklung wichtiger Aspekte der Sozialen (und ökologischen) Marktwirtschaft in Thüringen in der gebotenen Kürze skizziert. Dabei konnten sowohl beeindruckende Wohlstandsgewinne während der vergangenen 18 Jahre als auch verschärfte Problemlagen aufgezeigt werden. Sie mögen im Weiteren als Folie dienen, vor der die Orientierungen der Thüringer zu wirtschaftlichen Grundfragen, ihr Problemhaushalt und ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Präferenzen besser verstanden werden können. Am Anfang der Analyse der (subjektiven) Einstellungen der Bürger zum diesjährigen Schwerpunktthema steht wegen ihres grundlegenden Charakters die Auseinandersetzung mit der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation und den Gerechtigkeitsvorstellungen.

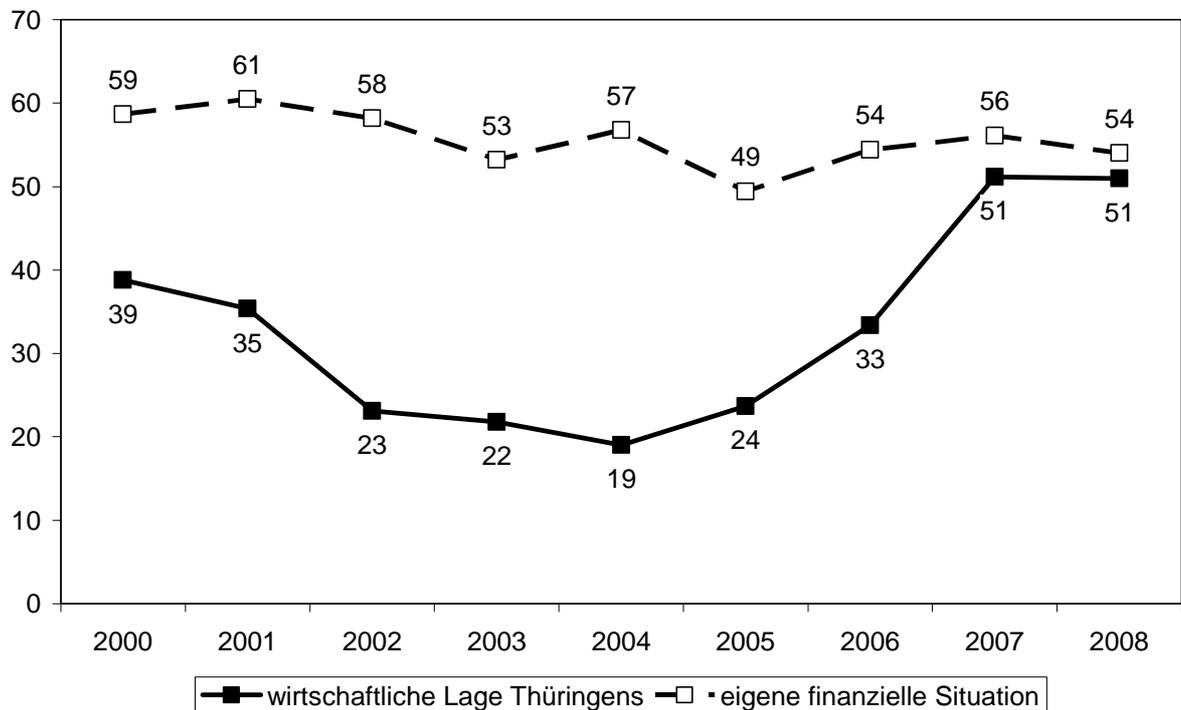
2. Allgemeine und individuelle wirtschaftliche Lage

Dem beschriebenen Rückgang der Arbeitslosigkeit in Thüringen seit 2006 (s. Abb. 7) und den zwischenzeitlich verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen allgemein dürfte es geschuldet sein, dass die Thüringer 2008 wie schon 2007 die allgemeine wirtschaftliche Lage im Freistaat sehr positiv beurteilen. Der seit 2004 anhaltende positive Trend ist damit an einem vorläufigen Höhepunkt angekommen; die positive Stimmung des letzten Jahres hält an: Etwa die Hälfte der Thüringer beurteilt die wirtschaftliche Situation im Freistaat als gut oder sehr gut und knapp vierzig Prozent der Befragten halten sie für weniger gut. Lediglich jeder Zehnte beurteilt sie 2008 als schlecht; 2004 sagte das noch beinahe jeder Dritte.

Im Vergleich zur deutlichen Verbesserung der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zeichnet sich die der individuellen wirtschaftlichen Lage durch große Konstanz aus. Seit 2000 beurteilt fast immer mehr als die Hälfte der Befragten ihre eigene finanzielle Situation als gut oder sehr gut, etwa jeder Dritte nennt sie weniger gut und etwa jeder Siebte schlecht.¹¹ Dass Veränderungen in der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage nicht mit Veränderungen der individuellen wirtschaftlichen Lage einhergehen, ist bemerkenswert, denn für die einzelnen Befragten hängt beides durchaus zusammen: Wem es finanziell gut geht, der schätzt auch die allgemeine Wirtschaftslage vergleichsweise positiv ein. Außerdem sind sich drei Viertel der Befragten einig, dass es auf ihr persönliches Leben größere Auswirkungen hat, wenn es der Wirtschaft in Deutschland gut geht. Demnach wäre 2008 eine Zunahme positiver Einschätzungen der eigenen finanziellen Lage zu erwarten gewesen.

11 Diese große Konstanz gilt für Thüringen insgesamt (auf der Aggregatebene), aber nicht notwendigerweise auch für den Einzelnen (auf der Individualebene).

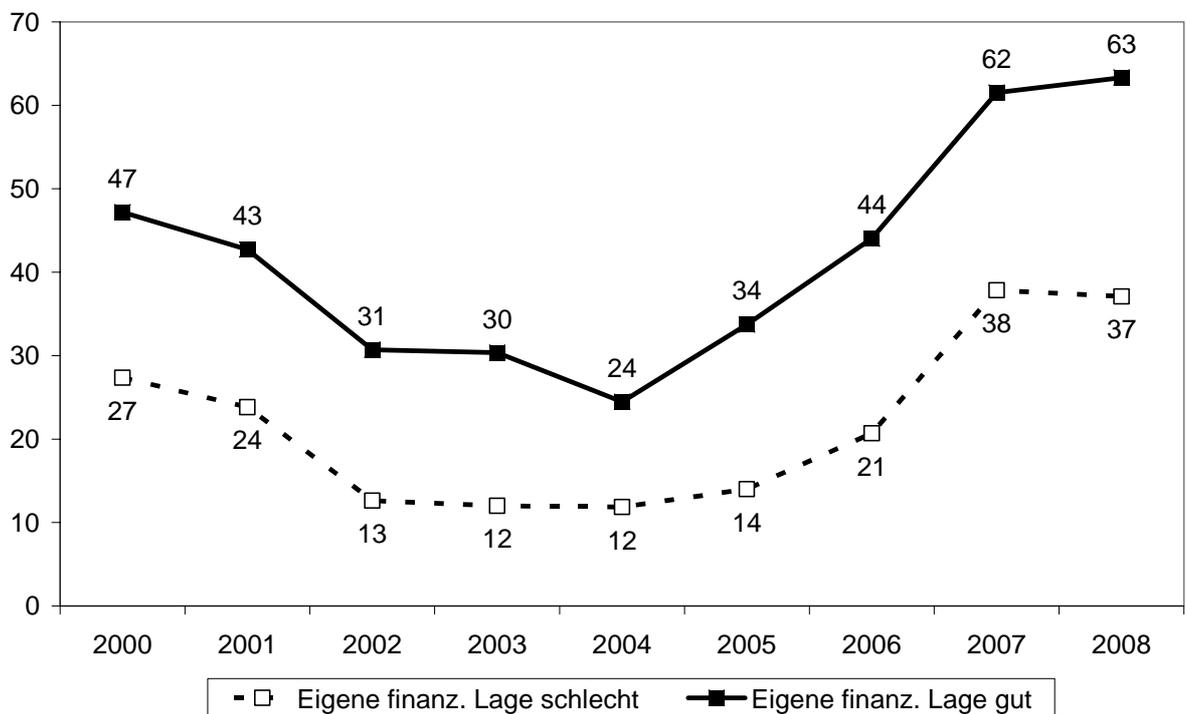
Abb. 11: *Positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens und der eigenen finanziellen Situation 2000 bis 2008*
(Werte „sehr gut“ und „gut“ zusammengefasst; in Prozent)



Die Erklärung dafür, dass dies nicht der Fall ist, liegt darin, dass die eigene finanzielle Lage das Urteil über die allgemeine Wirtschaftslage zwar beeinflusst, dieser Einfluss insgesamt jedoch nur moderat ist. So haben 2004 von den finanziell schlecht Gestellten nur 12 Prozent, von den gut Gestellten immerhin 24 Prozent die allgemeine Lage positiv eingeschätzt. 2008 waren es 37 Prozent bei den schlecht Situierten und 63 Prozent bei den gut Situierten (Abb. 12). Das bedeutet jedoch auch, dass 2004 nicht weniger als drei Viertel und 2008 immerhin noch mehr als ein Drittel der finanziell gut Gestellten die allgemeine Wirtschaftslage als schlecht einschätzen. Die persönliche Situation wird also keineswegs eins zu eins in die Einschätzung der allgemeinen Lage übersetzt.

Im Zeitverlauf drückt sich das so aus, dass von 2000 bis 2008 die allgemeine Lage von den finanziell gut Gestellten zwar durchgängig besser beurteilt wird als von den schlecht Gestellten. Die Kurven der positiven Einstellungen verlaufen jedoch parallel: Verschlechterungen oder Verbesserungen der Einschätzungen der allgemeinen Lage zeigen sich bei allen Befragten unabhängig von ihrer eigenen Situation. Warum das so ist, wird plausibel, wenn man sich die sehr unterschiedlichen Grundlagen vergegenwärtigt, auf denen die beiden Einschätzungen beruhen. Die eigene Lage kann jeder unmittelbar anhand seines Portemonnaies einschätzen, bei der allgemeinen Lage ist er auf die Bewertungen anderer, also auf Indikatoren aus dritter Hand angewiesen. Die verbesserte Beurteilung ist daher wohl auch das Echo einer positiveren Berichterstattung in den Medien.

Abb. 12: *Positive Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Thüringens nach eigener finanzieller Lage (in Prozent)*



Ungeachtet dieser Zusammenhänge lässt sich resümieren, dass 2008 nicht nur die individuelle Wirtschaftslage, sondern auch die allgemeine Lage recht positiv bewertet wird. Will man diesen Befund bewerten und einordnen, so kommen dafür zwei verschiedene Maßstäbe in Betracht: Zum einen kann man die eigene Lage an der anderer Bundesländer oder Personen messen, zum anderen an der Lage in der Vergangenheit (vgl. Kap. II).

Im Vergleich zu 1990 fällt die Bilanz insgesamt positiv aus: Mehr als die Hälfte der Thüringer sieht ihren persönlichen Lebensstandard verbessert, fast zwei Drittel erkennen eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage Thüringens (Abb. 13). Allerdings konstatiert jeweils etwa ein Viertel der Befragten eine Verschlechterung der Situation seit dieser Zeit.

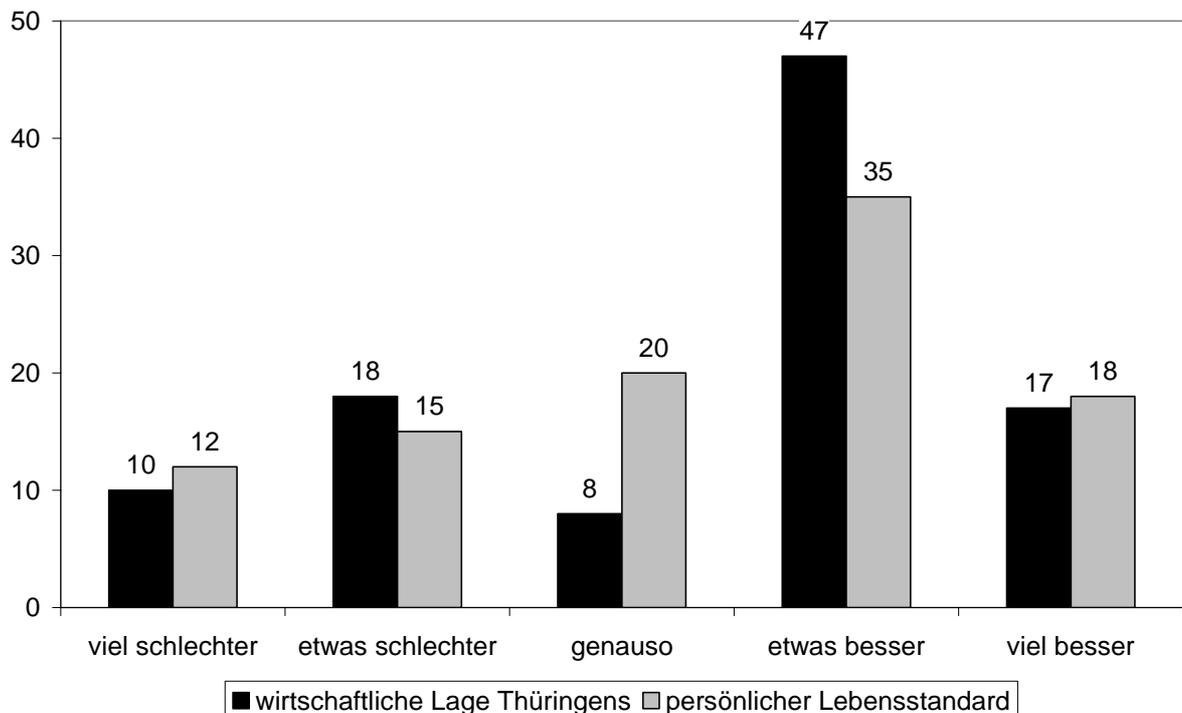
Eine positive Beurteilung der aktuellen Lage – allgemein wie individuell – geht in der Regel mit dem Eindruck der Verbesserung seit 1990 einher, eine negative mit dem Gefühl der Verschlechterung. Höher Gebildete sehen die Veränderungen häufiger positiv, Frauen häufiger negativ.

Im ersten THÜRINGEN-MONITOR aus dem Jahre 2000 wurde die Frage nach einer Bilanz der Entwicklung seit 1990 bereits einmal gestellt. Im Vergleich zu 2000 zeigen sich 2008 nur minimale Veränderungen bei der Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen, während die individuelle Bilanz 2008 weniger positiv ist als 2000.¹² Dies ist insofern überraschend, als die sichtbar gewordene Aufhellung der Einschätzung der Wirtschaftslage

12 Damals hielten 66 Prozent der Befragten die Lage in Thüringen für verbessert, 25 Prozent für schlechter als 1990. 59 Prozent hielten die eigene Lage für verbessert, 19 Prozent für verschlechtert.

seit 2004 (s. Abb. 11) die Vermutung nahe gelegt hätte, dass die Entwicklung seit 1990 heute insgesamt positiver eingeschätzt wird als noch im Jahr 2000.

Abb. 13: *Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens und des eigenen Lebensstandards im Vergleich zu 1990 (in Prozent)*



Der zweite Maßstab für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ist der Vergleich mit Anderen. Im Vergleich mit anderen ostdeutschen Ländern beurteilen die Thüringer die heimische Wirtschaft durchaus positiv und auch den allgemeinen Vergleich mit westdeutschen Ländern braucht Thüringen nicht zu scheuen (vgl. Kap. II). Neben diesem Ländervergleich steht der Vergleich mit anderen Personengruppen. Die zentrale Frage ist dabei, ob man einen gerechten Anteil „vom Kuchen“ bekommt. Betrachten die Befragten ihre eigene Lage im Vergleich zur wahrgenommenen Lage anderer als schlecht und empfinden sich deswegen als benachteiligt, spricht man von relativer Deprivation.

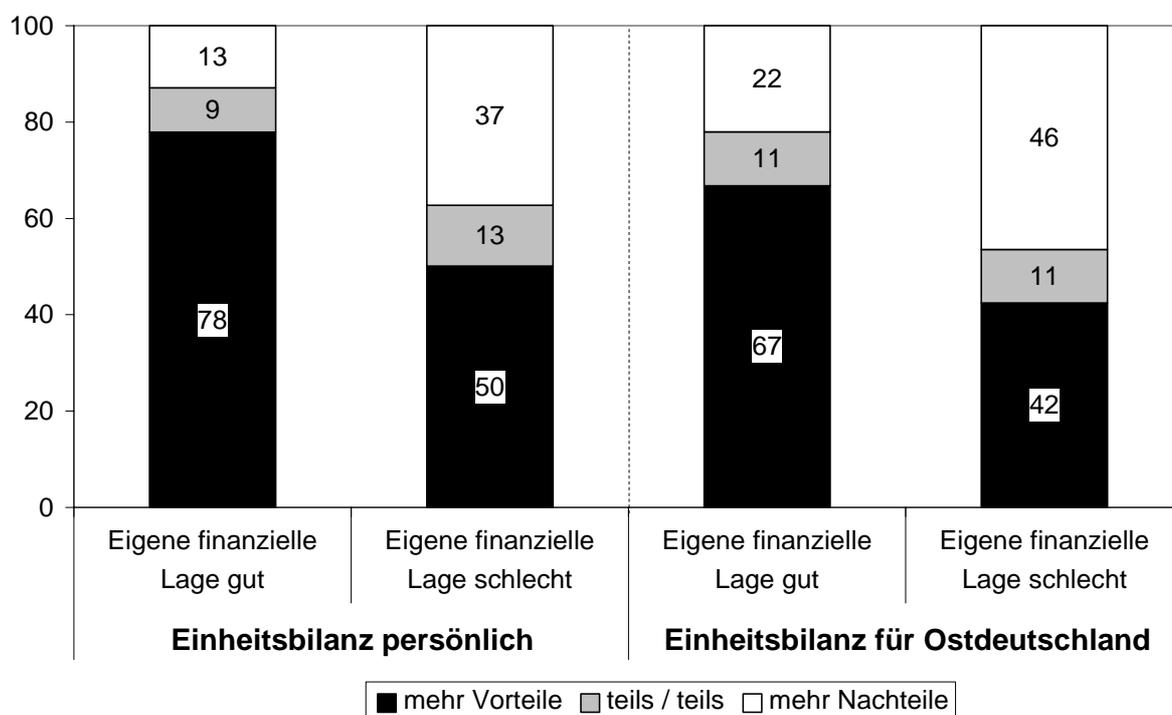
Im Jahr 2008 glaubt jeder Sechste (16%) sehr viel weniger und fast jeder Zweite (46%) etwas weniger als den gerechten Anteil zu bekommen. Als gerecht empfindet gut jeder Dritte (36%) seinen Anteil, kaum jemand fühlt sich zu gut bedacht (2%). Betrachtet man den Anteil derjenigen, die ihren Anteil als ungerecht einschätzen, im Zeitverlauf, so zeigt sich eine problematische Entwicklung: Der Anteil steigt in den letzten Jahren an, nicht dramatisch, aber stetig von 54 Prozent 2004 auf 62 Prozent 2008. Diese Zunahme der Unzufriedenheit mit dem eigenen Anteil geht nicht mit einer Veränderung der Beurteilung der Gerechtigkeit in der Gesellschaft insgesamt einher. Seit Beginn der Messung im Jahr 2004 sind konstant drei von vier Thüringern der Meinung, die Gesellschaft sei ungerecht. Außerdem sind auch die gut Situierten, die also ihre eigene finanzielle Lage eher positiv sehen, mehrheitlich der Meinung, dass die Gesellschaft eher ungerecht ist. Ihren eigenen Anteil schätzen sie aber als gerecht oder besser ein.

Wie im Vorjahr teilt eine knappe Mehrheit der Thüringer (51%) die Ängste, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten. Viele dieser Befragten sehen auch in ihrer persönlichen wirtschaftlichen Entwicklung seit 1990 keine Fortschritte (62%), bewerten ihren eigenen Anteil als zu gering (78%) und glauben nicht an die Gerechtigkeit der Gesellschaft (85%). Bei knapp drei Vierteln der finanziell Schwachen sind diese Ängste sehr ausgeprägt, bei den Gutsituierten betrifft das nicht einmal jeden Dritten. Die persönliche finanzielle Lage beeinflusst die Ansichten über Wirtschaft und Gesellschaft somit nicht unerheblich.

Auch bei der Bewertung der deutschen Einheit spielt die eigene wirtschaftliche Lage eine bedeutende Rolle. Wie im Vorjahr sind zwei von drei Thüringern der Meinung, dass die deutsche Einheit für sie persönlich mehr Vorteile als Nachteile gebracht habe, während für immerhin ein Viertel der Befragten die Nachteile überwiegen (Abb. 14). Gerade einmal die Hälfte der Befragten in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen zieht für sich persönlich eine positive Einheitsbilanz. Bei den gut Situierten sind es hingegen vier von fünf. Unter den finanziell Schwachen sehen fast dreimal so viele Thüringer mehr Nachteile als bei denjenigen mit guter finanzieller Lage. Dieser Zusammenhang ist seit dem Jahr 2000 zu beobachten und seither etwas stärker geworden. Die Bedeutung der eigenen Lage für die Bewertung der Deutschen Einheit nimmt somit zu.

Auch die Einschätzung der Veränderungen bei der allgemeinen und der persönlichen wirtschaftlichen Lage seit 1990 korrespondiert eng mit der Bewertung der Einheit. Wenn die Befragten Fortschritte in der wirtschaftlichen Lage sehen, dann sehen sie auch weit überdurchschnittlich häufig Vorteile der Einheit für sich und ihr Land.

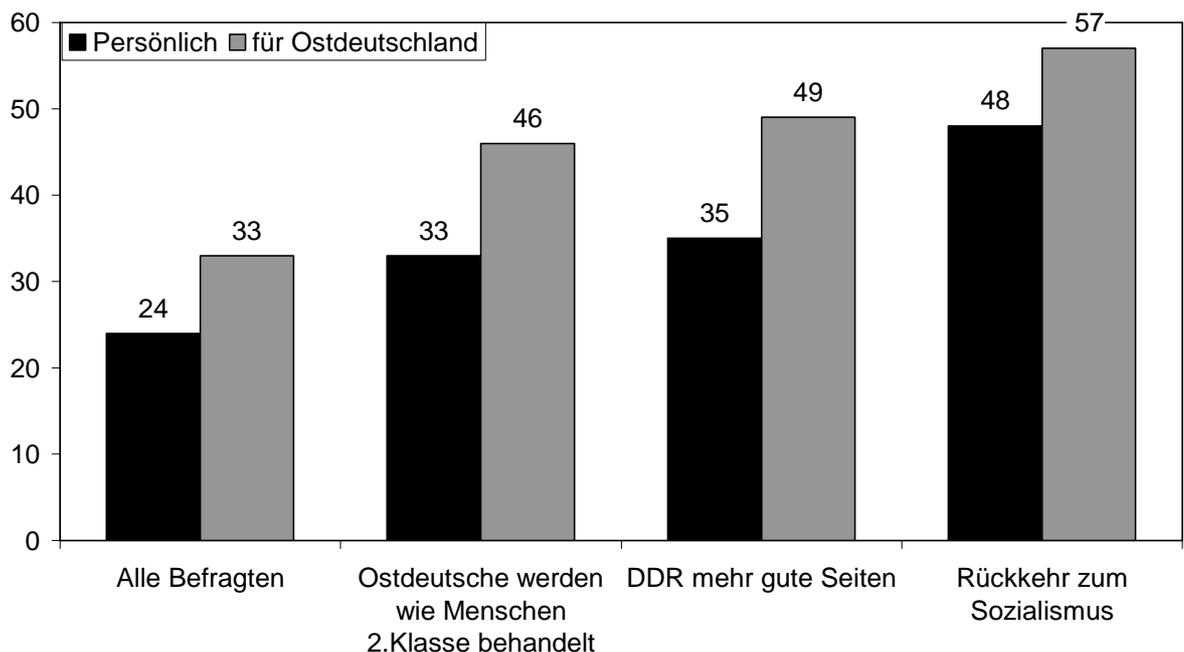
Abb. 14: *Einheitsbilanz nach eigener finanzieller Lage*
(in Prozent)



Im Vergleich zur persönlichen Einheitsbilanz fällt die allgemeine Bilanz für Ostdeutschland schlechter aus; sie ist auch weniger positiv als im Vorjahr. Ein Drittel der Befragten (33%, 2007: 29%) sieht mehr Nachteile für Ostdeutschland, eine deutliche Mehrheit (56%, 2007: 57%) mehr Vorteile. Die eigene wirtschaftliche Situation tangiert auch diese Ansichten zur Einheit (Abb. 14). Bei schlechter eigener Lage wird die Einheitsbilanz für Ostdeutschland deutlich eingetrübt: Bei diesen Befragten halten sich Vor- und Nachteile der Einheit in etwa die Waage.

Die Einheitsbilanz ist demnach insgesamt positiv, aber bei weitem nicht ungetrübt und insbesondere dann schlecht, wenn die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse als unbefriedigend empfunden werden. Zusätzlich zur wirtschaftlichen Lage können weitere Faktoren die Bewertung der deutschen Einheit verschlechtern. Zweien dieser Bestimmungsfaktoren können wir im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2008 nachgehen: Einerseits könnte eine DDR-Affinität, andererseits die Empfindung mangelnder Akzeptanz als Ostdeutsche in Gesamtdeutschland eine solche Meinung bestärken.

Abb. 15: *Einheit hat mehr Nachteile als Vorteile gebracht – nach Einstellungen zu DDR und Ostdeutschland*
(in Prozent)



Über mangelnde Akzeptanz, eine Art speziell ostdeutscher Deprivation, wird schon lange geklagt: Seit 2002 fragt der THÜRINGEN-MONITOR danach, ob nach Meinung der Befragten die Ostdeutschen von den Westdeutschen als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. In jedem Erhebungsjahr ist seither eine knappe Mehrheit der Thüringer dieser Ansicht (2008: 56%). Ein ganz ähnliches Bild zeigt sich bei der Frage, ob die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte: Mit Ausnahme des Jahres 2002 (48%) stimmte immer eine knappe Mehrheit dieser Aussage zu (2008: 53%), mehr als ein Drittel der Befragten stimmt 2008 beiden Aussagen zu. Mehr gute als schlechte Seiten an der DDR zu finden, bedeutet jedoch keineswegs, sie auch zurückhaben zu wollen. Vielmehr müssen diese vermeintlich positiven Seiten der

DDR mit Politik oder Wirtschaft nicht unbedingt zu tun haben. Nur etwa jeder Dritte derjenigen, die mehr gute Seiten an der DDR entdecken, will auch zur sozialistischen Ordnung zurückkehren. Bei diesen Befragten kann man von einer ausgeprägten DDR-Affinität sprechen. Von allen Befragten vertritt gut jeder Fünfte (22%) eine solche Ansicht.

Empfundene Diskriminierung als Ostdeutsche und ein positives DDR-Bild verstärken erwartungsgemäß den Eindruck, dass die Einheit mehr Nachteile als Vorteile gebracht hat, sowohl für die Befragten persönlich als auch für Ostdeutschland insgesamt. Noch deutlicher ist der Zusammenhang mit dem Wunsch nach Rückkehr zum Sozialismus (Abb. 15).

Einschätzungen und Bewertungen der eigenen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage haben also auch in Thüringen große Auswirkungen auf die allgemeinen politischen Einstellungen. Bill Clintons Wahlkampfeslogan von 1992, „It’s the economy, stupid!“, scheint sich auch hierzulande zu bewahrheiten. Welchen Stellenwert wirtschaftliche Lage und wirtschaftspolitische Einstellungen im Vergleich zu anderen Faktoren für politische Einstellungen haben, wird in Kapitel IV zu klären sein.

3. Wirtschaft zwischen Markt und Staat: Einstellungen zu Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, seien es die Änderung des Mehrwertsteuersatzes, Anreize für Unternehmensgründungen oder die Vergabe von Innovationsmitteln, haben nicht nur ihren festen Platz auf der tagespolitischen Agenda, sie sind in aller Regel auch höchst umstritten. Wie konkrete Maßnahmen bewertet werden, bestimmt sich dabei keineswegs allein aus der persönlichen Betroffenheit der Urteilenden oder aus ihrem unmittelbaren Eigeninteresse. Vielmehr erscheint es plausibel, dass dabei auch ökonomische Grundorientierungen von Bedeutung sind: Wie einzelne Maßnahmen der Wirtschaftspolitik beurteilt werden, hängt demnach – vorbehaltlich der empirischen Prüfung – auch davon ab, welche Vorstellungen die Befragten von der wirtschaftlichen Ordnung haben.

Unter der Vielzahl wirtschaftsbezogener Grundorientierungen sind diejenigen von besonderer Relevanz, die unmittelbar an die in der Sozialen (und ökologischen) Marktwirtschaft angelegten Spannungslinien (vgl. Kap. I) anschließen. Im Einzelnen sind dies vor allem die Spannungsverhältnisse von

- Eigenverantwortung und staatlicher Fürsorge bzw. Gestaltung,
- marktgesteuertem und staatlich geregeltm Wirtschaften,
- Leistungs- und Solidaritätsprinzip sowie
- Ökonomie und Ökologie.

Zu diesen zentralen Konfliktfeldern wurden den Befragten im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2008 Entscheidungsfragen gestellt, sie wurden also aufgefordert, sich für eine der beiden genannten Alternativen auszusprechen und sich damit zu Leitprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu positionieren.¹³

Wie die Werte in der ersten Spalte von Tabelle 2 dokumentieren, lassen die Thüringer hinsichtlich zweier der vier Spannungslinien deutliche Präferenzen erkennen. So steht die Eigenverantwortung für die überwältigende Mehrheit der Befragten hoch im Kurs: Mehr als 80

13 Sämtliche Fragetexte sind unter der Tabelle 2 dokumentiert.

Prozent sind – wie schon bei der Befragung des THÜRINGEN-MONITORS 2004 – der Meinung, dass sich die Menschen nicht so sehr auf den Staat verlassen, sondern ihre Probleme selbst in Angriff nehmen sollten. Mit ähnlich großer Mehrheit wird ein Wirtschaftswachstum ohne Rücksicht auf die Beeinträchtigung der Umwelt verworfen. Demnach findet die Position, die dem Umweltschutz in Relation zum Wirtschaftswachstum ein großes Gewicht beimisst, bei den Thüringern starke Unterstützung. Zugleich unterstreicht dieser Befund, dass das Verständnis der Marktwirtschaft heutzutage in aller Regel neben sozialen auch ökologische Ordnungselemente beinhaltet. Die Unterstützung konkreter Umweltschutzmaßnahmen lässt sich aus der gängigen Lesart der auch ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft insbesondere dann nicht ohne weiteres ableiten, wenn dafür persönliche Einbußen in Kauf genommen werden müssen.

Weit kontroverser als Eigenverantwortung und Umweltschutz sind die Entscheidungen zwischen Markt und Staat als Regelungsmechanismen des Wirtschaftslebens sowie zwischen Solidarität und Leistung als Ordnungsprinzipien einer Gesellschaft. In beiden Fällen zeigen sich die Thüringer gespalten. So meint die eine Hälfte der Befragten, dass sich das Land am besten entwickelt, wenn der Staat möglichst wenig in die wirtschaftlichen Abläufe eingreift, die andere Hälfte bestreitet dies. Eine knappe Mehrheit der Thüringer wünscht eine Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt; etwa 30 Prozent befürworten eine Aufwertung von Leistung, während die Übrigen beides für gleichermaßen wichtig erachten.

Tab. 2: *Wirtschaftliche Grundorientierungen*
(Zustimmung in Prozent)*

	Befragte insgesamt	Bildungsstand		eigene finanz. Lage	
		ohne Abitur	mit Abitur	schlecht	gut
Eigenverantwortung vor Fürsorge (a)	84	83	85	79	88
Markt vor Staat (b)	51	51	50	48	53
Solidarität vor Leistung** (c)	54	57	49	58	52
Ökonomie vor Ökologie (d)	14	15	12	14	15

* Werte für „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ zusammengefasst.

** Bei dieser Aussage wurde auch eine Gleichgewichtung beider Leitideen als spontane Antwort zugelassen; dafür sprachen sich 16 Prozent aller Befragten aus.

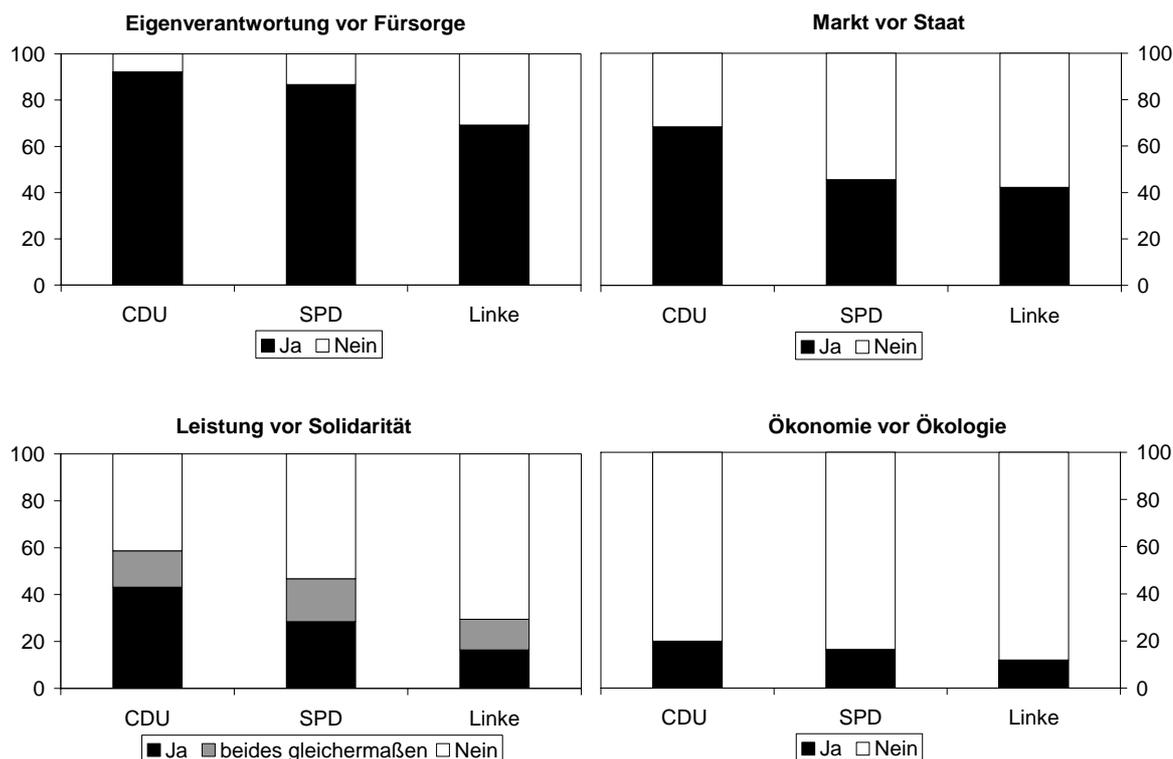
Frageformulierungen: (a) Die Menschen sollten sich nicht so viel auf den Staat verlassen, sondern ihre Probleme stärker selbst in Angriff nehmen. (b) Für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist es am besten, wenn der Staat möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift. (c) Wünschen Sie sich eine Regierung, die sich eher für eine Gesellschaft einsetzt, in der Leistung mehr zählt, oder eher für eine Gesellschaft einsetzt, in der Solidarität mehr zählt? (d) Dem Wirtschaftswachstum sollte Vorrang gegeben werden, auch wenn die Umwelt dabei Schaden nimmt.

Bemerkenswert erscheint, dass die Bewertung aller genannten wirtschaftlichen Grundvorstellungen – unabhängig davon, wie umstritten sie sind – kaum vom sozialen oder ökonomischen Status der Befragten abhängig ist. Wie Tabelle 2 belegt, unterscheiden sich Gebildete und weniger Gebildete, gut Situierte und finanziell schlechter Gestellte in ihren Einstellungen zu Ordnungsprinzipien der Marktwirtschaft kaum voneinander. Dieser Befund verdient ange-

sichts der starken Effekte, welche die finanzielle Lage auf Gerechtigkeitswahrnehmungen und die Beurteilung der Gesellschaft hat (vgl. Kap. III.2), besondere Aufmerksamkeit. Die wirtschaftlichen Grundorientierungen sind demnach von den finanziellen Eigeninteressen der Befragten weitgehend entkoppelt.

Deutlichere Zusammenhänge ergeben sich hingegen mit den Gerechtigkeitswahrnehmungen und der Lebenszufriedenheit (außer bei der Aussage zum Verhältnis von Ökonomie und Ökologie). Je mehr die Befragten das Gefühl haben, ihren gerechten Anteil zu erhalten, desto eher lehnen sie etwa einen staatlichen Einfluss auf das Wirtschaftsleben ab. Je zufriedener sie mit ihrem Leben sind, umso deutlicher sprechen sie sich für mehr Eigeninitiative aus. Auch diese Zusammenhänge sind eher moderat. Zudem sind die in Tabelle 2 dokumentierten ökonomischen Grundeinstellungen unabhängig davon, ob sich die Befragten für wirtschaftspolitische Fragen interessieren oder nicht. Die einzige Ausnahme stellt die Aussage zum Verhältnis von Leistung und Solidarität dar: Die Solidarität findet umso weniger Unterstützung, je größer das Interesse an der Wirtschaftspolitik ist.

Abb. 16: *Einstellung zu Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nach Parteineigung (in Prozent)*



Während also die Beurteilung von Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft kaum nach sozialstrukturellen Merkmalen oder sozioökonomischen Verhältnissen und nur begrenzt nach Gerechtigkeitswahrnehmungen und Lebenszufriedenheit variiert, besteht ein deutlicher Zusammenhang mit der Selbsteinstufung der Befragten auf der Links-Rechts-Skala und ihrer damit verknüpften Parteineigung. Einig sind sich die Anhänger der drei im Thüringer Landtag vertretenen Parteien am ehesten darin, dass wirtschaftliches Wachstum nicht auf Kosten der Umwelt realisiert werden sollte (Grafik rechts unten in Abb. 16). Bei den übrigen Grundfra-

gen gehen die Meinungen teilweise weit auseinander: So präferieren die Anhänger der Union zu etwa gleichen Teilen eine stärkere Leistungsorientierung bzw. eine stärkere Solidarität in der Gesellschaft (Grafik links unten in Abb. 16). Bei der Linken hingegen ist die Gruppe der Anhänger, die die Solidarität betonen, viermal so groß wie die der Leistungsorientierten. Die Positionen derjenigen Befragten, die sich der SPD verbunden fühlen, liegen zwischen diesen Werten.

Bei der Frage nach der Gestaltung des Wirtschaftslebens erweisen sich die Anhänger der CDU als besonders marktfreundlich. Mehr als zwei Drittel von ihnen meinen, der Staat möge möglichst wenig in die Wirtschaft eingreifen; bei den beiden Oppositionsparteien wird dies jeweils von einer Mehrheit der Parteianhänger abgelehnt (Grafik rechts oben in Abb. 16). Große Gemeinsamkeiten bestehen zwischen den Anhängern von Christ- und Sozialdemokraten wiederum, wenn es um eine starke Eigenverantwortung geht. Unter den Befragten, die der Linken zuneigen, spricht sich hingegen nahezu ein Drittel dagegen aus, dass die Menschen ihre Probleme stärker selbst in Angriff nehmen sollten (Grafik links oben in Abb. 16). Insgesamt korrespondieren die wirtschaftlichen Grundorientierungen der Parteianhänger mit der wirtschaftspolitischen Ausrichtung ihrer jeweiligen Partei, wobei Linke und Union erwartungsgemäß am weitesten auseinander liegen. Entsprechend ist der Zusammenhang mit der Links-Rechts-Einstufung: Je weiter links sich die Befragten positionieren, desto stärker akzentuieren sie das Solidaritätsprinzip und desto eher unterstützen sie staatliche Korrekturen des Marktgeschehens.

Die Einstellungen zu den einzelnen Ordnungsprinzipien der Sozialen (und ökologischen) Marktwirtschaft sind folglich auch nicht isoliert voneinander zu betrachten. Empirisch besteht der stärkste Zusammenhang zwischen den Bewertungen der Eigenverantwortung und des Verhältnisses von Markt und Staat: Die Unterstützung von Marktlösungen steigt umso mehr, je deutlicher sich die Befragten für das Prinzip der Eigenverantwortung aussprechen.¹⁴ Dieser Zusammenhang ist insofern plausibel, als bei beiden Aussagen private Initiative und individuelle Aktivität der gesellschaftlichen Verantwortlichkeit und staatlichen (Teil-)Steuerung gegenübergestellt werden. Die Favorisierung des Marktes geht zudem mit einer überdurchschnittlich großen Unterstützung des Leistungsprinzips einher.

Jenseits der internen Zusammenhänge sind die Grundeinstellungen zu Wirtschaftsfragen auch mit der Positionierung zu anderen ökonomischen Themen verknüpft. Dies gilt etwa für die Einschätzung der gegenwärtig in Deutschland bestehenden Wirtschaftsordnung.¹⁵ Insgesamt sieht dabei nur jeder siebte Befragte Markt und Soziales in einem ausgewogenen Verhältnis, während drei Viertel der Thüringer ein Übergewicht des Marktes wahrnehmen – bei gerade einmal acht Prozent, die das Soziale zu stark gewichtet finden. Erwartungsgemäß wird das Urteil von der objektiven wie der subjektiv empfundenen Lebenssituation der Befragten geprägt; vor allem die Wahrnehmung der Gesellschaft als gerecht bzw. ungerecht ist ein wichtiger Bestimmungsfaktor.

Einen eigenständigen Einfluss auf die Bewertung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung in Deutschland haben aber vornehmlich die wirtschaftlichen Grundorientierungen, insbesondere die Positionierung im Spannungsfeld von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz sowie die Rangordnung von Leistung und Solidarität. So sind beispielsweise 30 Prozent der Leistungsorientierten der Auffassung, dass zurzeit das Soziale überwiegt oder Markt und Soziales

14 Der Zusammenhang ist zwar hochsignifikant, aber eher mittelstark (Pearson's $r = 0,20$; $p < .001$).

15 Die genaue Frageformulierung lautete: „Und wenn Sie nun an unsere Wirtschaftsordnung in Deutschland denken. Sind da Markt und Soziales weitgehend ausgewogen oder hat der Markt ein zu großes Übergewicht oder hat das Soziale ein zu großes Übergewicht?“

zumindest in einem ausgewogenen Verhältnis stehen; unter den Befragten, die das Solidaritätsprinzip betonen, ist der Anteil nur halb so hoch. Dem Ordnungsprinzip des freien Wettbewerbs räumt derjenige Priorität ein, dem das Soziale überbetont erscheint; wer ein Übergewicht des Marktes konstatiert, für den hat das Ordnungsprinzip des sozialen Ausgleichs herausragende Bedeutung. Beide Positionen sind gleichermaßen mit dem Konzept der Sozialen (und ökologischen) Marktwirtschaft verträglich, der Abstand zwischen ihnen gibt gewissermaßen die Spannweite des Konzepts an. Im ersten Fall liegt im Kern eine neoliberale, im zweiten Fall eine sozialstaatsorientierte Grundhaltung vor.

Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS 2008 ist mit Blick auf die Wirtschaftsordnung in Deutschland nicht nur nach dem Verhältnis von Markt und Sozialem gefragt worden. Darüber hinaus sollten die Befragten die Funktionsfähigkeit des aktuellen Wirtschaftssystems und seine Tauglichkeit für die Zukunft beurteilen.¹⁶ In beiden Fällen überwiegen die positiven Bewertungen. Das gegenwärtige Wirtschaftssystem halten zwei Drittel der Thüringer für gut, eine Minderheit sogar für sehr gut. Diese Einschätzung teilen Männer wie Frauen und sie hat über Bildungsgrenzen hinweg Bestand. Unter sozialstrukturellem Gesichtspunkt ist allein die überaus kritische Bewertung in der jüngsten Alterskohorte der 18-24-Jährigen auffällig: Hier sind die positiv Urteilenden nur knapp in der Mehrheit. Erwartungsgemäß enttäuscht zeigen sich die Arbeitslosen, von denen 60 Prozent dem Wirtschaftssystem ein schlechtes Zeugnis ausstellen.

Abb. 17: *Bewertung der aktuellen Funktions- und der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems in Deutschland: Typenbildung*

		Aktuelle Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems	
		(sehr) gut	(sehr) schlecht
Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems	(sehr) gut	Überzeugte (51%)	Mittelgruppe (8%)
	(sehr) schlecht	Mittelgruppe (16%)	Kritiker (25%)

Die meisten Befragten sehen Deutschland mit dem bestehenden Wirtschaftssystem auch für die Zukunft gut gerüstet. Die Zustimmungswerte liegen hier etwas niedriger als bei der Einschätzung des aktuellen Systems, aber immer noch bei knapp 60 Prozent. Immerhin jeder Vierte, der für die Gegenwart zu einer positiven Einschätzung kommt, zweifelt aber an der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems. Allerdings ist umgekehrt auch jeder vierte Skeptiker trotz seiner negativen Einschätzung des gegenwärtigen Zustands überzeugt, dass das System zukünftige Herausforderungen zu bewältigen vermag. Insgesamt hängen die Bewertungen für gegenwärtige Leistung und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems in Deutschland sehr stark zusammen (Pearson's $r = 0,50$), sodass die Bildung eines kumulativen Zufrie-

16 Die Frageformulierungen waren: „Wie gut oder schlecht funktioniert Ihrer Meinung nach das Wirtschaftssystem in Deutschland? Ist das Wirtschaftssystem in Deutschland sehr gut, eher gut, oder ist es eher schlecht oder sehr schlecht? und „Und wie gut sind wir mit unserem Wirtschaftssystem in Deutschland für die Zukunft gerüstet? Ist das sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht.“

denheitsindex zulässig ist. Nimmt man zusätzlich eine Typologisierung der Einstellungen vor, so kann jeder zweite Befragte als vom Wirtschaftssystem überzeugt gelten (doppelt positive Einschätzung), während jeder Vierte den Kritikern zuzurechnen ist (doppelt negative Einschätzung); das übrige Viertel hat die Fragen unterschiedlich beantwortet (Abb. 17).

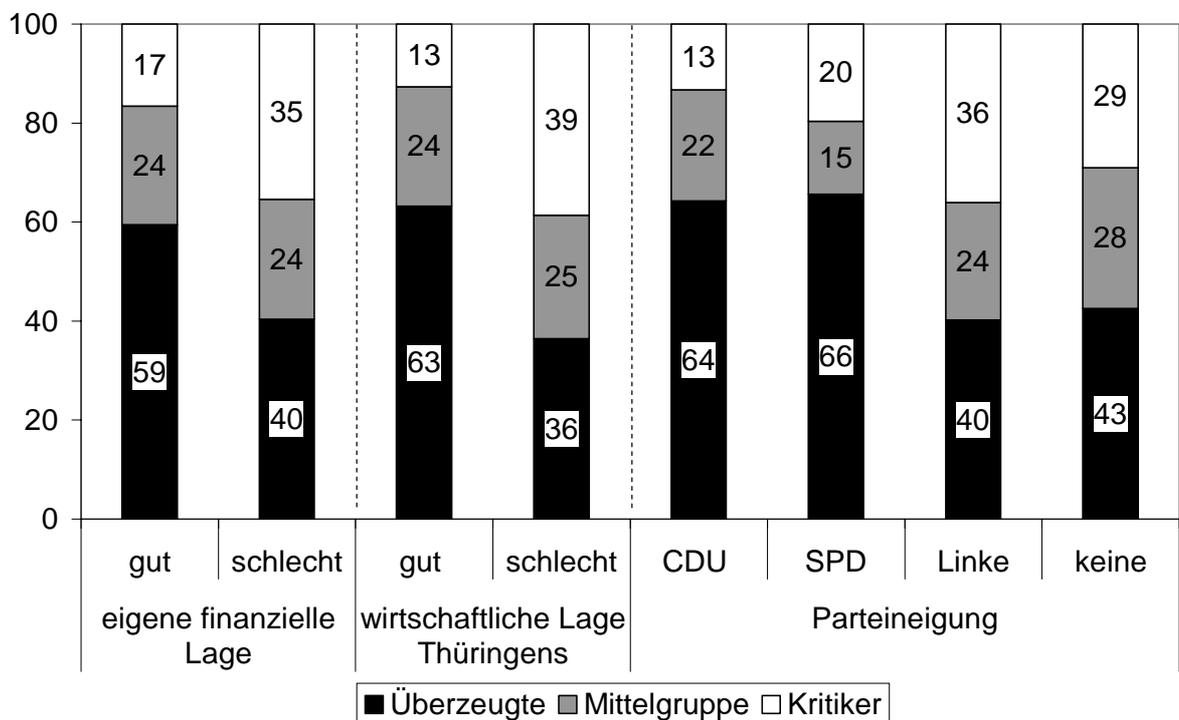
Wie das Wirtschaftssystem in Deutschland insgesamt bewertet wird, variiert erheblich nach sozialstrukturellen und wirtschaftlichen Faktoren, aber auch nach politischen Präferenzen und – im Kontext dieses Unterkapitels besonders aufschlussreich – nach einzelnen wirtschaftlichen Grundorientierungen. Frauen und Befragte ohne Abitur etwa bewerten die Wirtschaftsordnung im Schnitt etwas schlechter als Männer und höher Gebildete. Die Zufriedenheit steigt mit dem Alter linear an, wobei unter den Thüringer Heranwachsenden und jungen Erwachsenen (18-29 Jahre) die Gruppen der Überzeugten und der Kritiker in etwa gleich groß, bei den Rentnern hingegen die Überzeugten dreimal zahlreicher sind. Durchweg unauffällig sind die Berufstätigen, unter denen alle drei Typen in etwa proportional zu ihrem Anteil an den Befragten insgesamt vertreten sind.

Die erwarteten deutlichen Zusammenhänge zeigen sich mit der sozioökonomischen Lage (Abb. 18). So steigt etwa der Anteil der vom Wirtschaftssystem Überzeugten linear mit dem Haushaltsnettoeinkommen. Von den Befragten in guter finanzieller Lage zeigen sich 60 Prozent überzeugt, unter den Thüringern mit weniger guter oder schlechter finanzieller Lage sind es nur 40 Prozent. Wie Abbildung 18 gleichfalls illustriert, geht die Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage als gut sogar noch stärker mit einer positiven Bewertung der Wirtschaftsordnung einher. In der Befragtengruppe, die die wirtschaftliche Lage in Thüringen (eher) schlecht einschätzt, sind die Kritiker hingegen zahlreicher als die Überzeugten.

Die Urteile über das deutsche Wirtschaftssystem variieren zudem stark nach der Parteineigung der Befragten: Unter den Anhängern von CDU und SPD stellen die Überzeugten jeweils etwa zwei Drittel, während sie unter den Befragten, die sich der Linken verbunden fühlen, gerade 40 Prozent ausmachen (Abb. 18). Anders als bei den ökonomischen Grundeinstellungen befinden sich die SPD-Anhänger mit ihren Urteilen zum Wirtschaftssystem nicht in Äquidistanz zu denen der beiden anderen Landtagsparteien, sondern in weitgehender Übereinstimmung mit der Union. Die Sympathisanten von SPD und der Linken trennt offenbar im wirtschaftlichen Bereich die „Systemfrage“: Unter den SPD-Anhängern sind die Kritiker des Wirtschaftssystems nur eine Randgruppe, unter denen der Linken hingegen erreichen sie eine ähnliche Größenordnung wie die Überzeugten.

Entsprechend verbreitet ist unter den Sympathisanten der Linken der Wunsch nach Rückkehr zu einer sozialistischen Ordnung, der die Wiederherstellung eines anderen Wirtschaftssystems impliziert: der zentralen Verwaltungswirtschaft. Vier von zehn Anhängern der Linken wünschen die sozialistische Ordnung zurück, doppelt so viele wie unter den Befragten insgesamt. Schaut man sich die Gruppe der Kritiker genauer an, so bestehen wiederum frappierende Unterschiede nach Parteineigung: Unter den (wenigen) Kritikern des Wirtschaftssystems bei CDU- und SPD-Anhängern findet sich jeweils nur eine Minderheit, die die sozialistische Ordnung wiederhergestellt wissen möchte. Ganz anders unter den linken Kritikern: Von ihnen wünscht sich eine Mehrheit die sozialistische Ordnung zurück.

Abb. 18: *Typologie der Bewertung des Wirtschaftssystems nach eigener finanzieller Lage, wirtschaftlicher Lage in Thüringen und Parteineigung (in Prozent)*



Die Wahrnehmung der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems wird schließlich auch dadurch bestimmt, an welchen Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sich die Befragten orientieren. Höchst signifikante Zusammenhänge bestehen mit der Bewertung von Eigenverantwortung und mit der Einstellung zum staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft: Je mehr die Befragten auf Eigenverantwortung und Marktmechanismen setzen, umso positiver fallen ihre Urteile über die Wirtschaftsordnung aus. Konkret finden sich unter den marktfreundlich Eingestellten dreimal mehr Überzeugte als Kritiker, während der Unterschied zwischen beiden Gruppen unter denjenigen, die ein stärkeres staatliches Engagement in der Wirtschaft(-spolitik) fordern, gering ist.

Offen bleiben muss dabei jedoch, welche Bedeutung den Grundeinstellungen zu Ordnungsprinzipien der Marktwirtschaft im Verhältnis zu anderen Faktoren zukommt, die gleichfalls Einfluss auf die Bewertung des Wirtschaftssystems haben können. Erst eine multivariate Analyse vermag die eigenständige Erklärungskraft der ökonomischen Grundorientierungen in Relation zu der anderer Determinanten zu klären. Als alternative Bestimmungsfaktoren kommen dabei die sozioökonomische Lage, Gerechtigkeitswahrnehmungen (Deprivation), persönlichkeitsnahe Einstellungen (Autoritarismus, Anomie, usw.), aber auch politische bzw. weltanschauliche Präferenzen einschließlich des Wunsches nach Rückkehr zur sozialistischen Ordnung in Frage.

Lässt man alle diese Faktoren in eine Regressionsanalyse eingehen, so verblasst die Bedeutung ökonomischer Grundorientierungen. Unter den vier in Tabelle 2 ausgewiesenen Grundeinstellungen leistet allein die Einstellung zur Eigenverantwortung einen eigenständigen Beitrag, um die Bewertung des wirtschaftlichen Systems in Deutschland zu erklären. Unter insgesamt sieben relevanten Faktoren kommt ihr jedoch die vergleichsweise geringste Erklä-

rungskraft zu. Als der mit Abstand wichtigste Bestimmungsfaktor für die Bewertung der Wirtschaftsordnung erweist sich die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Mithin wird das Wirtschaftssystem entscheidend nach der Einschätzung seiner Performanz beurteilt. Erbringt es die erwarteten Leistungen, erfährt es Unterstützung; bleiben diese aus, besteht angesichts einer stark output-orientierten Wahrnehmung die Gefahr, dass ihm diese Unterstützung entzogen wird. Befriedigend erklären lassen sich die Bewertungen des Wirtschaftssystems jedoch nur dann, wenn eine Reihe anderer Faktoren einbezogen wird. Einen eigenständigen Beitrag zur Varianzaufklärung leisten zusätzliche das Alter, das Gerechtigkeitsempfinden, die Lebenszufriedenheit sowie die (Ablehnung einer) Rückkehr zu sozialistischen Ordnung, welche auf die Relevanz sozialisationsbedingter Prägungen verweist.

Die Analyse der wirtschaftlichen Grundorientierungen der Thüringer hat drei zentrale Befunde erbracht: Erstens hängen die entsprechenden Einstellungen teilweise untereinander zusammen, wobei die soziale und ökologische Ausgestaltung der Marktwirtschaft und das Verhältnis zwischen privatem und staatlichem Engagement die fundamentalen Spannungsfelder darstellen. Zweitens werden die Grundeinstellungen zu den Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nur wenig von den sozioökonomischen Lebenslagen der Befragten beeinflusst. Vielmehr sind es gesellschaftliche und politische Grundhaltungen, die die wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen prägen. Drittens bestimmen die wirtschaftlichen Grundeinstellungen mit darüber, wie das Wirtschaftssystem in Deutschland bewertet wird, ohne aber entscheidend zur Erklärung dieser Bewertung beitragen zu können.

Vor allem die Eigenständigkeit der wirtschaftlichen Grundorientierungen gegenüber der sozialen und wirtschaftlichen Lage ist von Bedeutung, wenn im Weiteren die Einstellungen der Thüringer zu aktuellen wirtschaftspolitischen Problemen und Konfliktthemen analysiert werden. Im folgenden Unterkapitel geht es denn auch darum zu klären, ob und in welchem Umfang diese Grundeinstellungen sowie die Urteile über das deutsche Wirtschaftssystem die Präferenzen für konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen beeinflussen. Dabei wird jedoch zunächst auf den „Problemhaushalt“ der Befragten einzugehen sein, um zu bestimmen, welche Bedeutung den jeweiligen ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen beigemessen wird.

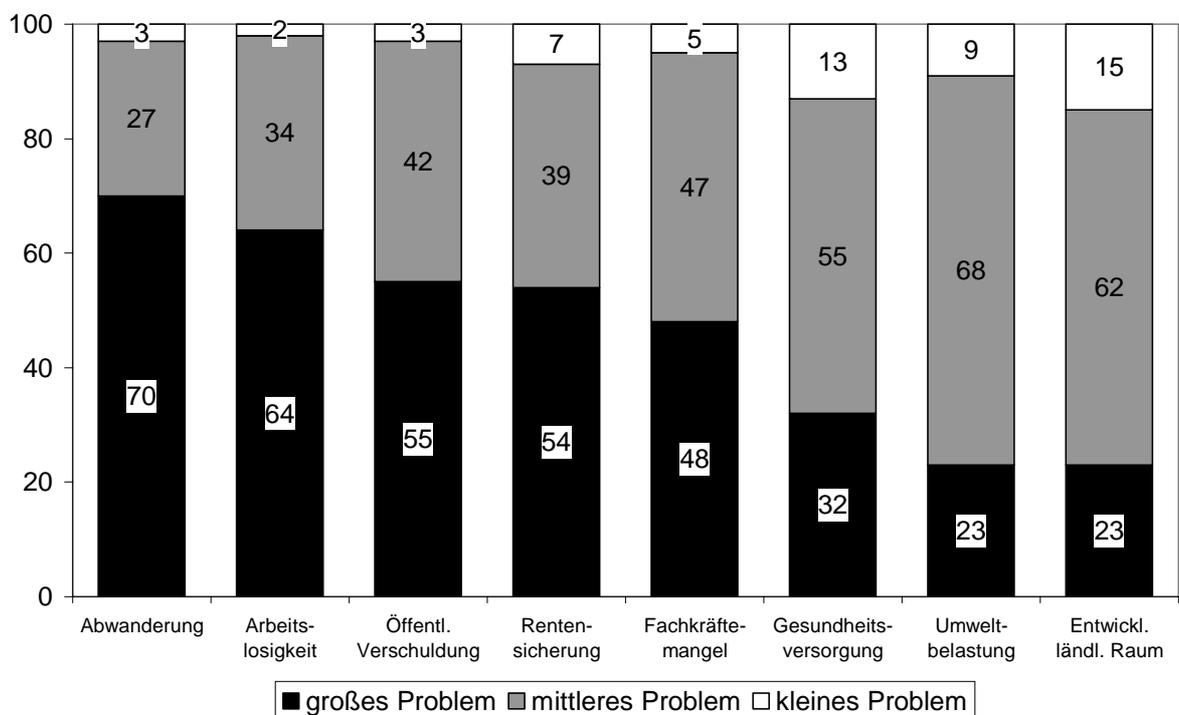
4. Einstellungen zu konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen

4.1. Problemhaushalt: Wahrnehmung politischer Herausforderungen

Fragen nach den größten aktuellen Problemen in der Gesellschaft endeten in Ostdeutschland in den letzten Jahren immer mit dem gleichen Ergebnis: Arbeitslosigkeit stand fast ausnahmslos oben auf dieser Liste, und das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit gab genügend gute Gründe dafür. Auch der THÜRINGEN-MONITOR 2006 erbrachte dieses Ergebnis. War damals von einem „Silberstreif am Horizont“ (TM 2006: 20) bezüglich der Arbeitslosenquote in Thüringen die Rede, so hat sich die Lage seither deutlich entspannt. Waren im Jahresdurchschnitt 2005 noch 18,6 Prozent aller erwerbsfähigen Thüringer arbeitslos, so waren es 2007 nur noch 14,4 Prozent. Zum Zeitpunkt der Befragung im Juli 2008 verzeichnete die Agentur für Arbeit nur 10,9 Prozent Arbeitslosigkeit in Thüringen.

Diese Aufhellung des Bildes zeigt sich auch bei der aktuellen Frage nach gesellschaftlichen Problemen¹⁷: Selbstverständlich drückt die Arbeitslosigkeit nach wie vor, aber die Abwanderung junger Menschen hat sie vom Spitzenplatz verdrängt: 70 Prozent der Thüringer halten diese für ein großes, weitere 27 Prozent für ein mittleres Problem. Damit ist die Brisanz der Abwanderung im Vergleich zu 2006 etwa gleich geblieben: Damals sagten 73 Prozent der Thüringer, das sei ein großes (mittleres: 25%) Problem. Die Bedeutsamkeit der Arbeitslosigkeit ist seither zurückgegangen: Von 85 auf 64 Prozent ist seit 2006 der Anteil der Befragten gesunken, die Arbeitslosigkeit für ein großes Problem halten. Zur Verharmlosung sehen sie aber keinen Grund, denn nach wie vor hält fast niemand die Arbeitslosigkeit für ein kleines Problem (Abb. 19).

Abb. 19: Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme 2008
(in Prozent)



Anmerkung zur Gruppierung:

0-3: kleines Problem; 4-7 mittleres Problem; 8-10: großes Problem.

17 Frageformulierung: Es gibt ja verschiedene Herausforderungen, denen unsere Gesellschaft heute ausgesetzt ist. Wie problematisch ist aus Ihrer Sicht A) die Arbeitslosigkeit für unsere Gesellschaft? Bitte sagen Sie uns das anhand einer Skala von 0 bis 10. 10 steht dabei für ein riesengroßes Problem; 0 bedeutet, dass gar kein Problem vorliegt. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Und wie ist das mit ...

- B) der Abwanderung von jungen Menschen aus der Region?
- C) die Belastung der Umwelt?
- D) dem Mangel an Fachkräften?
- E) der Verschuldung öffentlicher Haushalte?
- F) der Gesundheitsversorgung?
- G) der Entwicklung des ländlichen Raums?
- H) die Sicherung der Renten?

Die öffentliche Verschuldung folgt 2008 der Abwanderung und der Arbeitslosigkeit auf dem dritten Platz des Problemhaushaltes der Thüringer. Fast gleichauf damit steht die Sicherung der Renten, die im Vergleich zu 2006 heute für weniger problematisch gehalten wird. Es folgen der Fachkräftemangel und die Gesundheitsversorgung. Auf den hinteren Plätzen dieser Auswahl gesellschaftlicher Probleme stehen die Umweltbelastung und die Entwicklung des ländlichen Raums. An den objektiven Indikatoren für die Umweltbelastung seit der Wende lässt sich eine sehr deutliche Verbesserung der Lage ablesen (s. Abb. 10), mit der diese relative Gelassenheit der Thüringer bei der Umweltsituation korrespondiert. Diese Verbesserung zeigt sich auch dann, wenn man direkt nach dem Vergleich mit der Situation von 1990 fragt: Zwei Drittel der Thüringer sind der Ansicht, dass sich die Umweltsituation seither verbessert hat.

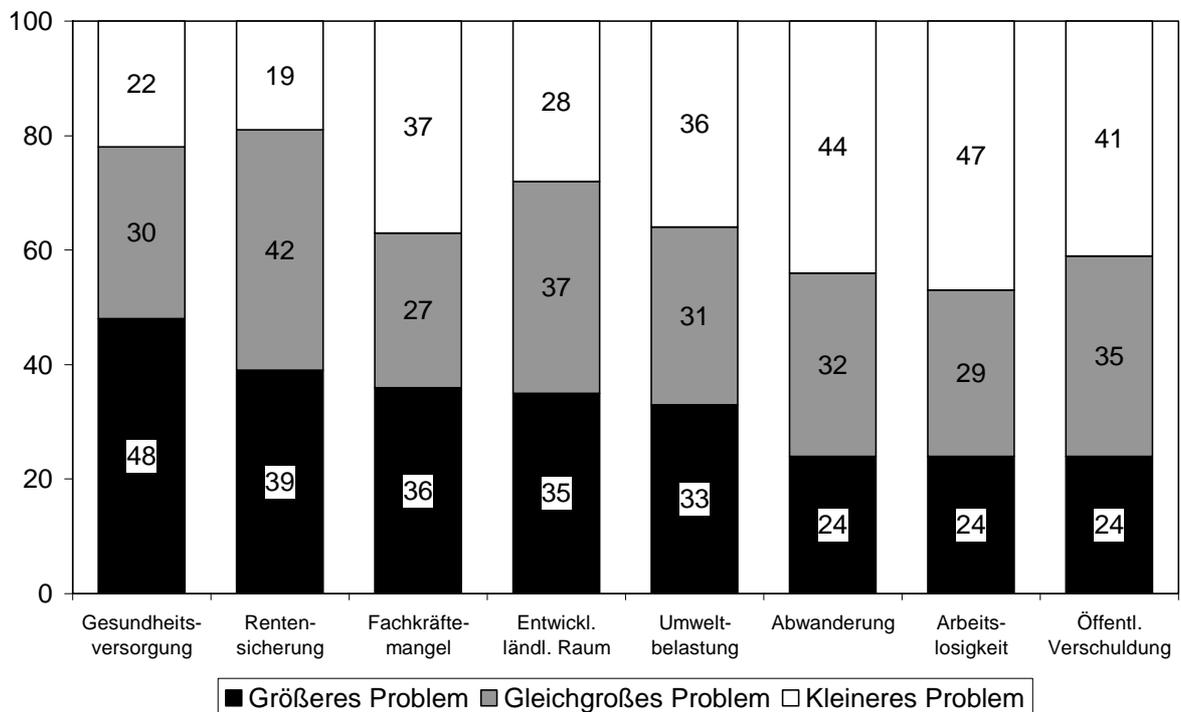
Die Wahrnehmungen von Abwanderung, Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel als Problembereiche hängen sehr stark untereinander zusammen, d.h. wenn eines davon als großes Problem genannt wurde, dann wurden meist auch die beiden anderen als große Probleme bezeichnet. Gleiches wie bei diesen wirtschaftspolitischen Problemen gilt für die Kombination der beiden sozialpolitischen Probleme der Rentensicherung und der Gesundheitsversorgung. Die statistische Analyse¹⁸ zeigt, dass die Verschuldung öffentlicher Haushalte und auch die Umweltbelastung eher den wirtschaftspolitischen Problemen zugeordnet werden können (d.h. sie werden häufig gemeinsam genannt, die Antwortmuster ähneln sich), während die Entwicklung des ländlichen Raums eher als sozialpolitisches Problem wahrgenommen wird.

Wie bereits im Jahr 2006 sehen auch in der aktuellen Befragung die mittleren Jahrgänge, insbesondere die Befragten zwischen 35 und 44 Jahren, die meisten Probleme. Vermutlich sind die Jüngeren noch nicht und die Älteren nicht mehr so betroffen von einigen der Probleme auf unserer Liste. Frauen sehen insgesamt mehr Probleme als Männer, der Unterschied ist aber statistisch nicht signifikant. Bildungsunterschiede existieren nur bei den sozialpolitischen Problemen: Diese werden von Befragten mit einfachen Bildungsabschlüssen unterhalb der 10. Klasse deutlich seltener genannt. Die Bewertung der wirtschaftlichen Lage hat ebenfalls einen großen Einfluss: Wird die persönliche Lage oder die Lage in Thüringen schlecht bewertet, so werden viele Bereiche als problematischer eingeschätzt, als wenn die wirtschaftliche Lage gut oder gar sehr gut bewertet wird.

Auf die Zukunft gerichtet sieht der Problemhaushalt der Thüringer deutlich anders aus: Dieselbe Liste mit Problemen wurde den Befragten erneut vorgelegt und dabei nach der Einschätzung des Problems für unsere Gesellschaft in zehn Jahren gefragt. Vergleicht man bei jedem Befragten seine Einschätzung der aktuellen Probleme mit seiner Einschätzung derselben Probleme in zehn Jahren, so zeigt sich klar, dass viele Befragte die Zukunft durch die Brille ihrer eigenen Betroffenheit sehen (Abb. 20). Vor allem sozialpolitische Probleme, Gesundheitsversorgung und Rentensicherung, werden nach Meinung der Befragten größer, während viele wirtschaftspolitische Probleme weniger bedrohlich wirken.

18 Die Faktorenanalyse errechnet aus allen Antwortkombinationen Zusammenhänge und Unterschiede in der Beantwortung der Fragen, um daraus auf gemeinsame Dimensionen (Hintergrundfaktoren) der Antworten zu schließen.

Abb. 20: *Differenz der Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme aktuell und in zehn Jahren*
(in Prozent)

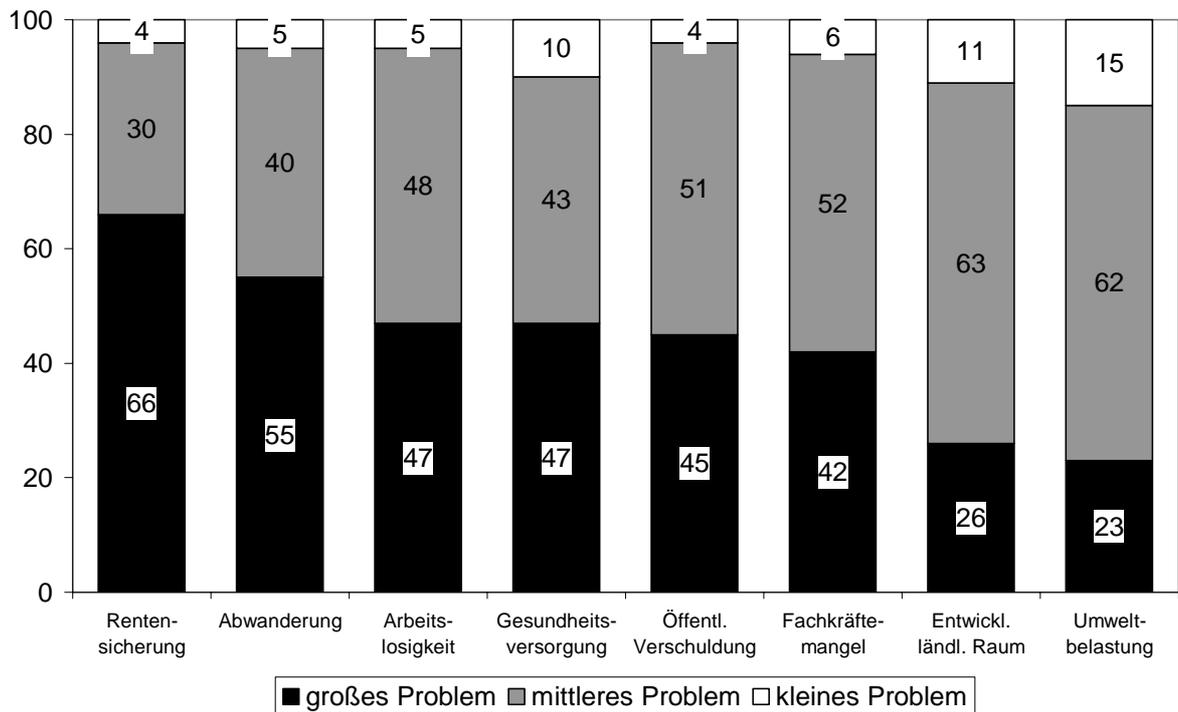


Die öffentliche Verschuldung als große Bürde für die zukünftigen Generationen wird von vielen Thüringern als kleiner werdendes Problem bezeichnet. Auf der anderen Seite wird die Gesundheitsversorgung jedoch groß geschrieben. Diese besondere Betonung der Gesundheitsversorgung könnte ihre Wurzeln aber auch in der Bewertung der Entwicklung der letzten Jahre haben. Eine Mehrheit der Thüringer ist nämlich der Ansicht, dass sich die Gesundheitsversorgung in Thüringen seit 1990 verschlechtert hat, nicht einmal jeder Dritte findet sie verbessert (sehr ähnlich ist die Bewertung in Sachsen-Anhalt, vgl. Sachsen-Anhalt-Monitor 2007: 58). Schreibt man diese Entwicklung für die nächsten zehn Jahre fort, so muss eine Vergrößerung des Problems die Folge sein.

In der Summe dieser individuellen Unterschiede zwischen der aktuellen und der zukünftigen Problemlage unterscheidet sich die Liste der zukünftigen Probleme deutlich von der der aktuellen Probleme (Abb. 21). Für die Zukunft steht mit der Sicherung der Renten ein sozialpolitisches Thema an der Spitze, gefolgt von den wirtschaftspolitischen Themen Abwanderung junger Menschen und Arbeitslosigkeit. Auf Rang vier folgt bereits das zweite große sozialpolitische Thema Gesundheitsversorgung.

Schaut man auf die Häufigkeit der Nennung als großes Problem, so wird deutlich, dass in den Augen der Thüringer alle wichtigen wirtschaftspolitischen Probleme an Relevanz verlieren werden. Die wichtigen sozialpolitischen Themen Rente und Gesundheit gewinnen hingegen an Relevanz. Als Ursache dürfte hier die allgegenwärtige öffentliche Diskussion über den demographischen Wandel und seine Konsequenzen in Betracht kommen. Allerdings könnte auch persönliche Betroffenheit eine Rolle spielen: Von Abwanderung oder Fachkräftemangel ist man seltener selbst betroffen als von Rentensicherheit und Gesundheitsversorgung. Die Befragten nennen also vielleicht eher persönliche als gesellschaftliche Probleme der Zukunft.

Abb. 21: *Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme in zehn Jahren
(in Prozent)*



Tendenziell zeigen sich auf die Zukunft gerichtet dieselben sozialstrukturellen Unterschiede wie bei der Frage nach den gegenwärtigen Problemen: Frauen sehen auch in der Zukunft mehr Probleme als Männer, mittlere Jahrgänge sind vor allem bei sozialpolitischen Fragen skeptischer, bei positiver Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage oder der allgemeinen Lage in Thüringen werden weniger Probleme gesehen. Den vergleichsweise stärksten Einfluss auf die Problemwahrnehmung in der Zukunft hat aber die Einschätzung des Wirtschaftssystems: Wird es für funktions- und zukunftsfähig gehalten, so erscheinen die gesellschaftlichen Probleme der Zukunft (etwas) weniger drückend.

Bei den aktuellen Problemen stehen wirtschaftspolitische Themen im Vordergrund, für die Zukunft rechnen die Thüringer stärker mit sozialpolitischen Problemen. Für beide Bereiche sind unterschiedliche Lösungsansätze in der Diskussion.

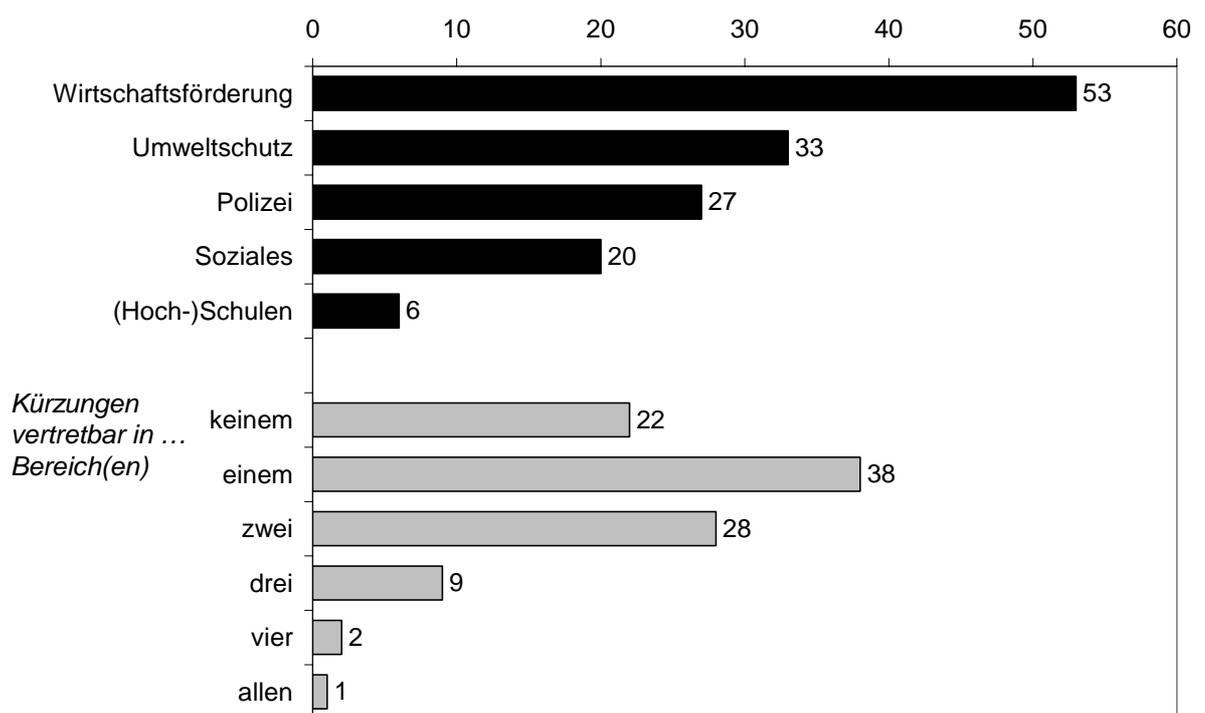
4.2. Lösungsansätze: Wirtschaftspolitische Präferenzen

Viele der genannten wirtschafts- oder sozialpolitischen Probleme sind durch den Einsatz finanzieller Mittel zu lindern oder gar zu lösen. Um die fehlenden finanziellen Mittel aufzubringen, sind zahlreiche Möglichkeiten denkbar: Auf der Einnahmeseite könnten Steuern und Abgaben für die Bürger erhöht oder neue Schulden gemacht werden. Auf der anderen Seite könnten Ausgaben des Staates gekürzt werden, um Mittel für andere Zwecke einsetzen zu können. Vor diese Wahl gestellt, sind sich die Thüringer fast einig: Nicht die Einnahmen, sondern die Ausgaben sind das Problem. Fast neun von zehn Thüringern sprechen sich für die Kürzung der Ausgaben aus, die übrigen halten je zur Hälfte die Erhöhung von Steuern oder zusätzliche Schulden für das probate Mittel. Damit zeigt sich in Thüringen ein ähnliches Bild wie bundesweit; vier von fünf Bundesbürgern sind für eine Kürzung der Ausgaben (vgl. Bun-

desverband Deutscher Banken 2005: 15). In keiner relevanten gesellschaftlichen Gruppe liegt in Thüringen der Anteil derjenigen, die für Ausgabenkürzungen plädieren, unter 80 Prozent. Einzig zeichnet sich ab, dass wirtschaftlich Schwächere und formal schlechter Gebildete etwas stärker dazu neigen, die Einnahmeseite des Staates zu verbessern als wirtschaftlich Stärkere und formal besser Gebildete; dabei setzen sie etwas stärker auf zusätzliche Schulden als auf Erhöhung der Steuern.

Das Votum für Ausgabenkürzungen ist also überwältigend. Bleibt die Frage, in welchen Bereichen gespart werden soll. Von insgesamt fünf vorgegebenen Bereichen konnte sich nur bei der Wirtschaftsförderung eine knappe Mehrheit der Thüringer dazu durchringen, Kürzungen für vertretbar zu halten (Abb. 22). Bei allen anderen Bereichen, die zur Auswahl gestellt wurden, gab es jeweils große Mehrheiten dafür, hier auf keinen Fall zu sparen: Zwei Drittel lehnen Kürzungen im Umweltschutz ab, drei Viertel lehnen sie bei der Polizei ab, vier Fünftel im sozialen Bereich und fast alle bei der Bildung. Kürzungen werden also im Bereich der Wirtschaftspolitik stärker akzeptiert als im Bereich der Sozialpolitik.

Abb. 22: *Akzeptierte Ausgabenkürzungen des Staates nach Bereichen (in Prozent)*

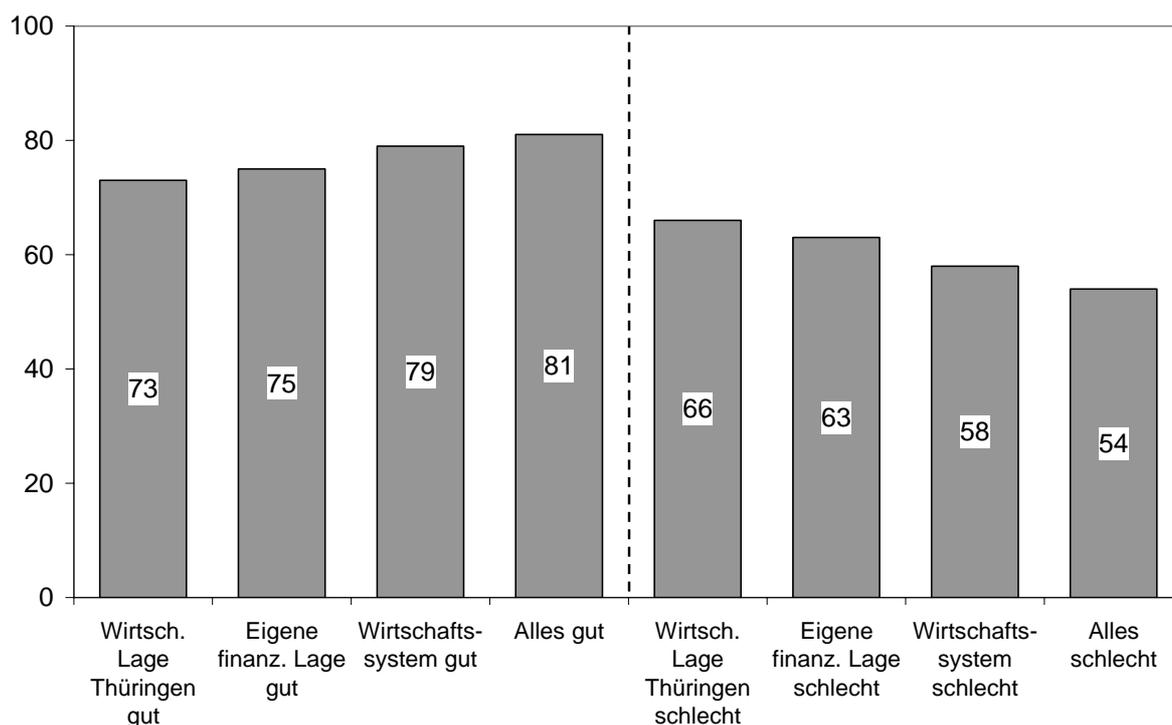


Schaut man auf die generelle Bereitschaft der Bürger zu Ausgabenkürzungen zeigt sich, dass die meisten höchstens bei zwei der fünf Bereiche dazu bereit sind. Gut jeder fünfte Befragte will in keinem der genannten Bereiche sparen, insgesamt 60 Prozent höchstens in einem Bereich. Betrachtet man nur diejenigen, die sich für die Kürzung von Ausgaben aussprechen, zeigt sich das gleiche Bild: Die Sparbereitschaft nach Bereichen ist genauso verteilt wie bei allen Befragten. Außerdem spricht sich auch von den Befürwortern der Ausgabenkürzungen jeder Fünfte dafür aus, in keinem der genannten Bereiche zu sparen. Diese sind demnach entweder nur theoretisch für die Kürzung von Ausgaben, konkret aber dagegen, oder sie präferieren andere Sektoren als die abgefragten.

Die Wirtschaftsförderung führt die Liste möglicherweise deshalb an, weil in letzter Zeit zunehmend der Eindruck entstanden ist, manche Firmen nähmen Wirtschaftsförderung in Anspruch und verlagerten ihre Produktionsstätten danach doch weiter in Länder mit geringeren Lohnkosten. Seit der Verlagerung der Mobiltelefon-Fertigung der Firma Nokia von Bochum nach Rumänien wird bei einer solchen Praxis immer häufiger von „Heuschrecken“ gesprochen. Ein solches Vorgehen wird von fast allen Thüringern abgelehnt: 93 Prozent sagen, dass der Staat Arbeitsplätze nur dann fördern sollte, wenn diese Arbeitsplätze auch nach Ende der Förderung erhalten bleiben.

Im Kern wird eine auf Beschäftigungsanreize für die Privatwirtschaft setzende Wirtschaftspolitik aber der staatlichen Arbeitsbeschaffung vorgezogen. Eine große Mehrheit der Thüringer denkt, dass mit Steuergeldern Unternehmen in die Lage versetzt werden sollen, Arbeitsplätze zu schaffen. Wirtschaftsförderung findet also breite Unterstützung, wenn sie der dauerhaften Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen dient. Nur jeder Zehnte würde es vorziehen, wenn der Staat mit Steuergeldern öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanzieren würde, darunter sind wirtschaftlich Schwache leicht überdurchschnittlich vertreten.

Abb. 23: *Für den Abbau der Staatsverschuldung*
(in Prozent)

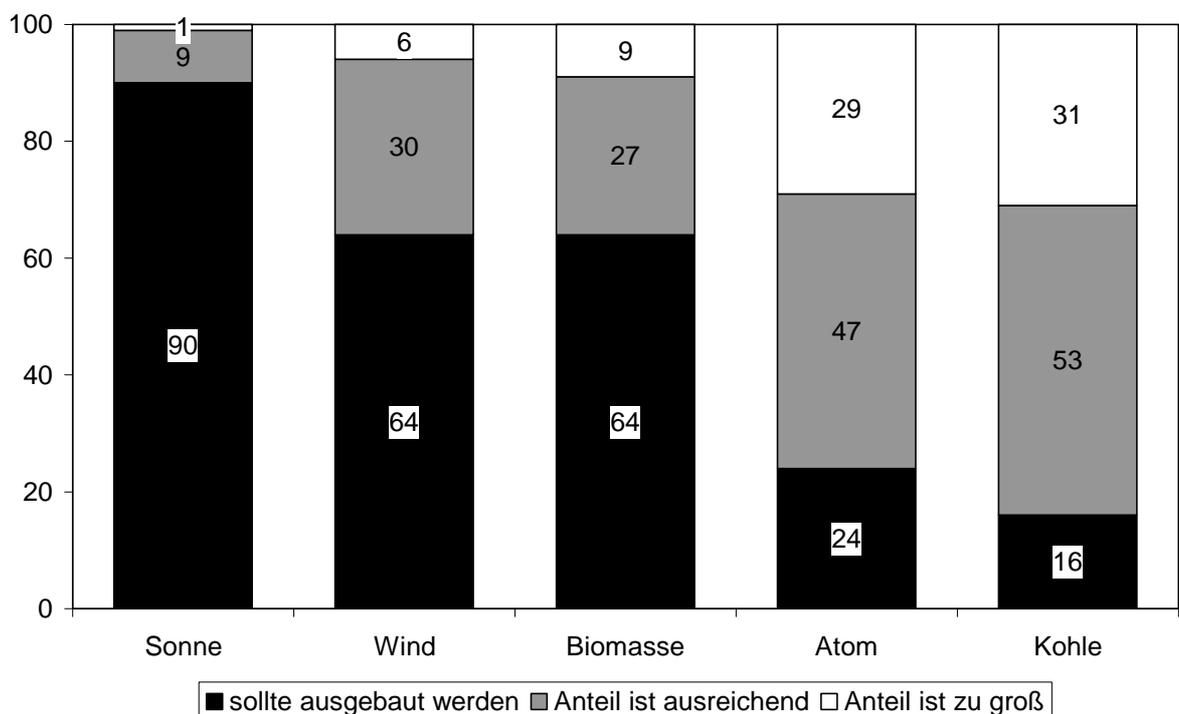


Eine große Mehrheit der Thüringer (69%) ist für den Abbau der Staatsverschuldung, auch wenn manche staatliche Leistungen dann entfallen müssten; im Interesse der zukünftigen Generationen scheint das geboten. Diese Position wird zunehmend unterstützt, wenn die individuelle und die allgemeine wirtschaftliche Lage in Thüringen positiv wahrgenommen werden und wenn das Wirtschaftssystem insgesamt gut bewertet wird (Abb. 23). Fallen diese Einschätzungen negativ aus, richtet sich der Blick weniger auf die Lage der kommenden Generationen und offenbar mehr auf die eigene aktuelle Lage: Der Abbau der Staatsverschuldung wird dann deutlich weniger wichtig.

Wie die Bekämpfung der Staatsverschuldung, so kann auch der Umweltschutz mit den Rechten zukünftiger Generationen begründet werden. Sechs von sieben Thüringern unterstützen kein Wirtschaftswachstum, bei dem die Umwelt Schaden nimmt. Daran ändern auch die Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage und des Wirtschaftssystems nichts. Auch von den Befragten, die ihre eigene finanzielle oder die allgemeine wirtschaftliche Lage in Thüringen für schlecht halten oder gar selbst arbeitslos sind, geben immer noch vier von fünf der Umwelt den Vorrang vor dem Wirtschaftswachstum. Folgerichtig ist auch der Anteil der Thüringer hoch (60%), die bereit sind, höhere Preise für Produkte zu bezahlen, wenn diese dafür weniger umweltbelastend sind. Selbst unter denen, die der Umwelt nicht den Vorrang gegenüber der Wirtschaft geben wollen, ist dazu noch fast jeder Zweite bereit.

Als Beitrag für den Umweltschutz befürwortet eine breite Mehrheit der Thüringer den Ausbau erneuerbarer Energien (Abb. 24). In Thüringen wie auch bundesweit (vgl. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 2006: 27) steht hierbei die Solarenergie an erster Stelle, deren Anteil neun von zehn Thüringern steigern würden. Vielleicht haben nicht wenige dabei im Hinterkopf, dass Thüringen sich mehr und mehr zum Produktionsstandort für Solarkollektoren entwickelt. Dahinter rangieren etwas abgeschlagen Windenergie und Energiegewinnung aus Biomasse, den Ausbau beider Energieträger hält aber noch eine Zweidrittelmehrheit der Thüringer für wünschenswert.

Abb. 24: *Gewünschter Anteil einzelner Energieträger in Deutschland für die Stromgewinnung (in Prozent)*

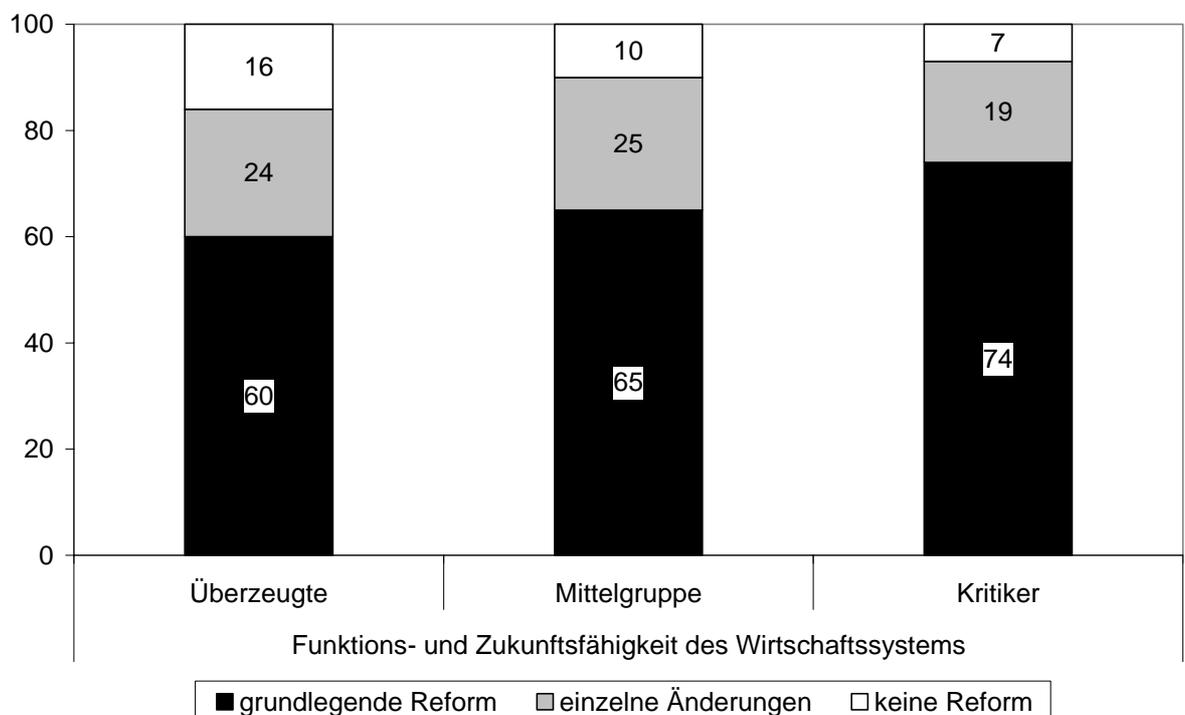


Deutlich weniger Unterstützung als diese regenerativen Energieträger finden die bisher in großem Umfang genutzten konventionellen Energieträger Atomenergie und Kohle. Interessanterweise genießt die Atomenergie in Thüringen größeres Ansehen als die Kohle: Nur jeder Sechste will die Verstromung von Kohle ausbauen, ein Drittel aller Befragten möchte sie ver-

ringern. Auch der Anteil an Atomenergie ist fast jedem Dritten Thüringer zu groß, aber auf der anderen Seite möchte jeder Vierte sie ausbauen und etwa die Hälfte findet den momentanen Anteil ausreichend. Viele Thüringer treten für den Ausbau regenerativer Energien bei gleichzeitiger Beibehaltung bisheriger Energiequellen ein. Allgemeine Bevölkerungsumfragen in Deutschland zeigen ebenso, dass die Mehrheit der Bürger für eine Mischung aus regenerativen und konventionellen Energieträgern votiert (vgl. ALLBUS 2006: V77).

Die Analyse des Problemdrucks hat gezeigt, dass den Thüringern für die Zukunft vor allem die sozialpolitischen Themen Sorgen bereiten. Bei den sozialen Sicherungssystemen halten die Thüringer eine völlige Neuorientierung für angebracht (wie im Übrigen auch die Bundesbürger, vgl. Bundesverband Deutscher Banken 2005: 14). Während nur jeder Zehnte denkt, dass das System sozialer Sicherungen wie bisher beibehalten werden kann, halten zwei von drei Thüringern eine grundlegende Reform für notwendig; jeder Vierte hält einzelne Änderungen am System für ausreichend. Befragte mit Abitur oder Universitätsabschluss sehen den Reformbedarf deutlicher als formal schlechter Gebildete; entscheidend ist aber nicht die Bildung, sondern die Einschätzung des Wirtschaftssystems. Der Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme wird daran gemessen, für wie funktionsfähig das Wirtschaftssystem in Deutschland gehalten wird und wie gut man damit für die Zukunft gerüstet sieht (Abb. 25). Bei einer guten Bewertung des Wirtschaftssystems erscheinen die Reformen weniger dringlich als bei einer schlechten Bewertung. Allerdings hält in allen Gruppen eine deutliche Mehrheit der Thüringer eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme für dringend erforderlich.

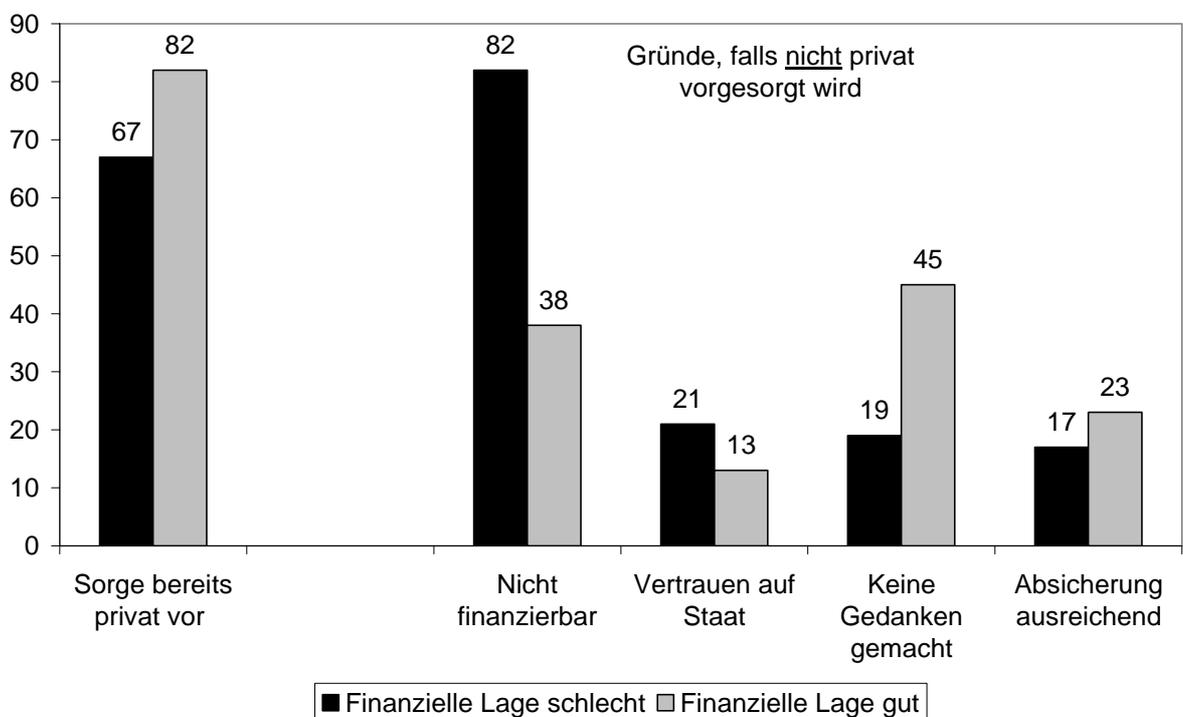
Abb. 25: *Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme nach Einschätzung des Wirtschaftssystems in Deutschland*
(in Prozent)



Da an anderer Stelle die Einstellungen der Thüringer zur Reform des Sozialstaats bereits ausführlich untersucht wurden (TM 2004), soll hier nur auf einige Aspekte der Altersversorgung eingegangen werden. Dieses gesellschaftliche Problem bereitet den Thüringern die größten Sorgen, wenn sie an die Zukunft denken (s. Abb. 21). Nicht einmal jeder zwanzigste Thüringer vertraut darauf, dass ausschließlich der Staat für sein Auskommen im Alter sorgt. Drei Viertel aller Thüringer im erwerbsfähigen Alter sorgen privat vor. Die Botschaft von der Notwendigkeit der privaten Altersvorsorge ist demnach in Thüringen angekommen, denn auch 2004 haben fast drei Viertel aller Befragten unter 65 Jahren private Vorsorge betrieben. Das gilt auch für diejenigen, die im Allgemeinen weniger auf Eigenverantwortung und stattdessen mehr auf staatliche Fürsorge setzen.

Erwartungsgemäß hängt diese Vorsorge von der eigenen finanziellen Lage ab: Ist diese schlecht, so sind die Möglichkeiten der eigenen Vorsorge eingeschränkt. Zwei Drittel der Befragten mit schlechter finanzieller Lage sorgen dennoch privat für das Alter vor, in der Gruppe mit guter finanzieller Lage sind es vier Fünftel (Abb. 26). Das letzte Fünftel hat sich vor allem noch keine Gedanken über private Altersvorsorge gemacht, hält sie für nicht finanzierbar oder die bisherige Absicherung für ausreichend. Bei den finanziell Schwachen ist der Hauptgrund für bisher unterbliebene Altersvorsorge das fehlende Geld: Über 80 Prozent sehen sich außer Stande, privat vorzusorgen. Andere Gründe spielen in dieser Gruppe nur eine untergeordnete Rolle. Finanziell Schwache sehen folgerichtig auch häufiger als Gutsituiertere in einer steuerfinanzierten Grundrente eine Lösungsmöglichkeit für drohende Altersarmut.

Abb. 26: *Private Altersvorsorge nach eigener finanzieller Lage (in Prozent)*



Kinderlose Thüringer sorgen etwa genauso oft privat für das Alter vor wie Thüringer mit Kindern im Haushalt. Letztere leisten durch ihre Kinder aber auch einen Beitrag zur Stabili-

sierung des gesetzlichen Rentensystems. Sollten Kinderlose davon genauso profitieren wie Thüringer mit Kindern? Was die Höhe der Leistungen angeht, so beantworten die Thüringer diese Frage klar mit „Ja“. Nur jeder Zehnte spricht sich dafür aus, an Kinderlose niedrigere Renten auszuzahlen, und das unabhängig von der eigenen Kinderzahl. Dass Kinder aber gar keine Rolle bei der Berechnung der Altersrente spielen sollten, denkt nur etwa die Hälfte der Thüringer (47%). Immerhin 42 Prozent der Befragten treten dafür ein, dass Kinderlose höhere Rentenbeiträge zahlen sollten als Eltern. Unter den Eltern findet sich dafür sogar eine Mehrheit (55%), während nur ein gutes Drittel von ihnen meint, dass Kinder keine Rolle bei der Rente spielen sollten.

Bei der Förderung von Familien setzen die Thüringer stärker auf Unterstützungsleistungen als auf Geld. Nur jeder Fünfte würde den Eltern lieber direkt mehr Geld (z. B. höheres Kindergeld) zur Verfügung stellen, drei Viertel bevorzugen eine indirekte Förderung etwa durch kostenloses Schulessen. Ein Familienwahlrecht, bei dem die Eltern für jedes Kind eine Wahlstimme bekommen würden, wird ganz überwiegend abgelehnt, egal ob Kinder im Haushalt vorhanden sind oder nicht.

Die Einstellungen zum Wirtschaftssystem spielen bei der Bewertung der gesellschaftlichen Probleme und Lösungen eine große Rolle. Eine positive Einschätzung des Wirtschaftssystems mindert erwartungsgemäß den Problemdruck: Wird die Soziale Marktwirtschaft als funktions- und zukunftsfähig erachtet, so erscheinen die Probleme geringer, egal ob sie stärker sozial- oder stärker wirtschaftspolitischer Natur sind. Die Unterschiede zwischen denjenigen Befragten, die vom Wirtschaftssystem überzeugt sind, und seinen Kritikern sind bei allen Problemen, die aktuell vorhanden oder in Zukunft erwartet werden, deutlich und signifikant; Ausnahmen bilden lediglich der Umweltschutz und der Fachkräftemangel.

Interessant ist der kurvilineare Zusammenhang der Wahrnehmung wirtschaftlicher Probleme mit wirtschaftspolitischen Grundorientierungen zum Staatseingriff in die Wirtschaft (ja/nein) und zur Eigenverantwortung. Die Befragten, die entweder entschieden für oder entschieden gegen den Eingriff des Staates in die Wirtschaft sind, nehmen mehr wirtschaftliche Probleme als die in dieser Frage Moderaten wahr. Möglicherweise sehen sie jeweils in zu vielen bzw. zu wenigen Staatseingriffen die Quelle für die Probleme. Analoges gilt für die Frage, ob die Menschen sich auf den Staat verlassen oder ihre Probleme selbst in die Hand nehmen sollen: Vertreter beider Extrempositionen nehmen wirtschaftspolitische Probleme stärker wahr.

Wichtiger Maßstab aller Einschätzungen des Wirtschaftssystems ist die eigene wirtschaftliche Lage: Wirtschafts- und sozialpolitische Probleme werden von finanziell Schwachen stärker empfunden, das Wirtschaftssystem wird von Gutsituierten besser beurteilt. Bei den wirtschaftspolitischen Grundorientierungen sind die Unterschiede deutlich geringer. Dafür spielt hier die generelle politische Orientierung eine Rolle, die etwa an der Parteineigung abgelesen werden kann.

IV. Kontinuität und Wandel politischer Einstellungen der Thüringer

1. Zwischen Kritik und Kompetenzzuschreibung: Die öffentliche Wahrnehmung der Parteien

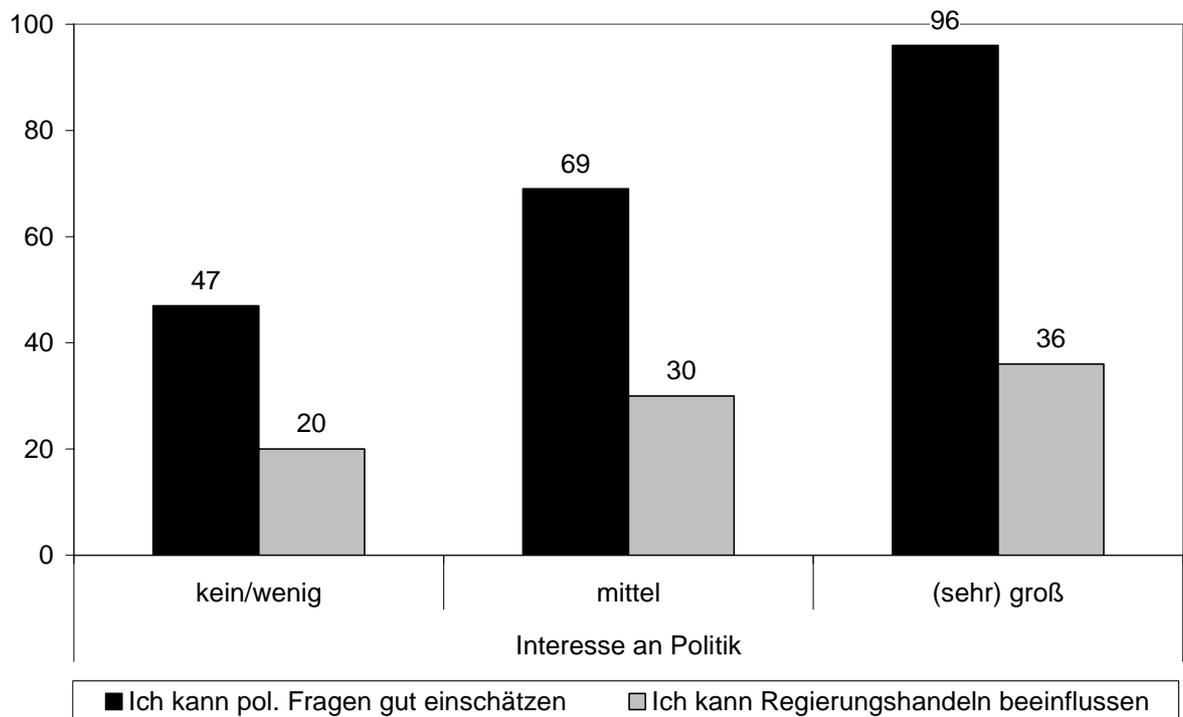
Den Parteien kommt im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Rolle zu. Ihre Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes ist in der Verfassung festgelegt (Art. 21 Grundgesetz), das Parteiengesetz nennt sie einen notwendigen Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung (§1 Parteiengesetz). Ihre herausragende Stellung rechtfertigt den Begriff der „Parteiendemokratie“ für die Bundesrepublik (so etwa Korte / Fröhlich 2004: 91). Allerdings ist die Akzeptanz dieser Rolle der Parteien und ihres Personals in der Bevölkerung eingeschränkt; Politik-, Politiker- und Parteienverdrossenheit sind seit vielen Jahren gängige Stichworte in der öffentlichen wie der wissenschaftlichen Diskussion (vgl. etwa Arzheimer 2002).

Grundvoraussetzung für die Beurteilung von Parteien und politischem Personal ist ein gewisses Interesse für Politik. Die Thüringer interessieren sich insgesamt nicht mehr und nicht weniger für Politik als andere Bundesbürger in Ost oder West (vgl. etwa Niedermayer 2005: 21ff.): Etwa jeder Fünfte interessiert sich nicht oder nur wenig dafür, gut 40 Prozent sind mittelmäßig interessiert und knapp 40 Prozent sind stark oder sehr stark an Politik interessiert. Generell steigt das Interesse in Wahljahren an und sinkt in weniger politisierten Zeiten etwas ab. Das politische Interesse nimmt mit dem Alter und dem Bildungsgrad leicht zu und ist bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen.

Das Interesse und in der Folge die Beschäftigung mit Politik bringen es mit sich, dass auch die Urteilskraft zumindest subjektiv zunimmt. Während insgesamt drei Viertel der Befragten von sich behaupten, politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können, sind es bei den politisch Interessierten fast alle, bei den nicht Interessierten nicht einmal jeder Zweite (Abb. 27). Die Interessierten glauben auch eher daran, eigenen Einfluss auf das politische Geschehen ausüben zu können. Insgesamt ist diese Annahme aber wenig verbreitet: Von den Interessierten hält sich ein gutes Drittel für einflussreich, von den nicht Interessierten nur jeder Fünfte.

Diese grundsätzlichen politischen Einstellungen strukturieren auch die Bewertung einzelner Akteure innerhalb der politischen Ordnung, etwa der Politiker oder der Parteien. Das allgemeine, abstrakte Bild, das Parteien in der Öffentlichkeit haben, ist negativ. Mehr als drei Viertel aller Thüringer sind der Ansicht, die Parteien seien hauptsächlich an den Stimmen der Wähler und weniger an deren Ansichten interessiert. Dieses Ergebnis bestätigt der THÜRINGEN-MONITOR seit 2001 mit geringen Abweichungen jedes Jahr aufs Neue. Das Interesse an Politik beeinflusst diese Frage kaum, wohl aber die Einschätzung der eigenen Rolle: Wenn man an die eigene Kompetenz und den eigenen Einfluss auf die Politik glaubt, so werden die Parteien besser bewertet.

Abb. 27: *Politische Eigenkompetenz und wahrgenommener Einfluss nach politischem Interesse*
(in Prozent)



Das negative abstrakte Bild der Parteien lässt erwarten, dass sie für die Bürger nicht attraktiv sind, dass es also wenig Bereitschaft dazu gibt, sich mit einer Partei zu identifizieren, sie positiv zu beurteilen, zu wählen oder gar sich ihr anzuschließen. Der Organisationsgrad der Thüringer Parteien deutet tatsächlich darauf hin, dass zumindest eine Mitgliedschaft in einer Partei für Thüringer nicht interessant ist (Tab. 3). Insgesamt haben die Parteien in Thüringen einen Mitgliederbestand von knapp 26.000, entsprechend etwa 1,3 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung (Stand 31.12.2007, vgl. Niedermayer 2008: 382).

Tab. 3: *Organisationsgrad der Parteien im Bund und in Thüringen 2006*

	CDU	SPD	Linke	FDP	B90/GR
Partei in Thüringen	0,60	0,22	0,36	0,09	0,02
Bundespartei	0,93	0,78	0,09	0,09	0,06

Anmerkung: Organisationsgrad: Parteimitglieder in Prozent der Beitrittsberechtigten
(Quelle: Niedermayer 2008: 383).

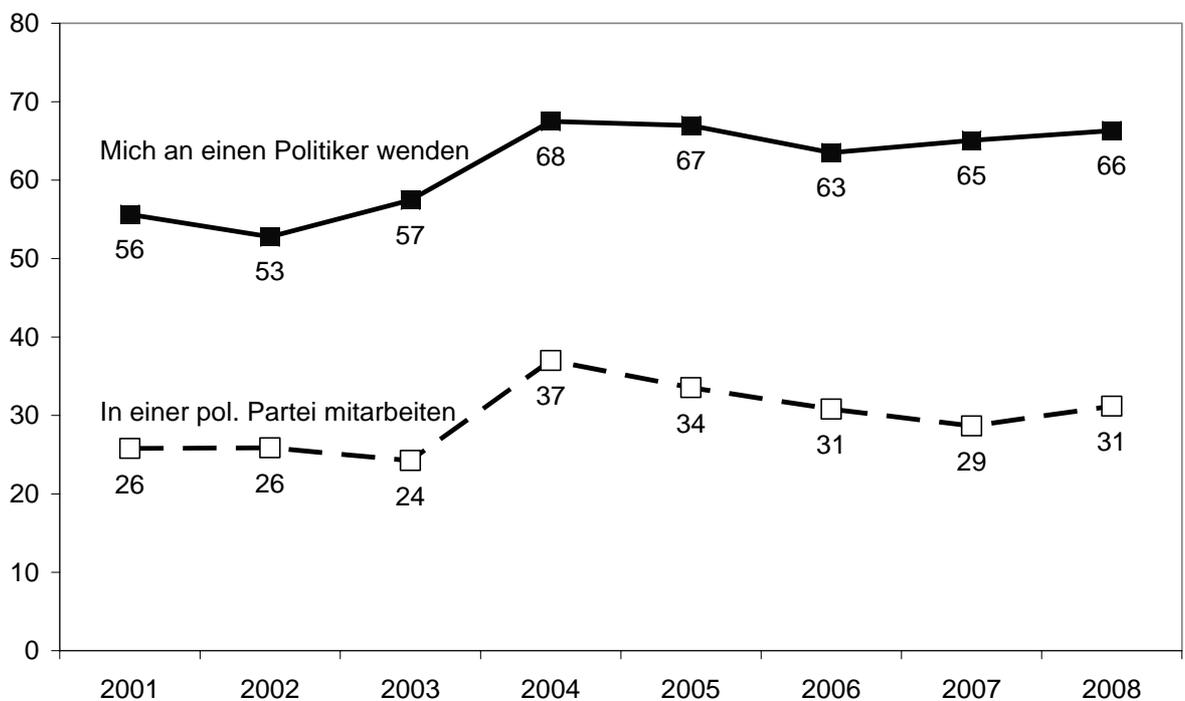
Unter den Thüringer Parteien hat die CDU mit Abstand die meisten Mitglieder (12.060 Mitglieder), gefolgt von der Linken (7.070) und der SPD (4.412), die wiederum deutlich mehr Mitglieder hat als die FDP (1.817). Schlusslicht und weit abgeschlagen ist Bündnis 90/Die Grünen mit 510 Mitgliedern. Der bundesweite Vergleich offenbart vor allem bei den Volks-

parteien Schwächen im Mitgliederbestand, die CDU liegt deutlich hinter ihrer Bundespartei, bei der SPD ist der Abstand zur Bundespartei nochmals viel größer. Bei der Linken ist es umgekehrt, sie hat in den ostdeutschen Landesverbänden wie auch in Thüringen deutlich mehr Organisationskraft als in Westdeutschland.

Fragt man nach der Bereitschaft, sich in einer politischen Partei zu engagieren, so kommt man zu dem Schluss, dass der niedrige Organisationsgrad nicht sein müsste. Fast jeder fünfte Thüringer kann sich vorstellen, in einer Partei mitzuarbeiten, mehr als jeder Zehnte hat das bereits einmal getan (Abb. 28). Nur gut zwei Drittel der Befragten stehen den Parteien derart skeptisch gegenüber, dass sie eine Mitarbeit für sich ausschließen. Diese Zahlen ändern sich über die Jahre kaum, allerdings liegt die Bereitschaft zur Mitarbeit in Wahljahren etwas höher als dazwischen; möglicherweise ein Hinweis darauf, dass Parteimitarbeit auch als kurzfristiges Mithelfen etwa im Wahlkampf verstanden wird und nicht notwendig als langjährige Basisarbeit.

Generell zeigt sich an diesem Befund, dass zum einen die Thüringer Parteien ihr Potenzial bei weitem nicht ausschöpfen, zum anderen die generell negativen Einstellungen den Parteien gegenüber relativiert werden: Zwar glauben fast 80 Prozent aller Befragten, dass Parteien nur an Stimmen interessiert sind, aber mehr als 30 Prozent sind bereit, dabei mitzuarbeiten. Die Bereitschaft zur Mitarbeit ist allerdings deutlich höher unter denjenigen, die nicht daran glauben, dass Parteien nur auf Wählerstimmen aus sind. Interessant ist hierbei auch der umgekehrte Blickwinkel: Auch unter denjenigen, die einmal in einer Partei mitgearbeitet haben, denkt eine deutliche Mehrheit, dass Parteien nur die Stimmen im Blick haben.

Abb. 28: *Bereitschaft zu politischer Partizipation 2001 bis 2008*
(in Prozent)



Anmerkung: Antworten „würde ich tun“ und „habe ich bereits einmal getan“ zusammengefasst.

Sich mit einem persönlichen Anliegen an einen Politiker zu wenden, können sich deutlich mehr Thüringer vorstellen als die Mitarbeit in einer Partei (Abb. 28). Dabei liegt der Anteil derjenigen, die das bereits einmal getan haben, mit 18 Prozent (2008) nur unwesentlich höher als der Anteil derjenigen, die bereits einmal in einer Partei mitgearbeitet haben (2008: 12%). Die größere Bereitschaft zum Kontakt mit Politikern liegt wohl auch daran, dass Parteiarbeit sehr viel mehr Aufwand bedeutet und eine langfristige Verpflichtung ist, während der Kontakt zu einem Politiker nur kurzfristiges Engagement verlangt. Dazu ist eine deutliche Mehrheit (56%) der Thüringer der Ansicht, dass unser Land ohne Berufspolitiker schlechter regiert werden würde. „Die Politiker“ schneiden in dieser abstrakten Betrachtung besser ab als „die Parteien“.

Dennoch ist die Neigung zu einer bestimmten Partei in Thüringen durchaus ausgeprägt. Etwa 60 Prozent aller Thüringer neigen 2008 einer Partei zu. Die Stärke dieser Neigung wird aber von den meisten nur als mittelmäßig angegeben (Tab. 4). Während jeweils nur unter drei Prozent aller Befragten der FDP oder dem Bündnis 90/Die Grünen zuneigen, ist die Anhänger-schaft der drei großen, im Thüringer Landtag vertretenen Parteien, ziemlich genau gleich groß: Zwischen 17 und 18 Prozent der Thüringer neigen jeweils der CDU, der SPD und der Linken zu. Rechtsextreme Parteien (1,3%) sind ebenso wie andere Parteien zu vernachlässigen.

Tab. 4: *Parteineigung und ihre Stärke 2008*
(in Prozent)

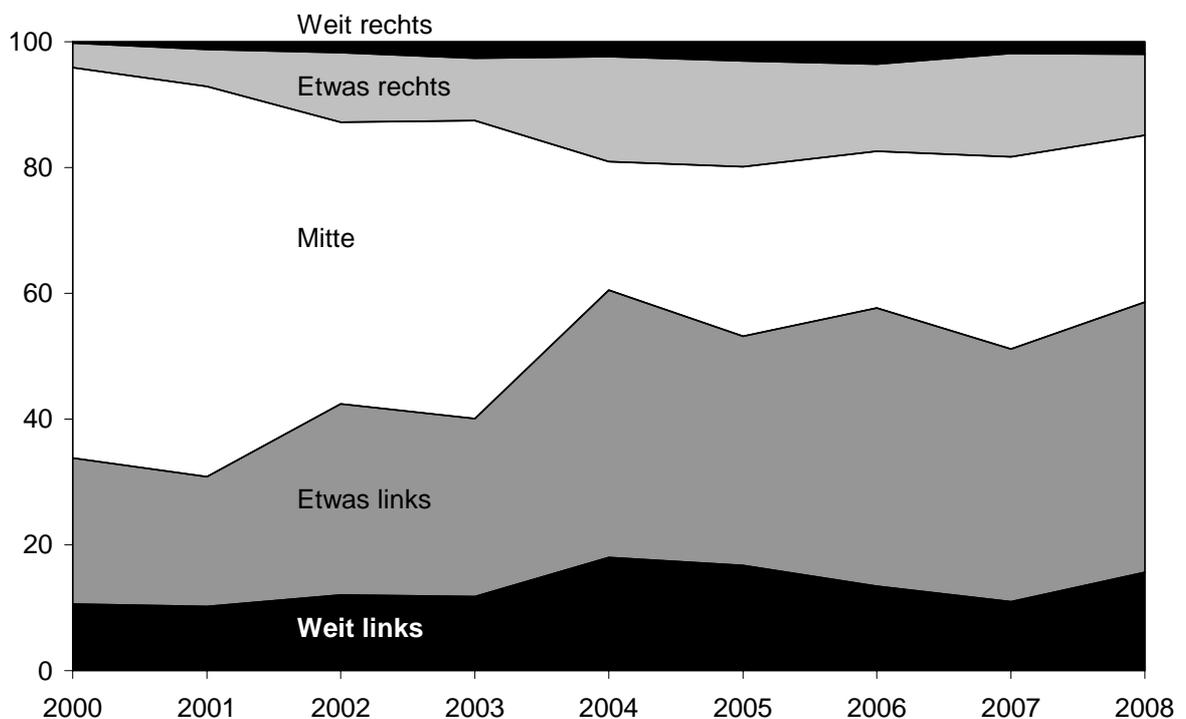
	Keiner Partei	CDU	SPD	Linke	FDP	B90/GR	Rechts-extreme
Parteineigung	41	17,1	17,5	17,8	2,5	2,6	1,3
<i>darunter</i>							
Sehr schwach		1	0	0	0	0	0
Schwach		4	6	5	0	0	38
Mittelmäßig		54	69	48	63	42	23
Stark		38	24	39	29	50	31
Sehr stark		3	1	8	8	8	8

Diese Schwäche der rechtsextremen Parteien und der beiden nicht im Landtag vertretenen Parteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen sind die Konstanten bei der Entwicklung der Parteineigung: Die beiden Letztgenannten haben es in der Gunst der Thüringer seit 2000 in keinem THÜRINGER-MONITOR über fünf Prozent gebracht, die Rechtsextremen nur in diesem Jahr erstmals auf über ein Prozent. Die Neigung zu den drei großen Parteien variiert stärker über die Zeit, was aber auch am stark schwankenden Anteil der Befragten ohne Parteineigung liegt (zwischen 37 und 52%). Betrachtet man nur diejenigen, die einer Partei zuneigen, so zeigt sich tendenziell das Bild leichten Verlustes bei CDU und SPD, während die PDS/Linke auf deren Kosten zunimmt. Dennoch sind starke Schwankungen von Jahr zu Jahr erkennbar, weshalb eine zu starke Interpretation dieser Ergebnisse oder gar eine Wahlprognose auf deren Grundlage unseriös wäre.

Die Veränderungen der politischen Ausrichtung im Elektorat von 2000 bis 2008 kann man aber anhand einer generalisierten Einschätzung feststellen. Die Selbsteinstufung der Befragten auf einer Links-Rechts-Skala¹⁹, auf der sie ihre politische Grundrichtung angeben sollen, zeigt eine deutliche Verschiebung der Präferenzen (Abb. 29). Die beiden Extrempole der Skala sind von den Verschiebungen wenig betroffen, weit rechts ist in Thüringen beinahe niemand, weit links etwa zwischen 10 und 15 Prozent aller Befragten.

Die größte Veränderung ist die Schrumpfung der Mitte zugunsten der Ränder. Stufen sich im Jahre 2000 noch fast zwei von drei Thüringern (62%) in der Mitte ein, so waren das 2004 nur noch 20 Prozent und seither liegt der Anteil etwa bei einem Viertel. Die Position „etwas rechts“ hat anfänglich deutlich zugelegt, in den letzten Jahren bezeichnet etwa jeder Siebte in Thüringen seine politische Orientierung so. Hauptgewinner der Abschmelzung der Mitte ist das linke Spektrum. „Etwas links“ war 2000 nicht einmal jeder Vierte (23%), 2008 ist der Anteil schon fast doppelt so groß (43%).

Abb. 29: *Selbsteinstufung auf einer politischen Links-Rechts-Skala 2000 bis 2008 (in Prozent)*



Anmerkung: „weit rechts“ und „weit links“: Positionen „sehr weit“ und „ziemlich weit“ zusammengefasst.

Denkt man anhand dieser Verteilung in politischen Lagern, so zeigt sich seit 2004 eine Mehrheit links der Mitte. Denkt man in den Kategorien der politischen Parteien, so stellt sich die Frage der Zuordnung von Positionen auf der Links-Rechts-Skala zu Parteien. Interessant ist besonders die Frage, wohin die Mitte neigt. Im Jahre 2008 war die Mitte häufig eine Position,

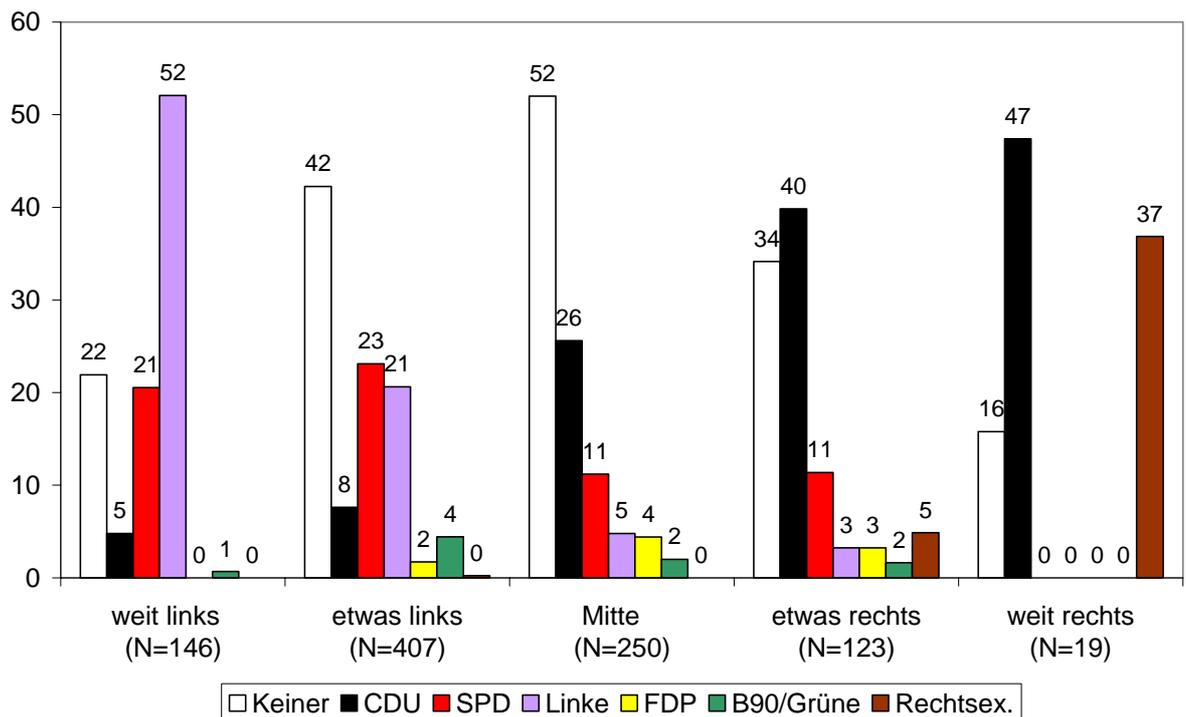
19 Frageformulierung: „In der Politik wird häufig von links und rechts gesprochen. Wie würden Sie sich selbst einstufen: sehr weit links, ziemlich weit links, etwas links, etwas rechts, ziemlich weit rechts oder sehr weit rechts?“ (spontan: in der Mitte)

auf die sich die Unentschlossenen zurückgezogen haben: Mehr als die Hälfte der Befragten, die sich selbst in der Mitte verortet haben, neigt keiner bestimmten Partei zu (Abb. 30). Wird bei der Selbsteinstufung in der Mitte eine Neigung genannt, so dominiert die CDU mit 26 Prozent klar vor der SPD mit 11 Prozent.

Die Entscheidung für eine bestimmte Partei fällt den Thüringern leichter, wenn sie sich auch auf der Links-Rechts-Skala für eine Richtung entscheiden können. Der Anteil derjenigen, die keiner Partei zuneigen, ist rechts der Mitte geringer als links der Mitte. „Etwas rechts“ wird die CDU am häufigsten präferiert, dann erst folgen die Befragten ohne Parteineigung. „Etwas links“ der Mitte dominiert die Unentschlossenheit, denn der weitaus größte Anteil dieser Personen neigt keiner Partei zu; Befragte mit SPD- oder Linke-Neigung sind zusammen kaum zahlreicher. In diesem Bereich links der Mitte ist die CDU fast marginalisiert. Während etwas links die SPD knapp vor der Linken führt, liegt die Linke weit links deutlich vor der SPD.

Betrachtet man diese Zuordnung im Zeitverlauf, so zeigt sich in der Mitte kaum eine Veränderung. Rechts der Mitte verliert die CDU leicht zugunsten von FDP und SPD, links der Mitte verliert die SPD zugunsten der Linken.

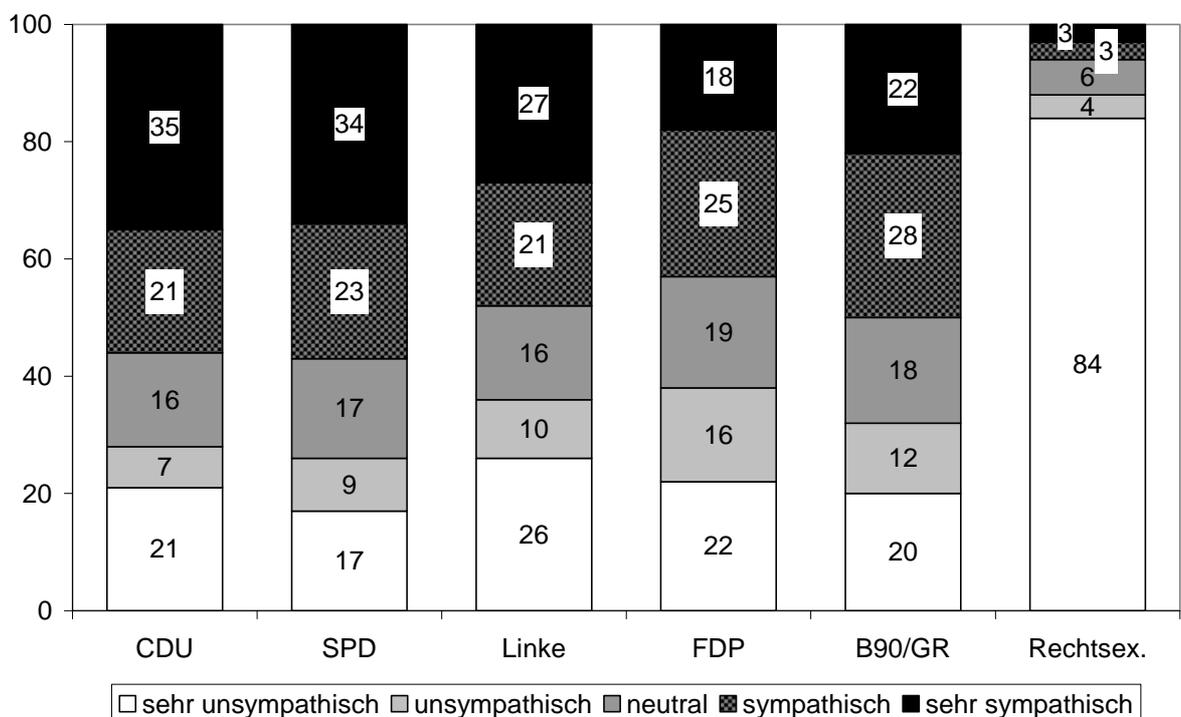
Abb. 30: *Parteineigung nach Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala 2008*
(jeweils in Prozent)



Ein wesentlich detaillierteres Bild der Bewertung politischer Parteien in Thüringen erhält man mit einer Sympathieskala. Die Befragten werden hierbei gebeten, für alle Thüringer Parteien auf einer Skala von -5 bis +5 anzugeben, wie sympathisch sie ihnen sind, wobei -5 bedeutet, dass sie überhaupt nichts von dieser Partei halten und +5 heißt, dass sie sehr viel von dieser Partei halten. Aufgrund der geringen Sichtbarkeit von Parteien am rechten Rand in Thüringen wurden diese gemeinsam bewertet.

Vor dem Hintergrund des Befundes, dass drei Viertel der Thüringer meinen, die Parteien wollten nur die Stimmen der Wähler und seien nicht an deren Ansichten interessiert, so überrascht zunächst vor allem die insgesamt recht positive Beurteilung. CDU und SPD werden von einer klaren Mehrheit der Thüringer auf der Sympathieskala positiv bewertet und jeweils nur von etwa einem Viertel explizit negativ bewertet (Abb. 31). Etwa jeder sechste Thüringer bewertet diese beiden und auch die Linken, FDP und Bündnis 90/Die Grünen neutral. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen schneiden etwas schlechter ab als CDU und SPD, wobei die Linke vor allem häufiger klare Antipathie hervorruft. Am schlechtesten von den etablierten Parteien wird die FDP bewertet, aber auch sie wird häufiger für sympathisch als unsympathisch befunden.

Abb. 31: *Bewertung der Parteien auf einer Sympathieskala von -5 bis +5 (in Prozent)*



Anmerkung: sehr unsympathisch: -5 bis -3, unsympathisch: -2 bis -1, neutral: 0, sympathisch: 1 bis 2, sehr sympathisch: 3 bis 5.

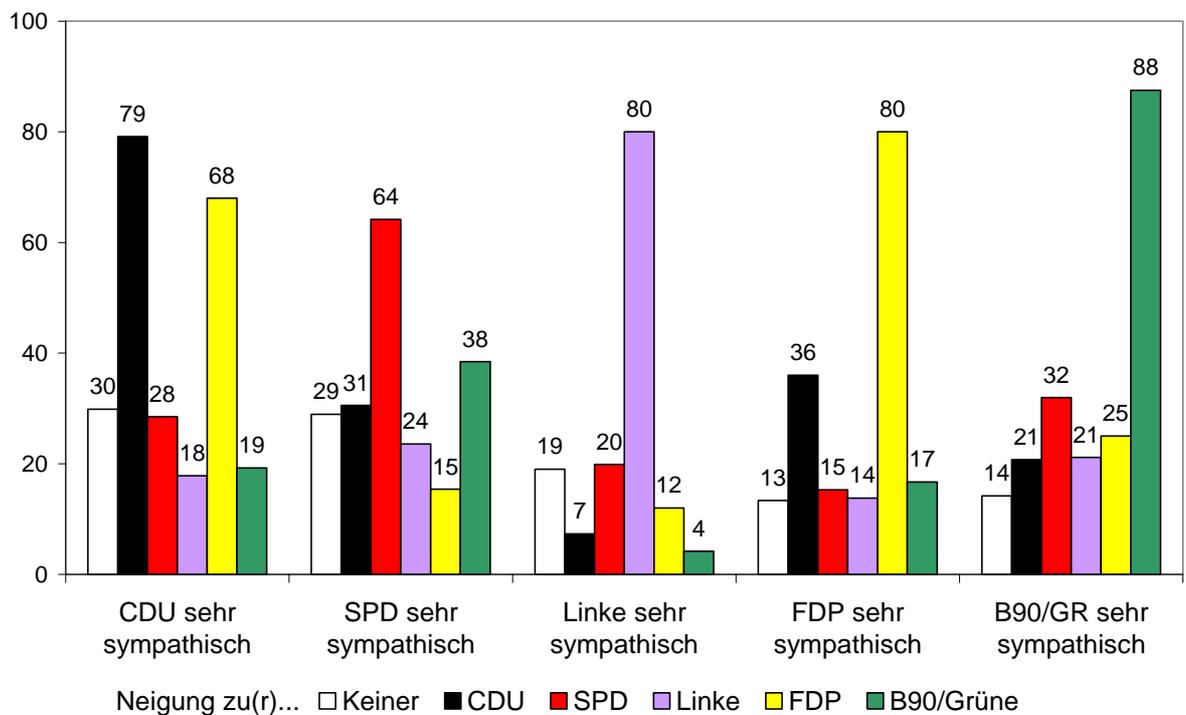
Auf klare Ablehnung stoßen die rechtsextremen Parteien, die fünf von sechs Thüringern sehr unsympathisch sind und nur von sechs Prozent aller Befragten im positiven Bereich bewertet werden. Rechtsextreme werden nur von ihren wenigen Anhängern als sympathisch eingeschätzt. Die Befragten ohne Parteineigung bewerten die rechtsextremen Parteien genau so schlecht wie der Durchschnitt. Generell sind diese Unentschlossenen im wahrsten Wortsinn unentschlossen, denn ihre Sympathien verteilen sich einigermaßen gleichmäßig über die fünf etablierten Parteien, wobei wiederum CDU und SPD etwas besser, die FDP etwas schlechter bewertet werden als Linke und Bündnis 90/Die Grünen.

Parteineigung und Sympathiebekundungen hängen natürlich eng zusammen: Parteianhänger bewerten ihre Partei in der Regel als sehr sympathisch (Abb. 32). Vier von fünf Anhängern der CDU, der Linken und der FDP bewerten ihre Partei als sehr sympathisch, bei den Bünd-

nisgrünen ist der Anteil sogar noch etwas höher. Die SPD stufen nur zwei von dreien ihrer eigenen Anhänger als sehr sympathisch ein.

Diese Sympathiewerte kann man noch weniger als die Parteineigung in Wahlergebnisse umrechnen. Aber über die wahrgenommene Nähe bzw. Distanz zwischen den Parteien lassen sich auf diese Weise Aussagen treffen. Die CDU wird von ihren eigenen und von zwei Dritteln der FDP-Anhänger als sehr sympathisch bewertet, während umgekehrt nur ein Drittel der CDU-Anhänger die FDP sehr sympathisch findet. In der Gunst der SPD-Anhänger liegt Bündnis 90/Die Grünen nach der eigenen Partei an zweiter Stelle, dann folgt die CDU vor der Linken. Bei Anhängern der Linken ist zwar die SPD an zweiter Position, aber weit abgeschlagen und kaum von den anderen Parteien unterschieden.

Abb. 32: *Sehr sympathische Parteien nach Parteineigung*
(in Prozent, Nennung von +3 bis +5 auf der Sympathieskala)

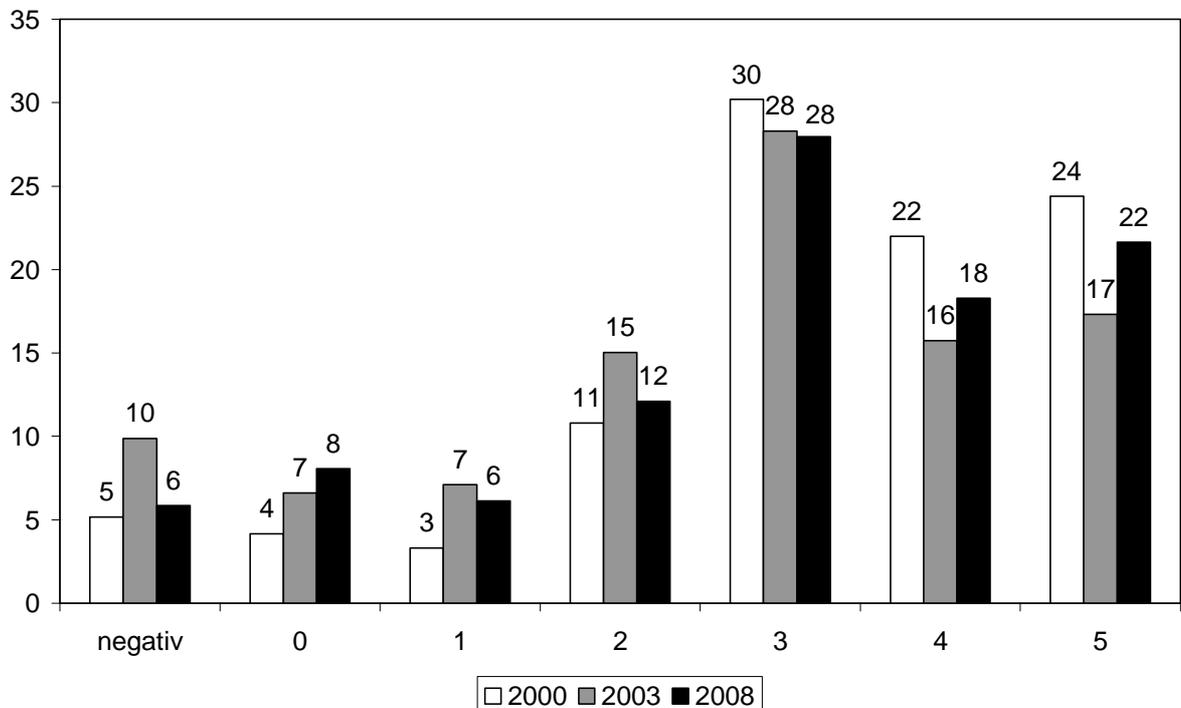


Wie passen diese hohen Sympathiewerte für die etablierten Parteien mit dem Befund zusammen, dass drei Viertel der Thüringer die Parteien skeptisch beurteilen? Bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2003 gab es Hinweise darauf, dass die Bewertung „der Parteien“ anders vorgenommen wird als die Bewertung einzelner Parteien. Daher lohnt sich ein Blick auf die beste Bewertung, die die Befragten einer etablierten Partei (alle genannten außer den rechtsextremen Parteien) gegeben haben.

Nur sechs Prozent aller Thüringer verorten 2008 alle Parteien im negativen Bereich, finden also keine Partei sympathisch; weitere acht Prozent stufen mindestens eine Partei neutral ein (Abb. 33). Umgekehrt heißt das, dass mit 86 Prozent die große Mehrheit der Thüringer zumindest eine Partei sympathisch findet. Gut jeder Fünfte gibt dieser Partei sogar die

Höchstnote +5 auf der Sympathieskala. Jeder siebte Thüringer gibt allen etablierten Parteien Sympathiepunkte und bewertet sie durchweg positiv.

Abb. 33: *Beste Bewertung einer etablierten Partei im Zeitvergleich (in Prozent)*



Die Überzeugung, dass die Parteien nur die Stimmen der Wähler und nicht deren Ansichten interessieren, spielt bei der besten Bewertung einer etablierten Partei zwar eine Rolle, aber die Auswirkungen sind gering. Es gibt zwar eine generelle Skepsis gegenüber „den Parteien“, aber gleichzeitig Sympathie für mindestens eine konkrete Partei. Im Vergleich zu 2003 ist die Bewertung der Parteien in Thüringen 2008 etwas besser geworden, denn weniger negativen stehen vor allem mehr deutlich positive Benotungen entgegen (Abb. 33). Insgesamt ist dieses Bild der Sympathie für Parteien in allen Erhebungsjahren positiv. Die abstrakte Distanz zu den Parteien kontrastiert insofern mit der Sympathie zu mindestens einer konkreten Partei.

Betrachtet man die Bewertungen der einzelnen Parteien im Verlauf der Zeit, so haben sich alle Parteien 2008 im Mittel etwas verbessert, nachdem sie 2003 im Vergleich zu 2000 deutlich schlechter bewertet wurden (Tab. 5). Bündnis 90/Die Grünen konnten sich sogar über die Werte von 2000 hinaus verbessern, während alle anderen Parteien leicht unter ihren Werten aus 2000 blieben.

Tab. 5: *Sympathiewerte der etablierten Parteien im Zeitvergleich
(in Prozent)*

	Mittelwert			Positive Bewertung in %			Beste Bewertung (+5) in %			Schlechteste Bewertung (-5) in %		
	2000	2003	2008	2000	2003	2008	2000	2003	2008	2000	2003	2008
CDU	+0,9	+0,3	+0,7	64	55	57	10	10	9	11	15	12
SPD	+1,5	0,0	+0,8	73	51	58	11	5	8	8	14	9
PDS/Linke	+0,3	-0,8	+0,1	56	37	49	6	4	8	15	23	17
FDP	+0,2	-0,6	-0,1	54	39	44	4	4	3	14	15	10
B90/GR	-0,5	-1,0	+0,1	48	38	50	3	3	3	23	24	11

Ein wichtiger Grund für die Sympathie für eine Partei oder die Neigung zu ihr ist der Glaube an ihre Kompetenz, wichtige politische Probleme zu lösen. Auch bei diesen inhaltlichen Fragen ist festzustellen, dass es kaum Thüringer gibt, die allen Parteien die Kompetenz absprechen. Vielmehr nannten zwei Drittel der Thüringer bei jedem der folgenden acht Politikfelder eine Partei, die sie für die kompetenteste auf diesem Gebiet hielten. Am wenigsten Zuschreibungsprobleme gab es bei den Themen soziale Gerechtigkeit und Bildungspolitik, am häufigsten wurde keine Partei beim Problem der Abwanderung für kompetent gehalten (Tab. 6).

Die Wirtschaft in Thüringen voranzubringen, trauen die meisten Befragten am ehesten der CDU zu, die SPD folgt mit deutlichem Abstand auf dem zweiten Platz. Sehr ähnlich sieht das Bild aus, wenn es um die Bekämpfung der Kriminalität, die Sicherung bzw. Schaffung von Arbeitsplätzen oder darum geht, den ländlichen Raum voranzubringen. Bei der Abwanderung junger Leute aus Thüringen sind die Befragten insgesamt unentschieden. Wenn die Bekämpfung dieses Problems überhaupt einer Partei zugetraut wird, dann am ehesten der CDU und der SPD.

Gute Schul- und Bildungspolitik wird am häufigsten der SPD zugetraut, CDU und Linke folgen auf den weiteren Plätzen. Für soziale Gerechtigkeit können nach Meinung der Thüringer am ehesten SPD und Linke sorgen, eine gute Umweltpolitik wird vor allem Bündnis 90/Die Grünen zugetraut. Die Grünen haben somit die Thüringer von ihrer Kernkompetenz überzeugt, sie werden offenbar auch hier als Öko-Partei wahrgenommen. In den übrigen Politikfeldern traut man ihnen aber wenig zu. Noch weniger Kompetenz wird der FDP zugeschrieben, die in keinem der genannten inhaltlichen Bereichen von mehr als vier Prozent der Thüringer für die kompetenteste Partei gehalten wird. Das gilt auch für die Wirtschaftspolitik, bei der die FDP ihre eigene Stärke sieht. Rechtsextreme Parteien und Kompetenz in politischen Sachfragen sind in Thüringen eher Gegensätze.

Tab. 6: *Kompetenteste Partei zur Lösung politischer Probleme nach Politikfeldern (Zeilenprozente)*

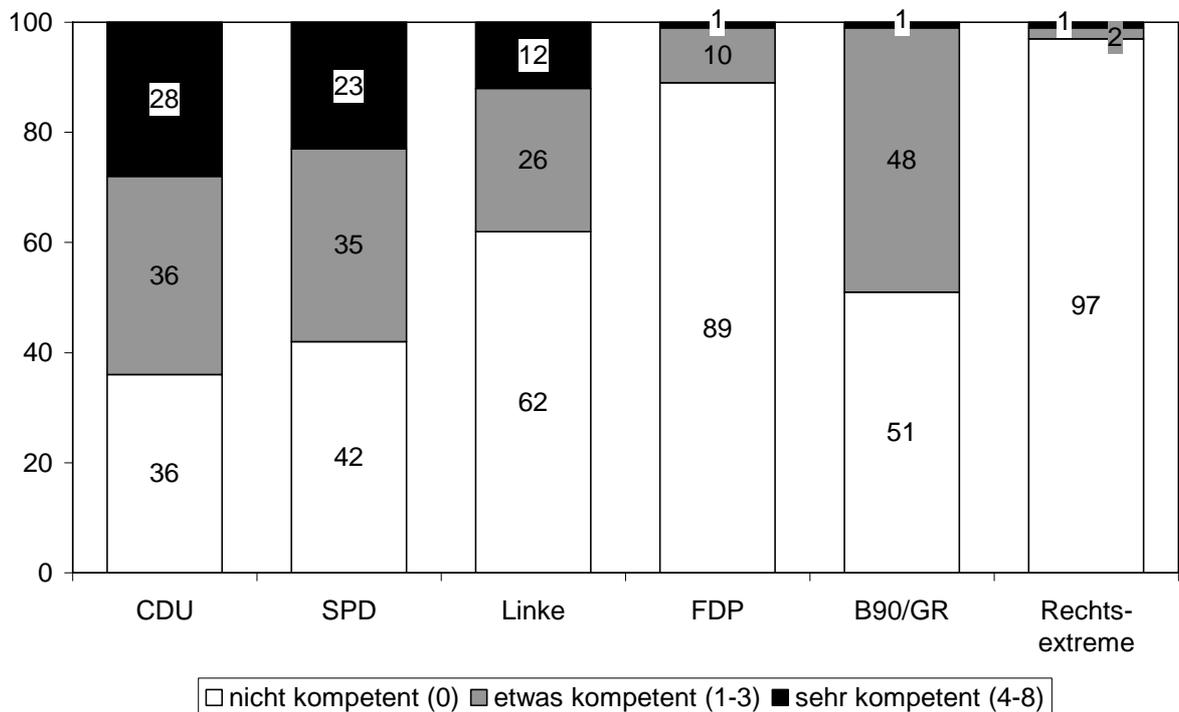
	CDU	SPD	Linke	FDP	B90/ GR	Rechts- extreme	Keine
Wirtschaft voranbringen	50	22	9	4	1	1	13
Kriminalität bekämpfen	42	26	12	1	1	2	16
Arbeitsplätze sichern/ schaffen	38	27	11	4	1	1	18
Ländlichen Raum voranbringen	36	24	13	4	8	1	14
Abwanderung stoppen	28	25	15	4	1	1	26
Gute Bildungspolitik machen	25	36	24	3	2	1	9
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	18	33	33	2	3	2	9
Gute Umweltpolitik machen	17	13	6	2	51	1	10

Von den drei im Thüringer Landtag vertretenen Parteien schneidet die Linke mit Abstand am schlechtesten ab. Nur dann, wenn es darum geht, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, wird sie für die kompetenteste Partei gehalten, allerdings auch hier nur gleichauf mit der SPD. In allen anderen Bereichen wird der SPD deutlich mehr zugetraut. Der Abstand zwischen beiden ist insbesondere in der Wirtschaftspolitik groß. Klarer Punktsieger in dieser Kompetenzzuschreibung ist die CDU, die als Regierungspartei aber auch mehr Gelegenheit hat, Kompetenz zu belegen.

Summiert man die Politikfelder auf, in denen den einzelnen Parteien von den Befragten Kompetenz zugeschrieben wird, so zeigt sich dieselbe Verteilung (Abb. 34). Ein gutes Viertel der Befragten hält die CDU in vier oder mehr Feldern für die kompetenteste Partei, ein knappes Viertel die SPD, aber nur 12 Prozent die Linke. Dieser wird von fast zwei Dritteln der Thüringer keine Kompetenz in den genannten Bereichen zugeschrieben, was bei der CDU nur etwa ein Drittel behauptet. FDP und Rechtsextreme werden weitgehend für inkompetent gehalten, Bündnis 90/Die Grünen rettet nur ihre Umweltkompetenz vor diesem Urteil.

Zusammengefasst nach der Häufigkeit der Nennungen einzelner Parteien halten in Thüringen 34 Prozent der Befragten die CDU für die kompetenteste Partei, 28 Prozent die SPD, 17 Prozent keine Partei und 16 Prozent die Linke. Von den eigenen Anhängern wird die CDU zu 90 Prozent genannt, die SPD von drei Vierteln und die Linke gut von der Hälfte. Anhänger von FDP oder Bündnis 90/Die Grünen sind noch weniger von ihrer eigenen Partei überzeugt. Insgesamt halten nur zwei Drittel derjenigen, die einer bestimmten Partei zuneigen, diese auch in der Summe für die kompetenteste in inhaltlichen Fragen.

Abb. 34: *Häufigkeit der Nennung als kompetenteste Partei auf acht Politikfeldern summiert (in Prozent)*



Der Zusammenhang mit der Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme heute und in Zukunft ist ebenfalls interessant. Vergleicht man die Kompetenzzuschreibung in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik mit der Wahrnehmung von Arbeitslosigkeit oder Verschuldung, kreuzt man die Wahrnehmung von Abwanderung oder Umweltbelastung mit der jeweiligen Kompetenzzuschreibung, so zeigt sich immer der gleiche Trend. Wird das Problem als mittleres oder großes angesehen, so wird regelmäßig analog zur Verteilung in Tabelle 4 die CDU oder die SPD (und in Umweltfragen Bündnis 90/Die Grünen) als kompetenteste Partei genannt. Werden die Probleme aber als „sehr groß“ empfunden, schmilzt der Vorsprung dieser Zuschreibung und stattdessen wird die größte Kompetenz häufiger bei der Linken oder bei keiner Partei vermutet. Möglicherweise ist die Kausalrichtung aber auch umgekehrt, dass Anhänger der Linken oder Befragte, die keine Partei für kompetent halten, die Probleme als größer wahrnehmen als andere.

2. Demokratieunterstützung: Festes Wurzelwerk, aber keine Herzensangelegenheit

Seit seinen Anfängen hat es zu den zentralen Aufgaben des THÜRINGEN-MONITORS gehört, die Einstellungen der Thüringer Bürger zu verschiedenen Aspekten der Demokratie zu erfassen. Die seismografische Funktion des THÜRINGEN-MONITORS als einer Langzeitanalyse der politischen Kultur im Freistaat hat hier ihren Kern. Mithin gilt es frühzeitig jene Entwicklungen zu dokumentieren und auszuwerten, die Veränderungen in der Demokratiewahrnehmung und -bewertung aufzeigen. Die im Vergleich aller 16 deutschen Länder einmalige Zeitreihe

von – je nach konkretem Untersuchungsgegenstand – acht bzw. neun Jahren ermöglicht dabei zugleich Aussagen über Kontinuität und Wandel demokratiebezogener Einstellungen. Schließlich lassen sich auf dieser Basis auch wichtige Bestimmungsfaktoren demokratiefreundlicher bzw. -feindlicher Einstellungen in Thüringen ermitteln.

In Fortführung der Untersuchungsschwerpunkte der vergangenen Jahre gliedern sich die Ausführungen zur Demokratiebewertung in drei Teile. Zunächst wird (2.1.) das Vertrauen der Thüringer in wichtige politiknahe und politikferne, rechtsstaatliche Institutionen unter die Lupe genommen. Daran schließt sich (2.2.) die Analyse der Demokratieunterstützung auf den drei Ebenen der Normen, der Struktur und der Performanz an. Dabei interessieren neben der Stabilität der entsprechenden Einstellungen vor allem die Determinanten der Demokratiebewertung sowie die Zusammensetzung derjenigen Gruppen, die durch eine negative Haltung zur Demokratie auffallen. In einem weiteren Schritt wird dem Verhältnis von Einstellungen und (berichtetem) Verhalten nachgegangen. Konkret geht es (2.3.) um den Zusammenhang von demokratiebezogenen Einstellungen und demokratischer Partizipation.

2.1. Institutionenvertrauen

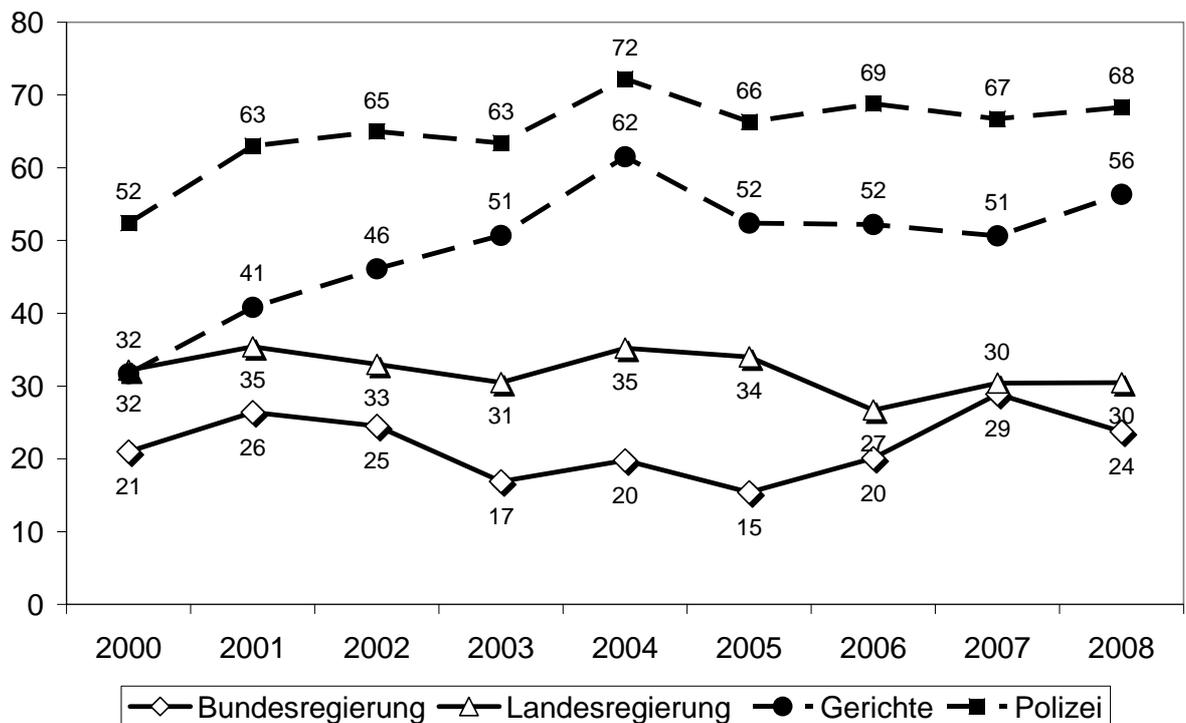
In einem demokratischen Gemeinwesen sind die wichtigsten parteien- und rechtsstaatlichen Institutionen wie die Akteure auf ein Mindestmaß an Vertrauen angewiesen, um die ihnen zugewiesenen Funktionen angemessen erfüllen zu können. Politische Entscheidungsorgane etwa müssen davon ausgehen können, dass ihre Entscheidungen in weiten Teilen der Gesellschaft auch dann Akzeptanz finden, wenn sie inhaltlich auf Vorbehalte stoßen. Mangelt es dauerhaft am grundlegenden Vertrauen der Bürger, so büßen die Institutionen ihre Gestaltungskraft ein. Sie sehen sich dann Legitimations- und Implementationsproblemen gegenüber: Einerseits wird den von den jeweiligen Institutionen getroffenen Entscheidungen auch bei Einhaltung der vorgesehenen demokratischen Verfahren die Berechtigung abgesprochen, andererseits stößt die Umsetzung der Entscheidungen unter Umständen auf größere Widerstände. Im Ergebnis wird auf lange Sicht auch die demokratische Ordnung insgesamt Schaden nehmen.

Das Institutionenvertrauen zeichnet sich freilich durch eine doppelte Instabilität aus: Es schwankt erstens erheblich im Zeitverlauf und zeigt sich insoweit besonders sensibel gegenüber aktuellen politischen Entwicklungen. Zweitens variiert die Unterstützung deutlich zwischen verschiedenen Institutionen. Dabei haben die bisherigen Studien unisono ein stärkeres Vertrauen in eher politikferne (oder als politikfern empfundene) Institutionen als in solche Institutionen nachgewiesen, deren *raison d'être* und Alltagshandeln einer Logik der Parteienstaatlichkeit folgt. Diese Kluft im Vertrauen gegenüber parteinahen und parteiferen Institutionen ist unlängst am Beispiel von Bundestag und Bundesverfassungsgericht exemplifiziert und auf die unterschiedliche Konfliktträchtigkeit des Agierens beider Institutionen zurückgeführt worden (Patzelt 2005). Auch im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS konnte immer wieder festgestellt werden, dass das Vertrauen, das politiknahen Institutionen entgegengebracht wird, deutlich hinter dem zurückbleibt, das politikferne Einrichtungen genießen (TM 2006: 42f.). Zuletzt wurde im Rahmen des Schwerpunktteils zu Bildungsfragen und Bildungspolitik 2007 nachgewiesen, dass die Schulen und Hochschulen in Thüringen über bemerkenswertes Vertrauen, faktisch über einen erheblichen Vertrauensvorsprung verfügen (TM 2007: 61f.).

In der aktuellen Untersuchung ist nach dem Vertrauen in die Bildungseinrichtungen des Freistaats nicht mehr gefragt worden, sondern lediglich das Vertrauen in jene vier seit dem Jahr

2000 kontinuierlich erfassten Institutionen erhoben worden: Bundesregierung, Landesregierung, Gerichte und Polizei. Gegenüber dem Vorjahr haben sich 2008 die Werte bei zwei Institutionen deutlich verändert: Das Vertrauen in die Bundesregierung, das 2007 den höchsten Wert seit Beginn der Erhebungen erreicht hat, ist gesunken, während die Gerichte einen Vertrauensgewinn verbuchen konnten (Abb. 35). Betrachtet man die Anteile derjenigen, die auf einer symmetrischen fünfstufigen Antwortskala die Kategorien „vertraue voll und ganz“ oder „vertraue weitgehend“ gewählt haben, so bringt nicht einmal ein Viertel der Befragten der Bundesregierung Vertrauen entgegen (29% bekunden sogar dezidiert ein geringes Vertrauen), bei der Landesregierung sind es knapp mehr als 30 Prozent. Demgegenüber verfügen die rechtsstaatlichen Institutionen über einen erheblichen Vertrauensbonus: der Polizei vertraut eine deutliche Mehrheit der Thüringer, bei den Gerichten sind es sogar mehr als zwei Drittel.

Abb. 35: *Vertrauen in Institutionen 2000 bis 2008*
(kumulierte Werte für „vertraue voll und ganz“ und „vertraue weitgehend“ in Prozent)

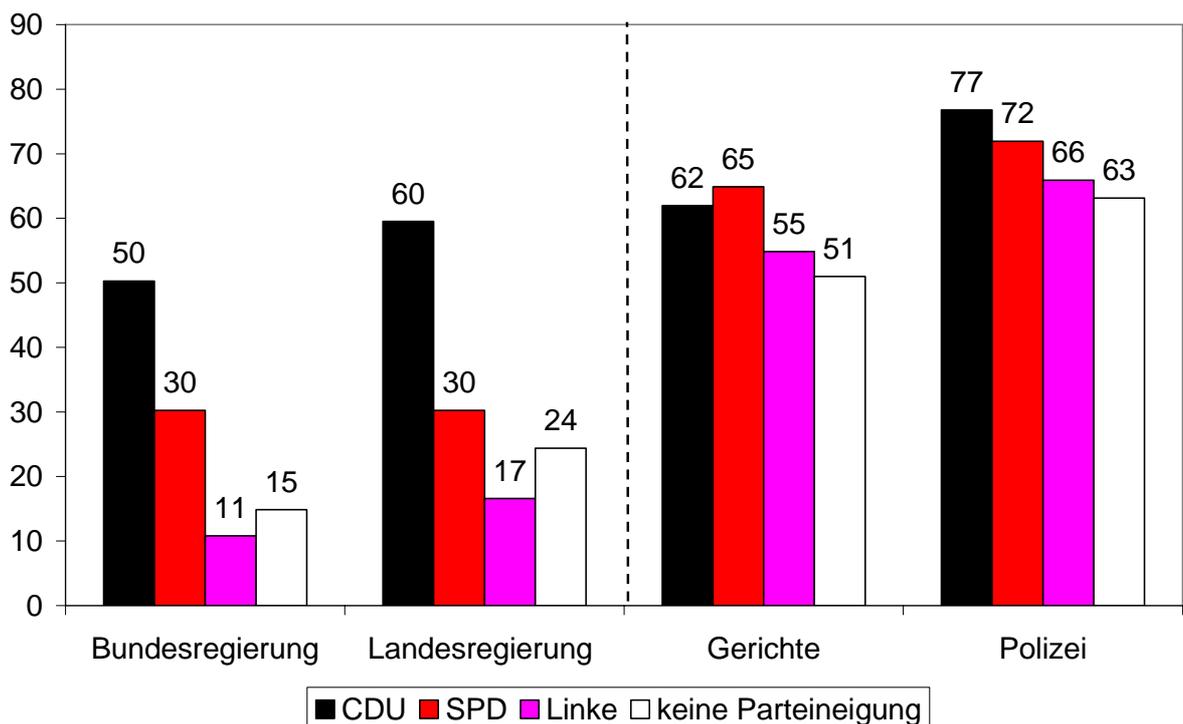


Damit bestätigt sich 2008 einmal mehr die große Kluft zwischen den Vertrauenswerten der parteienstaatlichen und der rechtsstaatlichen Institutionen. Letzteren vertraut jeweils eine Mehrheit der Thüringer, während es nur sehr kleine Gruppen sind, die ihr Misstrauen bekunden. Bei den parteienstaatlichen Organisationen halten sich – bei einer recht großen Mittelgruppe – Vertrauende und Misstrauende beinahe die Waage. Die längsschnittliche Analyse zeigt, dass das Vertrauen in die Landesregierung stabil geblieben ist, für das Vertrauen in die Bundesregierung ist bei zeitweilig deutlichen Schwankungen kein Trend zu erkennen. Hingegen haben die Polizei und insbesondere die Gerichte im gleichen Zeitraum erheblich an Vertrauen gewonnen. Von einer Vertrauenskrise kann, legt man diese Zahlen zugrunde, keine

Rede sein. Wohl aber zeugt das Auseinanderdriften von Vertrauen in rechtsstaatliche und parteienstaatliche Institutionen von einer verbreiteten Skepsis gegenüber Regierungsinstitutionen; es deutet auf eine vergleichsweise schwache Legitimationsbasis der parteienstaatlichen Demokratie hin.

Das Vertrauen in Landes- und Bundesregierung hängt sehr stark miteinander zusammen (Pearson's $r = 0,58$) – ein Zusammenhang, der nicht zuletzt darauf zurückgehen dürfte, dass in Bund wie Land jeweils die Union die stärkste Regierungspartei stellt. Entsprechend gespalten fallen die Einschätzungen je nach parteipolitischer Präferenz aus. Anhänger der CDU bekunden sowohl gegenüber der Landes- als auch gegenüber der Bundesregierung ein großes Vertrauen (Abb. 36). Unter den SPD-Anhängern genießt zumindest die Bundesregierung ein überdurchschnittliches Vertrauen. Hingegen stehen beide Regierungen erwartungsgemäß bei den Anhängern der Linken, aber auch bei den vielen Befragten ohne Parteineigung schlecht im Kurs. Wie Abbildung 36 illustriert, finden sich derart drastische parteipolitische Unterschiede jedoch allein beim Vertrauen in die politiknahen Institutionen. Das Vertrauen in die Polizei und die Gerichte variiert nur geringfügig nach der Parteineigung der Befragten.

Abb. 36: *Vertrauen in einzelne Institutionen nach Parteineigung*
(kumulierte Werte für „vertraue voll und ganz“ und „vertraue weitgehend“ in Prozent)



Die engen Zusammenhänge zum einen zwischen den Vertrauenswerten der Regierungsinstitutionen und zum anderen zwischen dem Vertrauen in Polizei und Gerichte erlauben es, zwei Summenindizes des Vertrauens in politiknahe und politikferne Institutionen zu bilden. Geht man ab einem Punktwert von 7 auf einer von 2 bis 10 reichenden Skala davon aus, dass ein hohes Institutionenvertrauen vorliegt, so haben mehr als zwei Drittel der Thüringer großes Vertrauen in die politikfernen, aber weniger als ein Drittel großes Vertrauen in die politiknahen Institutionen. Die jüngste Alterskohorte weist durchweg überdurchschnittliche Vertrau-

enswerte auf, generell gilt allerdings, dass die Unterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen gering ausfallen.

Einen starken Effekt auf das Institutionenvertrauen haben hingegen ökonomische Faktoren: Je positiver die wirtschaftliche Lage in Thüringen eingeschätzt und je besser die eigene finanzielle Lage wahrgenommen wird, umso mehr Vertrauen entwickeln die Befragten gegenüber politikfernen wie politiknahen Institutionen. Weitere wichtige Determinanten des Institutionenvertrauens sind Gerechtigkeitswahrnehmungen und Diskriminierungsempfinden. Angesichts des wirtschaftspolitischen Schwerpunkts des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS verdient jedoch vor allem der enge Zusammenhang zwischen beiden Formen des Institutionenvertrauens und der Einschätzung der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems Beachtung. Wer die deutsche Wirtschaft ordnungspolitisch gut aufgestellt sieht, der vertraut zugleich weit überproportional den parteien- und rechtsstaatlichen Institutionen.

Im Vergleich der beiden Typen staatlicher Institutionen gilt wie schon in früheren Jahren, dass sich das Vertrauen in die politiknahen Institutionen weit besser erklären lässt als das Vertrauen in die politikfernen Institutionen. Der Zusammenhang zwischen Letzterem und sozialstrukturellen und ökonomischen Faktoren, selbst Gerechtigkeitswahrnehmungen ist relativ schwach. Den stärksten Einfluss auf das Vertrauen in Polizei und Gerichte hat noch die Wahrnehmung, einen gerechten Anteil zu erhalten. Ganz anders stellt sich die Situation für das Vertrauen in Bundes- und Landesregierung dar: Es hängt signifikant mit einer Vielzahl von ökonomischen Faktoren und Gerechtigkeitswahrnehmungen zusammen, wobei in der multivariaten Analyse die Bewertung des Wirtschaftssystems der stärkste Bestimmungsfaktor ist. Vereinfacht lässt sich angesichts dieses Befundes festhalten: Ökonomisches Vertrauen schafft politisches Vertrauen – und vice versa.

2.2. Bewertung der Demokratie

Interpretiert man das Institutionenvertrauen als eine Facette der Demokratiebewertung, so stellt es eine Art generalisierte Leistungsbewertung der jeweiligen (demokratisch verankerten) Institutionen dar. Nach dem von Fuchs entwickelten Dreiebenenmodell der Systemunterstützung, das zwischen den Ebenen demokratischer Kultur, Struktur und Performanz unterscheidet (Tab. 7), wäre es demnach der Ebene der Performanz zuzuordnen. So verstanden gibt es Auskunft über die Einstellungen der Thüringer zur in Deutschland realiter praktizierten Demokratie. Jenseits des Institutionenvertrauens ist die Bewertung der Demokratie im THÜRINGEN-MONITOR 2008 wie in den Vorjahren auf allen drei Unterstützungsebenen erfasst worden. Tabelle 7 bietet eine Übersicht über die Indikatoren, die zur Messung der Unterstützungsobjekte auf den einzelnen Ebenen verwendet wurden, und die konkreten Fragen bzw. Items.

Seit der erstmaligen Erhebung der Einstellungen zu allen drei Unterstützungsobjekten haben sich zwei Konstanten der Demokratieunterstützung ergeben (Edinger / Hallermann 2004). Erstens bestehen erhebliche Unterschiede im Unterstützungsniveau je nach Ebene und Einstellungsobjekt. Dabei gilt, dass die Zustimmung zur Demokratie umso stärker ausfällt, je grundlegender die Einstellung zur Demokratie ist, je mehr also der normative Kern der Demokratie betroffen ist. So gilt für fast 80 Prozent der Thüringer die Demokratie als die beste Staatsidee, wobei die jüngste Alterskohorte, Männer und höher Gebildete überdurchschnittlich starke Zustimmung zum Ausdruck bringen.

Tab. 7: Konzept der Demokratieunterstützung und Messung im THÜRINGEN-MONITOR

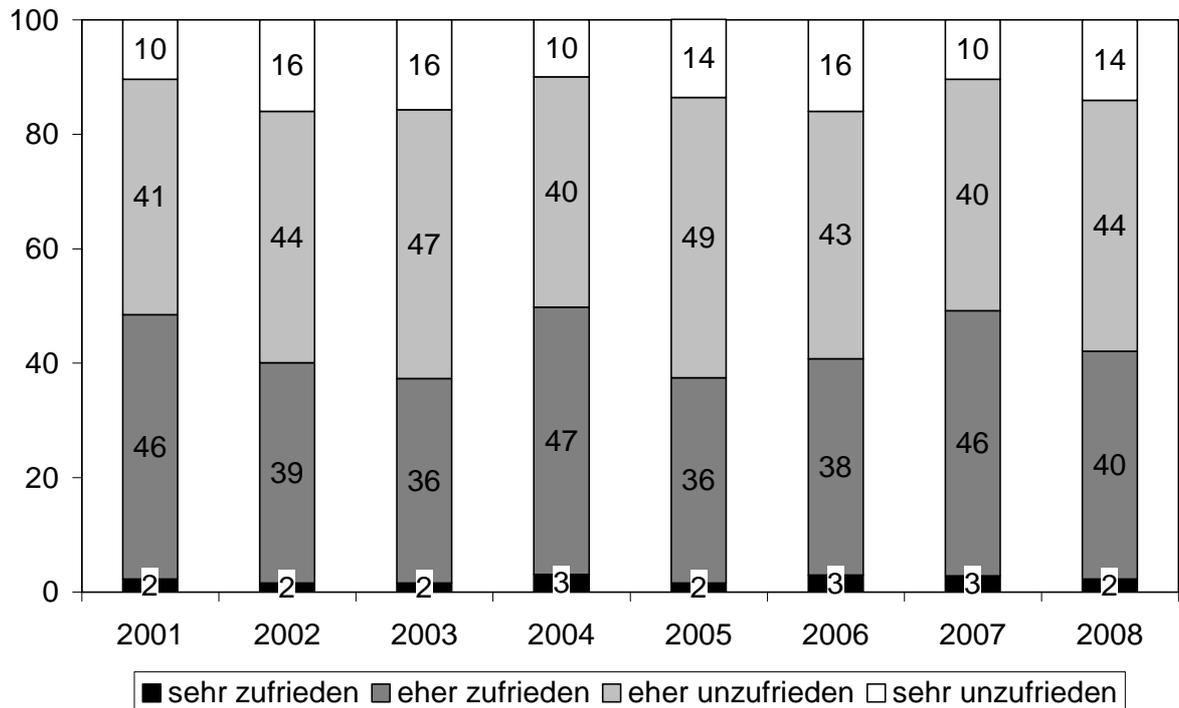
Einstellungsobjekte (Ebene)	Indikatoren	Frage/Item im THÜRINGEN-MONITOR
Bindung an demokratische Werte (Kultur)	Idee der Demokratie	Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen.
Unterstützung des demokratischen Regimes (Struktur)	Zufriedenheit mit dem Verfassungssystem	Mit dem politischen System in Deutschland, so wie es in der Verfassung festgelegt ist, bin ich zufrieden.
Unterstützung des politischen Prozesses bzw. der politischen Entscheidungsträger (Performanz)	Umsetzung der Demokratie in der Praxis	Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Eigene Darstellung in Anlehnung an Fuchs 2002: 37.

Eine ähnlich starke Unterstützung findet die bundesdeutsche Verfassungsordnung. Mit der Demokratie, so wie sie im Grundgesetz verankert ist, zeigen sich drei von vier Befragten zufrieden. Wird hingegen nach der Demokratie, so wie sie praktiziert wird, gefragt, liegt der Anteil der Zufriedenen nur halb so hoch. Mithin erfreut sich die Demokratie als Werteordnung und als Verfassungskonzept einer breiten Unterstützung im Freistaat, während die demokratische Performanz vielfach als unbefriedigend empfunden und entsprechend weniger unterstützt wird.

Die zweite Konstante der Demokratieunterstützung besteht in den nach Ebenen unterschiedlichen Graden der Stabilität demokratiebezogener Einstellungen. Während die Zustimmung zur Idee der Demokratie und zur demokratischen Verfassungsordnung über die Jahre hinweg bemerkenswert stabil geblieben ist – mit Schwankungen innerhalb der statistischen Fehler-toleranz –, weist die Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis deutliche Ausschläge von einem Jahr zum nächsten auf. Das jüngste Beispiel dafür sind die Veränderungen zwischen 2007 und 2008: War im Vorjahr noch knapp die Hälfte der Befragten mit der demokratischen Performanz zufrieden, so ist dieser Anteil aktuell auf gut 40 Prozent zurückgegangen und entspricht damit fast genau dem Wert von 2006 (Abb. 37). Offensichtlich reagiert die Bewertung der demokratischen Praxis weit stärker auf aktuelle politische und ökonomische Veränderungen als die Einstellungen zu demokratischen Werten und zur demokratischen Struktur.

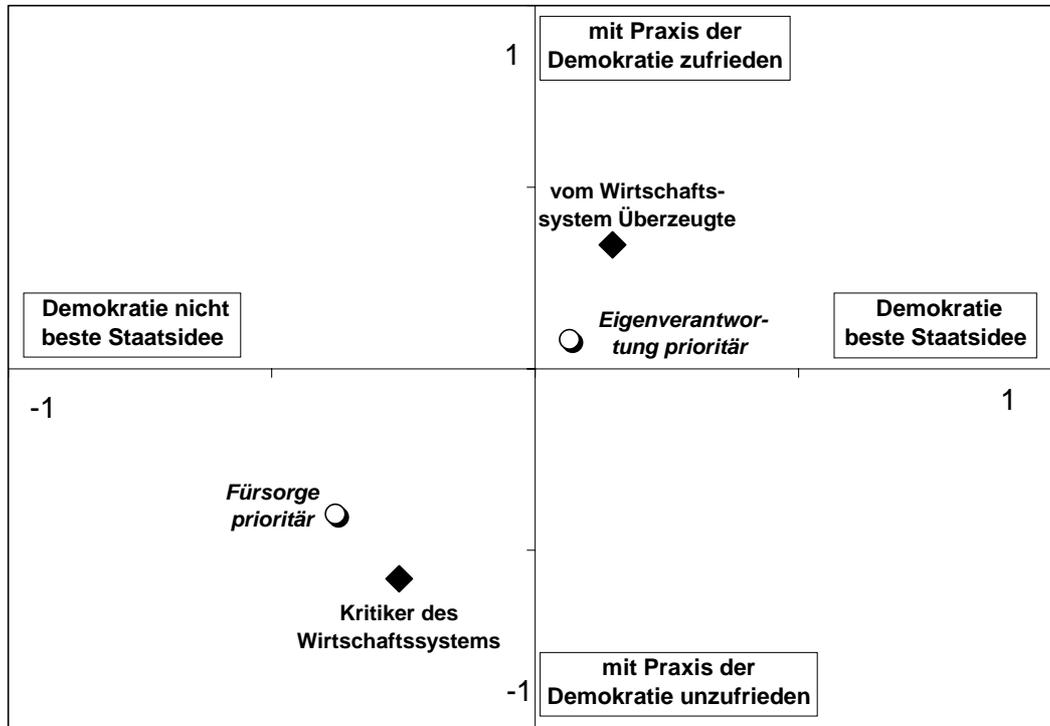
Abb. 37: *Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis 2000 bis 2008*
(in Prozent)



Die sehr stabile Unterstützung für die Demokratie als Staatsidee und die demokratische Verfassungsordnung bei gleichzeitig erheblich schwankender Einschätzung der demokratischen Performanz spricht für eine Entkopplung der entsprechenden Einstellungen. Die periodisch immer wieder auftretende Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie Demokratie im politischen Alltag ausgestaltet wird, hat sich bislang nicht in ihrer Bewertung als Werte- bzw. Verfassungsordnung niedergeschlagen. Dies gilt ungeachtet dessen, dass die Demokratiezufriedenheit statistisch stark mit den anderen demokratiebezogenen Einstellungen zusammenhängt. Dieser demokratietheoretisch beruhigende Befund einer stabilen Unterstützung demokratischer Werte und Verfassungsordnung kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch ein Teil der von der Idee der Demokratie Überzeugten vorstellen kann, unter bestimmten Umständen einer Diktatur den Vorzug zu geben. Der Anteil konsistenter Demokraten, die zugleich eine Diktatur konsequent ablehnen, liegt bei 85 Prozent. Bezogen auf die Befragten insgesamt stellen die konsistenten Demokraten allerdings nur knapp zwei Drittel.

Mit Blick auf das diesjährige Schwerpunktthema ist von besonderem Interesse, ob die Einstellungen zur Demokratie in einem systematischen Zusammenhang mit ökonomischen Grundeinstellungen und wirtschaftspolitischen Präferenzen stehen. Eine erste Analyse ergibt teils keine, teils nur schwache Zusammenhänge mit den drei Indikatoren der Demokratieunterstützung. Einen immerhin schwachen Effekt auf die Demokratiebewertung haben die Präferenzen im Spannungsfeld von Markt und Staat sowie von Eigenverantwortung und staatlicher Fürsorge. Legt man die Mittelwertabweichungen der jeweiligen Gruppen zugrunde, zeigt sich, dass es die Befragten mit einer starken Orientierung auf staatliche Fürsorge sind, die besonders hervorstechen: Sie bewerten sowohl die Demokratie als Staatsidee als auch die Demokratie in der Praxis deutlich negativer als die Befragten, für die die Eigenverantwortung prioritär ist (Abb. 38).

Abb. 38: *Bewertung der Demokratie als Staatsidee und Demokratiezufriedenheit nach Bewertung des Wirtschaftssystems und Einstellung zur Eigenverantwortung*
(Mittelwertvergleich auf der Basis z-transformierter Werte mit Standardabweichung 1)



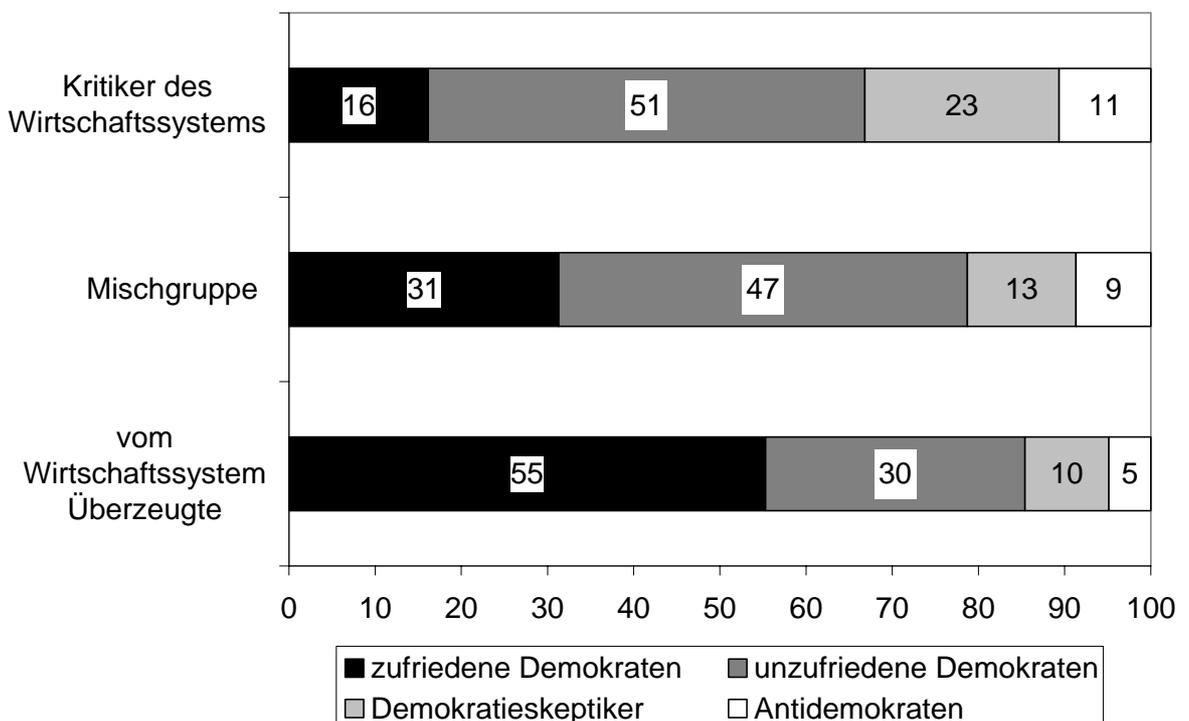
Im Kontrast zu den eher schwachen Beziehungen mit den ökonomischen Grundorientierungen hängen die Einstellungen zur Demokratie teils eng mit der Bewertung des Wirtschaftssystems zusammen. Besonders starke Korrelationen sind für die Demokratiezufriedenheit (Pearson's $r = 0,40$) und für die Bewertung der Verfassungsordnung zu konstatieren ($r = 0,37$). Wie Abbildung 38 verdeutlicht, unterscheiden sich insbesondere diejenigen, die vom Wirtschaftssystem in Deutschland überzeugt sind, und dessen Kritiker (zur Typenbildung s. Abb. 17) deutlich voneinander. Die gegenüber der Leistungsfähigkeit des Wirtschaftssystems kritisch Eingestellten zeigen sich nicht nur mit der praktizierten Demokratie weit überproportional unzufrieden, sondern sie stehen auch der Idee der Demokratie relativ distanziert gegenüber. Ganz anders diejenigen Befragten, denen die Wirtschaftsordnung als leistungs- und zukunftsfähig gilt: Sie unterstützen die Demokratie auf allen Einstellungsebenen überdurchschnittlich.

Die positive Wirkung, die die Wertschätzung des Wirtschaftssystems auf die demokratiebezogenen Einstellungen hat, tritt noch deutlicher vor, wenn – wie in den Vorjahren – aus den Urteilen über die Demokratie als Staatsidee und die demokratische Performanz vier Typen demokratiebezogener Einstellungen gebildet werden. Die Befürworter der demokratischen Idee werden dabei entsprechend ihrer Bewertung der demokratischen Praxis in zufriedene und unzufriedene Demokraten unterteilt. Die Nichtdemokraten als diejenigen, die die Demokratie auf der Werteebene ablehnen, lassen sich in Abhängigkeit von ihrer Akzeptanz einer Diktatur im nationalen Interesse in Antidemokraten und Demokratieskeptiker aufspalten. Im Jahr 2008 bilden die zufriedenen und unzufriedenen Demokraten mit jeweils 39 Prozent aller Befragten etwa gleich große Gruppen, während ein Jahr zuvor die Zufriedenen noch eine deutliche

Mehrheit (47% im Vergleich zu 34% unzufriedenen Demokraten) gestellt haben. Die Gruppe der Antidemokraten ist mit gut sieben Prozent wieder auf das Niveau der Jahre 2004 und 2006 angestiegen.

Unter den vom Wirtschaftssystem in Deutschland Überzeugten stellen die zufriedenen Demokraten eine deutliche Mehrheit (55%). Zugleich sind in dieser Gruppe nur relativ wenige Demokratieskeptiker und Antidemokraten vorhanden. Ein ganz anderes Bild ergibt sich für die Kritiker der bestehenden Wirtschaftsordnung. Jeder zehnte von ihnen weist antidemokratische Einstellungen auf, die Demokratieskeptiker (22%) sind zahlreicher als die zufriedenen Demokraten (16%), und die größte Gruppe bilden die unzufriedenen Demokraten. Die Anteile der jeweiligen Typen variieren auch bei einigen wirtschaftlichen Grundorientierungen. So stellen bei Befragten, die den Markt favorisieren bzw. die Eigenverantwortung betonen, die zufriedenen Demokraten jeweils die stärkste Gruppe. Die Orientierung auf staatliche Fürsorge geht hingegen überproportional häufig mit einer Ablehnung der Demokratie einher.

Abb. 39: *Typen demokratiebezogener Einstellungen nach Bewertung des Wirtschaftssystems (in Prozent)*



Allerdings hängen die einzelnen Dimensionen der Demokratieunterstützung nicht allein mit ökonomischen Positionen zusammen, sondern frühere Analysen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS haben eine ganze Reihe von weiteren relevanten Einflussfaktoren ermitteln können. Vor diesem Hintergrund gilt es, den Stellenwert wirtschaftsbezogener Einstellungen bei der Erklärung der Demokratiebewertung zu klären. Dabei ist auch die Frage zu beantworten, ob Unterschiede zwischen den Ursachen der Demokratiezufriedenheit und der Unterstützung der Demokratie als Staatsidee bestehen.

In die (Regressions-)Analyse einbezogen werden als mögliche Erklärungsfaktoren im Einzelnen:

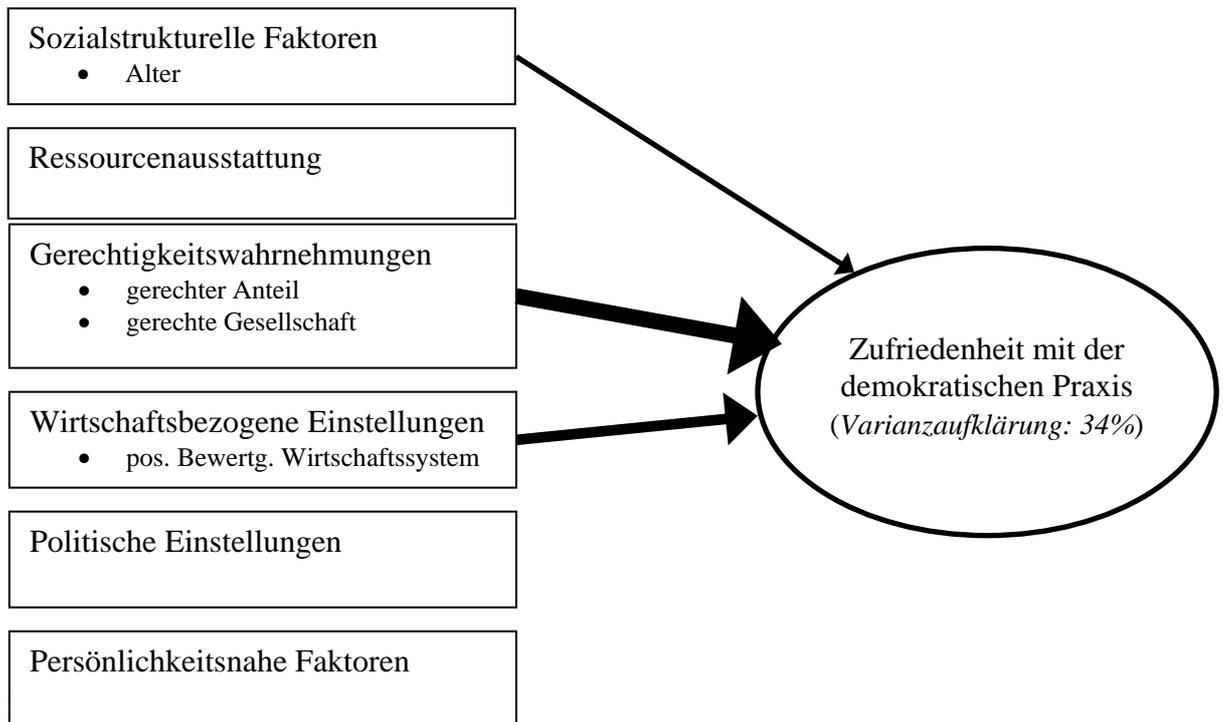
- *wirtschaftsbezogene Einstellungen*: ökonomische Grundorientierungen (vgl. Kap. III.3), Bewertung des Wirtschaftssystems, wirtschaftliche Lage in Thüringen
- *sozioökonomische Ressourcenausstattung*: formales Bildungsniveau, Haushaltsnettoeinkommen, eigene finanzielle Lage
- *persönlichkeitsnahe Faktoren*: Autoritarismus, Desorientierung (Anomie)
- *Gerechtigkeits- und Deprivationswahrnehmungen*: gerechter Anteil, gerechte Gesellschaft, wahrgenommene Diskriminierung Ostdeutscher, soziale Abstiegsängste
- *Politische Einstellungen*: politisches Interesse, Eigenkompetenzzuschreibung, Parteienkritik, Einfluss auf Regierungshandeln, Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala, Wunsch nach Rückkehr zur sozialistischen Ordnung.

Untersucht man zunächst die Determinanten der Demokratiezufriedenheit, so erweist sich unter den verschiedenen Erklärungsansätzen der Deprivationsansatz als vergleichsweise erfolgreich – ablesbar an der Stärke der Pfeile in Abbildung 40. Das Empfinden, benachteiligt zu werden, sowie eine perzipierte „Gerechtigkeitslücke“ in der Gesellschaft sind zentrale Pfeiler im Erklärungsgebäude der Demokratiezufriedenheit. Die wahrgenommene Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems und das Alter kommen als weitere wichtige Bausteine hinzu. Hingegen spielen frappierenderweise – und dies im Gegensatz zu früheren Ergebnissen – die ökonomische Lage und weitere Aspekte der Ressourcenausstattung keine Rolle. Auch die hier einbezogenen Einstellungen zur Politik tragen nicht zu einem besseren Verständnis der Bewertung der demokratischen Performanz bei.

Der mit Abstand wichtigste *einzelne* Bestimmungsfaktor der Zufriedenheit mit der demokratischen Performanz ist jedoch die Bewertung der Wirtschaftsordnung in Deutschland. Damit erweist sich tatsächlich eine ökonomische Variable als besonders erklärungsstark. Allerdings handelt es sich dabei nicht um eine der Einstellungen zu Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, sondern um die Leistungsbewertung der Wirtschaftsordnung. Dieser Befund unterstreicht einmal mehr die starke Output-Bezogenheit der Bürger, wenn es um die Beurteilung der Demokratie auf der Performanzebene geht. Hingegen sind alle ökonomischen Grundorientierungen ohne Bedeutung für die Demokratiezufriedenheit.

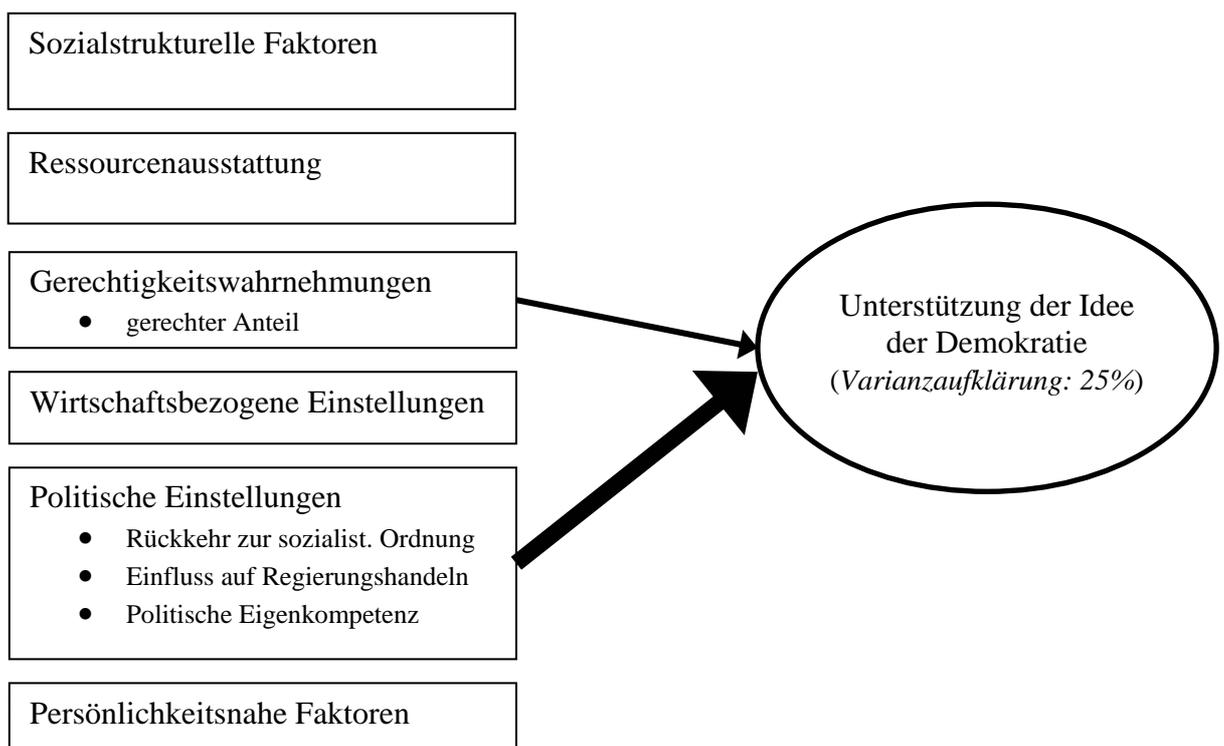
Während für die Demokratiezufriedenheit insgesamt eine zufrieden stellende Varianzaufklärung (korrigiertes R^2) von etwa einem Drittel erreicht wird, bleibt – ganz auf der Linie der Ergebnisse aus früheren Jahren – die für die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee deutlich dahinter zurück (Varianzaufklärung: 25%). Nur vier einzelne Faktoren leisten einen substanziellen eigenständigen Beitrag zur Erklärung der entsprechenden Bewertung: die angestrebte Rückkehr zur sozialistischen Ordnung, die vermutete Beeinflussbarkeit des Regierungshandelns (*political efficacy*), die Zuschreibung politischer Kompetenz sowie das Gefühl, einen gerechten Anteil zu erhalten (Abb. 41). Die wichtigste Determinante ist der Wunsch nach Rückkehr zur sozialistischen Ordnung und insoweit ein ideologischer Faktor, der zudem mutmaßlich mit Sozialisationserfahrungen in einem nicht-demokratischen System, der DDR, verknüpft ist. Es muss offen bleiben, ob es sich dabei tatsächlich um einen Bestimmungsfaktor der Bewertung der Demokratie als Norm handelt, oder ob nicht womöglich umgekehrt die Ablehnung der demokratischen Werteordnung zu einer Aufwertung etwaiger Alternativen führt.

Abb. 40: *Determinanten der Demokratiezufriedenheit**
(Visualisierung auf der Basis der Beta-Werte einer Regressionsanalyse)



* Die Dicke der Pfeile gibt jeweils die Stärke des Einflusses an. Aufgelistet sind lediglich die für Erklärung relevanten Items innerhalb eines Variablenbündels.

Abb. 41: *Determinanten der Unterstützung der Demokratie als Staatsidee**
(Visualisierung auf der Basis der Beta-Werte einer Regressionsanalyse)



Die multivariate Analyse hat zeigen können, dass wirtschaftsbezogene Orientierungen Einfluss auf demokratiebezogene Einstellungen haben; allerdings gilt dies nur für die Bewertung des Wirtschaftssystems und auch nur mit Blick auf die Demokratiezufriedenheit. Diese und die Bewertung der Idee der Demokratie speisen sich – dies ist ein zweiter wesentlicher Befund – aus unterschiedlichen Quellen: Die Demokratieunterstützung auf der Ebene der Normen erweist sich dabei als weitgehend unabhängig von aktuellen Einschätzungen, sondern wird von grundlegenden Faktoren bestimmt. Die ganz unterschiedlichen Ursachen unterstreichen nicht nur den Nutzen einer systematischen Unterscheidung verschiedener Ebenen der Demokratieunterstützung, sondern sie machen auch plausibel, weshalb die Bewertung der Idee im Zeitverlauf sehr viel stabiler ist als die Demokratiezufriedenheit.

Während sich die Faktoren, welche die Demokratiebewertung beeinflussen, mehr oder weniger genau ermitteln lassen, ist die Antwort auf die Frage noch offen, welche politischen und sonstigen Wirkungen von demokratiebezogenen Einstellungen ausgehen. Im abschließenden Teil der Analyse der Demokratieunterstützung soll daher kurz der Zusammenhang mit der politischen Partizipation beleuchtet werden. Dabei interessiert einerseits, ob und wie die Unterstützer des demokratischen Systems politisch agieren. Andererseits ist von Bedeutung, ob von den Gruppen, die die Demokratie als Werteordnung und Verfassungskonzept ablehnen, relevante politische Aktivitäten ausgehen und somit dadurch eine nicht nur latente Gefährdung der demokratischen Ordnung besteht. Der entsprechenden Analyse voraus geht ein Überblick über wichtige Formen politischer Beteiligung der Thüringer.

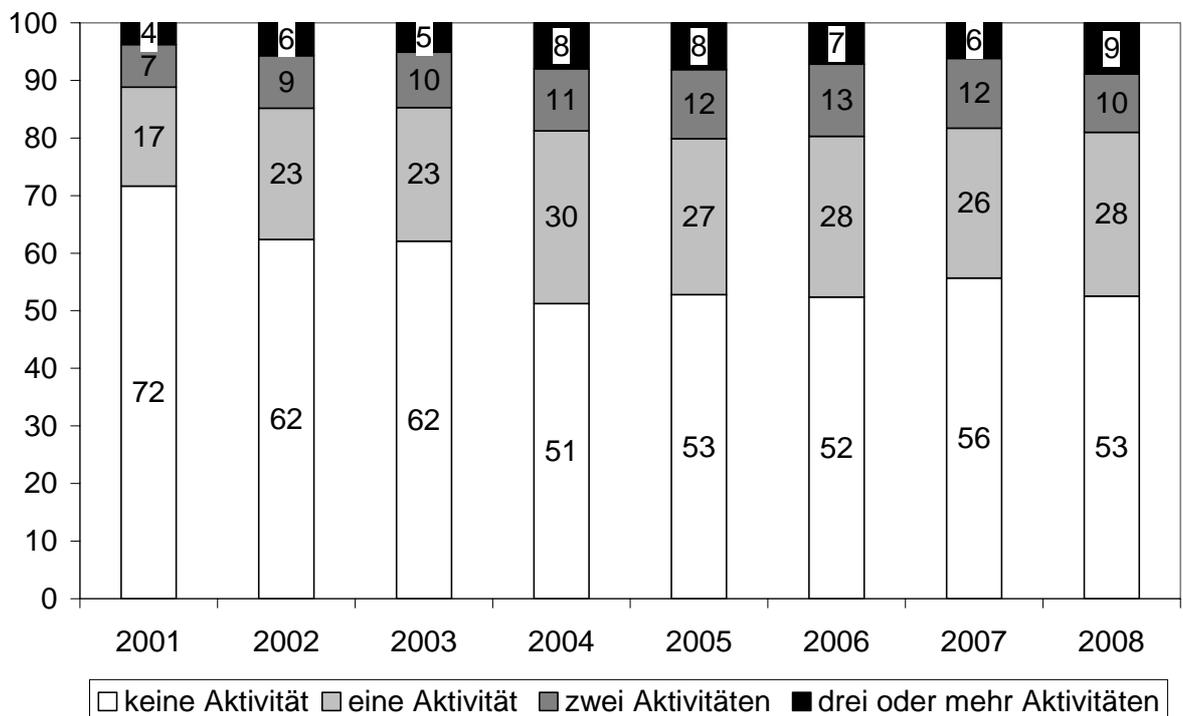
2.3. Politische Partizipation in der Demokratie

Seit 2001 sind im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS drei unterschiedliche Formen der politischen Partizipation erfasst worden: traditionelle Partizipationskanäle (Parteimitgliedschaft, Kontakt zu einem Politiker), so genannte unkonventionelle Beteiligungsformen (Teilnahme an einer Demonstration, Mitarbeit in einer Bürgerbewegung) sowie illegales politisches Handeln (Beteiligung an einer nicht genehmigten Demonstration, Gewaltanwendung für politische Ziele). Es wurde nicht nur die tatsächliche Partizipation erfragt, sondern auch die Bereitschaft, sich zukünftig politisch zu beteiligen. Dabei ist zu vermuten, dass erstens sporadische Aktivitäten dem dauerhaften politischen Engagement vorgezogen werden, zweitens unkonventionelle Beteiligungsformen attraktiver sind als konventionelle und drittens illegales politisches Handeln nur von kleinen Minderheiten als Option in Erwägung gezogen wird.

Alle drei Annahmen finden sich im Kern bestätigt. Illegale politische Partizipation stellt in Thüringen wie in Deutschland insgesamt ein Randphänomen dar, wenngleich sich immerhin jeder sechste Befragte zumindest vorstellen kann, an einer illegalen Demonstration teilzunehmen. Konventionelle Formen politischer Partizipation werden seltener praktiziert als unkonventionelle; dies gilt jedenfalls dann, wenn die Dauer des Engagements berücksichtigt wird. Ein sporadisches, episodenhaftes Engagement fällt anscheinend leichter als die kontinuierliche Mitarbeit – dies gilt auch für eine Organisationsform wie die Bürgerbewegung. Die häufigste eigene politische Aktivität, die die Befragten 2008 angeben, ist die Teilnahme an einer Demonstration. Ein knappes Drittel der Thüringer hat sich schon einmal auf diese Art und Weise engagiert. Die Werte für die übrigen Partizipationsformen liegen deutlich niedriger: 18 Prozent haben sich nach eigenen Angaben schon einmal mit einem Anliegen an einen Politiker gewendet, 16 Prozent in einer Bürgerbewegung und immerhin 12 Prozent in einer politischen Partei mitgearbeitet.

Erfahrung mit mehr als einer dieser vier Varianten politischer Aktivitäten hat nur eine Minderheit von weniger als einem Fünftel der Befragten gesammelt (Abb. 42). Immerhin fast jeder Zehnte hat sich auf mindestens drei verschiedenen Wegen politisch engagiert. Betrachtet man die Entwicklung der Partizipation im Zeitverlauf, so ist eine politische Aktivierung zu konstatieren. Der Anteil politisch abstinenter Thüringer ist seit 2001 von annähernd drei Viertel auf etwas über die Hälfte gesunken; gleichzeitig sind die Gruppen, die bereits mehrere Partizipationsformen praktiziert haben, leicht gewachsen. Der insoweit festzustellende Zuwachs an politischer Partizipation fällt allerdings allein in die erste Hälfte des Jahrzehnts; seit 2004 sind keine nennenswerten Veränderungen zu konstatieren.

Abb. 42: *Politische Aktivitäten im Zeitverlauf (2001-2008)*
(in Prozent)

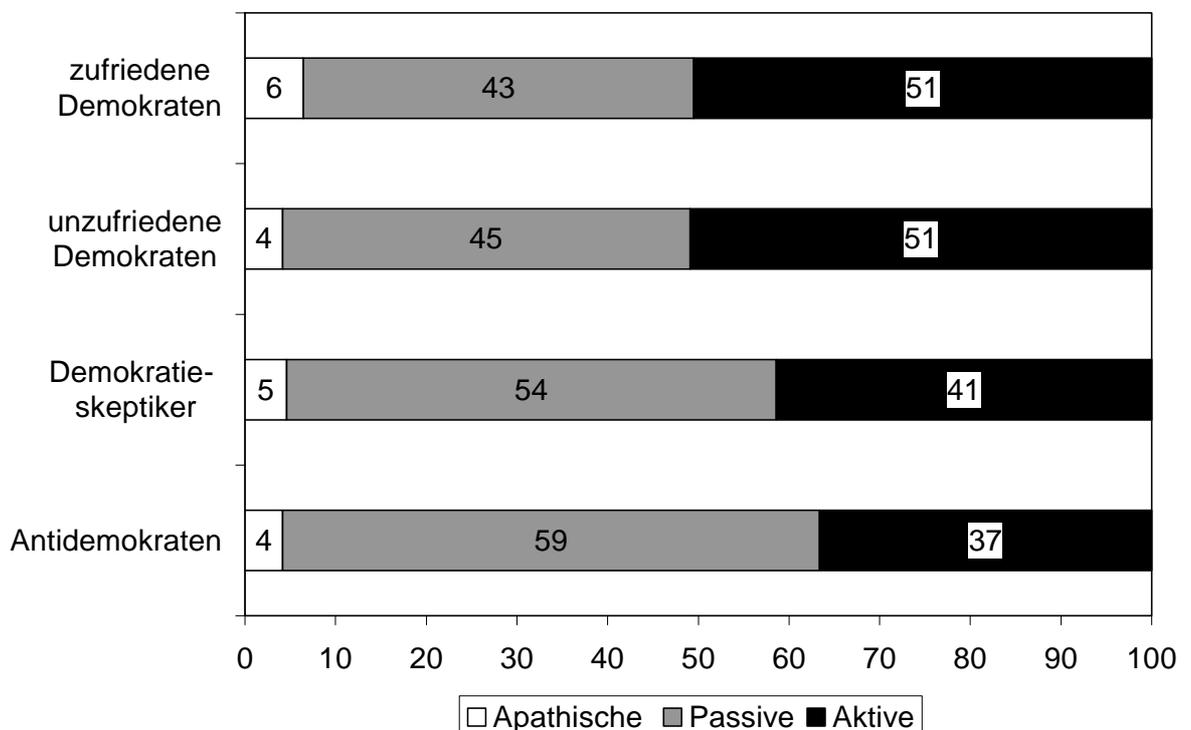


Neben der praktizierten politischen Partizipation interessiert auch die Bereitschaft zu einem etwaigen zukünftigen Engagement. Sie ermöglicht eine Einschätzung des Potenzials an politischer Mobilisierung. Für alle genannten Beteiligungsformen gilt, dass sich von den Befragten, die sie noch niemals praktiziert haben, jeweils eine deutliche Mehrheit zukünftig ein entsprechendes Engagement vorstellen kann. Die einzige Ausnahme stellt die Mitgliedschaft in einer Partei dar. Mehr als zwei Drittel aller Befragten schließen ein Parteibuch für sich grundsätzlich aus. Demgegenüber lehnt es nur jeder Vierte prinzipiell ab, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten oder an einer Demonstration teilzunehmen; und nur jeder Dritte kann sich vorstellen, mit einem Anliegen an einen Politiker heranzutreten.

Wie sehr wird nun die Partizipation von der Demokratiebewertung oder vom Institutionenvertrauen geprägt? Unterscheiden sich etwa „zufriedene Demokraten“ und „Nichtdemokraten“ hinsichtlich ihrer politischen Betätigung? Sind „Antidemokraten“ politisch besonders aktiv, setzen sie ihre demokratiefeindliche Haltung also in politisches Handeln um? Unter-

scheidet man die Befragten mit Bezug auf ihre politischen Aktivitäten grob in Aktive (mindestens eine politische Aktivität), Passive (bislang keine politische Aktivität) und Apathische (die sich auch zukünftig kein politisches Engagement vorstellen können), so fällt zunächst auf, dass das Institutionenvertrauen ohne Wirkung auf die politische Beteiligung bleibt. Dabei macht es keinen Unterschied, ob das Vertrauen in politiknahe oder politikferne Institutionen betrachtet wird. Auch wie zufrieden die Befragten mit der Demokratie in der Praxis und mit der demokratischen Verfassungsordnung sind, ist für ihre politische Aktivität nicht von Belang. Einzig die Bewertung der Demokratie als Werteordnung hat einen Effekt auf die Beteiligung: Der Anteil politisch Inaktiver ist unter denjenigen, die die Idee der Demokratie ablehnen, mit fast zwei Dritteln deutlich größer als unter ihren Befürwortern.

Abb. 43: *Politische Aktivitäten nach Typen demokratiebezogener Einstellungen (in Prozent)*



Eine genauere Unterscheidung zwischen den oben eingeführten vier Typen demokratiebezogener Einstellungen zeigt, dass der Anteil politisch Aktiver unter den „Antidemokraten“ mit 37 Prozent am geringsten ist (Abb. 43). Die Ablehnung der demokratischen Norm und die gleichzeitige Befürwortung einer Diktatur führen demnach nicht zu einer antidemokratischen Mobilisierung. Allerdings findet sich unter den „Antidemokraten“ eine kleine politisch sehr aktive Minderheit. Zudem sind sie weit mehr als alle anderen Gruppen dazu bereit, ihre politischen Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Unter den Befragten mit einer positiven Einstellung zur Demokratie als Werteordnung macht interessanterweise die Bewertung der demokratischen Praxis keinen Unterschied: Die „zufriedenen Demokraten“ sind im Schnitt ebenso viel oder wenig aktiv wie die „unzufriedenen Demokraten“. Unter ihnen finden sich sogar etwas mehr Apathische als in den anderen Gruppen, also Befragte, die sich eine wie auch immer geartete politische Aktivität selbst für die Zukunft nicht vorstellen können.

Insgesamt ergibt sich aus den Analysen zur Demokratiebewertung ein ambivalentes Bild. Während die Demokratie auf den Ebenen der Kultur (Normen) und der Struktur (Regime) kontinuierlich von einer breiten Mehrheit der Befragten unterstützt wird, ist die Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis eher gering und schwankt im Zeitverlauf deutlich. Insofern sind die demokratischen Werte und die demokratische Verfassungsordnung zwar in den Köpfen der Thüringer fest verwurzelt, zugleich stoßen der politische Alltag in der Demokratie und deren parteinahe Institutionen vielfach auf Misstrauen. Von einer Demokratie als Herzensangelegenheit kann mit Blick auf die eher verhaltene politische Partizipation der Thüringer nicht gesprochen werden. Zwar unterscheidet sich diese nicht grundlegend von den Beteiligungsraten in der Bundesrepublik insgesamt, doch kann der vergleichsweise hohe Anteil an politisch Inaktiven demokratiethoretisch durchaus als eine Hypothek für das demokratische System verstanden werden, bleibt dieses doch im Unterschied zum autoritären Regime auch auf die aktive Unterstützung seiner Bürger angewiesen.

Dieser Befund bedeutet freilich nicht, dass die demokratische Ordnung im Freistaat gefährdet erscheint. Die Unzufriedenheit mit der real existierenden Demokratie, die sich vor allem aus einem als unbefriedigend empfundenen wirtschaftlichen Output und aus empfundener Benachteiligung speist, unterminiert keineswegs die Unterstützung demokratischer Werte. Auch der geringe Aktivierungsgrad der dezidiert demokratiefeindlich Eingestellten macht eine akute Herausforderung des demokratischen Systems unwahrscheinlich. Gleichwohl haben die früheren Untersuchungen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS Strukturmerkmale in der politischen Kultur des Freistaats ausgewiesen, die zweifellos demokratiefeindlich sind. Dazu gehören einerseits die mentalen Bindungen an das untergegangene DDR-Regime, andererseits und mit größerer politischer Wirkungskraft rechtsextreme Orientierungen und Verhaltensdispositionen.

3. Demokratiekritik: Rechtsextremismus

Die Mitgliederentwicklung der NPD ebenso wie die steigende Zahl der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten machen deutlich, dass der Rechtsextremismus in seinen politisch organisierten, subkulturellen und gewaltförmigen Erscheinungsformen gegenwärtig ein politisch relevantes und zugleich aktuelles Problem in Thüringen darstellt. Der Thüringer Landesverband der NPD verfügte Ende 2007 über mehr als 500 Mitglieder und hat damit im Freistaat erstmalig mehr Mitglieder als eine der im Bundestag vertretenen Parteien (Bündnis 90/Die Grünen). Zugleich ist die Zahl der einschlägigen Straftaten weiter angestiegen. Selbst wenn es sich dabei überwiegend um Propagandadelikte handelte, war auch für die Gewaltkriminalität und die Sachbeschädigungen eine Steigerung zu verzeichnen (Thüringer Innenministerium 2008).

Während der parteipolitische und zumal der gewalttätige Rechtsextremismus wie andere Formen des Extremismus nur von einer kleinen Minderheit getragen werden, sind rechtsextreme Einstellungen weiter verbreitet. Sie führen zwar nur in seltenen Fällen zu strafrechtlich relevanten Handlungen oder auch nur zu deren Akzeptanz, sie können aber gleichwohl ein gesellschaftliches Klima erzeugen, das den subkulturellen Rechtsextremismus begünstigt und rechtsextreme Ideologeme als normalen Bestandteil des politischen Alltags hinnimmt. Daher werden hier wie in den vergangenen Jahren neben der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und den Entwicklungen im Zeitverlauf vor allem ihre Struktur und ihre Trägergruppen untersucht.

Tab. 8: Rechtsextremismus – Bewertung der einzelnen Statements 2008 im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2007 (in Prozent)

Dimensionen und Statements	-- 2008 (2001-07)	- 2008 (2001-07)	+ 2008 (2001-07)	++ 2008 (2001-07)
Ausländerfeindlichkeit				
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	17 (17)	34 (28)	27 (30)	22 (25)
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	17 (15)	39 (33)	26 (34)	18 (18)
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	49 (50)	31 (27)	10 (12)	10 (11)
Sozialdarwinismus				
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	62 (57)	14 (12)	13 (15)	11 (16)
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	51 (43)	31 (33)	11 (15)	7 (9)
Nationalismus				
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	13 (14)	26 (26)	33 (32)	28 (28)
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	28 (33)	40 (34)	24 (25)	8 (8)
Verharmlosung des Nationalsozialismus				
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	67 (61)	18 (20)	10 (13)	5 (6)
Antisemitismus				
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	72 (67)	19 (21)	8 (8)	1 (4)
Rechte Diktatur				
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	57 (59)	26 (23)	13 (14)	4 (4)

Anmerkung: --: lehne völlig ab; -: lehne eher ab; +: stimme eher zu; ++: stimme völlig zu.

Die Messung des Rechtsextremismus erfolgt mit dem seit 2001 bewährten Instrument, das die sechs Dimensionen rechtsextremer Einstellungen – Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Nationalismus, Sozialdarwinismus, Unterstützung einer rechtsautoritä-

ren Diktatur und Ausländerfeindlichkeit – durch zehn Statements erfasst. Wie schon in allen Vorjahren finden die einzelnen Aussagen unterschiedlich starke Unterstützung (Tab. 8). Auch wenn ein direkter Vergleich des Zustimmungsniveaus zwischen den Items problematisch ist, zeigt sich einmal mehr, dass ausländerfeindliche Parolen auf breite Resonanz stoßen. Verbreitet ist einerseits die sozioökonomisch bedingte Ausländerfeindlichkeit, die sich aus einer so perzipierten Konkurrenz mit Ausländern um knappe Ressourcen wie Arbeitsplätze oder Sozialleistungen speist, andererseits die letztlich ethnozentrischen Ängste vor einer „Überfremdung“. Demgegenüber findet die Ablehnung binationaler Ehen nur geringen Rückhalt unter den Thüringern.

Während die Ausländerfeindlichkeit den Kristallisationspunkt eines „neuen Rechtsextremismus“ bildet, der als Abwehrreaktion gegen Migration und die Entwicklung Deutschlands zu einer Einwanderungsgesellschaft verstanden werden kann, gehören die Dimensionen „Antisemitismus“, „Unterstützung einer rechten Diktatur“ und „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ zum Kernbestand traditioneller rechtsextremer Ideologie in der Bundesrepublik. Den entsprechenden Aussagen stimmen 2008 zwischen 9 und 17 Prozent der Befragten zu. Diese Befunde bestätigen die generellen Ergebnisse der Forschung zu rechtsextremen Einstellungen, wonach der „alte Rechtsextremismus“ weniger virulent ist als der „neue Rechtsextremismus“ und die Ausländerfeindlichkeit in der Ideologie und Strategie der organisierten extremen Rechten eine Brückenfunktion zu den Diskursen der Mehrheitsgesellschaft erfüllt (vgl. ähnlich Decker/Brähler 2006: 167f.).

Sämtliche Aussagen zu den drei genannten Dimensionen des „alten Rechtsextremismus“ werden 2008 von der Mehrheit der Thüringer nachdrücklich abgelehnt. Gleiches gilt für die sozialdarwinistischen Statements. Zudem findet erstmalig seit 2001 nur ein einziges der zehn rechtsextremen Statements mehrheitlich Zustimmung: die Forderung nach einem harten und energischen Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland. Damit deutet sich bereits die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen seit der Jahrtausendwende an. Wie Tabelle 8 ausweist, liegen immerhin bei sieben Aussagen die Zustimmungsquoten 2008 erheblich niedriger als im Schnitt der vorangegangenen sieben Jahre. Lediglich bei den nationalistischen Statements und hinsichtlich der Unterstützung einer rechten Diktatur haben sich keine Veränderungen ergeben.

Bildet man analog zu den Vorjahren einen Summenindex des Rechtsextremismus und betrachtet alle Befragten mit Werten oberhalb des Skalenmittelpunkts als rechtsextrem eingestellt, so entspricht der Anteil Rechtsextremer 2008 mit 16 Prozent in etwa dem des Vorjahres. Auch der harte Kern des Rechtsextremismus ist mit knapp sechs Prozent konstant geblieben. Wie Abbildung 44 veranschaulicht, sind rechtsextreme Einstellungen 2007 und 2008 erheblich weniger verbreitet als in den Jahren zuvor. Dies gilt auch für die Ausländerfeindlichkeit, die insgesamt bei einem vergleichsweise großen Teil der Thüringer vorliegt (Abb. 45).²⁰ Der Anteil von ausländerfeindlich Orientierten ist im Vergleich zum Jahr 2004 um acht Prozentpunkte zurückgegangen und liegt 2008 wieder auf dem Niveau der erstmaligen Erhebung 2001. Fast vier von zehn ausländerfeindlich Eingestellten sind selbst bei einer sehr engen Definition dem harten Kern zuzurechnen, das heißt sie verfügen über hochgradig verfestigte ausländerfeindliche Einstellungen.

20 Als ausländerfeindlich gelten alle diejenigen Befragten, die bei einem von 3 bis 12 Punkte reichenden Summenindex der drei ausländerfeindlichen Aussagen mindestens 8 Punkte erreichen. Haben die Befragten allen drei Aussagen zugestimmt, so kann von hochgradig verfestigten Überzeugungen gesprochen werden.

Abb. 44: *Rechtsextreme Einstellungen (2001-2008): Harter Kern und Befragte mit teilweise verfestigten Überzeugungen (in Prozent)*

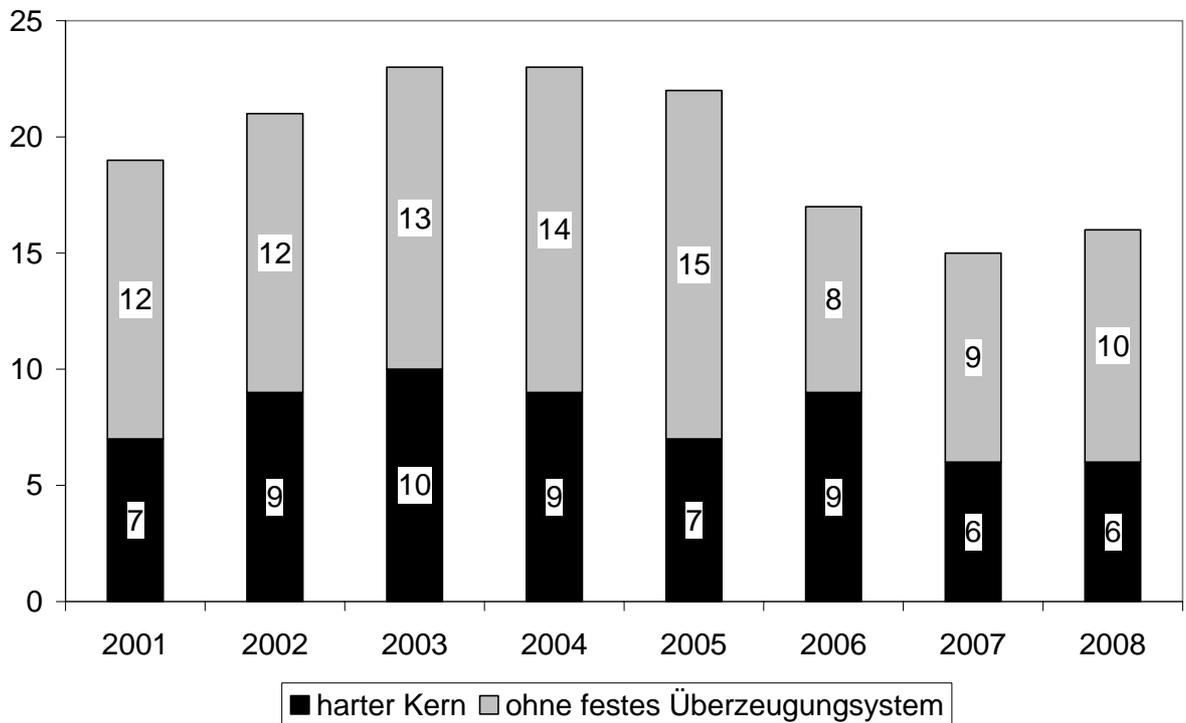
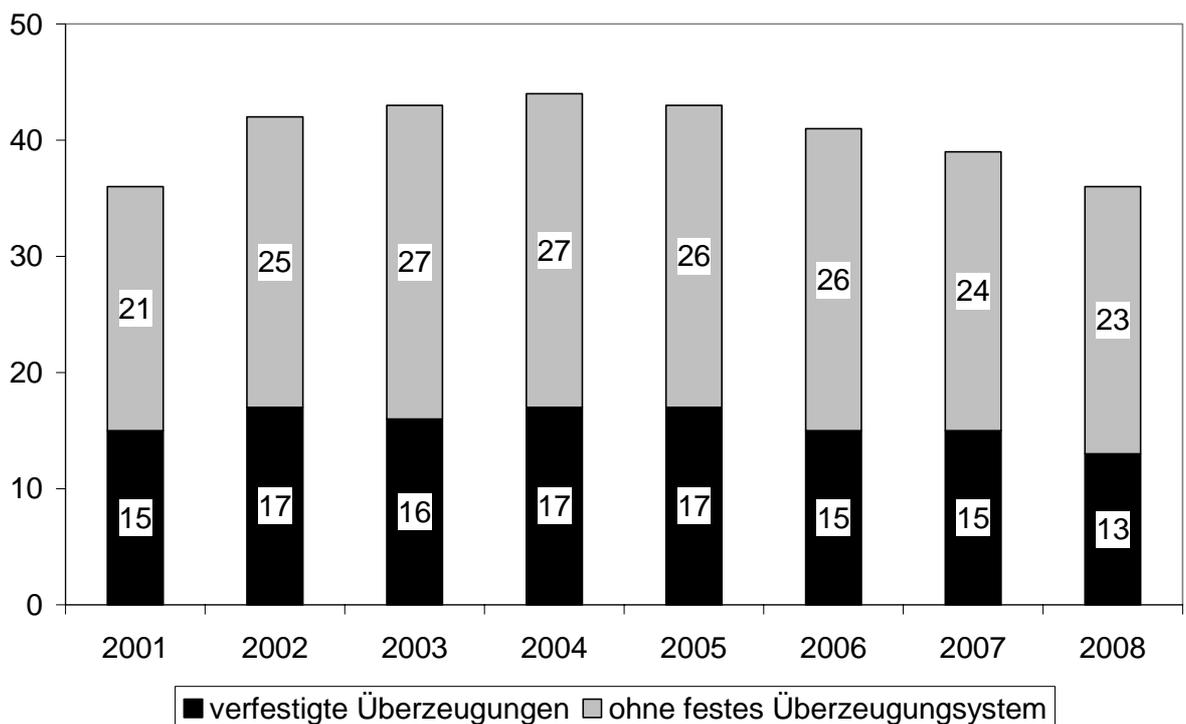


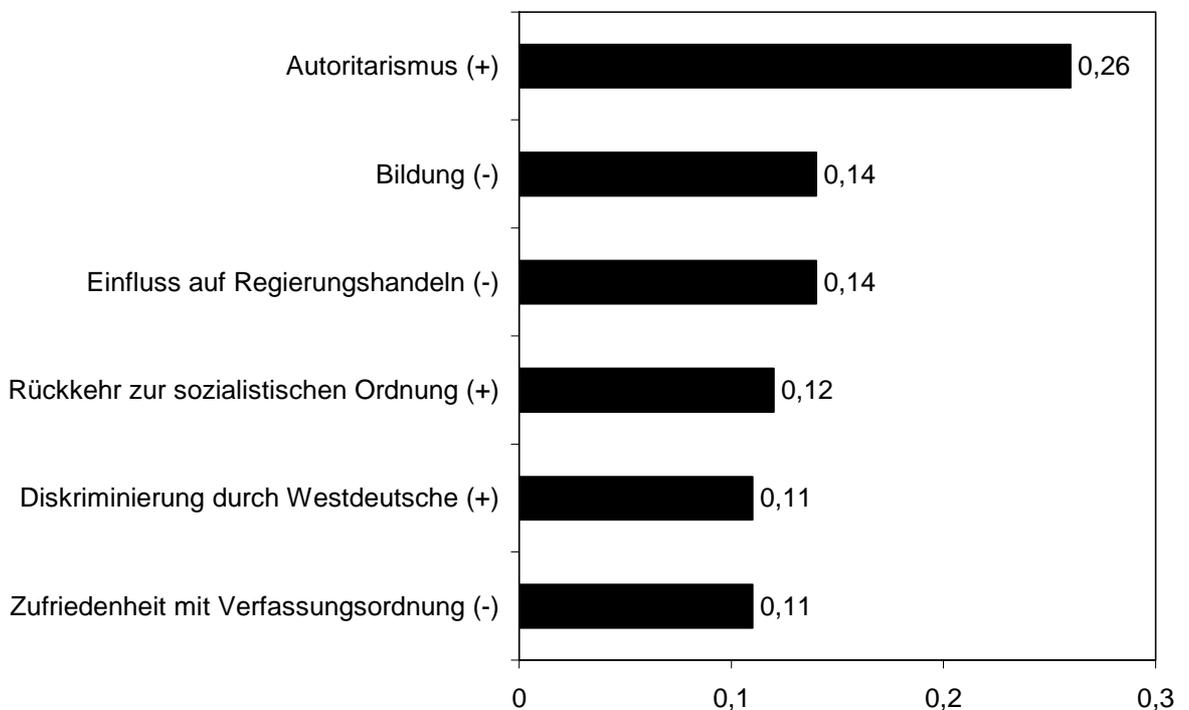
Abb. 45: *Ausländerfeindliche Einstellungen (2001-2008): Befragte mit hochgradig verfestigten und teilweise verfestigten Überzeugungen (in Prozent)*



Erstmalig lassen sich in Thüringen keine Unterschiede im Ausmaß rechtsextremer Einstellungen zwischen den Geschlechtern nachweisen; in allen Jahren zuvor waren Frauen (mitunter erheblich) anfälliger für rechtsextreme Ideologeme als Männer. Insgesamt bestätigt sich jedoch die Varianz rechtsextremer Einstellungen nach verschiedenen sozialstrukturellen Gruppen: Besonders verbreitet sind diese unter den Befragten mit niedrigem Bildungsniveau, unter den Älteren, sowie in den Gruppen mit niedrigem Haushaltsnettoeinkommen und einer auch nach der subjektiven Einschätzung schlechten finanziellen Lage – wobei sich diese Gruppen vielfach überschneiden. Besonders weit verbreitet sind rechtsextreme Orientierungen unter den Arbeitslosen (40%).

Jenseits sozialstruktureller Variablen haben, betrachtet man die bivariaten Zusammenhänge, vor allem vier Faktoren einen starken Einfluss auf die Herausbildung entsprechender Einstellungen: soziale Abstiegsängste, die wahrgenommene Diskriminierung durch Westdeutsche, Persönlichkeitsmerkmale (Autoritarismus und Anomie) sowie grundlegende politische Haltungen, konkret die Bewertung der Demokratie als Staatsidee und Verfassungsordnung sowie der Wunsch nach Rückkehr zur sozialistischen Ordnung. Die Zusammenhänge mit ökonomischen Grundauffassungen sind demgegenüber tendenziell schwächer. Leistungsorientierte weisen etwas höhere Werte, Befragte mit einer Präferenz für Wirtschaftswachstum weit überdurchschnittliche Werte auf der Rechtsextremismusskala auf. Kein Zusammenhang besteht hingegen zwischen den entsprechenden Einstellungen und der Bewertung des Wirtschaftssystems in Deutschland.

Abb. 46: *Determinanten rechtsextremer Einstellungen*
(Beta-Werte)*



* Je länger die Balken, desto größer die eigenständige Erklärungskraft des jeweiligen Bestimmungsfaktors. Berücksichtigt sind lediglich Faktoren mit einem Beta-Wert größer 1.

Im Rahmen einer multivariaten (Regressions-)Analyse erweist sich der Autoritarismus einmal mehr als die stärkste Determinante des Rechtsextremismus (Abb. 46). Mit weitem Abstand folgt das formale Bildungsniveau, womit sich gleichfalls einer Kernbefund früherer Jahre bestätigt. Für eine gute Erklärung des Rechtsextremismus (Varianzaufklärung: 54%) müssen eine Reihe weiterer Faktoren in das Modell einbezogen werden: die vermutete Beeinflussbarkeit des Regierungshandelns (*political efficacy*), der Wunsch nach einer Rückkehr zur sozialistischen Ordnung, die empfundene Diskriminierung durch Westdeutsche sowie die Unterstützung der Demokratie auf der Strukturebene. Die Einstellungen zu Ordnungsprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verbessern die Erklärungskraft des Modells kaum.

Wenn auch die Wirkungen der ökonomischen Grundorientierungen auf den Rechtsextremismus begrenzt sind, so ist doch mit Blick auf das Schwerpunktthema des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS von Interesse, welche Einstellungen Rechtsextreme zu wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen haben. Im Kontrast zur seit Jahren antikapitalistischen Rhetorik der wichtigsten Rechtsaußenpartei, der NPD, zeigen sich die rechtsextrem Eingestellten eher marktfreundlich. So meinen etwa zwei Drittel von ihnen, dass sich die Wirtschaft am besten entwickle, wenn es keine staatlichen Eingriffe gebe. Auch stimmen die Befragten mit rechtsextremen Orientierungen überdurchschnittlich häufig der Auffassung zu, dass das Soziale bei der Sozialen Marktwirtschaft ein Übergewicht erlangt habe. Dementsprechend messen sie der Senkung der Staatsausgaben eine etwas höhere Bedeutung bei als die übrigen Befragten.

Von politisch weit größerer Relevanz ist allerdings, ob rechtsextreme Einstellungen bei einem Teil der Betroffenen auch in entsprechendes Verhalten münden. Dafür lassen sich auf der Basis einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung nur erste Anhaltspunkte gewinnen. Dabei interessiert gerade mit Blick auf die fünften Wahlen zum Thüringer Landtag im August 2009 zunächst die parteipolitische Orientierung der Rechtsextremen. Diese lassen zwar eine weit überproportionale Neigung zu Rechtsaußenparteien erkennen, allerdings zeigen sich nicht einmal fünf Prozent der NPD, DVU oder den „Republikanern“ verbunden. Weiterhin neigt eine Mehrheit der Rechtsextremen, falls sie überhaupt eine Parteineigung angeben, den drei im Landtag vertretenen Parteien zu – Ähnliches dürfte für das Wahlverhalten gelten.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für die mit einer von -5 bis +5 reichenden Skala erfasste Parteiensympathie (vgl. Kap. IV.1). Befragte mit rechtsextremen Orientierungen bewerten die Rechtsaußenparteien sehr viel positiver als die übrigen Befragten, gleichwohl aber fällt die Bewertung im Schnitt klar negativ aus. Auch unter den Thüringern, die sich anfällig für Parolen der extremen Rechten zeigen, werden deren Parteien weit schlechter bewertet als die etablierten Parteien. Selbst beim harten Kern der rechtsextrem Eingestellten erreichen Rechtsaußenparteien – bei großer Varianz der Beurteilungen – keine positiven Sympathiewerte. Dieser aktuell geringe Rückhalt von NPD, DVU und „Republikanern“ in der Thüringer Bevölkerung dürfte allerdings zum Teil auf Effekte der sozialen Erwünschtheit zurückgehen: Manche Befragte zögern, im Wissen um eine negative öffentliche Meinung ihre tatsächlichen Präferenzen zu äußern. Insofern erlaubt die beträchtliche Distanz der rechtsextrem Eingestellten zu den Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten. In anderer Hinsicht deutet sich zudem ein deutlicher Zusammenhang von rechtsextremen Einstellungen und politischem Handeln an: Mehr als ein Fünftel der Rechtsextremen würde zur Erreichung politischer Ziele auch Gewalt ausüben, unter den übrigen Befragten sind dies gerade einmal vier Prozent.

V. Fazit

„Die Doppelnatur des Menschen – frei sein zu wollen, um sich bewähren zu können, und sich zugleich in einer Gemeinschaft aufgehoben zu wissen und sich auch für sie einzusetzen – ist die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft“ (Jenaer Aufruf, 2008). Wie man dieser Doppelnatur des Menschen bei der konkreten Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft gerecht werden kann, darüber gehen die Vorstellungen auseinander. In der deutschen Tradition impliziert sie jedenfalls keinen Zielkonflikt zwischen einer effizienten Marktwirtschaft einerseits und dem Sozialen andererseits. Im Gegenteil geht es darum, „auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden“ (Müller-Armack 1956: 390). In dieser komplexen Sicht soll staatliche Ordnungspolitik Markt und soziale Sicherheit so zusammenfügen, dass die Menschen zur Übernahme von Risiken ermutigt und gegen Grundrisiken solidarisch gesichert sind. Der Markt braucht den Sozialstaat: Durch Risikoschutz, Bildungszugang und Beteiligung schafft der Sozialstaat die Voraussetzungen für Leistung und Chancenvielfalt und ermöglicht das Funktionieren von Markt und Wettbewerb. Umgekehrt braucht der Sozialstaat aber auch den Markt, der Wohlstand für breite Schichten der Bevölkerung ermöglicht und damit für die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats erst die wirtschaftliche Basis herstellt.

In welchem Verhältnis stehen Markt und Sozialstaat, stehen Eigenverantwortung und Solidarität für die Thüringer? Wie beurteilen sie – fast zwei Jahrzehnte nach ihrer Einführung – die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft? Wie beeinflusst die Wirtschaftslage dieses Urteil? Und wie wirkt sich die Einschätzung des Wirtschaftssystems auf die Wertschätzung demokratischer Normen und die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie aus?

Als erster Befund ist festzuhalten, dass die Thüringer im Hinblick auf die wirtschaftspolitischen Ordnungsprinzipien beide Komponenten der Sozialen Marktwirtschaft miteinander verbinden. Einerseits fordern sie fast einstimmig Eigenverantwortung ein. Nicht weniger als 84 Prozent der Befragten vertreten die Auffassung, dass die Menschen sich nicht so sehr auf den Staat verlassen, sondern ihre Probleme stärker selbst in Angriff nehmen sollten. Zur sozialistischen Ordnung zurückkehren möchte nur eine Minderheit von einem Fünftel. Andererseits will etwa die Hälfte der Thüringer auf Staatseingriffe in die Wirtschaft nicht verzichten; und bei der Frage, ob man mehr auf Solidarität als auf individuelle Leistung setzen sollte, entscheidet sich die eine Hälfte für Solidarität und die andere für Leistung. Schließlich hält die weit überwiegende Mehrheit eine ökologische Komponente der Sozialen Marktwirtschaft für unerlässlich; nur 14 Prozent geben dem Wirtschaftswachstum auch dann Vorrang, wenn die Umwelt dabei Schaden nehmen sollte. Wie stark aber die Präferenz der Thüringer für die sozialstaatliche Komponente ist, deutet sich in ihrer Bewertung der gegenwärtig bestehenden Wirtschaftsordnung an: Nur etwa jeder siebte Befragte sieht Markt und Soziales in einem ausgewogenen Verhältnis, für drei Viertel hat der Markt ein zu großes Übergewicht, lediglich acht Prozent finden dagegen das Soziale zu stark gewichtet.

Allerdings folgen die Thüringer in ihren Positionen zu konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen nicht immer konsequent ihren sozialstaatlich akzentuierten Grundorientierungen. So plädiert die weit überwiegende Mehrheit der Thüringer dafür, Arbeitsplätze durch marktkonforme Anreizsysteme für Unternehmen zu schaffen, anstatt öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu finanzieren. Mehr als zwei Drittel der Befragten treten dafür ein, der Reduktion der Staatsverschuldung Priorität zu geben. Dementsprechend sollen die öffentlichen Haushalte für die Allermeisten (82%) durch Ausgabenkürzungen ausgeglichen werden, nur

Wenige ziehen die Steuererhöhungen (6%) oder zusätzliche Schulden (5%) vor. Wird aber nach konkreten Kürzungsmöglichkeiten gefragt, so zeigt sich, dass ein Großteil der Thüringer in nur wenigen Bereichen (wenn nicht gar in keinem Bereich) Ausgabenkürzungen akzeptieren möchte. Dass für den Bereich Soziales (neben der Bildung) die geringste Bereitschaft besteht, Ausgabenkürzungen zuzulassen, lässt erkennen, dass auch konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen mit sozialstaatlichen Maßstäben gemessen werden, wenn es ernst wird.

Hervorzuheben ist, dass zwei Drittel der Thüringer dem Wirtschaftssystem als Ganzem ein gutes Funktionieren attestieren, ebenfalls eine Mehrheit sieht das deutsche Wirtschaftssystem auch für die Zukunft gerüstet. Diese Bewertungen folgen deutlich parteipolitischen Affinitäten. Während etwa zwei Drittel der CDU- und der SPD-Anhänger das deutsche Wirtschaftssystem für gleichermaßen funktionsfähig und zukunftstauglich halten, findet diese Auffassung nur bei einer Minderheit der Anhänger der Linken Zustimmung. Einem erheblichen Teil der Systemkritiker im Lager der Linken schwebt eine Rückkehr zur sozialistischen Ordnung vor, während diese Option bei den systemkritischen Anhängern von CDU und SPD nicht in Betracht gezogen wird.

Die Bewertung des Wirtschaftssystems variiert jedoch nicht nur mit der parteipolitischen Position der Befragten, sondern hängt vor allem von deren Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen ab. Entscheidendes Kriterium für die Beurteilung des Wirtschaftssystems ist somit seine Performanz. Erbringt es die erwarteten Leistungen, erfährt es Unterstützung; bleiben diese aus, so besteht die Gefahr, dass ihm diese entzogen wird.

In dieser Hinsicht kann die Befragung des Jahres 2008 optimistisch stimmen. Sie zeigt, dass sich die Wahrnehmung sowohl der individuellen als auch der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen auf einem im Vergleich zu den Vorjahren hohen Niveau stabilisiert hat. Der Anteil derjenigen, die Thüringen an der Spitze der Wirtschaftsentwicklung der ostdeutschen Länder sehen, ist weiter gestiegen und für eine Mehrheit braucht Thüringen auch den Vergleich mit dem Westen nicht zu scheuen.

Diese subjektiven Einschätzungen sind vor dem Hintergrund objektiver Entwicklungen in Thüringen zu sehen. Dies gilt nicht nur für den konjunkturellen Aufschwung seit 2005. In langfristiger Perspektive ist der Freistaat seit 1991 mit einer deutlichen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, der Exportquote und des Außenhandelsaldos, der verfügbaren Realeinkommen und der Altersrenten dem Ziel eines selbst tragenden Wachstums ein großes Stück näher gekommen, wenn auch begleitet von hoher Arbeitslosigkeit und um den Preis einer überdurchschnittlichen Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Im gleichen Zeitraum hat sich auch die Umweltsituation deutlich verbessert: Die Schadstoffbelastung wurde stark reduziert, der Energieverbrauch gesenkt und beim Anteil regenerativer Energien ist Thüringen bundesweit Vorreiter. Diese Entwicklung spiegelt sich in den Bilanzen, die die Thüringer für die Situation von 2008 im Vergleich zu der von 1990 aufmachen: Die Mehrheit der Befragten sieht ihren persönlichen Lebensstandard, zwei Drittel sehen die wirtschaftliche Lage in Thüringen verbessert, ebenfalls zwei Drittel erkennen eine deutliche Reduzierung der Umweltbelastung.

Zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2008 konnte sich somit die Leistungsbilanz des im Zuge der Wiedervereinigung eingeführten Systems der Sozialen Marktwirtschaft in Thüringen durchaus sehen lassen. Ob dies auch einige Monate später, im Herbst 2008, noch so wahrgenommen wird, mag bezweifelt werden. Inzwischen hat die Verschärfung der Krise der Finanzmärkte die Weltwirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs geführt. Die Frage liegt nahe, ob diese Entwicklung ein Gefahrenpotential für die Demokratie in sich birgt. Eine auf Thüringen bezogene Antwort kann auf die nunmehr seit dem Jahr 2000 zum achten Mal wie-

derholten Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS zur politischen Kultur zurückgreifen, die Aussagen zu Solidität, Kontinuität und Wandel demokratiebezogener Einstellungen erlauben.

Erstens bestätigt sich die bereits aus einer früheren Untersuchung (TM 2003: 36, 79) bekannte Ambivalenz in der Bewertung der Parteien und der Parteienstaatlichkeit. Einerseits fallen die allgemeinen Urteile dezidiert negativ aus: Den Parteien wird mangelnde Responsivität gegenüber der Wählerschaft unterstellt und die parteienstaatlichen Institutionen genießen bei weitem weniger Vertrauen als politikferne Institutionen, wobei die Kluft 2008 noch gewachsen ist. Andererseits liegen die Durchschnittswerte der Bundestagsparteien beim Parteienskalometer fast ausnahmslos im positiven Bereich; nur eine kleine Minderheit von etwa sechs Prozent der Befragten bewertet alle fünf Parteien negativ. Gegen die immer wieder behauptete „Parteienverdrossenheit“ spricht auch, dass mehr als die Hälfte der Thüringer einer der etablierten Partei zuneigt und dass drei Viertel der Befragten zumindest einer Partei die Lösung wichtiger politischer Probleme zutrauen. Gleichwohl sinkt mit steigendem Problemdruck das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Parteien.

Zweitens ist die Demokratiezufriedenheit ebenso wie das Vertrauen in die parteienstaatlichen Institutionen im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Auf die Unterstützung, die der demokratischen Werte- und Verfassungsordnung entgegengebracht wird, hat die zunehmende Unzufriedenheit jedoch keinen erkennbaren Effekt. Wie bisher kann von einer relativ starken Verwurzelung der Demokratie im Bewusstsein der Thüringer ausgegangen werden. Von einem ausgeprägten demokratischen Engagement wird hingegen weiterhin nicht die Rede sein dürfen. Zwar sind die Partizipationswerte seit dem Jahr 2000 insgesamt gestiegen, doch verbleibt eine Mehrheit der Thüringer politisch passiv. Freilich lassen die Aussagen zur Partizipationsbereitschaft ein Mobilisierungspotenzial erkennen, das von Parteien, Vereinen und Bürgerinitiativen bislang nicht annähernd ausgeschöpft worden ist.

Drittens wird die demokratische Ordnung in Thüringen vornehmlich durch die extreme Rechte herausgefordert. Deren Parolen stoßen bei einer Minderheit der Befragten auf Resonanz, wobei der Anteil Rechtsextremer und darunter der des harten Kerns gegenüber 2007 unverändert geblieben ist. Im Vergleich zu den Durchschnittswerten aller vorausgegangener Jahre sind 2008 bei fünf von sechs Dimensionen des rechtsextremen Einstellungssyndroms die Zustimmungswerte gesunken; die einzige Ausnahme stellt die Dimension des Nationalismus dar. Rechtsextreme Parteien werden von der überwiegenden Mehrheit der Thüringer abgelehnt; selbst unter den rechtsextrem Eingestellten stoßen sie auf deutliche Vorbehalte. Selbst wenn man den Einfluss sozialer Erwünschtheit bei diesen Auskünften in Rechnung stellt, dürften die Voraussetzungen von NPD und DVU für die Wählermobilisierung zur Landtagswahl im kommenden Jahr eher ungünstig sein.

Schließlich haben sich viertens deutliche Zusammenhänge zwischen der Demokratiezufriedenheit und der Bewertung des Wirtschaftssystems in Deutschland nachweisen lassen. In beiden Fällen dürfte eine starke Output-Orientierung seitens der Bürger bestehen. Erbringen die wirtschaftliche Ordnung und die Demokratie sowie ihre Akteure die erwarteten Leistungen, werden sie auch positiv eingeschätzt. Bleiben die Leistungen hinter den Erwartungen zurück, droht ihnen zumindest vorläufig der Entzug der Unterstützung. Während nach den bisherigen Erkenntnissen auf mittlere Sicht auch eine steigende Unzufriedenheit mit der ökonomischen und politischen Performanz nicht zu einer Delegitimation der demokratischen Struktur und Normen führt, deuten sich hier gleichwohl Sollbruchstellen an.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus diesen Befunden des Sommers 2008 für die Zukunft der Demokratie in einer Ausnahmekonstellation, in der die Krise der Weltwirtschaft auch Deutschland erreicht hat. Wenn – wie in dieser Studie belegt – das Vertrauen in demo-

kratische Institutionen und die Zufriedenheit mit der Demokratie in hohem Maße vom Output, von den Ergebnissen der Politik, insbesondere von den wirtschaftlichen Leistungen und von der Wertschätzung des Wirtschaftssystems abhängen, dann ist die Demokratie gegenwärtig an einem ihrer empfindlichsten Punkte getroffen. Ob und ab wann Unzufriedenheit mit den Leistungen der Demokratie in eine schleichende oder gar abrupte Abwendung von demokratischen Werten und Grundsätzen umschlägt, ist schwer vorauszusagen. Bisher gibt es keine Anhaltspunkte für eine solche Entwicklung.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung der Demokratie, vor allem in den östlichen Ländern, werden die Weichenstellungen sein, welche als Konsequenz aus der Krise für die zukünftige Wirtschaftsordnung vorgenommen werden. Dass nun die ordnende Hand des Staates gefragt ist, nachdem die Selbstregulierung des Marktes versagt hat und eine ganze Wirtschaftsbranche sich in die rettenden Arme des Staates zu flüchten scheint, ist leicht nachvollziehbar. Gerade in Ostdeutschland, wo man die Erfahrung hat machen müssen, dass sich das westdeutsche Wirtschaftswunder der 1950er und 1960er Jahre nicht aus dem Stand wiederholen lässt, könnte die Versuchung groß sein, alle Hoffnung allein auf den Staat zu setzen.

Dennoch spricht Vieles dafür, sich weiterhin der Herausforderung zu stellen, Markt und Sozialstaat in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Denn auf dieser Balance beruhen nicht allein die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die integrative Kraft der Sozialen Marktwirtschaft, auf die Thüringen angewiesen ist. Ein solcher Weg würde dem Staat auch Überforderungen ersparen und die Demokratie damit vor enttäuschten Erwartungen bewahren, die das Vertrauen in sie untergraben.

Literatur

- ALLBUS (2006): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. Kumulierter Datensatz der Erhebungen 1980-2006.
- Andersen, Uwe (Hrsg.) (2007): Soziale Marktwirtschaft. Stagnation, Umbau oder Neubeginn?, 2. Aufl., Schwalbach.
- Arzheimer, Kai (2002): Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden.
- Bertelsmann Stiftung (2008): BürgerProgramm Soziale Marktwirtschaft – Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerumfrage zu den Vorschlägen des BürgerForums Soziale Marktwirtschaft, Gütersloh.
- Buck, Hannsjörg F. (1999): Umweltbelastung durch Müllentsorgung und Industrieabfälle in der DDR, in: Kuhrt, Eberhard (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen, S. 455-497.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2006): Umweltbewusstsein in Deutschland 2006. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Paderborn.
- Bundesverband Deutscher Banken (Hrsg.) (2005): Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft. Ergebnisse repräsentativer Bevölkerungsumfragen im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken, Mannheim.
- Cassel, Dieter (Hrsg.) (1998): 50 Jahre soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption, Stuttgart.
- Clapham, Ronald (2007): Entstehung und Entwicklung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, in: Andersen, Uwe (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft. Stagnation, Umbau oder Neubeginn?, 2. Aufl., Schwalbach, S. 8-21.
- Decker, Oliver / Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin.
- Döring, Thomas / Blume, Lorenz / Türck, Matthias (2008): Ursachen der unterschiedlichen Wirtschaftskraft der deutschen Länder. Gute Politik oder Resultat günstiger Rahmenbedingungen?, Baden-Baden.
- Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2004): Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems am Beispiel Thüringens, Frankfurt a.M. u. a.
- Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2007): Altersstudie Thüringen. Einstellungen und Erwartungen älterer Menschen, Jena.
- Engler, Wolfgang (2005): Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin.
- Esping-Andersen, Gosta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton.

- Fuchs, Dieter (2002): Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraud / Weßels, Bernhard (Hrsg.): Bürger und Demokratie. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Wiesbaden, S. 27-49.
- Grundwald, Armin / Kopfmüller, Jürgen (2006): Nachhaltigkeit, Frankfurt a.M. / New York.
- Jahoda, Marie / Lazarsfeld, Paul F. / Zeisel, Hans (1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch, Frankfurt a.M. [erstveröffentl. 1933].
- Jenaer Aufruf „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Juni 2008, S. 13.
- Kallabis, Heinz u. a. (1995): Zur Spezifik der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern. Soziale und psychologische Folgen – individuelle und soziale Bewältigung (KSPW Kurzstudie 522), Halle.
- Klump, Rainer (2001): Soziale Marktwirtschaft: Geistige Grundlagen, ethischer Anspruch, historische Wurzeln, in: Schlecht, Otto / Stoltenberg, Gerhard (Hrsg.): Soziale Marktwirtschaft. Grundlagen, Entwicklungslinien, Perspektiven, Freiburg / Basel / Wien, S. 17-59.
- Köcher, Renate (2008): Liebe zur D-Mark – Skepsis zur Wirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Juni 2008, S. B3.
- Korte, Rudolf / Fröhlich, Manuel (2004): Politik und Regieren in Deutschland: Strukturen, Prozesse, Entscheidungen, Paderborn.
- Lane, David / Myant, Martin (2007): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries, New York / Basingstoke.
- Müller-Armack, Alfred (1947): Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft, Hamburg.
- Müller-Armack, Alfred (1956): Soziale Marktwirtschaft, in: Beckerath, Erwin von u. a. (Hrsg.): Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 9, Stuttgart u.a., S. 390-392.
- Müller-Armack, Alfred (1974): Genealogie der sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern u. a.
- Niedermayer, Oskar (2005): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen, 2. akt. und erw. Aufl., Wiesbaden.
- Niedermayer, Oskar (2008): Parteimitgliedschaften im Jahr 2007, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 39, S. 379-386.
- Paraskewopoulos, Spiridon (2008): Die Wirtschaftsidentität der Deutschen – der Wert der Sozialen Marktwirtschaft, in: Bücking, Jörg / Jesse, Eckhard (Hrsg.): Deutsche Identität in Europa, Berlin, S. 143-174.
- Patzelt, Werner J. (2005): Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 36, S. 517-538.
- Rackow, Katja (2007): Ausgrenzungserfahrungen im Lebenslauf. Risiken und Folgen von Arbeitslosigkeit, Saarbrücken.
- Roesler, Jörg (2006): Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR, Erfurt.

- Sachsen-Anhalt-Monitor 2007. Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit, Halle.
- Schlecht, Otto (2001): Ordnungspolitik für eine zukunftsfähige Marktwirtschaft. Erfahrungen, Orientierungen, Handlungsempfehlungen, Frankfurt a.M.
- Schlecht, Otto / Stoltenberg, Gerhard (Hrsg.) (2001): Soziale Marktwirtschaft. Grundlagen, Entwicklungslinien, Perspektiven, Freiburg / Basel / Wien.
- Thüringer Innenministerium (Hrsg.) (2008): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2007, Erfurt.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

- THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.
- THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als Dicke, Klaus u. a. [2001]: Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt).
- THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002, Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.
- THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003, Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.
- THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats, Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.
- THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990-2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer, Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.
- THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten, Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.
- THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft, Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind darüber hinaus auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <http://www.thueringen.de/de/politisch/tm/> abrufbar.

Anhang

Tabellarische Übersichten

- A 1 Leben in Thüringen
- A 2 Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder
- A 3 Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Ländern
- A 4 Jugendliche zur Ausbildung ins Ausland
- A 5 Identifikation
- A 6 Land Mitteldeutschland
- A 7 Vor- oder Nachteile der Einheit
- A 8 Vor- oder Nachteile der Einheit für Ostdeutschland
- A 9 Wirtschaftliche Lage in Thüringen
- A 10 Eigene wirtschaftliche Lage
- A 11 Auswirkungen wirtschaftliche Lage auf eigene Situation
- A 12 Vergleich zu 1990: wirtschaftliche Lage
- A 13 Vergleich zu 1990: Lebensstandard
- A 14 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- A 15 Gerechte Gesellschaft
- A 16 Gerechter Anteil
- A 17 Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche
- A 18 Angst vor sozialem Abstieg
- A 19 Interesse an Wirtschaftspolitik
- A 20 Leistung versus Solidarität
- A 21 Wirtschaftssystem: Funktionsfähigkeit
- A 22 Wirtschaftssystem: Zukunftsfähigkeit
- A 23 Wirtschaftssystem: Markt – Soziales
- A 24 Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren
- A 25 Staatsverschuldung
- A 26 Staatseingriff in die Wirtschaft
- A 27 Eigenverantwortung

- A 28 Wirtschaft versus Umwelt
- A 29 Höhere Preise für Ökoprodukte
- A 30 Vergleich zu 1990: Gesundheitsversorgung
- A 31 Vergleich zu 1990: Belastung der Umwelt
- A 32 Ausgleich von Finanzierungslücken
- A 33 Ausgabenkürzungen: Umweltschutz
- A 34 Ausgabenkürzungen: Wirtschaftsförderung
- A 35 Ausgabenkürzungen: Sozialer Bereich
- A 36 Ausgabenkürzungen: Schulen und Hochschulen
- A 37 Ausgabenkürzungen: Polizei
- A 38 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
- A 39 Förderung von Arbeitsplätzen
- A 40 Energieträger: Wind
- A 41 Energieträger: Sonne
- A 42 Energieträger: Kohle
- A 43 Energieträger: Atom
- A 44 Energieträger: Biomasse
- A 45 Soziale Sicherungssysteme
- A 46 Rentenbeiträge für Kinderlose
- A 47 Steuerfinanzierte Grundrente
- A 48 Staatliche Förderung für Familien
- A 49 Interesse an Politik
- A 50 Parteien wollen nur Stimmen der Wähler
- A 51 Ohne Berufspolitiker würde schlechter regiert
- A 52 Politische Eigenkompetenz
- A 53 Fehlender Einfluss auf Regierung
- A 54 Mich an einen Politiker wenden
- A 55 In einer politischen Partei mitarbeiten
- A 56 In einer Bürgerinitiative mitarbeiten
- A 57 An einer genehmigten Demonstration teilnehmen
- A 58 An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
- A 59 Mit Gewalt für meine Ziele kämpfen

- A 60 Kompetenteste Partei: Wirtschaft voranbringen
- A 61 Kompetenteste Partei: Arbeitsplätze sichern
- A 62 Kompetenteste Partei: Kriminalität bekämpfen
- A 63 Kompetenteste Partei: für soziale Gerechtigkeit sorgen
- A 64 Kompetenteste Partei: Abwanderung stoppen
- A 65 Kompetenteste Partei: den ländlichen Raum voranbringen
- A 66 Kompetenteste Partei: gute Bildungspolitik betreiben
- A 67 Kompetenteste Partei: gute Umweltpolitik betreiben
- A 68 Vertrauen in die Bundesregierung
- A 69 Vertrauen in die Landesregierung
- A 70 Vertrauen in die Gerichte
- A 71 Vertrauen in die Polizei
- A 72 Zufriedenheit mit der Demokratie
- A 73 Demokratie besser als andere Staatsideen
- A 74 Zufriedenheit mit Verfassungsordnung
- A 75 Gehorsam und Disziplin wichtig
- A 76 Wir brauchen eine starke Hand
- A 77 Ausländer kommen um Sozialstaat auszunutzen
- A 78 Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet
- A 79 Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen
- A 80 Diktatur die bessere Staatsform
- A 81 Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen
- A 82 Ausländer sollen unter eigenen Landsleuten heiraten
- A 83 Es gibt wertvolles und unwertes Leben
- A 84 Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten
- A 85 Die Juden passen nicht zu uns
- A 86 Der Stärkere soll sich durchsetzen

Tabelle A1**Leben in Thüringen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sehr gut	Gut	Teils teils	Weniger gut	Schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	8	54	29	6	3	1
Geschlecht							
Männer	487	8	55	27	7	2	1
Frauen	513	8	53	30	5	3	1
Alter							
18-24 Jahre	108	6	56	24	13	1	0
25-34 Jahre	127	16	41	35	3	5	0
35-44 Jahre	176	8	58	30	3	2	0
45-59 Jahre	270	8	51	31	6	4	0
60 Jahre und älter	318	6	59	25	6	2	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	6	53	30	4	4	2
10. Klasse	474	6	49	33	8	3	0
Abitur	95	14	62	21	2	0	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	12	61	22	5	1	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	10	55	30	4	1	0
in Ausbildung	76	8	60	27	5	0	0
arbeitslos	69	1	30	39	14	16	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	6	56	26	7	3	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	7	47	35	8	2	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	9	56	32	3	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	17	65	15	2	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	15	51	26	5	3	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	8	49	33	7	3	1
evangelisch	242	9	66	19	3	2	1
katholisch	70	6	60	26	7	1	0

Was meinen Sie: Wie gut kann man in Thüringen alles in allem gesehen leben?

Tabelle A2**Vergleich Thüringen – westdeutsche Länder**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	24	35	34	5	2	1
Geschlecht							
Männer	487	21	32	37	6	3	0
Frauen	513	27	37	31	4	1	1
Alter							
18-24 Jahre	108	7	43	43	5	2	0
25-34 Jahre	127	29	43	22	5	1	1
35-44 Jahre	176	22	38	34	5	1	0
45-59 Jahre	270	23	28	41	5	2	1
60 Jahre und älter	318	30	31	30	5	3	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	32	31	33	1	2	0
10. Klasse	474	20	36	37	4	3	1
Abitur	95	29	35	29	6	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	22	35	31	9	2	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	22	37	35	5	1	0
in Ausbildung	76	9	43	39	8	0	0
arbeitslos	69	13	29	44	9	1	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	31	30	30	4	4	1
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	18	34	43	2	3	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	25	35	36	3	1	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	26	49	19	7	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	23	28	33	13	3	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	22	34	37	5	3	1
evangelisch	242	28	36	29	5	1	1
katholisch	70	29	39	26	7	0	0

Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.

Tabelle A3

**Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in
anderen ostdeutschen Ländern**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	10	26	38	14	6	6
Geschlecht							
Männer	487	12	30	36	13	6	5
Frauen	513	8	22	39	16	6	8
Alter							
18-24 Jahre	108	3	23	40	22	7	5
25-34 Jahre	127	16	27	35	14	4	4
35-44 Jahre	176	10	34	32	11	7	5
45-59 Jahre	270	10	27	38	16	6	4
60 Jahre und älter	318	9	21	40	13	5	11
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	14	22	34	12	7	10
10. Klasse	474	10	26	36	16	8	4
Abitur	95	11	25	40	13	2	9
(Fach-) Hochschulabschluss	226	4	29	43	15	2	7
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	10	31	38	14	5	3
in Ausbildung	76	1	24	43	17	4	11
arbeitslos	69	9	11	31	27	14	7
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	12	23	38	12	5	10
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	12	28	36	13	8	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	10	29	39	15	5	3
höh.-leit. Ang./Beamte	86	8	40	31	13	2	6
Landw./Selbst./Freiber.	40	8	25	43	20	0	5
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	9	27	36	16	6	6
evangelisch	242	13	22	42	13	2	8
katholisch	70	7	27	39	7	9	11

Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern.

Tabelle A4**Jugendliche zur Ausbildung ins Ausland**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	15	14	32	20	17	1
Geschlecht							
Männer	487	15	14	31	21	19	0
Frauen	513	16	15	34	19	15	2
Alter							
18-24 Jahre	108	20	21	26	15	19	0
25-34 Jahre	127	23	18	30	19	9	1
35-44 Jahre	176	17	11	33	23	15	0
45-59 Jahre	270	14	13	31	21	21	0
60 Jahre und älter	318	11	14	37	19	16	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	13	7	31	24	24	1
10. Klasse	474	13	13	32	22	20	0
Abitur	95	26	19	29	18	4	4
(Fach-) Hochschulabschluss	226	19	23	36	12	9	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	18	14	31	20	16	0
in Ausbildung	76	16	19	23	21	21	0
arbeitslos	69	12	13	30	25	20	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	12	14	36	19	16	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	14	8	32	22	23	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	20	14	33	20	13	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	24	30	32	9	5	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	15	13	15	33	25	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	15	14	30	22	18	0
evangelisch	242	16	15	37	15	13	2
katholisch	70	17	13	33	17	19	1

Jugendliche sollten einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland verbringen.

Tabelle A5

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Identifikation				
		Thüringer	Ost-deutscher	Deutscher	Europäer	nichts davon / keine Angabe
Insgesamt	1000	42	17	29	10	1
Geschlecht						
Männer	487	33	19	34	11	2
Frauen	513	51	16	24	9	0
Alter						
18-24 Jahre	108	33	13	39	11	4
25-34 Jahre	127	39	14	27	16	4
35-44 Jahre	176	36	25	28	11	1
45-59 Jahre	270	48	20	24	8	1
60 Jahre und älter	318	45	14	32	9	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	54	9	29	6	2
10. Klasse	474	47	17	27	8	0
Abitur	95	29	16	32	19	4
(Fach-) Hochschulabschluss	226	27	24	34	15	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	42	19	27	10	1
in Ausbildung	76	28	7	46	16	4
arbeitslos	69	48	33	14	3	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	45	14	31	10	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	49	19	26	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	44	18	25	11	4
höh.-leit. Ang./Beamte	86	28	26	31	15	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	38	10	33	20	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	44	19	26	10	1
evangelisch	242	40	11	34	12	2
katholisch	70	34	19	39	7	1

Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?

Tabelle A6

Land Mitteldeutschland					
Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Vorteile überwiegen	spontan: weder noch, hält sich die Waage	Nachteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	33	9	46	11
Geschlecht					
Männer	487	38	9	46	7
Frauen	513	29	9	47	15
Alter					
18-24 Jahre	108	30	9	56	5
25-34 Jahre	127	24	14	48	13
35-44 Jahre	176	34	8	48	10
45-59 Jahre	270	38	11	42	9
60 Jahre und älter	318	33	7	45	16
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	25	7	51	16
10. Klasse	474	29	12	47	12
Abitur	95	41	9	43	6
(Fach-) Hochschulabschluss	226	45	6	43	6
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	33	11	47	9
in Ausbildung	76	33	11	50	7
arbeitslos	69	31	7	46	16
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	32	7	45	15
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	27	15	49	9
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	33	10	49	7
höh.-leit. Ang./Beamte	86	41	5	41	14
Landw./Selbst./Freiber.	40	40	13	45	3
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	35	9	46	11
Evangelisch	242	29	12	46	12
Katholisch	70	27	6	59	9

Was meinen Sie: Hätte die Zusammenlegung von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zu einem Land mehr Vorteile oder mehr Nachteile?

Tabelle A7**Vor- oder Nachteile der Einheit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Vorteile überwiegen	spontan: weder-noch, hält sich die Waage	Nachteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	64	10	23	3
Geschlecht					
Männer	487	66	8	23	2
Frauen	513	61	13	24	3
Alter					
18-24 Jahre	108	57	7	26	9
25-34 Jahre	127	65	9	23	3
35-44 Jahre	176	73	7	18	2
45-59 Jahre	270	57	10	32	1
60 Jahre und älter	318	66	15	19	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	53	18	27	1
10. Klasse	474	59	9	30	2
Abitur	95	71	12	11	7
(Fach-) Hochschulabschluss	226	79	6	13	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	71	9	19	2
in Ausbildung	76	58	13	18	10
arbeitslos	69	21	12	66	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	64	12	22	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	54	13	30	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	70	7	22	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	93	3	2	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	85	5	8	3
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	59	10	28	3
evangelisch	242	70	13	16	1
katholisch	70	86	4	10	0

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Tabelle A8**Vor- oder Nachteile der Einheit für Ostdeutschland**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Vorteile überwiegen	spontan: weder-noch, hält sich die Waage	Nachteile überwiegen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	55	11	33	2
Geschlecht					
Männer	487	61	8	29	2
Frauen	513	49	14	36	2
Alter					
18-24 Jahre	108	54	3	40	3
25-34 Jahre	127	66	6	27	1
35-44 Jahre	176	63	9	27	1
45-59 Jahre	270	48	12	39	1
60 Jahre und älter	318	51	15	30	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	46	18	34	2
10. Klasse	474	49	9	41	1
Abitur	95	64	13	21	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	71	8	18	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	62	9	28	1
in Ausbildung	76	62	3	32	3
arbeitslos	69	19	13	67	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	50	15	32	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	50	12	36	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	59	9	32	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	83	6	10	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	75	10	15	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	50	11	38	2
evangelisch	242	64	13	21	2
katholisch	70	72	6	22	0

Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?

Tabelle A9**Wirtschaftliche Lage in Thüringen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	1	49	38	10	1
Geschlecht						
Männer	487	2	51	36	9	1
Frauen	513	0	48	41	10	1
Alter						
18-24 Jahre	108	6	42	35	15	3
25-34 Jahre	127	2	61	25	12	1
35-44 Jahre	176	0	54	36	10	1
45-59 Jahre	270	1	48	41	10	0
60 Jahre und älter	318	1	46	44	7	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	1	45	38	14	1
10. Klasse	474	1	51	36	12	0
Abitur	95	0	54	37	5	4
(Fach-) Hochschulabschluss	226	1	49	45	4	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	2	55	35	7	1
in Ausbildung	76	4	47	36	9	4
arbeitslos	69	0	33	36	30	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	1	45	43	10	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	1	57	28	14	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	1	54	38	8	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	3	56	38	1	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	3	49	44	3	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	1	47	39	12	1
evangelisch	242	0	54	39	6	1
katholisch	70	4	54	36	6	0

Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?

Tabelle A10**Eigene wirtschaftliche Lage**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	gut	weniger gut	schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	49	30	16	1
Geschlecht						
Männer	487	5	52	28	14	1
Frauen	513	3	46	32	18	0
Alter						
18-24 Jahre	108	7	46	28	15	4
25-34 Jahre	127	4	56	18	22	0
35-44 Jahre	176	7	53	25	15	0
45-59 Jahre	270	2	45	32	21	0
60 Jahre und älter	318	3	50	37	10	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	1	43	36	18	1
10. Klasse	474	3	47	29	21	0
Abitur	95	3	48	40	4	4
(Fach-) Hochschulabschluss	226	9	60	23	8	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	6	57	26	12	0
in Ausbildung	76	6	49	26	13	5
arbeitslos	69	0	6	39	56	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	2	48	35	15	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	1	49	31	18	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	6	59	22	14	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	15	65	14	6	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	5	55	35	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	4	50	28	18	1
evangelisch	242	2	52	33	12	1
katholisch	70	13	34	41	13	0

Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht?

Tabelle A11

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Auswirkungen wirtschaftliche Lage auf eigene Situation		
		hat Auswirkungen	hat keine Auswirkungen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	72	27	0
Geschlecht				
Männer	487	70	30	0
Frauen	513	74	25	0
Alter				
18-24 Jahre	108	80	20	0
25-34 Jahre	127	72	27	1
35-44 Jahre	176	79	21	0
45-59 Jahre	270	73	27	0
60 Jahre und älter	318	65	34	1
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	202	61	38	1
10. Klasse	474	75	24	0
Abitur	95	79	21	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	73	27	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	491	78	22	0
in Ausbildung	76	80	20	0
arbeitslos	69	70	29	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	63	35	1
Berufsgruppe				
Arbeiter	176	73	27	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	82	18	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	75	25	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	83	18	0
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	683	71	28	1
evangelisch	242	73	27	0
katholisch	70	84	16	0

Was meinen Sie, hat es auf Ihr persönliches Leben größere Auswirkungen, ob es der Wirtschaft in Deutschland gut geht, oder hat das für Sie keine größeren Auswirkungen?

Tabelle A12**Vergleich zu 1990: wirtschaftliche Lage**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	viel besser	etwas besser	genauso	etwas schlechter	viel schlechter	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	15	44	8	17	9	6
Geschlecht							
Männer	487	21	45	9	13	6	6
Frauen	513	10	43	7	21	13	6
Alter							
18-24 Jahre	108	11	34	8	25	5	17
25-34 Jahre	127	17	43	5	13	8	15
35-44 Jahre	176	26	40	7	17	7	3
45-59 Jahre	270	13	47	7	19	11	2
60 Jahre und älter	318	13	47	10	15	11	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	9	43	9	18	13	8
10. Klasse	474	12	45	8	19	11	5
Abitur	95	14	48	10	16	1	12
(Fach-) Hochschulabschluss	226	30	42	6	12	7	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	19	46	6	16	7	5
in Ausbildung	76	13	34	9	22	1	21
arbeitslos	69	9	30	10	23	22	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	13	46	9	17	12	4
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	10	46	10	22	8	4
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	16	50	5	17	7	6
höh.-leit. Ang./Beamte	86	42	34	3	6	8	7
Landw./Selbst./Freiber.	40	30	49	5	10	7	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	14	44	7	19	11	5
evangelisch	242	16	45	11	12	7	9
katholisch	70	26	43	4	19	6	3

Wenn Sie die aktuelle Lage in Thüringen mit der von 1990 vergleichen, ist die dann viel besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter oder viel schlechter geworden? Wie ist das mit der wirtschaftlichen Lage in Thüringen?

Tabelle A13**Vergleich zu 1990: Lebensstandard**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	viel besser	etwas besser	genauso	etwas schlechter	viel schlechter	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	17	34	19	15	12	4
Geschlecht							
Männer	487	19	36	17	14	8	5
Frauen	513	15	31	21	15	14	4
Alter							
18-24 Jahre	108	18	28	8	20	7	20
25-34 Jahre	127	18	43	8	8	15	9
35-44 Jahre	176	32	30	11	15	10	3
45-59 Jahre	270	14	35	21	13	15	1
60 Jahre und älter	318	11	32	30	17	9	1
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	9	31	27	15	16	1
10. Klasse	474	13	35	17	17	14	4
Abitur	95	18	32	24	11	3	12
(Fach-) Hochschulabschluss	226	32	33	15	10	5	4
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	21	40	16	11	8	4
In Ausbildung	76	22	29	9	17	3	21
arbeitslos	69	7	9	13	23	45	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	13	30	27	17	11	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	11	36	22	15	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	20	46	12	10	9	3
höh.-leit. Ang./Beamte	86	34	37	12	2	0	15
Landw./Selbst./Freiber.	40	38	28	15	10	8	3
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	17	33	18	16	13	4
evangelisch	242	17	36	19	11	10	6
katholisch	70	19	31	29	11	1	9

Wenn Sie die aktuelle Lage in Thüringen mit der von 1990 vergleichen, ist die dann viel besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter oder viel schlechter geworden? Wie ist das mit Ihrem persönlichen Lebensstandard?

Tabelle A14**DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	17	34	32	14	4
Geschlecht						
Männer	487	18	30	32	16	4
Frauen	513	15	38	31	12	4
Alter						
18-24 Jahre	108	13	32	33	9	13
25-34 Jahre	127	17	30	40	12	1
35-44 Jahre	176	13	30	37	17	3
45-59 Jahre	270	21	38	27	12	3
60 Jahre und älter	318	16	36	29	16	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	24	34	26	13	2
10. Klasse	474	18	38	31	9	4
Abitur	95	7	24	43	19	6
(Fach-) Hochschulabschluss	226	9	31	35	22	3
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	15	34	34	13	4
in Ausbildung	76	9	30	40	13	8
arbeitslos	69	33	29	28	7	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	17	37	28	15	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	21	40	29	6	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	13	35	37	12	3
höh.-leit. Ang./Beamte	86	7	27	29	29	8
Landw./Selbst./Freiber.	40	18	23	45	15	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	18	37	30	11	4
evangelisch	242	12	27	38	19	4
katholisch	70	10	30	29	26	6

Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.

Tabelle A15

Gerechte Gesellschaft					
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	geht eher gerecht zu	spontan: teils teils	geht eher ungerecht zu	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	19	7	74	1
Geschlecht					
Männer	487	24	7	69	0
Frauen	513	14	7	78	1
Alter					
18-24 Jahre	108	31	6	62	0
25-34 Jahre	127	24	6	70	0
35-44 Jahre	176	25	6	68	1
45-59 Jahre	270	14	5	79	1
60 Jahre und älter	318	12	9	78	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	11	9	79	0
10. Klasse	474	14	6	80	0
Abitur	95	35	8	56	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	28	6	65	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	22	7	70	1
in Ausbildung	76	39	3	58	0
arbeitslos	69	6	3	91	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	12	8	79	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	13	3	84	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	22	6	71	2
höh.-leit. Ang./Beamte	86	38	15	45	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	25	8	68	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	17	6	77	0
evangelisch	242	20	7	72	1
katholisch	70	33	14	53	0

Was halten Sie von unserer Gesellschaftsordnung? Geht es da im Großen und Ganzen eher gerecht zu, oder geht es da im Großen und Ganzen eher ungerecht zu?

Tabelle A16**Gerechter Anteil**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	erhalte mehr als gerechten Anteil	erhalte gerechten Anteil	erhalte etwas weniger	erhalte sehr viel weniger	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	2	36	45	16	2
Geschlecht						
Männer	487	3	34	47	14	2
Frauen	513	1	37	42	18	2
Alter						
18-24 Jahre	108	5	41	46	8	1
25-34 Jahre	127	5	39	44	13	0
35-44 Jahre	176	1	38	43	16	2
45-59 Jahre	270	1	26	49	23	2
60 Jahre und älter	318	1	40	43	14	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	0	37	42	18	2
10. Klasse	474	2	29	48	19	2
Abitur	95	4	45	41	9	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	2	45	43	10	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	2	35	48	13	1
in Ausbildung	76	7	49	38	7	0
arbeitslos	69	0	16	43	36	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	1	37	43	18	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	2	19	60	19	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	2	38	44	14	2
höh.-leit. Ang./Beamte	86	6	49	33	10	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	5	53	35	5	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	2	33	45	18	2
evangelisch	242	1	42	44	12	1
katholisch	70	7	45	38	8	1

Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?

Tabelle A17

Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme über-wiegend zu	lehne über-wiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	20	35	31	12	1
Geschlecht						
Männer	487	16	36	31	16	1
Frauen	513	24	35	31	9	2
Alter						
18-24 Jahre	108	37	39	22	2	0
25-34 Jahre	127	21	28	41	9	0
35-44 Jahre	176	15	32	35	15	2
45-59 Jahre	270	15	35	32	16	2
60 Jahre und älter	318	20	39	26	13	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	33	38	20	8	1
10. Klasse	474	22	38	27	11	2
Abitur	95	6	38	39	17	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	11	26	46	16	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	14	33	37	15	2
in Ausbildung	76	32	37	26	5	0
arbeitslos	69	38	38	14	7	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	22	37	27	12	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	25	34	30	10	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	8	40	36	15	2
höh.-leit. Ang./Beamte	86	11	23	41	20	5
Landw./Selbst./Freiber.	40	10	13	55	23	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	24	37	28	11	1
evangelisch	242	13	30	37	17	3
katholisch	70	10	36	36	14	4

Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.

Tabelle A18**Angst vor sozialem Abstieg**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme über-wiegend zu	lehne über-wiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	22	28	30	18	2
Geschlecht						
Männer	487	20	28	29	20	2
Frauen	513	23	28	31	16	2
Alter						
18-24 Jahre	108	15	36	34	14	1
25-34 Jahre	127	15	30	35	20	0
35-44 Jahre	176	16	27	27	30	1
45-59 Jahre	270	26	25	30	17	1
60 Jahre und älter	318	27	28	29	13	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	35	30	22	9	3
10. Klasse	474	26	30	27	15	1
Abitur	95	3	29	39	27	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	9	22	40	27	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	17	25	36	22	1
in Ausbildung	76	8	34	37	20	1
arbeitslos	69	39	48	7	6	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	29	27	25	15	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	30	34	24	13	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	17	21	38	23	3
höh.-leit. Ang./Beamte	86	2	15	53	29	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	3	30	35	30	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	22	29	29	19	2
evangelisch	242	22	28	32	16	2
katholisch	70	24	26	36	14	0

Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.

Tabelle A19**Interesse an Wirtschaftspolitik**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	10	23	46	16	6	0
Geschlecht							
Männer	487	15	30	41	10	4	0
Frauen	513	4	16	50	22	7	0
Alter							
18-24 Jahre	108	4	11	49	27	9	0
25-34 Jahre	127	11	19	39	27	5	0
35-44 Jahre	176	10	24	47	11	8	0
45-59 Jahre	270	10	25	46	14	4	0
60 Jahre und älter	318	11	25	46	12	5	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	8	19	41	22	9	0
10. Klasse	474	7	19	49	17	7	0
Abitur	95	11	24	51	12	3	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	15	34	40	10	0	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	10	23	44	16	6	0
in Ausbildung	76	1	14	52	26	6	0
arbeitslos	69	3	13	62	14	7	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	13	26	43	14	5	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	7	21	48	13	10	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	8	22	43	22	5	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	9	28	47	15	1	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	35	33	20	10	3	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	10	24	43	16	6	0
evangelisch	242	9	22	50	13	5	0
katholisch	70	3	16	56	24	1	0

Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der Wirtschaftspolitik?

Tabelle A20**Leistung versus Solidarität**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Gesellschaft, in der Leistung mehr zählt	spontan: beides gleichermaßen	Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	29	16	54	1
Geschlecht					
Männer	487	34	17	49	1
Frauen	513	24	16	59	1
Alter					
18-24 Jahre	108	36	9	53	1
25-34 Jahre	127	25	13	61	0
35-44 Jahre	176	30	18	51	1
45-59 Jahre	270	28	19	52	1
60 Jahre und älter	318	29	16	55	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	28	14	57	1
10. Klasse	474	27	16	56	1
Abitur	95	23	22	53	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	37	16	46	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	31	18	51	1
in Ausbildung	76	27	6	64	3
arbeitslos	69	17	14	67	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	29	16	54	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	30	16	55	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	29	19	52	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	36	17	43	3
Landw./Selbst./Freiber.	40	36	21	44	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	30	16	53	1
evangelisch	242	28	17	55	0
katholisch	70	21	17	60	1

Wünschen Sie sich eine Regierung, die sich eher für eine Gesellschaft einsetzt, in der Leistung mehr zählt, oder eher für eine Gesellschaft einsetzt, in der Solidarität mehr zählt?

Tabelle A21**Wirtschaftssystem: Funktionsfähigkeit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	2	63	29	4	3
Geschlecht						
Männer	487	3	68	24	4	1
Frauen	513	2	58	33	3	4
Alter						
18-24 Jahre	108	1	50	46	1	2
25-34 Jahre	127	2	63	31	4	0
35-44 Jahre	176	5	60	32	1	2
45-59 Jahre	270	2	65	26	5	2
60 Jahre und älter	318	3	66	23	4	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	2	60	25	8	5
10. Klasse	474	1	61	32	3	3
Abitur	95	1	69	26	0	3
(Fach-) Hochschulabschluss	226	5	66	27	2	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	2	67	27	2	1
in Ausbildung	76	1	53	39	4	3
arbeitslos	69	1	37	50	9	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	2	64	24	5	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	1	65	28	5	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	3	62	33	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	6	76	15	0	3
Landw./Selbst./Freiber.	40	3	68	30	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	3	58	32	4	3
evangelisch	242	2	71	22	2	2
katholisch	70	1	81	16	0	1

Wie gut oder schlecht funktioniert Ihrer Meinung nach das Wirtschaftssystem in Deutschland?

Tabelle A22**Wirtschaftssystem: Zukunftsfähigkeit**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	3	54	36	4	3
Geschlecht						
Männer	487	3	56	34	5	2
Frauen	513	2	52	37	4	5
Alter						
18-24 Jahre	108	1	42	52	3	2
25-34 Jahre	127	2	49	45	3	1
35-44 Jahre	176	2	54	39	3	2
45-59 Jahre	270	3	54	34	7	2
60 Jahre und älter	318	3	60	26	3	7
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	5	54	28	7	7
10. Klasse	474	2	51	39	4	3
Abitur	95	2	54	38	4	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	3	60	35	2	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	2	53	39	4	1
in Ausbildung	76	1	45	44	6	3
arbeitslos	69	3	45	41	9	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	3	59	28	3	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	3	45	44	6	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	1	53	41	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	86	3	64	29	0	3
Landw./Selbst./Freiber.	40	3	63	33	3	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	2	51	39	5	3
evangelisch	242	4	60	27	5	5
katholisch	70	7	59	31	1	1

Und wie gut sind wir mit unserem Wirtschaftssystem in Deutschland für die Zukunft gerüstet?

Tabelle A23**Wirtschaftssystem: Markt – Soziales**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Markt hat ein Übergewicht	weitgehend ausgewogen	Soziales hat ein Übergewicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	76	14	7	3
Geschlecht					
Männer	487	75	15	8	2
Frauen	513	76	13	7	4
Alter					
18-24 Jahre	108	64	18	13	6
25-34 Jahre	127	75	16	7	2
35-44 Jahre	176	71	11	14	5
45-59 Jahre	270	82	10	5	3
60 Jahre und älter	318	77	16	4	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	73	14	8	4
10. Klasse	474	79	12	7	3
Abitur	95	70	14	9	7
(Fach-) Hochschulabschluss	226	74	16	8	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	78	12	7	3
in Ausbildung	76	64	21	8	7
arbeitslos	69	77	4	14	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	75	16	7	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	84	9	6	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	79	10	7	4
höh.-leit. Ang./Beamte	86	66	22	7	5
Landw./Selbst./Freiber.	40	65	18	15	3
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	75	13	9	3
evangelisch	242	77	14	5	4
katholisch	70	77	20	0	3

Und wenn Sie nun an unsere Wirtschaftsordnung in Deutschland denken. Sind da Markt und Soziales weitgehend ausgewogen oder hat der Markt ein zu großes Übergewicht oder hat das Soziale ein zu großes Übergewicht?

Tabelle A24**Wir sollten zur
sozialistischen Ordnung zurückkehren**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	5	16	28	48	2
Geschlecht						
Männer	487	3	15	28	52	2
Frauen	513	7	18	29	44	2
Alter						
18-24 Jahre	108	3	18	34	39	6
25-34 Jahre	127	2	19	38	41	2
35-44 Jahre	176	6	12	28	54	0
45-59 Jahre	270	5	16	30	48	1
60 Jahre und älter	318	7	18	21	51	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	13	20	23	38	5
10. Klasse	474	4	18	29	47	2
Abitur	95	4	17	28	51	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	2	9	31	58	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	3	12	33	51	1
in Ausbildung	76	4	21	37	33	5
arbeitslos	69	10	30	35	23	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	8	18	20	51	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	3	16	32	49	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	4	15	36	46	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	1	6	26	63	3
Landw./Selbst./Freiber.	40	2	10	27	61	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	5	19	27	47	2
evangelisch	242	5	12	32	48	3
katholisch	70	1	7	27	60	4

Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.

Tabelle A25**Staatsverschuldung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	27	41	24	6	1
Geschlecht						
Männer	487	31	43	20	6	1
Frauen	513	24	40	29	5	1
Alter						
18-24 Jahre	108	15	57	19	7	2
25-34 Jahre	127	20	39	36	4	1
35-44 Jahre	176	24	46	26	4	0
45-59 Jahre	270	25	38	26	10	1
60 Jahre und älter	318	37	37	19	4	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	37	34	19	7	3
10. Klasse	474	23	41	28	7	1
Abitur	95	26	51	19	3	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	29	45	23	3	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	23	44	26	6	1
in Ausbildung	76	21	47	22	7	3
arbeitslos	69	23	38	30	7	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	36	37	21	6	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	20	45	27	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	25	41	28	6	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	21	49	24	6	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	34	39	20	7	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	26	41	26	7	1
evangelisch	242	28	45	22	3	2
katholisch	70	42	35	13	9	1

Im Interesse zukünftiger Generationen sollte die Staatsverschuldung deutlich verringert werden, auch wenn manche staatliche Leistungen dann entfallen.

Tabelle A26**Staatseingriff in die Wirtschaft**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	13	36	38	10	3
Geschlecht						
Männer	487	17	36	38	9	1
Frauen	513	10	36	39	11	4
Alter						
18-24 Jahre	108	7	29	48	13	3
25-34 Jahre	127	6	45	40	7	2
35-44 Jahre	176	18	34	39	8	1
45-59 Jahre	270	14	35	42	8	1
60 Jahre und älter	318	15	36	31	12	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	17	40	27	10	7
10. Klasse	474	12	35	43	9	2
Abitur	95	15	38	37	11	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	13	35	40	11	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	13	36	43	7	1
in Ausbildung	76	6	18	48	23	4
arbeitslos	69	7	33	48	7	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	16	40	27	11	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	8	38	49	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	13	36	39	11	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	15	38	41	5	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	33	28	33	8	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	13	33	40	11	2
evangelisch	242	11	44	34	7	4
katholisch	70	21	38	31	6	4

Für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist es am besten, wenn der Staat möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift.

Tabelle A27**Eigenverantwortung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	41	42	13	3	1
Geschlecht						
Männer	487	42	39	14	3	1
Frauen	513	40	45	12	3	1
Alter						
18-24 Jahre	108	33	50	18	0	0
25-34 Jahre	127	44	38	14	3	1
35-44 Jahre	176	49	37	10	3	1
45-59 Jahre	270	35	47	12	4	1
60 Jahre und älter	318	42	40	14	3	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	43	33	18	4	1
10. Klasse	474	40	44	11	3	1
Abitur	95	36	39	23	1	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	41	47	8	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	42	45	9	3	1
in Ausbildung	76	33	51	16	0	0
arbeitslos	69	33	36	28	1	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	42	38	15	4	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	42	43	10	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	37	52	8	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	51	34	10	2	2
Landw./Selbst./Freiber.	40	43	38	10	10	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	40	41	14	4	1
evangelisch	242	37	49	12	1	2
katholisch	70	60	29	9	3	0

Die Menschen sollten sich nicht so viel auf den Staat verlassen, sondern ihre Probleme stärker selbst in Angriff nehmen.

Tabelle A28**Wirtschaft versus Umwelt**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	3	11	47	38	1
Geschlecht						
Männer	487	4	12	44	40	1
Frauen	513	2	11	50	36	1
Alter						
18-24 Jahre	108	5	10	59	25	1
25-34 Jahre	127	5	5	46	44	0
35-44 Jahre	176	2	6	48	44	0
45-59 Jahre	270	1	14	46	38	1
60 Jahre und älter	318	3	15	43	38	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	2	14	39	42	2
10. Klasse	474	3	11	48	37	1
Abitur	95	3	4	58	33	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	2	12	46	39	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	1	10	51	38	0
in Ausbildung	76	3	11	53	33	1
arbeitslos	69	10	9	40	41	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	4	15	41	39	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	3	9	45	43	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	0	9	56	34	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	0	6	57	37	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	0	20	30	50	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	2	11	44	41	1
evangelisch	242	3	14	50	32	1
katholisch	70	3	13	56	29	0

Dem Wirtschaftswachstum sollte Vorrang gegeben werden, auch wenn die Umwelt dabei Schaden nimmt.

Tabelle A29**Höhere Preise für Ökoprodukte**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	21	38	26	14	1
Geschlecht						
Männer	487	19	38	28	14	1
Frauen	513	23	39	24	14	0
Alter						
18-24 Jahre	108	9	30	48	13	0
25-34 Jahre	127	19	39	27	14	2
35-44 Jahre	176	18	46	24	12	0
45-59 Jahre	270	21	35	24	19	0
60 Jahre und älter	318	27	39	20	12	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	23	38	19	19	1
10. Klasse	474	18	31	35	16	0
Abitur	95	22	52	18	7	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	25	50	15	9	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	20	41	27	11	0
in Ausbildung	76	11	34	41	14	0
arbeitslos	69	9	30	36	26	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	26	37	19	16	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	16	37	30	15	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	22	39	27	12	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	22	50	21	7	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	28	38	23	10	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	19	38	25	17	0
evangelisch	242	25	38	27	7	2
katholisch	70	21	43	27	9	0

Ich bin bereit, höhere Preise für Produkte zu bezahlen, wenn sie weniger umweltbelastend sind.

Tabelle A30**Vergleich zu 1990: Gesundheitsversorgung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	viel besser	etwas besser	genauso	etwas schlechter	viel schlechter	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	8	22	16	30	20	5
Geschlecht							
Männer	487	10	24	15	29	16	6
Frauen	513	5	19	16	32	23	4
Alter							
18-24 Jahre	108	8	40	8	18	7	19
25-34 Jahre	127	9	22	7	28	24	9
35-44 Jahre	176	9	19	13	39	16	5
45-59 Jahre	270	8	16	18	32	23	2
60 Jahre und älter	318	5	21	21	29	22	2
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	6	24	18	27	22	2
10. Klasse	474	7	17	14	35	22	5
Abitur	95	9	25	21	18	11	16
(Fach-) Hochschulabschluss	226	9	27	14	29	15	5
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	9	19	14	35	18	5
in Ausbildung	76	9	43	9	13	5	21
arbeitslos	69	7	16	6	30	36	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	5	22	20	28	22	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	5	18	18	38	20	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	10	20	14	35	18	4
höh.-leit. Ang./Beamte	86	9	20	9	34	14	14
Landw./Selbst./Freiber.	40	18	18	8	25	30	3
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	8	20	15	30	21	5
evangelisch	242	6	24	17	29	18	6
katholisch	70	11	26	10	34	9	10

Wenn Sie die aktuelle Lage in Thüringen mit der von 1990 vergleichen, ist die dann viel besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter oder viel schlechter geworden? Wie ist das mit der Gesundheitsversorgung?

Tabelle A31**Vergleich zu 1990: Belastung der Umwelt**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	viel besser	etwas besser	genauso	etwas schlechter	viel schlechter	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	28	36	13	14	5	4
Geschlecht							
Männer	487	36	37	10	9	4	4
Frauen	513	21	34	15	19	6	5
Alter							
18-24 Jahre	108	7	20	14	32	14	14
25-34 Jahre	127	20	31	14	22	6	6
35-44 Jahre	176	33	35	12	13	3	4
45-59 Jahre	270	33	40	12	10	4	1
60 Jahre und älter	318	32	40	13	8	4	3
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	22	38	15	13	8	2
10. Klasse	474	24	37	13	16	5	5
Abitur	95	33	29	9	15	4	9
(Fach-) Hochschulabschluss	226	41	34	10	10	4	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	29	36	12	12	7	4
in Ausbildung	76	11	17	17	30	9	16
arbeitslos	69	26	39	16	13	1	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	31	38	12	13	4	2
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	21	42	13	14	7	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	29	36	14	12	6	3
höh.-leit. Ang./Beamte	86	36	31	5	14	6	9
Landw./Selbst./Freiber.	40	58	25	8	3	8	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	27	35	13	15	5	5
evangelisch	242	32	37	10	11	8	2
katholisch	70	30	33	14	14	4	4

Wenn Sie die aktuelle Lage in Thüringen mit der von 1990 vergleichen, ist die dann viel besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter oder viel schlechter geworden? Wie ist das mit der Belastung der Umwelt?

Tabelle A32**Ausgleich von Finanzierungslücken**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben	durch Kürzungen von Ausgaben	durch zusätzliche Schulden	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	6	82	5	7
Geschlecht					
Männer	487	8	83	5	4
Frauen	513	4	82	5	9
Alter					
18-24 Jahre	108	7	81	8	4
25-34 Jahre	127	9	76	11	4
35-44 Jahre	176	1	86	3	10
45-59 Jahre	270	5	86	4	4
60 Jahre und älter	318	8	80	3	9
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	6	75	7	11
10. Klasse	474	4	84	5	7
Abitur	95	9	84	3	4
(Fach-) Hochschulabschluss	226	9	85	3	4
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	4	87	4	5
in Ausbildung	76	8	75	12	5
arbeitslos	69	3	79	10	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	9	79	5	8
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	3	84	6	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	5	88	4	4
höh.-leit. Ang./Beamte	86	6	86	2	6
Landw./Selbst./Freiber.	40	5	90	0	5
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	6	81	6	7
evangelisch	242	6	85	2	7
katholisch	70	7	86	3	4

Dem Staat fehlt Geld. Wie sollten Ihrer Meinung nach die fehlenden finanziellen Mittel aufgebracht werden: Durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben, durch Kürzungen von Ausgaben oder durch zusätzliche Schulden?

Tabelle A33

Ausgabenkürzungen: Umweltschutz				
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	Auf keinen Fall hier sparen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	32	67	1
Geschlecht				
Männer	487	31	69	1
Frauen	513	34	65	2
Alter				
18-24 Jahre	108	31	69	0
25-34 Jahre	127	36	64	0
35-44 Jahre	176	33	67	0
45-59 Jahre	270	31	67	1
60 Jahre und älter	318	31	66	3
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	202	34	63	3
10. Klasse	474	33	66	1
Abitur	95	31	68	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	29	71	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	491	32	68	1
in Ausbildung	76	33	67	0
arbeitslos	69	34	64	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	32	66	2
Berufsgruppe				
Arbeiter	176	27	71	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	35	65	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	37	63	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	28	73	0
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	683	31	68	1
evangelisch	242	31	68	0
katholisch	70	46	53	1

Wenn der Staat Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden? Wie ist das mit dem Umweltschutz?

Tabelle A34

Ausgabenkürzungen: Wirtschaftsförderung				
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	Auf keinen Fall hier sparen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	52	45	3
Geschlecht				
Männer	487	55	44	2
Frauen	513	50	47	4
Alter				
18-24 Jahre	108	50	49	1
25-34 Jahre	127	48	50	2
35-44 Jahre	176	65	34	1
45-59 Jahre	270	55	43	1
60 Jahre und älter	318	45	50	5
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	202	46	47	7
10. Klasse	474	50	48	2
Abitur	95	55	45	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	60	39	1
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	491	57	41	2
in Ausbildung	76	47	51	1
arbeitslos	69	50	49	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	46	49	4
Berufsgruppe				
Arbeiter	176	50	49	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	58	40	2
höh.-leit. Ang./Beamte	86	60	38	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	75	20	5
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	683	52	46	2
evangelisch	242	51	45	4
katholisch	70	61	34	4

Wenn der Staat Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden? Wie ist das mit der Wirtschaftsförderung?

Tabelle A35**Ausgabenkürzungen: Sozialer Bereich**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	Auf keinen Fall hier sparen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	20	79	1
Geschlecht				
Männer	487	25	74	1
Frauen	513	15	84	1
Alter				
18-24 Jahre	108	22	78	0
25-34 Jahre	127	20	80	1
35-44 Jahre	176	23	76	1
45-59 Jahre	270	21	79	1
60 Jahre und älter	318	15	83	2
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	202	17	81	2
10. Klasse	474	18	82	0
Abitur	95	22	77	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	25	74	2
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	491	21	78	1
in Ausbildung	76	24	76	0
arbeitslos	69	19	81	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	17	82	1
Berufsgruppe				
Arbeiter	176	18	82	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	17	82	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	30	70	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	33	63	5
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	683	22	77	1
evangelisch	242	14	83	2
katholisch	70	16	84	0

Wenn der Staat Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden? Wie ist das mit dem sozialen Bereich?

Tabelle A36

Zeilenprozente	Zahl der Befragten (abs.)	Ausgabenkürzungen: Schulen und Hochschulen		
		Kürzungen vertretbar	Auf keinen Fall hier sparen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	6	94	1
Geschlecht				
Männer	487	6	94	0
Frauen	513	5	93	1
Alter				
18-24 Jahre	108	9	91	0
25-34 Jahre	127	2	98	1
35-44 Jahre	176	4	96	0
45-59 Jahre	270	7	92	0
60 Jahre und älter	318	5	93	2
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	202	8	89	3
10. Klasse	474	6	94	0
Abitur	95	1	99	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	5	95	0
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	491	4	95	0
in Ausbildung	76	8	92	0
arbeitslos	69	10	90	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	6	93	2
Berufsgruppe				
Arbeiter	176	5	95	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	5	94	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	3	97	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	5	95	0
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	683	6	93	1
evangelisch	242	3	95	2
katholisch	70	10	90	0

Wenn der Staat Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden? Wie ist das mit den Schulen und Hochschulen?

Tabelle A37**Ausgabenkürzungen: Polizei**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Kürzungen vertretbar	Auf keinen Fall hier sparen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	26	72	2
Geschlecht				
Männer	487	27	73	0
Frauen	513	26	71	3
Alter				
18-24 Jahre	108	47	53	0
25-34 Jahre	127	44	54	2
35-44 Jahre	176	27	71	2
45-59 Jahre	270	26	73	1
60 Jahre und älter	318	13	85	3
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	202	21	76	3
10. Klasse	474	30	69	1
Abitur	95	36	63	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	20	79	1
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	491	28	71	1
in Ausbildung	76	54	46	0
arbeitslos	69	44	53	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	15	83	2
Berufsgruppe				
Arbeiter	176	29	69	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	30	69	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	23	76	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	18	83	0
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	683	27	72	1
evangelisch	242	28	71	1
katholisch	70	21	75	4

Wenn der Staat Ausgabenkürzungen vornehmen muss, in welchen der folgenden Bereiche halten Sie Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben für vertretbar und bei welchen Bereichen sollte auf keinen Fall gespart werden? Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A38**Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	ABM finanzieren	Spontan: beides gleichermaßen	Unternehmen in die Lage versetzen, Arbeitsplätze zu schaffen	Spontan: weder noch	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	10	4	83	1	1
Geschlecht						
Männer	487	11	3	82	2	1
Frauen	513	9	5	84	0	2
Alter						
18-24 Jahre	108	5	5	88	1	2
25-34 Jahre	127	9	6	83	2	1
35-44 Jahre	176	5	3	90	1	1
45-59 Jahre	270	12	3	83	1	0
60 Jahre und älter	318	13	5	79	1	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	10	4	82	0	3
10. Klasse	474	8	5	85	1	1
Abitur	95	11	6	81	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	13	2	81	3	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	8	4	86	1	1
in Ausbildung	76	4	5	90	1	0
arbeitslos	69	16	4	80	0	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	12	4	80	2	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	8	3	89	0	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	9	5	82	2	3
höh.-leit. Ang./Beamte	86	7	6	87	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	10	3	80	5	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	10	4	84	1	1
evangelisch	242	10	5	81	2	2
katholisch	70	4	4	89	1	1

Sollen mit Steuergeldern lieber öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert werden oder sollen mit diesem Geld Unternehmen in die Lage versetzt werden, Arbeitsplätze zu schaffen?

Tabelle A39**Förderung von Arbeitsplätzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	70	22	6	1	0
Geschlecht						
Männer	487	71	21	6	1	1
Frauen	513	69	23	6	2	0
Alter						
18-24 Jahre	108	48	36	14	2	0
25-34 Jahre	127	66	27	6	1	0
35-44 Jahre	176	66	21	9	3	0
45-59 Jahre	270	77	17	4	1	1
60 Jahre und älter	318	76	19	3	1	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	78	17	2	2	0
10. Klasse	474	75	17	6	1	0
Abitur	95	51	36	13	0	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	62	31	6	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	71	21	6	1	0
in Ausbildung	76	30	51	17	1	0
arbeitslos	69	80	14	1	4	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	75	18	5	1	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	85	10	3	1	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	63	28	6	2	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	60	34	6	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	78	3	18	3	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	73	20	5	1	0
evangelisch	242	65	26	7	2	0
katholisch	70	69	24	6	0	1

Der Staat sollte Arbeitsplätze nur dann fördern, wenn diese Arbeitsplätze nach Ende der Förderung erhalten bleiben.

Tabelle A40**Energieträger: Wind**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sollte ausgebaut werden	Derzeitiger Anteil reicht aus	Ist zu groß	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	63	29	6	3
Geschlecht					
Männer	487	63	28	7	1
Frauen	513	62	29	5	4
Alter					
18-24 Jahre	108	70	23	6	1
25-34 Jahre	127	79	17	3	2
35-44 Jahre	176	66	31	3	1
45-59 Jahre	270	51	36	9	4
60 Jahre und älter	318	62	29	6	4
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	62	28	5	4
10. Klasse	474	63	29	6	3
Abitur	95	69	27	3	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	61	30	8	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	61	30	6	2
in Ausbildung	76	75	24	0	1
arbeitslos	69	60	24	10	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	63	28	6	3
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	64	26	7	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	62	33	4	2
höh.-leit. Ang./Beamte	86	56	28	11	5
Landw./Selbst./Freiber.	40	58	38	5	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	62	29	6	3
evangelisch	242	68	25	5	3
katholisch	70	53	34	11	1

Deutschland wird in letzter Zeit viel über den Anteil einzelner Energieträger an der Stromgewinnung diskutiert. Bitte sagen Sie mir Ihre Meinung über die verschiedenen Energieträger. Der Anteil der Windenergie an der Stromversorgung

Tabelle A41**Energieträger: Sonne**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sollte ausgebaut werden	Derzeitiger Anteil reicht aus	Ist zu groß	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	88	9	1	2
Geschlecht					
Männer	487	90	8	1	1
Frauen	513	87	9	1	3
Alter					
18-24 Jahre	108	84	14	1	1
25-34 Jahre	127	95	3	0	2
35-44 Jahre	176	85	13	1	1
45-59 Jahre	270	88	9	1	3
60 Jahre und älter	318	89	6	2	3
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	84	9	2	4
10. Klasse	474	88	9	1	2
Abitur	95	93	5	1	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	91	8	1	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	88	9	0	2
in Ausbildung	76	87	12	1	0
arbeitslos	69	84	9	3	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	89	7	2	2
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	91	7	0	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	91	6	1	2
höh.-leit. Ang./Beamte	86	81	16	0	2
Landw./Selbst./Freiber.	40	78	20	0	3
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	87	10	2	2
evangelisch	242	93	5	0	2
katholisch	70	86	10	0	4

Deutschland wird in letzter Zeit viel über den Anteil einzelner Energieträger an der Stromgewinnung diskutiert. Bitte sagen Sie mir Ihre Meinung über die verschiedenen Energieträger. Der Anteil der Solarenergie an der Stromversorgung.

Tabelle A42**Energieträger: Kohle**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sollte ausgebaut werden	Derzeitiger Anteil reicht aus	Ist zu groß	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	15	51	29	5
Geschlecht					
Männer	487	15	46	37	1
Frauen	513	15	54	21	9
Alter					
18-24 Jahre	108	13	39	42	6
25-34 Jahre	127	3	48	43	6
35-44 Jahre	176	11	48	38	3
45-59 Jahre	270	18	54	24	3
60 Jahre und älter	318	20	54	19	7
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	22	49	20	9
10. Klasse	474	16	49	30	5
Abitur	95	3	54	36	6
(Fach-) Hochschulabschluss	226	13	54	31	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	13	50	33	4
in Ausbildung	76	13	34	47	6
arbeitslos	69	13	59	20	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	19	53	21	6
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	17	47	35	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	10	57	29	5
höh.-leit. Ang./Beamte	86	10	45	36	9
Landw./Selbst./Freiber.	40	20	40	40	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	16	48	32	5
evangelisch	242	11	60	23	6
katholisch	70	20	44	30	7

Deutschland wird in letzter Zeit viel über den Anteil einzelner Energieträger an der Stromgewinnung diskutiert. Bitte sagen Sie mir Ihre Meinung über die verschiedenen Energieträger. Der Anteil der Kohle an der Stromversorgung.

Tabelle A43**Energieträger: Atom**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sollte ausgebaut werden	Derzeitiger Anteil reicht aus	Ist zu groß	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	23	46	28	4
Geschlecht					
Männer	487	33	43	24	0
Frauen	513	13	48	31	8
Alter					
18-24 Jahre	108	25	37	37	1
25-34 Jahre	127	19	36	39	6
35-44 Jahre	176	22	46	31	2
45-59 Jahre	270	23	49	24	4
60 Jahre und älter	318	24	49	21	6
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	21	44	28	7
10. Klasse	474	19	48	29	4
Abitur	95	31	39	31	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	28	45	25	3
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	23	46	28	4
in Ausbildung	76	26	40	34	0
arbeitslos	69	10	38	46	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	24	48	23	5
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	19	52	27	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	21	46	29	5
höh.-leit. Ang./Beamte	86	31	34	28	7
Landw./Selbst./Freiber.	40	30	40	30	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	24	44	28	3
evangelisch	242	17	50	27	7
katholisch	70	30	41	27	1

Deutschland wird in letzter Zeit viel über den Anteil einzelner Energieträger an der Stromgewinnung diskutiert. Bitte sagen Sie mir Ihre Meinung über die verschiedenen Energieträger. Der Anteil der Atomenergie an der Stromversorgung.

Tabelle A44**Energieträger: Biomasse**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Sollte ausgebaut werden	Derzeitiger Anteil reicht aus	Ist zu groß	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	59	25	8	8
Geschlecht					
Männer	487	64	23	10	3
Frauen	513	54	26	6	13
Alter					
18-24 Jahre	108	53	35	7	5
25-34 Jahre	127	57	29	6	8
35-44 Jahre	176	64	24	6	6
45-59 Jahre	270	61	24	8	7
60 Jahre und älter	318	57	21	10	12
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	52	25	8	15
10. Klasse	474	57	27	8	8
Abitur	95	75	17	3	5
(Fach-) Hochschulabschluss	226	62	23	9	6
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	61	26	7	7
in Ausbildung	76	57	31	6	5
arbeitslos	69	56	27	9	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	56	21	11	11
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	66	18	11	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	56	33	4	7
höh.-leit. Ang./Beamte	86	60	24	5	10
Landw./Selbst./Freiber.	40	65	23	10	3
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	58	24	9	9
evangelisch	242	60	26	7	8
katholisch	70	63	24	7	6

Deutschland wird in letzter Zeit viel über den Anteil einzelner Energieträger an der Stromgewinnung diskutiert. Bitte sagen Sie mir Ihre Meinung über die verschiedenen Energieträger. Der Anteil der Biomasse an der Stromversorgung.

Tabelle A45**Soziale Sicherungssysteme**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	eine grundlegende Reform ist notwendig	einzelne Änderungen würden reichen	System kann aufrechterhalten werden	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	62	23	12	3
Geschlecht					
Männer	487	65	20	11	3
Frauen	513	60	25	12	4
Alter					
18-24 Jahre	108	49	29	18	5
25-34 Jahre	127	63	32	5	1
35-44 Jahre	176	76	18	6	1
45-59 Jahre	270	67	21	10	3
60 Jahre und älter	318	55	22	17	6
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	54	21	17	7
10. Klasse	474	62	25	11	2
Abitur	95	56	33	9	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	72	16	9	2
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	68	23	7	2
in Ausbildung	76	41	33	20	7
arbeitslos	69	73	20	4	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	57	21	17	5
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	67	23	8	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	65	26	7	2
höh.-leit. Ang./Beamte	86	71	21	6	2
Landw./Selbst./Freiber.	40	78	13	10	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	66	22	9	3
evangelisch	242	55	26	16	3
katholisch	70	53	21	23	3

Zurzeit wird viel über die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme diskutiert. Glauben Sie, dass das System der sozialen Sicherung aufrechterhalten werden kann, so wie es heute ist? Oder bedarf das System der sozialen Sicherung einer Reform?

Tabelle A46**Rentenbeiträge für Kinderlose**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	Höhere Rentenbeiträge für Kinderlose	Niedrigere Renten für Kinderlose	Kinder sollten keine Rolle spielen	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	41	10	46	2
Geschlecht					
Männer	487	44	14	40	2
Frauen	513	39	7	52	3
Alter					
18-24 Jahre	108	25	7	67	1
25-34 Jahre	127	36	6	56	2
35-44 Jahre	176	47	11	40	1
45-59 Jahre	270	45	11	42	2
60 Jahre und älter	318	42	11	43	4
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	33	13	49	5
10. Klasse	474	42	11	45	3
Abitur	95	45	3	49	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	46	9	44	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	46	9	44	1
in Ausbildung	76	22	11	67	0
arbeitslos	69	29	12	53	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	42	11	43	4
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	41	14	44	2
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	46	5	48	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	52	7	40	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	51	12	37	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	41	9	48	2
evangelisch	242	40	11	47	2
katholisch	70	55	14	28	3

Es wird ja zurzeit auch darüber diskutiert, wie weit bei der Rente berücksichtigt werden soll, ob jemand Kinder hat oder nicht. Was meinen Sie: Sollten Kinderlose höhere Rentenbeiträge zahlen als Leute mit Kindern? Oder sollten Kinderlose niedrigere Renten ausgezahlt bekommen? Oder sollte es bei den Renten und Rentenbeiträgen keine Rolle spielen, ob jemand Kinder hat oder nicht?

Tabelle A47

		Steuerfinanzierte Grundrente		
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	ja	nein	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	45	48	7
Geschlecht				
Männer	487	44	52	4
Frauen	513	47	44	9
Alter				
18-24 Jahre	108	38	59	3
25-34 Jahre	127	32	63	5
35-44 Jahre	176	45	47	7
45-59 Jahre	270	48	47	5
60 Jahre und älter	318	51	39	9
Schulabschluss				
unter 10. Klasse	202	54	38	8
10. Klasse	474	42	52	5
Abitur	95	42	52	6
(Fach-) Hochschulabschluss	226	46	47	7
Erwerbstätigkeit				
erwerbstätig	491	41	54	5
in Ausbildung	76	37	59	4
arbeitslos	69	54	36	10
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	51	40	9
Berufsgruppe				
Arbeiter	176	38	57	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	41	55	5
höh.-leit. Ang./Beamte	86	50	47	3
Landw./Selbst./Freiber.	40	45	50	5
Religionsgemeinschaft				
keine/andere	683	45	50	5
evangelisch	242	49	40	11
katholisch	70	40	60	0

Derzeit wird in Deutschland über Altersarmut diskutiert. Meinen Sie, eine steuerfinanzierte Grundrente für alle könnte das Problem der Altersarmut lösen?

Tabelle A48**Staatliche Förderung für Familien**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	mehr Geld	spontan: sowohl als auch	günstigere Leistungen anbieten	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	18	5	76	1
Geschlecht					
Männer	487	17	6	77	0
Frauen	513	19	4	76	1
Alter					
18-24 Jahre	108	32	7	60	0
25-34 Jahre	127	18	6	75	1
35-44 Jahre	176	26	5	70	0
45-59 Jahre	270	18	4	77	1
60 Jahre und älter	318	11	3	85	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	18	5	75	2
10. Klasse	474	23	5	71	0
Abitur	95	14	5	81	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	11	4	85	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	18	4	77	0
in Ausbildung	76	28	9	63	0
arbeitslos	69	38	4	58	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	13	4	82	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	22	5	73	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	20	7	73	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	12	1	87	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	13	3	85	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	19	5	76	0
evangelisch	242	16	5	78	2
katholisch	70	23	1	76	0

Der Staat unterstützt Eltern auf unterschiedliche Art und Weise. Sollte er Eltern lieber direkt mehr Geld zur Verfügung stellen (z. B. mehr Kindergeld) oder sollte er Eltern bestimmte Leistungen günstig anbieten (z. B. Schulessen)?

Tabelle A49**Interesse an Politik**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	11	27	43	15	4	0
Geschlecht							
Männer	487	16	29	40	12	3	0
Frauen	513	7	25	46	17	6	0
Alter							
18-24 Jahre	108	5	17	40	26	12	0
25-34 Jahre	127	11	15	51	19	4	0
35-44 Jahre	176	10	27	41	15	7	0
45-59 Jahre	270	13	30	42	14	1	0
60 Jahre und älter	318	14	32	42	9	3	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	9	21	48	16	6	0
10. Klasse	474	9	21	45	19	6	0
Abitur	95	13	33	44	9	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	18	41	33	6	2	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	10	27	42	17	4	0
in Ausbildung	76	3	24	39	24	11	0
arbeitslos	69	6	4	68	17	6	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	16	32	40	9	3	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	10	17	47	18	7	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	10	29	39	20	3	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	7	36	42	12	3	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	33	38	20	8	3	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	12	26	41	15	5	0
evangelisch	242	12	29	46	12	1	0
katholisch	70	3	29	46	16	7	0

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

Tabelle A50**Parteien wollen nur Stimmen der Wähler**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	42	36	18	4	1
Geschlecht						
Männer	487	40	35	20	4	1
Frauen	513	44	36	16	4	0
Alter						
18-24 Jahre	108	31	29	34	7	0
25-34 Jahre	127	33	38	21	7	1
35-44 Jahre	176	48	41	11	1	0
45-59 Jahre	270	44	35	18	2	0
60 Jahre und älter	318	44	35	15	5	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	48	31	12	8	1
10. Klasse	474	45	36	16	3	0
Abitur	95	29	39	26	5	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	36	38	23	2	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	40	39	18	3	0
in Ausbildung	76	25	29	40	6	0
arbeitslos	69	56	26	7	11	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	46	35	15	4	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	49	36	14	2	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	39	40	18	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	27	44	26	3	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	41	32	20	5	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	43	35	18	4	0
evangelisch	242	38	40	16	4	1
katholisch	70	46	29	23	3	0

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Tabelle A51**Ohne Berufspolitiker würde schlechter regiert**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	21	32	31	12	4
Geschlecht						
Männer	487	24	29	30	14	3
Frauen	513	18	35	33	9	5
Alter						
18-24 Jahre	108	21	21	42	12	3
25-34 Jahre	127	21	32	31	13	3
35-44 Jahre	176	15	30	36	13	6
45-59 Jahre	270	18	32	32	16	1
60 Jahre und älter	318	26	38	24	7	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	27	35	20	10	8
10. Klasse	474	18	29	38	12	4
Abitur	95	15	40	32	12	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	26	33	28	12	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	18	33	36	11	2
in Ausbildung	76	23	35	30	8	4
arbeitslos	69	17	20	42	13	7
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	26	33	23	13	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	15	30	40	12	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	16	35	36	11	3
höh.-leit. Ang./Beamte	86	28	33	26	11	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	15	31	33	21	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	20	30	34	13	4
evangelisch	242	21	39	27	9	4
katholisch	70	38	35	20	4	3

Ohne Berufspolitiker würde unser Land schlechter regiert werden.

Tabelle A52**Politische Eigenkompetenz**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	25	49	21	4	0
Geschlecht						
Männer	487	31	51	14	3	1
Frauen	513	19	48	27	5	0
Alter						
18-24 Jahre	108	13	49	29	9	0
25-34 Jahre	127	20	43	33	4	1
35-44 Jahre	176	24	51	20	5	0
45-59 Jahre	270	27	51	19	3	0
60 Jahre und älter	318	30	50	15	3	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	23	43	28	5	1
10. Klasse	474	18	51	24	6	1
Abitur	95	34	48	18	0	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	38	50	12	0	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	22	51	22	5	0
in Ausbildung	76	15	52	29	4	0
arbeitslos	69	19	43	36	3	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	33	48	16	3	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	19	51	24	6	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	19	48	25	7	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	23	60	15	1	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	55	38	8	0	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	24	51	21	4	0
evangelisch	242	29	45	21	3	1
katholisch	70	21	52	18	8	0

Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.

Tabelle A53**Fehlender Einfluss auf Regierung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme völlig zu	stimme eher zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	44	26	21	9	0
Geschlecht						
Männer	487	40	26	21	12	0
Frauen	513	47	26	20	7	0
Alter						
18-24 Jahre	108	35	16	27	22	0
25-34 Jahre	127	33	26	29	13	0
35-44 Jahre	176	38	30	25	7	0
45-59 Jahre	270	48	24	23	6	0
60 Jahre und älter	318	50	30	11	8	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	65	21	10	3	0
10. Klasse	474	46	25	21	8	0
Abitur	95	23	28	31	18	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	28	34	25	13	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	39	27	25	9	0
in Ausbildung	76	24	22	34	20	0
arbeitslos	69	67	23	7	3	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	49	27	15	9	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	56	20	20	4	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	36	29	24	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	18	36	36	10	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	38	23	28	13	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	46	24	20	9	0
evangelisch	242	39	27	23	11	0
katholisch	70	35	42	17	6	0

Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

Tabelle A54**Mich an einen Politiker wenden**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	18	48	34	0
Geschlecht					
Männer	487	22	49	28	0
Frauen	513	14	47	38	0
Alter					
18-24 Jahre	108	9	47	44	0
25-34 Jahre	127	10	57	33	0
35-44 Jahre	176	15	56	28	1
45-59 Jahre	270	24	43	33	0
60 Jahre und älter	318	20	46	34	1
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	11	46	42	1
10. Klasse	474	15	48	36	0
Abitur	95	16	52	32	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	30	48	22	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	18	51	30	0
in Ausbildung	76	4	50	46	0
arbeitslos	69	19	39	42	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	21	45	34	1
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	16	44	39	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	14	55	31	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	22	57	21	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	35	55	10	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	18	47	35	0
evangelisch	242	19	53	28	0
katholisch	70	10	47	43	0

Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Mich an einen Politiker wenden.

Tabelle A55

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	In einer politischen Partei mitarbeiten			
		habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	12	19	68	1
Geschlecht					
Männer	487	13	22	65	0
Frauen	513	12	16	72	1
Alter					
18-24 Jahre	108	4	25	70	1
25-34 Jahre	127	4	32	62	2
35-44 Jahre	176	2	25	73	1
45-59 Jahre	270	15	17	67	0
60 Jahre und älter	318	21	9	69	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	15	16	69	0
10. Klasse	474	8	21	71	0
Abitur	95	12	25	62	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	19	14	65	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	9	22	68	1
in Ausbildung	76	0	28	72	0
arbeitslos	69	7	29	64	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	20	11	69	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	10	24	65	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	9	17	75	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	11	24	60	5
Landw./Selbst./Freiber.	40	10	25	65	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	11	19	70	1
evangelisch	242	17	20	63	0
katholisch	70	11	17	71	0

In einer politischen Partei mitarbeiten.

Tabelle A56

In einer Bürgerinitiative mitarbeiten					
Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	16	57	27	0
Geschlecht					
Männer	487	17	58	24	0
Frauen	513	15	56	29	0
Alter					
18-24 Jahre	108	12	59	29	0
25-34 Jahre	127	13	66	20	0
35-44 Jahre	176	15	59	25	1
45-59 Jahre	270	15	64	20	0
60 Jahre und älter	318	19	46	34	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	17	41	42	0
10. Klasse	474	16	59	25	0
Abitur	95	18	65	17	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	15	65	19	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	15	64	21	0
in Ausbildung	76	12	64	24	0
arbeitslos	69	20	48	30	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	18	49	34	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	16	63	20	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	14	65	22	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	10	68	20	2
Landw./Selbst./Freiber.	40	24	56	20	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	16	56	28	0
evangelisch	242	18	63	19	0
katholisch	70	13	53	34	0

In einer Bürgerinitiative mitarbeiten.

Tabelle A57**An einer genehmigten
Demonstration teilnehmen**

Zeilenprocente	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	32	42	26	0
Geschlecht					
Männer	487	37	39	23	1
Frauen	513	27	45	28	0
Alter					
18-24 Jahre	108	42	38	20	0
25-34 Jahre	127	35	50	16	0
35-44 Jahre	176	31	50	18	1
45-59 Jahre	270	30	50	20	0
60 Jahre und älter	318	30	30	40	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	26	32	43	0
10. Klasse	474	28	49	23	0
Abitur	95	51	36	14	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	38	39	21	1
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	30	52	18	1
in Ausbildung	76	49	30	21	0
arbeitslos	69	39	38	23	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	30	33	37	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	31	53	16	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	25	55	19	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	36	43	19	2
Landw./Selbst./Freiber.	40	37	41	22	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	31	41	27	1
evangelisch	242	33	42	25	0
katholisch	70	33	50	17	0

An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.

Tabelle A58**An einer nicht genehmigten
Demonstration teilnehmen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	5	17	78	1
Geschlecht					
Männer	487	6	22	71	1
Frauen	513	3	12	84	1
Alter					
18-24 Jahre	108	8	24	67	0
25-34 Jahre	127	5	30	65	1
35-44 Jahre	176	8	21	71	0
45-59 Jahre	270	3	16	80	2
60 Jahre und älter	318	3	8	89	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	2	9	88	0
10. Klasse	474	5	16	78	1
Abitur	95	5	37	55	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	5	17	78	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	4	19	76	1
in Ausbildung	76	8	29	63	0
arbeitslos	69	11	14	74	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	3	12	85	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	6	20	73	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	5	19	75	2
höh.-leit. Ang./Beamte	86	3	15	82	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	0	23	73	5
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	4	17	79	1
evangelisch	242	7	18	75	0
katholisch	70	4	17	79	0

An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen.

Tabelle A59**Mit Gewalt für meine
Ziele kämpfen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	habe ich schon getan	würde ich tun	würde ich nicht tun	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	1	7	92	0
Geschlecht					
Männer	487	1	10	89	0
Frauen	513	1	4	96	0
Alter					
18-24 Jahre	108	0	8	92	0
25-34 Jahre	127	1	7	92	0
35-44 Jahre	176	1	10	90	0
45-59 Jahre	270	0	5	95	0
60 Jahre und älter	318	1	7	92	0
Schulabschluss					
unter 10. Klasse	202	1	9	90	0
10. Klasse	474	0	7	92	0
Abitur	95	0	6	94	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	0	5	95	0
Erwerbstätigkeit					
erwerbstätig	491	1	7	92	0
in Ausbildung	76	0	3	97	0
arbeitslos	69	1	11	87	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	1	7	92	0
Berufsgruppe					
Arbeiter	176	1	11	89	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	1	5	94	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	0	6	94	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	0	8	93	0
Religionsgemeinschaft					
keine/andere	683	1	7	92	0
evangelisch	242	0	6	93	0
katholisch	70	1	4	94	0

An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen.

Tabelle A60**Kompetenteste Partei: Wirtschaft voranbringen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	spontan keine Partei	CDU	SPD	Linke	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Rechte Partei	weiß nicht
Insgesamt	1000	12	47	21	8	4	1	1	7
Geschlecht									
Männer	487	13	50	18	8	4	1	1	5
Frauen	513	11	43	24	8	4	1	1	9
Alter									
18-24 Jahre	108	7	42	27	4	4	2	4	10
25-34 Jahre	127	10	43	20	12	2	2	1	10
35-44 Jahre	176	15	53	11	8	8	1	1	3
45-59 Jahre	270	15	44	22	9	4	1	0	6
60 Jahre und älter	318	10	48	24	7	2	0	0	8
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	202	7	45	23	13	1	0	0	9
10. Klasse	474	13	46	19	9	3	2	2	7
Abitur	95	14	35	31	4	8	0	0	7
(Fach-) Hochschulabschluss	226	13	53	19	4	5	0	0	5
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	491	12	49	17	9	5	2	0	6
in Ausbildung	76	9	43	29	3	4	3	0	9
arbeitslos	69	13	25	25	16	4	0	6	10
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	12	48	23	7	2	0	0	7
Berufsgruppe									
Arbeiter	176	17	47	15	12	2	1	1	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	9	47	19	10	8	3	1	5
höh.-leit. Ang./Beamte	86	15	52	19	3	2	0	0	8
Landw./Selbst./Freiber.	40	13	46	15	5	13	0	3	5
Religionsgemeinschaft									
keine/andere	683	14	42	21	9	4	1	1	7
evangelisch	242	7	53	20	8	4	0	0	7
katholisch	70	7	70	20	0	1	0	0	1

*Denken Sie jetzt bitte an die Landespolitik und sagen Sie mir jeweils, welche der im Folgenden genannten Parteien in Thüringen am ehesten in der Lage ist, die Probleme so zu lösen, wie Sie es sich vorstellen?
Die Wirtschaft in Thüringen voranbringen*

Tabelle A61**Kompetenteste Partei: Arbeitsplätze sichern**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	spontan keine Partei	CDU	SPD	Linke	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Rechte Partei	weiß nicht
Insgesamt	1000	17	35	25	10	3	1	1	7
Geschlecht									
Männer	487	21	40	18	11	4	1	1	3
Frauen	513	13	31	32	10	3	1	1	10
Alter									
18-24 Jahre	108	6	24	42	7	5	1	7	8
25-34 Jahre	127	16	24	29	15	2	4	1	9
35-44 Jahre	176	23	41	14	10	5	1	2	6
45-59 Jahre	270	20	34	26	13	3	1	0	3
60 Jahre und älter	318	16	41	24	8	3	0	0	8
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	202	15	36	24	12	1	1	0	9
10. Klasse	474	19	36	24	11	2	1	2	6
Abitur	95	17	31	33	5	5	0	0	9
(Fach-) Hochschulabschluss	226	17	36	25	10	6	2	0	4
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	491	18	37	23	11	3	2	0	6
in Ausbildung	76	10	23	43	6	1	1	4	10
arbeitslos	69	21	17	27	20	3	0	6	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	17	39	24	8	4	0	1	7
Berufsgruppe									
Arbeiter	176	20	36	23	13	2	1	1	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	20	32	24	12	5	2	1	5
höh.-leit. Ang./Beamte	86	16	41	18	8	3	2	0	10
Landw./Selbst./Freiber.	40	18	43	13	10	8	3	3	5
Religionsgemeinschaft									
keine/andere	683	19	33	25	12	4	1	1	6
evangelisch	242	14	38	26	9	3	2	1	7
katholisch	70	13	51	21	4	1	0	0	10

*Denken Sie jetzt bitte an die Landespolitik und sagen Sie mir jeweils, welche der im Folgenden genannten Parteien in Thüringen am ehesten in der Lage ist, die Probleme so zu lösen, wie Sie es sich vorstellen?
Arbeitsplätze sichern*

Tabelle A62**Kompetenteste Partei: Kriminalität bekämpfen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	spontan keine Partei	CDU	SPD	Linke	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Rechte Partei	weiß nicht
Insgesamt	1000	15	38	23	11	1	0	2	9
Geschlecht									
Männer	487	17	43	20	11	1	0	1	7
Frauen	513	13	34	26	11	2	1	2	12
Alter									
18-24 Jahre	108	10	40	31	4	1	0	3	12
25-34 Jahre	127	16	36	9	13	3	2	3	16
35-44 Jahre	176	18	42	16	10	2	1	3	8
45-59 Jahre	270	18	32	28	13	1	0	0	7
60 Jahre und älter	318	11	42	25	12	1	0	0	8
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	202	11	40	24	12	1	0	1	10
10. Klasse	474	18	34	24	11	1	1	3	9
Abitur	95	17	39	22	4	2	0	0	16
(Fach-) Hochschulabschluss	226	11	47	22	12	1	0	0	6
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	491	16	40	20	11	2	1	2	9
in Ausbildung	76	10	38	32	1	0	0	3	16
arbeitslos	69	16	24	24	19	0	1	1	14
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	14	40	26	11	1	0	1	8
Berufsgruppe									
Arbeiter	176	16	34	20	16	2	0	2	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	19	39	18	11	3	2	2	7
höh.-leit. Ang./Beamte	86	10	43	24	8	1	0	2	11
Landw./Selbst./Freiber.	40	18	50	13	13	0	0	3	5
Religionsgemeinschaft									
keine/andere	683	17	36	22	12	1	1	2	10
evangelisch	242	12	41	25	11	1	0	1	9
katholisch	70	6	56	27	3	1	0	0	7

*Denken Sie jetzt bitte an die Landespolitik und sagen Sie mir jeweils, welche der im Folgenden genannten Parteien in Thüringen am ehesten in der Lage ist, die Probleme so zu lösen, wie Sie es sich vorstellen?
Kriminalität bekämpfen*

Tabelle A63**Kompetenteste Partei: Für soziale Gerechtigkeit sorgen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	spontan keine Partei	CDU	SPD	Linke	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Rechte Partei	weiß nicht
Insgesamt	1000	9	17	32	31	2	3	2	5
Geschlecht									
Männer	487	9	15	27	37	2	3	2	4
Frauen	513	8	19	36	26	1	3	1	6
Alter									
18-24 Jahre	108	5	23	30	24	2	4	6	6
25-34 Jahre	127	6	12	30	30	2	9	2	10
35-44 Jahre	176	15	11	34	28	3	3	2	3
45-59 Jahre	270	10	15	29	39	0	1	1	4
60 Jahre und älter	318	7	22	34	29	2	1	0	5
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	202	6	22	34	27	3	1	1	5
10. Klasse	474	11	17	27	33	2	2	3	6
Abitur	95	6	10	40	29	1	6	0	7
(Fach-) Hochschulabschluss	226	7	16	37	32	1	5	0	3
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	491	10	14	32	33	2	3	1	5
in Ausbildung	76	3	22	34	26	0	6	4	5
arbeitslos	69	10	6	30	39	0	0	6	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	9	22	32	28	2	2	1	5
Berufsgruppe									
Arbeiter	176	12	11	25	40	2	2	2	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	10	13	33	35	2	4	1	4
höh.-leit. Ang./Beamte	86	7	20	36	22	2	6	0	7
Landw./Selbst./Freiber.	40	15	15	38	28	0	0	3	3
Religionsgemeinschaft									
keine/andere	683	10	14	30	36	2	2	2	5
evangelisch	242	6	20	36	24	2	6	1	6
katholisch	70	4	36	37	13	1	3	0	6

Denken Sie jetzt bitte an die Landespolitik und sagen Sie mir jeweils, welche der im Folgenden genannten Parteien in Thüringen am ehesten in der Lage ist, die Probleme so zu lösen, wie Sie es sich vorstellen?
Für soziale Gerechtigkeit sorgen

Tabelle A64**Kompetenteste Partei: Abwanderung stoppen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	spontan keine Partei	CDU	SPD	Linke	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Rechte Partei	weiß nicht
Insgesamt	1000	24	25	23	14	4	1	1	9
Geschlecht									
Männer	487	26	26	21	15	4	1	1	5
Frauen	513	21	25	25	12	3	1	1	12
Alter									
18-24 Jahre	108	11	30	25	13	6	1	6	8
25-34 Jahre	127	23	17	21	17	7	4	1	9
35-44 Jahre	176	32	26	16	12	5	2	2	7
45-59 Jahre	270	26	24	23	14	4	1	0	7
60 Jahre und älter	318	21	28	26	13	1	0	0	11
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	202	21	24	24	17	1	0	0	13
10. Klasse	474	24	24	21	15	4	1	2	9
Abitur	95	22	22	26	7	8	3	1	10
(Fach-) Hochschulabschluss	226	25	30	24	12	3	3	0	4
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	491	26	24	21	14	5	1	0	8
in Ausbildung	76	9	30	31	10	3	5	3	9
arbeitslos	69	25	12	24	19	3	0	6	12
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	23	28	23	13	2	0	1	9
Berufsgruppe									
Arbeiter	176	30	20	21	19	3	1	1	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	27	23	21	12	6	2	1	8
höh.-leit. Ang./Beamte	86	20	26	22	11	7	2	0	11
Landw./Selbst./Freiber.	40	25	35	15	13	5	0	0	8
Religionsgemeinschaft									
keine/andere	683	24	22	23	15	3	1	1	9
evangelisch	242	23	29	20	14	3	2	1	9
katholisch	70	15	41	23	4	8	0	0	8

*Denken Sie jetzt bitte an die Landespolitik und sagen Sie mir jeweils, welche der im Folgenden genannten Parteien in Thüringen am ehesten in der Lage ist, die Probleme so zu lösen, wie Sie es sich vorstellen?
Abwanderung stoppen*

Tabelle A65**Kompetenteste Partei: Den ländlichen Raum voranbringen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	spontan keine Partei	CDU	SPD	Linke	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Rechte Partei	weiß nicht
Insgesamt	1000	13	33	21	12	3	7	1	10
Geschlecht									
Männer	487	15	36	18	13	3	6	1	8
Frauen	513	11	30	24	11	4	8	1	13
Alter									
18-24 Jahre	108	6	30	19	5	6	19	4	12
25-34 Jahre	127	9	25	24	14	5	11	2	9
35-44 Jahre	176	19	40	10	11	3	7	2	7
45-59 Jahre	270	11	30	26	17	3	5	0	8
60 Jahre und älter	318	13	35	23	9	2	4	0	13
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	202	12	33	23	13	2	5	0	10
10. Klasse	474	12	32	19	13	4	8	1	10
Abitur	95	13	19	28	5	6	12	2	15
(Fach-) Hochschulabschluss	226	13	39	22	11	2	5	1	7
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	491	13	34	20	14	3	6	1	10
in Ausbildung	76	8	25	23	1	5	22	6	9
arbeitslos	69	12	23	17	19	6	16	1	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	13	34	23	10	3	4	1	12
Berufsgruppe									
Arbeiter	176	12	31	20	20	3	4	1	10
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	15	29	21	12	5	11	1	8
höh.-leit. Ang./Beamte	86	13	42	17	9	2	1	0	15
Landw./Selbst./Freiber.	40	13	53	15	10	3	0	3	5
Religionsgemeinschaft									
keine/andere	683	13	29	22	13	3	7	1	10
evangelisch	242	12	38	20	10	3	6	1	10
katholisch	70	6	46	20	1	3	12	0	12

Denken Sie jetzt bitte an die Landespolitik und sagen Sie mir jeweils, welche der im Folgenden genannten Parteien in Thüringen am ehesten in der Lage ist, die Probleme so zu lösen, wie Sie es sich vorstellen?
Den ländlichen Raum voranbringen

Tabelle A66**Kompetenteste Partei: Gute Bildungspolitik betreiben**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	spontan keine Partei	CDU	SPD	Linke	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Rechte Partei	weiß nicht
Insgesamt	1000	8	24	34	23	3	2	1	7
Geschlecht									
Männer	487	10	22	31	27	3	2	1	5
Frauen	513	6	25	36	19	3	2	1	8
Alter									
18-24 Jahre	108	3	37	34	7	5	0	6	9
25-34 Jahre	127	6	13	33	28	3	6	2	8
35-44 Jahre	176	15	18	31	24	3	3	1	5
45-59 Jahre	270	10	22	33	28	2	0	0	4
60 Jahre und älter	318	5	27	35	22	3	1	0	8
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	202	6	25	36	20	3	0	0	9
10. Klasse	474	8	23	31	24	2	1	2	8
Abitur	95	7	19	44	16	6	2	0	5
(Fach-) Hochschulabschluss	226	9	23	33	26	3	4	0	2
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	491	10	21	35	23	3	2	1	6
in Ausbildung	76	1	33	39	11	5	0	1	9
arbeitslos	69	10	9	28	35	1	1	6	9
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	7	28	32	23	3	1	0	7
Berufsgruppe									
Arbeiter	176	10	20	30	31	2	1	1	6
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	11	19	38	22	4	3	2	3
höh.-leit. Ang./Beamte	86	7	20	37	16	2	6	0	12
Landw./Selbst./Freiber.	40	13	28	33	18	5	3	0	3
Religionsgemeinschaft									
keine/andere	683	8	19	32	28	4	2	1	7
evangelisch	242	9	33	33	14	2	2	0	7
katholisch	70	7	30	51	1	1	3	0	6

Denken Sie jetzt bitte an die Landespolitik und sagen Sie mir jeweils, welche der im Folgenden genannten Parteien in Thüringen am ehesten in der Lage ist, die Probleme so zu lösen, wie Sie es sich vorstellen?
Gute Bildungspolitik betreiben

Tabelle A67**Kompetenteste Partei: Gute Umweltpolitik betreiben**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	spontan keine Partei	CDU	SPD	Linke	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Rechte Partei	weiß nicht
Insgesamt	1000	10	16	12	6	2	48	1	6
Geschlecht									
Männer	487	13	16	10	6	1	48	1	5
Frauen	513	6	16	14	6	3	47	1	7
Alter									
18-24 Jahre	108	4	11	9	1	1	63	4	7
25-34 Jahre	127	9	7	6	5	2	66	1	3
35-44 Jahre	176	12	18	7	4	2	53	1	4
45-59 Jahre	270	13	13	14	8	2	46	0	4
60 Jahre und älter	318	8	22	16	8	2	34	0	10
Schulabschluss									
unter 10. Klasse	202	10	21	19	10	4	26	0	10
10. Klasse	474	11	15	10	6	2	50	1	6
Abitur	95	9	7	12	1	0	61	0	9
(Fach-) Hochschulabschluss	226	8	15	11	6	1	55	0	3
Erwerbstätigkeit									
erwerbstätig	491	10	14	10	5	2	54	0	4
in Ausbildung	76	5	13	13	1	0	62	0	5
arbeitslos	69	12	7	10	13	3	44	6	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	10	20	15	7	2	37	0	10
Berufsgruppe									
Arbeiter	176	14	13	9	6	1	51	1	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	11	14	12	6	3	51	0	5
höh.-leit. Ang./Beamte	86	7	14	8	2	2	63	0	3
Landw./Selbst./Freiber.	40	8	20	13	5	5	48	0	3
Religionsgemeinschaft									
keine/andere	683	11	15	13	7	2	46	1	5
evangelisch	242	8	16	13	4	2	49	0	8
katholisch	70	3	23	3	4	0	59	0	9

Denken Sie jetzt bitte an die Landespolitik und sagen Sie mir jeweils, welche der im Folgenden genannten Parteien in Thüringen am ehesten in der Lage ist, die Probleme so zu lösen, wie Sie es sich vorstellen?
Gute Umweltpolitik betreiben

Tabelle A68**Vertrauen zur Bundesregierung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	3	21	48	17	12	0
Geschlecht							
Männer	487	3	22	47	17	12	0
Frauen	513	3	20	48	16	12	0
Alter							
18-24 Jahre	108	3	21	44	18	14	0
25-34 Jahre	127	2	23	41	20	15	0
35-44 Jahre	176	0	20	46	18	16	0
45-59 Jahre	270	1	18	51	18	11	0
60 Jahre und älter	318	6	23	49	14	8	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	6	18	46	16	14	0
10. Klasse	474	2	17	49	17	14	0
Abitur	95	1	19	57	13	11	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	2	31	42	18	7	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	1	21	50	16	12	0
in Ausbildung	76	4	22	44	19	10	0
arbeitslos	69	1	17	35	28	19	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	5	22	48	15	10	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	2	14	49	17	18	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	1	22	52	17	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	2	27	45	15	10	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	0	25	45	23	8	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	2	19	46	19	14	0
evangelisch	242	5	24	49	14	8	0
katholisch	70	1	26	64	7	1	0

Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, ob Sie ihr voll und ganz vertrauen, weitgehend vertrauen, teilweise vertrauen, eher nicht vertrauen oder gar nicht vertrauen? Wie ist das mit der Bundesregierung?

Tabelle A69**Vertrauen zur Landesregierung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	27	45	15	9	0
Geschlecht							
Männer	487	3	29	43	14	11	1
Frauen	513	4	24	48	17	7	0
Alter							
18-24 Jahre	108	8	33	45	7	7	1
25-34 Jahre	127	0	28	48	13	9	2
35-44 Jahre	176	1	24	49	15	11	1
45-59 Jahre	270	2	25	46	18	9	0
60 Jahre und älter	318	7	27	42	16	8	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	11	26	37	14	11	0
10. Klasse	474	2	25	50	14	8	0
Abitur	95	2	30	48	13	7	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	1	28	42	19	10	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	1	27	50	15	8	0
in Ausbildung	76	5	33	47	8	5	1
arbeitslos	69	9	16	43	16	14	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	6	27	39	16	10	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	1	24	52	11	11	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	1	26	46	19	8	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	1	28	49	16	5	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	0	28	48	18	8	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	3	24	45	17	11	0
evangelisch	242	5	32	44	14	5	0
katholisch	70	6	30	59	6	0	0

Wie ist das mit der Landesregierung?

Tabelle A70**Vertrauen zu den Gerichten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	17	38	30	9	4	2
Geschlecht							
Männer	487	19	39	25	11	5	1
Frauen	513	15	38	34	8	3	2
Alter							
18-24 Jahre	108	19	50	28	4	0	0
25-34 Jahre	127	22	48	22	5	2	1
35-44 Jahre	176	15	39	35	9	2	0
45-59 Jahre	270	19	37	31	9	3	1
60 Jahre und älter	318	15	31	30	14	6	4
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	20	26	31	13	5	4
10. Klasse	474	18	37	34	7	3	1
Abitur	95	9	56	22	8	2	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	18	43	24	11	4	1
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	16	44	31	6	3	1
in Ausbildung	76	28	41	26	5	0	0
arbeitslos	69	14	30	36	16	1	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	17	31	28	13	6	3
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	16	32	40	7	4	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	12	51	28	5	3	2
höh.-leit. Ang./Beamte	86	28	49	15	7	0	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	21	41	28	5	5	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	16	37	31	10	4	2
evangelisch	242	18	40	30	8	2	2
katholisch	70	26	43	21	6	3	1

Wie ist das mit den Gerichten?

Tabelle A71**Vertrauen zur Polizei**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	vertraue voll und ganz	vertraue weitgehend	vertraue teilweise	vertraue eher nicht	vertraue überhaupt nicht	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	20	48	26	4	2	0
Geschlecht							
Männer	487	22	46	23	6	4	0
Frauen	513	19	50	29	1	1	1
Alter							
18-24 Jahre	108	19	55	20	5	1	0
25-34 Jahre	127	16	48	26	8	2	0
35-44 Jahre	176	18	49	26	3	4	0
45-59 Jahre	270	21	50	24	3	1	1
60 Jahre und älter	318	23	43	29	3	2	0
Schulabschluss							
unter 10. Klasse	202	28	33	31	4	3	1
10. Klasse	474	20	47	27	3	2	0
Abitur	95	14	61	16	8	1	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	18	56	22	3	1	0
Erwerbstätigkeit							
erwerbstätig	491	18	49	26	5	2	0
in Ausbildung	76	18	56	18	6	1	0
arbeitslos	69	15	41	37	4	1	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	25	45	26	2	2	0
Berufsgruppe							
Arbeiter	176	23	41	27	6	3	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	15	53	24	6	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	16	60	22	1	0	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	15	46	32	2	5	0
Religionsgemeinschaft							
keine/andere	683	20	47	26	4	3	0
evangelisch	242	19	53	23	4	1	0
katholisch	70	29	36	30	3	0	1

Wie ist das mit der Polizei?

Tabelle A72**Zufriedenheit mit der Demokratie**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	sehr zufrieden	ziemlich zufrieden	ziemlich unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	2	40	44	14	0
Geschlecht						
Männer	487	3	41	41	15	0
Frauen	513	2	38	46	13	0
Alter						
18-24 Jahre	108	5	35	44	17	0
25-34 Jahre	127	5	39	41	14	0
35-44 Jahre	176	1	40	46	13	0
45-59 Jahre	270	1	35	47	17	0
60 Jahre und älter	318	2	45	41	12	0
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	3	38	43	15	0
10. Klasse	474	1	34	48	16	0
Abitur	95	5	54	35	5	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	2	48	39	11	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	3	40	47	11	0
in Ausbildung	76	3	39	50	8	0
arbeitslos	69	0	16	51	33	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	2	44	38	16	0
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	2	32	47	19	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	3	39	48	10	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	6	54	37	3	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	2	37	39	22	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	2	34	49	15	0
evangelisch	242	2	53	32	13	0
katholisch	70	9	47	39	6	0

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?

Tabelle A73**Demokratie besser als andere Staatsideen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	26	51	17	4	1
Geschlecht						
Männer	487	31	51	13	4	1
Frauen	513	22	51	21	4	2
Alter						
18-24 Jahre	108	30	53	16	1	1
25-34 Jahre	127	26	53	17	2	2
35-44 Jahre	176	24	52	18	5	1
45-59 Jahre	270	24	49	18	7	2
60 Jahre und älter	318	29	50	16	4	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	21	47	22	9	1
10. Klasse	474	21	53	20	5	1
Abitur	95	33	55	7	1	3
(Fach-) Hochschulabschluss	226	40	48	11	1	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	26	53	16	4	2
in Ausbildung	76	30	59	9	1	0
arbeitslos	69	10	42	33	10	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	29	48	17	5	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	22	53	17	7	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	24	52	19	3	3
höh.-leit. Ang./Beamte	86	37	55	7	1	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	34	39	22	2	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	24	50	19	6	1
evangelisch	242	31	51	14	2	2
katholisch	70	36	57	4	0	3

Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Demokratie sagen? Stimmen Sie der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ voll und ganz zu, überwiegend zu, lehnen Sie die Aussage überwiegend ab oder lehnen Sie sie völlig ab?

Tabelle A74**Zufriedenheit mit Verfassungsordnung**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz gut	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	21	53	20	5	1
Geschlecht						
Männer	487	27	53	15	5	1
Frauen	513	15	54	24	5	2
Alter						
18-24 Jahre	108	11	61	20	6	1
25-34 Jahre	127	20	45	24	9	2
35-44 Jahre	176	18	63	14	3	1
45-59 Jahre	270	24	46	23	6	1
60 Jahre und älter	318	24	55	17	3	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	21	46	23	7	3
10. Klasse	474	18	52	24	6	1
Abitur	95	16	71	9	3	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	30	56	12	1	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	22	54	19	4	1
in Ausbildung	76	13	62	16	8	1
arbeitslos	69	10	40	33	14	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	23	53	18	4	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	16	49	30	5	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	22	58	17	3	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	31	51	8	7	2
Landw./Selbst./Freiber.	40	32	51	12	5	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	20	50	23	6	1
evangelisch	242	22	62	13	1	2
katholisch	70	31	56	7	3	3

Mit dem politischen System in Deutschland, so wie es in der Verfassung festgelegt ist, bin ich zufrieden.

Tabelle A75**Gehorsam und Disziplin wichtig**

Zeilenprozent %	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	24	35	23	18	0
Geschlecht						
Männer	487	25	38	22	16	0
Frauen	513	24	31	24	20	1
Alter						
18-24 Jahre	108	11	42	28	18	1
25-34 Jahre	127	14	26	31	28	0
35-44 Jahre	176	12	41	27	21	0
45-59 Jahre	270	19	36	22	22	1
60 Jahre und älter	318	44	31	17	8	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	52	25	15	7	1
10. Klasse	474	19	43	20	18	0
Abitur	95	14	22	34	31	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	15	32	32	22	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	17	36	26	21	0
in Ausbildung	76	3	39	39	18	1
arbeitslos	69	17	43	20	17	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	40	30	17	13	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	20	39	24	16	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	17	35	29	19	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	13	32	22	33	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	12	41	22	24	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	22	37	23	17	1
evangelisch	242	26	28	23	22	0
katholisch	70	34	34	21	10	0

Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.

Tabelle A76**Wir brauchen eine starke Hand**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	28	33	25	14	1
Geschlecht						
Männer	487	24	33	26	15	1
Frauen	513	32	32	23	12	1
Alter						
18-24 Jahre	108	26	43	23	7	1
25-34 Jahre	127	31	30	29	9	1
35-44 Jahre	176	25	35	26	14	0
45-59 Jahre	270	25	29	27	18	1
60 Jahre und älter	318	31	33	21	13	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	39	37	14	6	3
10. Klasse	474	30	35	24	10	1
Abitur	95	13	39	27	21	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	20	20	35	24	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	24	31	28	17	0
in Ausbildung	76	20	49	21	9	1
arbeitslos	69	40	36	14	9	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	32	31	23	11	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	28	39	24	9	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	26	32	22	20	0
höh.-leit. Ang./Beamte	86	24	17	37	22	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	8	15	54	21	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	29	33	23	14	1
evangelisch	242	27	29	29	14	1
katholisch	70	16	46	26	10	1

In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.

Tabelle A77**Ausländer kommen um Sozialstaat auszunutzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	18	26	38	16	2
Geschlecht						
Männer	487	19	23	37	18	2
Frauen	513	17	28	38	15	3
Alter						
18-24 Jahre	108	9	32	44	13	2
25-34 Jahre	127	15	23	34	28	1
35-44 Jahre	176	20	31	31	14	3
45-59 Jahre	270	17	23	45	13	2
60 Jahre und älter	318	21	25	35	17	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	27	27	30	11	4
10. Klasse	474	18	31	37	12	2
Abitur	95	5	16	40	37	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	13	19	44	22	2
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	14	25	43	15	2
in Ausbildung	76	11	30	38	21	0
arbeitslos	69	32	29	25	12	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	21	25	33	18	3
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	17	27	45	10	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	17	27	38	13	5
höh.-leit. Ang./Beamte	86	7	17	46	29	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	12	17	44	22	5
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	18	26	38	16	2
evangelisch	242	18	23	37	18	3
katholisch	70	10	33	36	20	1

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.

Tabelle A78**Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	22	27	34	17	1
Geschlecht						
Männer	487	23	24	34	19	1
Frauen	513	21	30	34	14	2
Alter						
18-24 Jahre	108	19	30	33	19	0
25-34 Jahre	127	21	19	38	22	0
35-44 Jahre	176	23	22	37	17	2
45-59 Jahre	270	23	28	31	16	1
60 Jahre und älter	318	22	30	33	13	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	32	35	23	7	2
10. Klasse	474	25	29	34	11	1
Abitur	95	8	14	45	33	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	10	21	38	31	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	20	25	36	19	1
in Ausbildung	76	17	24	38	21	0
arbeitslos	69	43	29	18	9	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	22	30	34	14	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	29	29	33	9	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	21	27	31	19	3
höh.-leit. Ang./Beamte	86	3	16	48	32	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	15	15	43	28	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	23	27	34	16	1
evangelisch	242	19	28	32	20	1
katholisch	70	17	23	43	16	1

Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.

Tabelle A79

**Deutsche Interessen gegenüber
Ausland durchsetzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	27	32	26	12	2
Geschlecht						
Männer	487	28	30	27	12	2
Frauen	513	26	34	25	13	3
Alter						
18-24 Jahre	108	21	46	21	10	1
25-34 Jahre	127	22	36	28	14	0
35-44 Jahre	176	20	34	31	14	2
45-59 Jahre	270	30	27	28	12	3
60 Jahre und älter	318	33	29	23	12	3
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	50	31	12	5	2
10. Klasse	474	26	35	27	9	3
Abitur	95	14	35	32	17	3
(Fach-) Hochschulabschluss	226	15	25	35	24	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	22	31	31	14	2
in Ausbildung	76	20	46	25	8	1
arbeitslos	69	40	31	20	7	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	34	30	21	13	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	31	29	31	8	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	23	33	27	14	3
höh.-leit. Ang./Beamte	86	6	33	39	20	2
Landw./Selbst./Freiber.	40	20	25	25	30	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	27	32	28	11	2
evangelisch	242	30	28	24	16	2
katholisch	70	25	42	21	11	0

Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.

Tabelle A80**Diktatur die bessere Staatsform**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	4	12	25	56	2
Geschlecht						
Männer	487	6	12	21	60	1
Frauen	513	3	12	29	52	4
Alter						
18-24 Jahre	108	2	8	22	68	0
25-34 Jahre	127	2	13	24	61	0
35-44 Jahre	176	5	10	29	54	3
45-59 Jahre	270	4	15	24	54	2
60 Jahre und älter	318	6	12	26	52	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	7	21	23	45	4
10. Klasse	474	4	12	28	53	3
Abitur	95	4	1	27	65	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	3	9	22	66	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	4	11	27	57	1
in Ausbildung	76	3	4	17	76	0
arbeitslos	69	4	30	26	37	3
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	5	12	25	53	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	3	12	27	54	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	6	15	32	47	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	1	8	20	71	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	5	0	7	88	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	5	12	24	56	3
evangelisch	242	3	14	28	54	1
katholisch	70	3	8	23	63	3

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.

Tabelle A81**Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	8	23	38	27	4
Geschlecht						
Männer	487	9	24	36	27	4
Frauen	513	7	21	40	28	4
Alter						
18-24 Jahre	108	5	25	49	21	1
25-34 Jahre	127	9	17	35	34	5
35-44 Jahre	176	3	21	38	34	3
45-59 Jahre	270	7	23	41	26	4
60 Jahre und älter	318	11	24	34	25	6
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	19	31	30	13	6
10. Klasse	474	7	28	41	20	4
Abitur	95	2	8	34	49	6
(Fach-) Hochschulabschluss	226	4	10	40	46	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	7	21	40	29	3
in Ausbildung	76	4	17	44	34	1
arbeitslos	69	9	37	29	21	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	10	23	37	25	5
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	11	26	40	18	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	5	21	44	26	5
höh.-leit. Ang./Beamte	86	5	12	41	43	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	8	10	23	60	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	8	24	38	26	5
evangelisch	242	8	19	43	28	2
katholisch	70	11	19	29	39	3

Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

Tabelle A82**Ausländer sollen unter eigenen Landsleuten heiraten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	10	10	30	48	2
Geschlecht						
Männer	487	8	10	30	51	2
Frauen	513	11	11	30	46	2
Alter						
18-24 Jahre	108	11	8	30	50	0
25-34 Jahre	127	8	5	27	61	0
35-44 Jahre	176	6	5	28	61	1
45-59 Jahre	270	7	10	30	52	1
60 Jahre und älter	318	14	16	32	33	4
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	21	16	27	29	6
10. Klasse	474	10	11	33	45	1
Abitur	95	0	6	23	71	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	2	5	28	63	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	4	7	32	56	1
in Ausbildung	76	7	9	28	57	0
arbeitslos	69	30	12	19	38	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	13	15	30	38	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	5	7	33	54	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	6	7	37	49	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	0	7	22	71	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	0	3	15	79	3
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	10	11	27	50	1
evangelisch	242	9	9	37	43	2
katholisch	70	8	8	28	49	6

Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.

Tabelle A83**Es gibt wertvolles und unwertes Leben**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	11	13	13	60	2
Geschlecht						
Männer	487	9	12	15	61	1
Frauen	513	12	14	12	59	3
Alter						
18-24 Jahre	108	8	16	10	66	0
25-34 Jahre	127	9	12	17	63	0
35-44 Jahre	176	7	7	14	71	2
45-59 Jahre	270	12	12	14	60	1
60 Jahre und älter	318	13	17	13	52	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	18	25	13	40	3
10. Klasse	474	11	15	15	58	2
Abitur	95	5	1	12	80	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	4	5	12	77	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	8	11	15	64	1
in Ausbildung	76	4	16	7	74	0
arbeitslos	69	22	14	19	43	1
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	13	15	12	56	4
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	11	17	15	55	1
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	10	11	15	63	2
höh.-leit. Ang./Beamte	86	6	1	16	77	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	2	5	10	80	2
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	11	14	14	59	2
evangelisch	242	10	11	13	63	4
katholisch	70	7	16	11	66	0

Es gibt wertvolles und unwertes Leben.

Tabelle A84**Nationalsozialismus hatte auch gute Seiten**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	5	10	18	65	2
Geschlecht						
Männer	487	5	10	18	66	2
Frauen	513	5	10	17	65	3
Alter						
18-24 Jahre	108	7	14	38	40	1
25-34 Jahre	127	11	14	20	54	2
35-44 Jahre	176	5	10	15	65	5
45-59 Jahre	270	4	9	17	69	1
60 Jahre und älter	318	3	8	11	76	2
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	8	15	13	61	2
10. Klasse	474	6	11	23	57	3
Abitur	95	1	5	15	77	2
(Fach-) Hochschulabschluss	226	1	5	10	83	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	5	10	19	64	2
in Ausbildung	76	0	13	38	47	1
arbeitslos	69	18	19	12	46	6
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	4	8	12	74	2
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	5	15	25	52	3
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	7	9	19	65	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	6	3	9	80	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	3	8	8	83	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	5	11	18	63	3
evangelisch	242	6	8	18	68	0
katholisch	70	0	6	14	80	0

Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.

Tabelle A85**Die Juden passen nicht zu uns**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	1	7	18	69	5
Geschlecht						
Männer	487	1	7	19	69	4
Frauen	513	2	8	17	69	5
Alter						
18-24 Jahre	108	2	11	22	62	3
25-34 Jahre	127	0	6	22	72	1
35-44 Jahre	176	0	6	13	76	5
45-59 Jahre	270	1	4	16	73	6
60 Jahre und älter	318	3	10	19	63	5
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	3	14	24	51	7
10. Klasse	474	1	7	19	67	6
Abitur	95	0	4	16	79	1
(Fach-) Hochschulabschluss	226	1	4	9	85	1
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	1	5	16	74	4
in Ausbildung	76	3	5	22	66	4
arbeitslos	69	0	13	26	57	4
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	2	10	17	65	6
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	1	6	22	66	5
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	1	4	17	74	4
höh.-leit. Ang./Beamte	86	0	3	8	87	1
Landw./Selbst./Freiber.	40	0	8	5	83	5
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	1	7	19	67	5
evangelisch	242	1	9	15	71	4
katholisch	70	0	6	13	76	6

Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.

Tabelle A86**Der Stärkere soll sich durchsetzen**

Zeilenprozent	Zahl der Befragten (abs.)	stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne eher ab	lehne völlig ab	weiß nicht / keine Angabe
Insgesamt	1000	7	12	31	51	1
Geschlecht						
Männer	487	7	14	33	46	1
Frauen	513	6	10	28	55	1
Alter						
18-24 Jahre	108	8	12	38	41	0
25-34 Jahre	127	3	9	44	44	0
35-44 Jahre	176	3	10	32	55	1
45-59 Jahre	270	5	8	24	62	1
60 Jahre und älter	318	12	16	27	44	1
Schulabschluss						
unter 10. Klasse	202	17	17	31	34	1
10. Klasse	474	4	11	31	54	0
Abitur	95	3	11	29	57	0
(Fach-) Hochschulabschluss	226	4	8	31	57	0
Erwerbstätigkeit						
erwerbstätig	491	3	9	32	56	0
in Ausbildung	76	4	14	34	47	0
arbeitslos	69	10	13	34	43	0
übrige Nicht-Erwerbstätige	364	11	14	28	45	1
Berufsgruppe						
Arbeiter	176	6	9	35	51	0
einf.-mittl. Ang./Beamte	198	2	7	31	59	1
höh.-leit. Ang./Beamte	86	5	9	29	57	0
Landw./Selbst./Freiber.	40	2	12	29	56	0
Religionsgemeinschaft						
keine/andere	683	8	11	29	52	0
evangelisch	242	5	12	32	50	1
katholisch	70	3	11	43	43	0

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.